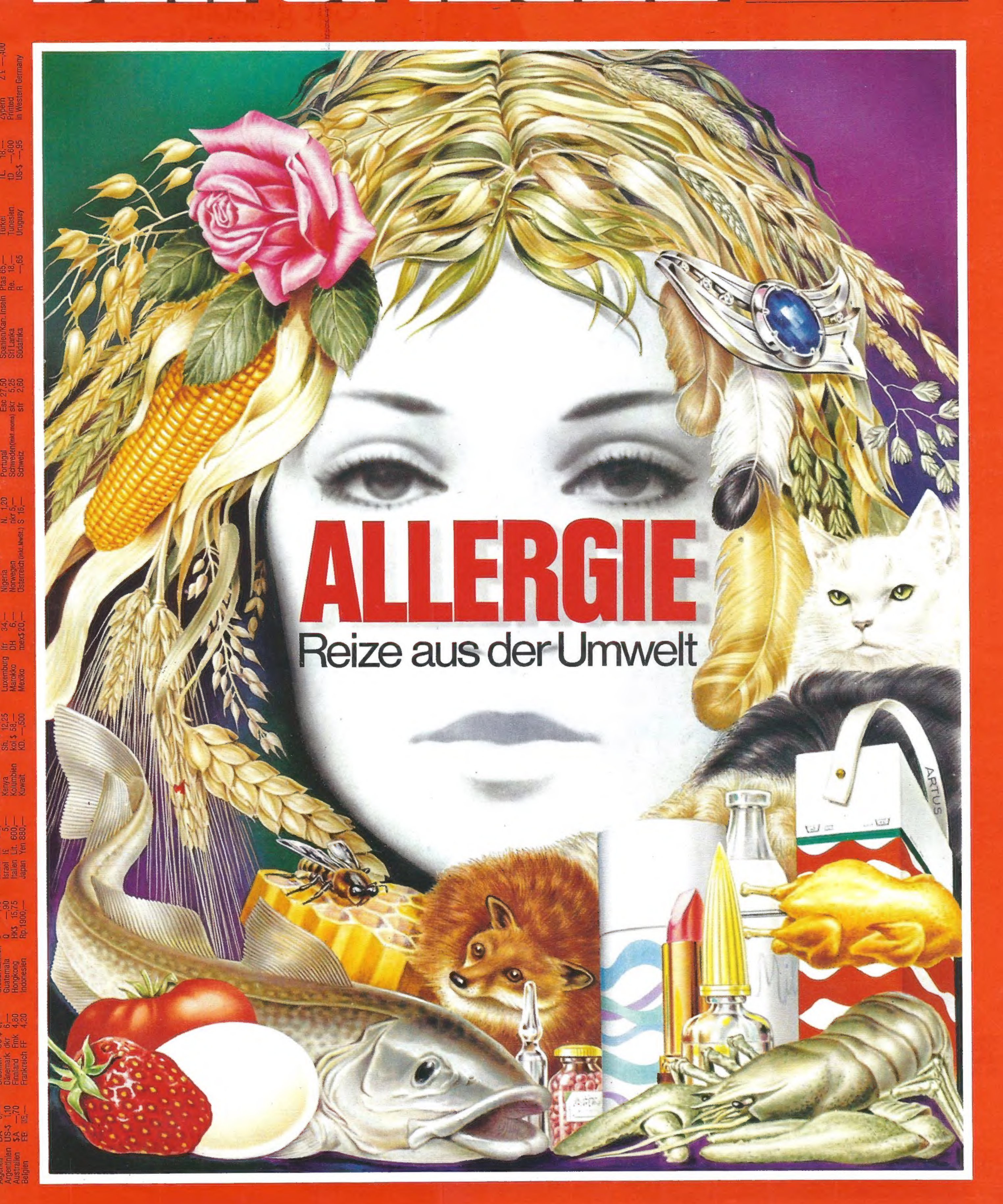
DER SPIEGEL

C 7007 CX
Nr. 29
28. Jahrgang · DM 2,00
15. Juli 1974




Gut gelaunt
genießen
Kronenfilter
HB
VON HAUS
BERGMANN
HAUS BERGMANN
20 Stück DM 2.20
18 Stück DM 2.00
im Automaten
HB ist mild und schmeckt
Eine Filtercigarette muß schmecken.
Und sie muß mild sein.
Diesen ausgewogenen Genuß bietet HB.
So wurde sie zur beliebtesten und
meistgerauchten Filtercigarette.
HB 411

HAUSMITTEILUNG

Datum: 15. Juli 1974 Betr.: Korrespondenten

In Ferienzeiten haben die deutschen Konsulate überall in der Welt eine Nebenbeschäftigung: deutschen Urlaubern, denen das Geld ausgegangen (oder gestohlen worden) ist, eine Rückfahrkarte zu verschaffen. Auch die Auslandsbüros des SPIEGEL werden in diesen Wochen gelegentlich mit Kreditinstituten verwechselt, auch mit Auskunftsbüros. Helmut Sorge, SPIEGEL-Korrespondent in London, berichtete jüngst, stellvertretend für die Kollegen, aus seinem Katalog der Nebenbeschäftigungen:



Sorge im britischen Fernsehen

Ein Leser aus der DDR bittet um eine „bunte Postkarte"; Mädchen aus der Bundesrepublik fragen nach Telephonnummern von Abtreibungskliniken; ein englischer Häftling in Schottland möchte seinen Fall wiederaufgenommen sehen; ein evangelischer Pfarrer samt Jugendgruppe will im SPIEGEL-Büro über Slums diskutieren; ein in London inhaftierter Deutscher erbittet Intervention wegen seines Reisepasses; ein Kollege vom „Sunday Telegraph" wünscht sich die Vermittlung eines Interviews mit Uwe Seeler; ein Student möchte den Däniken-Titel ins Englische übersetzt haben (Anmerkung: Die Übersetzung dieser Titelgeschichte erschien im August-Heft 1973 des „Encounter") and so on. Ein dutzendmal musste Sorge in diesem Jahr wegen der deutschen troubles von Guillaume bis zur Fussballweltmeisterschaft als Experte vor britische Mikrophone und Fernsehkameras. Vergangene Woche hat er der BBC ein Interview zum Fall Klarsfeld abgesagt – er musste für den SPIEGEL arbeiten.

+

Nach der Ausweisung des SPIEGEL-Korrespondenten aus Beirut im Oktober vergangenen Jahres ist dieser Platz nun wieder besetzt worden. Volkhard Windfuhr – er fuhr zusammen mit Dieter Wild und Hans Hielscher zum SPIEGEL-Gespräch mit König Hussein („In Jerusalem kein Kompromiss", Seite 56) – ist ein Orientalist, der mehrere arabische Dialekte beherrscht und, gewiss eine Rarität unter deutschen Auslandskorrespondenten, sogar in der Lage ist, in arabischen Zeitschriften auf arabisch über Probleme der arabischen Sprache zu schreiben.


المستشرق الألماني فولكهارد فيندفور :

اقفلوا باب الاجتهاد فضاعت الاصالة العربية

خطاب عبد الناصر في الأمم المتحدة كان نقطة الانطلاق

اللغة العربية تصلح لغة عالمية !

Windfuhr, Windfuhr-Essay

IN DIESEM HEFT

TITELGESCHICHTE

SPIEGEL-GESPRÄCHE

KOMMENTAR

DEUTSCHLAND

WIRTSCHAFT

DEUTSCHLAND

Brandt und Schmidt gegen Wehner Seite 19

Die Ära Wehner nähert sich ihrem Ende. In der SPD-Fraktion wächst der Unmut über die Winkelzüge des Vorsitzenden. Nur Wehners nach wie vor starke Position in der Partei hindert seine Gegner Brandt und Schmidt, die Ablösung des großen Alten offen zu betreiben.

Apel: Konzentration auf das Machbare Seite 24


Apel (M.), SPIEGEL-Redakteure Kaden, Wirtgen

Konzepte, die „machbar" sind, wünscht sich der neue Bonner Finanzminister Hans Apel von seinen Sozialdemokraten. „Von intellektuellen Verrenkungen", von purem Theoretisieren hält er nichts. „Es kann gut sein", sagt er in einem SPIEGEL-Gespräch, „daß ich Ende 1975 einer der unbeliebtesten Männer in der Partei bin."

Rocker studiert Seite 38

Stark gegen Schwache, rüde nur im Rudel — das sind Wesensmerkmale deutscher Rocker, wie sie eine jüngst abgeschlossene Kriminal-Studie aufzeigt. Empfehlung der Forscher an betroffene Bundesbürger: Nicht zusehen, sondern zuschlagen.

AUSLAND

Prozeß der USA gegen den Präsidenten Seite 54


Watergate-Untersucher Ervin

Als „unvernehmbar" oder „nicht zur Sache gehörend" hatte Nixons Stab etliche Stellen auf den Watergate-Tonbändern bezeichnet. Für den Rechtsausschuß des Repräsentantenhauses waren die Stellen durchaus vernehmbar und gehörten auch zur Sache. Unaufhaltsam steuert das Watergate-Drama einem Höhepunkt zu: der Abstimmung im Repräsentantenhaus über das Impeachment.

Makarios greift nach der Macht in Athen Seite 60

Zyperns Erzbischof-Staatschef stellte der griechischen Junta ein Ultimatum. Mit Unterstützung des Ex-Königs Konstantin und der Opposition baut er sich als Alternative zur Junta auf.

Kanada — Kolonie der USA Seite 62

In keinem Industriestaat haben Amerikas Bosse so viel Macht erobert wie in Kanada. Von den riesigen Bodenschätzen und Energiereserven des Landes erhoffen sich die Kanadier mehr Unabhängigkeit. Jedoch — sie können ihre Reichtümer nur mit weiteren US-Milliarden ausbeuten.

KULTUR

Film-Obszönitäten aus Frankreich — Seite 80

Bürger amüsieren sich bei blutigen Orgien, Halbstarke verführen eine stillende Mutter, eine Blondine strippt vor Kindern. Frankreichs Kino-Macher setzen immer mehr auf spektakuläre Sex- und Schock-Komödien: Im Herbst sind sie auch in Deutschland zu sehen.

Endkampf auf Papier — Seite 91


Photo aus WM-Buch

Die Verlagsbranche steuert einen neuen Verkaufsrekord mit Sportbüchern an. Nach dem deutschen Sieg in der Fußball-WM 74 druckt sie mehr als 2,5 Millionen Jubelbände und übertrifft den olympischen Bücherboom von 1972. Drei Weltmeister, Beckenbauer, Breitner und Hoeneß, erscheinen als Anreißer-Autoren. Versandhandel, Lebensmittelketten und Kaffeeläden bezogen die Produzenten in die Verkaufsschlacht ein.

WIRTSCHAFT

Kommt eine neue Weltwirtschaftskrise? — Seite 17

Helmut Schmidt befürchtet, daß die internationalen Finanzmärkte leicht schon morgen bersten und den Westen in eine ähnliche Weltwirtschaftskrise wie 1929 stürzen könnten. Bei den Handelspartnern drängt er auf einen internationalen Bereitschaftsdienst für den Ernstfall.

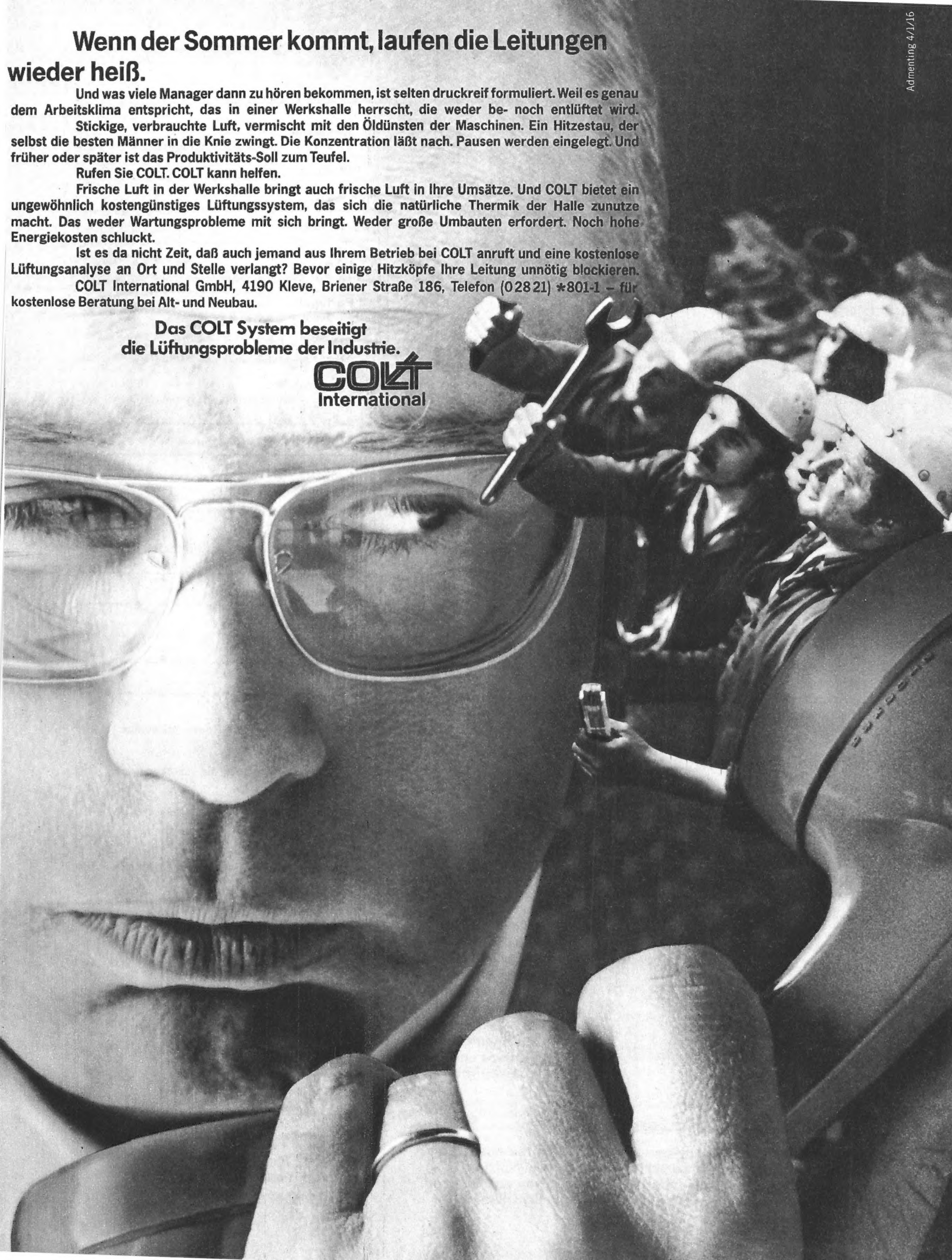
Nervöse Autoindustrie — Seiten 30, 47, 61

Je ruhiger es in den Verkaufslokalen der Automobil-Industrie zugeht, desto hektischer wird es in den Vorstandsetagen und Personalbüros. Zwischen Audi NSU, BMW und Ford setzte sich ein Personal-Karussell in Gang. Einige tausend Opel-Arbeiter wollen dagegen der kränkelnden Branche auf Dauer den Rücken kehren, seitdem die Werksleitung ihnen Kündigungsprämien ausgelobt hat. Nicht so recht an die Zukunft des Autos glauben mag auch Italiens Autoriese Fiat: Die Turiner werden auf Baumaschinen, Lokomotiven und Omnibusse ausweichen.


Opel-Produktion

Wurde bei Herstatt Geld verschoben? — Seite 33

Die Chancen der Herstatt-Gläubiger — und mit ihnen die Aussichten des privaten Bankgewerbes — verschlechtern sich von Woche zu Woche. Derweil argwöhnt Kölns Stadtkämmerer Meyer, daß kurz vor Schalterschluß noch unlautere Geldverschiebungen stattfanden.



Wenn der Sommer kommt, laufen die Leitungen wieder heiß.
Und was viele Manager dann zu hören bekommen, ist selten druckreif formuliert. Weil es genau dem Arbeitsklima entspricht, das in einer Werkshalle herrscht, die weder be- noch entlüftet wird.
Stickige, verbrauchte Luft, vermischt mit den Öldünsten der Maschinen. Ein Hitzestau, der selbst die besten Männer in die Knie zwingt. Die Konzentration läßt nach. Pausen werden eingelegt. Und früher oder später ist das Produktivitäts-Soll zum Teufel.
Rufen Sie COLT. COLT kann helfen.
Frische Luft in der Werkshalle bringt auch frische Luft in Ihre Umsätze. Und COLT bietet ein ungewöhnlich kostengünstiges Lüftungssystem, das sich die natürliche Thermik der Halle zunutze macht. Das weder Wartungsprobleme mit sich bringt. Weder große Umbauten erfordert. Noch hohe Energiekosten schluckt.
Ist es da nicht Zeit, daß auch jemand aus Ihrem Betrieb bei COLT anruft und eine kostenlose Lüftungsanalyse an Ort und Stelle verlangt? Bevor einige Hitzköpfe Ihre Leitung unnötig blockieren.
COLT International GmbH, 4190 Kleve, Briener Straße 186, Telefon (0 28 21) *801-1 – für kostenlose Beratung bei Alt- und Neubau.
Das COLT System beseitigt die Lüftungsprobleme der Industrie.
COLT
International
Admenting 4/1/16

BRIEFE

Seid verschlungen, Millionen

(Nr. 27, 28/1974, Banken: Herstatt-Pleite)

... abgrundtiefe, niederträchtige Gewissenlosigkeit ...

São Paulo (Brasilien) DR. ERNST F. KLUG

Bei Privatbanken braucht man seinen Spargroschen nicht anzulegen. Zu ihnen sollen nur Spekulanten gehen ...

Sindelfingen (Bad.-Württ.) FRANZ POHLNER
Rentner, 82 Jahre

Bei uns konnte die Pleite nicht einschlagen. Weder meine Frau noch ich haben und hatten je ein Konto bei dieser Bank, daher auch weder Verluste noch Bedarf an Geld. Seit Jahrzehnten bin ich zufriedener Kunde der Dresdner Bank.

z. Z. Bad Wiessee (Bayern)
RÜDIGER FREIHERR VON WECHMAR

Handelsblatt

„Sie kannten diese Abteilung nicht, Herr Direktor?"

Die Treuhand und die Bankaufsicht als Jecken taten ihre Pflicht. Lieb Vaterland, magst ruhig sein. Fest steht die Mafia auch am Rhein!

Marl (Nrdrh.-Westf.) F. SCHIMKE

Der Kölner Rosenmontags-Zug 1975 steht unter dem Motto: „Seid um-(ver-)schlungen, Millionen". Mein Vorschlag für den Festkomitee-Wagen: „Iwan der Schreckliche."

Köln CHRISTINE HARTGENS

Macht kein solches Gedöns wegen der lumpigen halben Milliarde, die der Iwan verpokert hat. Bundesbank soll helfen. Kann doch Geld machen. Weiß auch, wie einem zumute ist, wenn man merkt, daß man auf der falschen Seite liegt. Hat doch vor kurzem selber erst reingebuttert. Das Zwanzigfache. 10 278 820 166,93 DM Devisenverluste, 1973. Per Ultimo 73 abgeschrieben. Is' keiner dran gestorben. War nur glimpflich abgelaufener Geldverkehrs-Unfall.

Altenahr (Rhld.-Pf.) KARL WALKER

Der Bericht des Wirtschaftsprüfers würde mich wirklich einmal interessieren.

Köln EMANUEL MENDNER

Nur ein Beispiel unter vielen für Können und Seriosität jener Generation, die nur den flotten Schwimmstil der Konjunktur erlernt hat und jetzt, nachdem es schwerer geworden und der Befähigungsnachweis nachzuerbringen ist, ihr Heil im Glücksspiel sucht.

Heroldsberg (Bayern) HERBERT FRYDECKY

Wenn der Mensch nicht in der Lage ist, diesen modernen Verwaltungs- und Steuerungsmechanismus unter allerschärfster Kontrolle zu halten, werden die Aasgeier auch in Zukunft weiter über uns schweben und Ausschau nach Opfern halten.

Wolfsburg (Nieders.)
LOUIS KUMMER

Der Fall Herstatt ist in Belgien ausgeschlossen, dank der seit 1935 bestehenden Commission bancaire und der durch ihre Revisionen ausgemachten Kontrollen aller Depositenbanken.

Brüssel HANS SCHOEMANN

Der hiesige Filialleiter der Deutschen Bank konterte auf unsere (Test-) Bitte um einen 14tägigen Überbrückungskredit in Höhe von ungefähr 20 000 Mark mit der Frage nach Sicherheiten. Als wir ihm die Übereignung unserer Termin- und Spargeldforderungen an Herstatt in Höhe von 200 000 Mark anboten, winkte er dankend ab. Zumindest nach Meinung dieses Bankiers wird die Vergleichsquote dann noch nicht einmal 10 Prozent betragen, oder irren wir uns da?

Köln HEINRICH MICHATSCH
HEINRICH PFISTER
Beratende Ingenieure für Elektrotechnik

Wenige Vorbilder

(Nr. 27/1974, Niedersachsen: „Landeschef Alfred Kubel will vorzeitig abtreten")

Es ist schon eine eigenartige Sache: Da entscheidet ein 65jähriger aus eigener Einsicht, alsbald sein Amt in jüngere Hände zu geben, und trifft mit seinen Freunden alle Vorkehrungen, daß dies

in aller Ruhe und personell wohl vorbereitet geschehen kann, und dann muß er sich vorwurfsvoll fragen lassen, warum er so handele. Der Vorgang mag wohl deshalb besonderer Erwähnung wert sein, als er in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik vielleicht nicht allzu viele Vorbilder hat. Mir oder der SPD unterstellen zu wollen, nach der Wahl nicht mehr wahrhaben zu wollen, was vor der Wahl den Wählern über mich und meine Politik gesagt wurde, geht an dem tatsächlichen Sachverhalt vorbei. Sozialdemokratische Politik personalisiert sich schließlich nicht so sehr, als daß sie nur durch eine Person oder sonst gar nicht verwirklicht werden könnte. Ich habe ohne Vorbehalte und ohne zeitliche Begrenzung für das angestrebte Amt des Ministerpräsidenten diesen Wahlkampf für die SPD geführt. Und nun leite ich aus eigenem Entschluß und durch niemanden gebeten oder aufgefordert den Übergang zu meinem Nachfolger ein. Wenn nicht jetzt, wann denn vernünftigerweise sonst, und wenn nicht so, wie denn anders, eben um die Kontinuität der von uns dem Wähler angesagten Politik zu gewährleisten?


Kubel

Hannover ALFRED KUBEL
Niedersächsischer Ministerpräsident

Andere Wirkung

(Nr. 27/1974, SPIEGEL-Reporter Gerhard Mauz über den Prozeß gegen Beate Klarsfeld, die 1971 versuchte, den ehemaligen Gestapo-Chef von Paris, Kurt Lischka, nach Frankreich zu verbringen)

Wohl möglich, daß Frau Klarsfeld überzeugt ist, für ein besseres Deutschland zu stehen und zu agieren. Tatsächlich wirkt ihre Aktion von hier aus betrachtet ganz anders. Ihr spektakuläres Treiben, von unserem Fernsehen im einzelnen Bericht erstattet, hat nun hier folgende Hauptresultate: Es verschlechtert die Bemühungen mancher Franzosen um eine wirkliche Versöhnung zwischen unseren Ländern. Es setzte diese Franzosen den Vorwürfen Ihrer Landsleute aus, in dem es einen alten Verdacht ihnen gegenüber hegt, und es trägt dazu bei, die Propaganda unserer KP zu bestätigen, die bis jetzt wenigstens ein Drittel unserer Bevölkerung überzeugt hat, das bessere Deutschland sei die DDR.

Paris JACQUES BEZIAT

Passive Saubermänner

(Nr. 27/1974, Titelbild)

Ach, sagen Sie mal, wo haben Sie eigentlich Ihr Titelbild her? Diese vielen in die Sonne starrenden Köpfe scheinen mir bei irgendeiner amerikanischen Christenbewegung zu Hause zu

sein, insbesondere natürlich die behüteten. Na, meinen Sie denn, hier hätten Sie Ihre Leser oder irgend wen aus unserem Staat abgebildet? Sie scheinen zu übersehen, daß sich mit diesem Bild, mit den Farben und der Aufmachung sehr vielsagende Gefühle verbinden. Und diese Gefühle reden, wenn sie ihren Weg nach oben gefunden haben, von Saubermännern, von Leuten, die in gottgewollter Eintracht und Passivität dem Kommenden entgegensehen. Dies ist ein „Heile-Welt"-Bild wie selten eines. Die Wartenden sind nicht wir.

Kleve (Nrdrh.-Westf.) MICHAEL AHRWEILER

Ihr Titelbild „Steuer-Reform" ist gut. Anstelle „Die große Illusion" als Un-



SPIEGEL-Titel 27/1974
„Die Wartenden sind nicht wir"

tertitel hätte ich „Fata Morgana" vorgeschlagen.

Straubing (Bayern) HELMUT DUDET

Vorne schwarz — hinten grün

(Nr. 23/1974, Wohnen: Sanierung der Hinterhöfe; Nr. 25/1974, Briefe: „Schwarze Nägel mit roten Köpfen", Architektur: SPIEGEL-Report über die Sanierung deutscher Altstädte)

Ein Bravo dem Münchner Architekten Grub.

Pforzheim CHRISTL STÄHLE

Man nehme diese vergammelten, vermauerten, müllbetonnten, entkernungsbedürftigen, so gar nicht intensiv genutzten Münchner Hinterhöfe, schaffe unter Einsatz jahrelangen teuren Baulärms massenhaft unterirdische Pkw-Stellplätze, selbstverständlich — unglaublich klingt's — unter Erhaltung vorhandenen Baumbestandes. Damit der Eindruck echter, unbändiger Natur die richtige Würze erhält, wird dem Ganzen in Form einer herrlich acrylglasigen Kuppel über chlorigem Badesumpfe das Zyklopenauge der neuen Monokultur eingesetzt. Herzverpflanzer sind am Werk, frei nach dem Motto:





Wassertürme am Roten Tor in Augsburg*: „Zu Sofortmaßnahmen gezwungen"

„Wenn vorne schwarz, dann hinten grün."

München VOLKER GREVERATH

SPIEGEL-Redakteure müßten eigentlich wissen, daß solche Hinterhofsanierungen seit etwa 15 Jahren vorgeschlagen werden, also keine neue Erfindung des Kollegen Grub in München sind. Dieser kann allenfalls für sich in Anspruch nehmen, eine besonders fashionable Variante dieser Idee (mit Schwimmbad und Sauna über Tiefgaragen, die je Platz etwa 10 000 Mark kosten werden und oben nur noch spärliches Grün ermöglichen) publikumswirksam kreiert zu haben; eine Variante, die es weniger betuchten (Sozial-) Mietern kaum ermöglichen dürfte, weiterhin im Block zu wohnen. In Ost-Berlin, wo man es damit leichter hat, entstehen zur Zeit in großem Maßstab „Hinterhof"-Blocklandschaften, die weniger den Nobel-Ansprüchen Herrn Grubs und seiner Alpamare-Kunden, dafür den Infrastrukturansprüchen einer breiten Mittelschicht (unterschiedliche Spiel- und Erholungsflächen, Kinderhorte, Bildungseinrichtungen, keine Tiefgaragen) entsprechen.

Dortmund PROF. DIPL.-ING. MARTIN EINSELE
Universität Dortmund



Innenhof-Sanierung in Ost-Berlin
„Nicht für Nobel-Ansprüche"

Durch die Alt-Augsburg-Gesellschaft werden 3,2 Millionen Mark an Zuschüssen verteilt. Inzwischen ist in allen Städten, die über einen historischen Stadtkern verfügen, das Problem der Sanierung aufgetreten. Der zum Teil negative Strukturwandel unserer Städte zwang nunmehr alle zuständigen Stellen zu Sofortmaßnahmen. Nur werden leider allzuoft die Aufgaben des ausgesprochenen Denkmalschutzes und die Aufgaben einer grundlegenden Sanierung von Altstadtgebieten in einen Topf geworfen.

Augsburg HEINER SEYBOLD
ALT-AUGSBURG
Gesellschaft zur Erhaltung
Augsburger Kulturdenkmale e. V.

Weder vom Staat engagierte Stadtplaner noch sogenannte freischaffende Architekten verfügen bisher über ein Instrumentarium, welches es ihnen erlauben würde, eine Manifestation der Macht des Kapitals, besonders in den Stadtzentren zu verhindern. Es glaubt hoffentlich keiner, daß eine Anhäufung unfähiger Individuen, die sich zufällig in diesen beiden Berufen zusammengefunden haben, hier ihr Versagen öffentlich einzugestehen fähig wären.

Berlin FISCHER UND STIEFENHÖFER
Freie Architekten

Etwas sehr anderes

(Nr. 19/1974, Register: Ex-Abt Franzoni verteidigt das italienische Scheidungsgesetz; Nr. 25/1974, Rückspiegel)

„Der leitende Abt der Benediktiner", dessen deutscher Titel schlicht Abtprimas lautet, hat Don Franzoni nicht aufgefordert, Italien für ein Jahr zu verlassen. Vielmehr hat er zunächst einmal seine eigene Position innerhalb des „Benediktinerordens" klar dargestellt, um dann zu erklären, welches seine Rolle in der ganzen Angelegenheit gewesen ist und nach Maßgabe der Umstände auch nur sein kann. In diesem Zusammenhang erklärt er allerdings, daß er dem Vorschlag der juristisch allein zuständigen kirchlichen Oberen, Don Franzoni möge Italien für eine gewisse Zeit verlassen, insofern zu-

* Vor und nach der Renovierung (1972/73).

stimmt, als er darin für den Pater eine Chance sehe, innerlich Abstand zu gewinnen und sich gewissen Einflüssen eine Zeitlang zu entziehen. Das ist etwas sehr anderes als Ihre Meldung, der Abtprimas habe den Mönch aufgefordert, „Italien für ein Jahr zu verlassen, andernfalls riskiere er den Ausschluß aus dem Orden“.


Don Franzoni

Rom
P. PAULUS GORDAN OSB
Il Segretario della Confederazione Benedettina

Worte unterschlagen

(Nr. 24/1974, Sexualkunde: Nordrhein-Westfalen erließ Richtlinien; Nr. 26/1974: Briefe: Oberstudienrat Seibt kritisiert die Darstellung des Lukrezia-Selbstmordes in Schulbüchern)

Dem sehnsüchtig nach Nordrhein-Westfalen blickenden Kollegen aus Niedersachsen rate ich, um gründlich frustriert zu sein, sich einmal die niedersächsischen Livius-Schulausgaben des Schöningh-Verlages aus der Bischofsstadt Paderborn oder des Aschendorff-Verlages aus der Bischofsstadt Münster anzusehen: Die Drohung des Sextus Tarquinius, Lukrezia zu töten und einen erdrosselten Sklaven nackt neben sie zu legen, sowie die Worte der Lukrezia an ihren Gatten „Vestigia viri alieni, Collatine, in lecto sunt tuo“ sind dort unterschlagen, teilweise sogar ohne Kenntlichmachung der Auslassung. Ad usum ecclesiae catholicae?* Jedenfalls rechnet der noch klassisch gebildete Kirchenvater Augustinus konsequenter mit Lukrezia ab, wenn auch seine scharfsinnig rationalisierende Gefühlsanalyse eo ipso kaum zutrifft: Möglicherweise sei Lukrezia einem erotischen Erlebnis gar nicht abgeneigt gewesen; nicht Liebe zur Keuschheit habe sie zum Selbstmord getrieben, sondern aus schwächlichem Schuld- und Schamgefühl habe sie dem ersten Vergehen ein zweites hinzugefügt (Gottesstaat I 19). — Statt des langweiligen Madonnengesichtes der Vecchio-Lukrezia** hätte ich lieber ein Foto der emanzipierten Leserbriefschreiberin Helga Goetze gesehen, die so hart mit uns abrechnet. „Gefühle werden nur von Männern in Ehe oder Bordell verwaltet“: Helga, nur dem Wörtchen „oder“ (als identifizierender Konjunktion) stimme ich zu!

* Vestigia . . .: „Die Spuren eines fremden Mannes, Collatinus, sind in Deinem Bett“. Ad usum . . .: „Zum Nutzen der katholischen Kirche?“

** SPIEGEL-Leser Dräger irrt: Nicht Vecchio schuf das „langweilige Madonnengesicht“, sondern Lucas Cranach (Neue Pinakothek, München).





Heldin Lukrezia, Hausfrau Helga Goetze
„Gefühle nur von Männern verwaltet“

Oberbillig (Rhld.-Pf.)
PAUL DRÄGER
Studienrat

Die Redaktion des SPIEGEL behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

2000 Hamburg 11
Brandstwiete 19 / Ost-West-Straße
Telephon 3 00 71, Telex 2 162 477
Telegramm Spiegelverlag

HERAUSGEBER

Rudolf Augstein

CHEFREDAKTION

Johannes K. Engel, Erich Böhme

REDAKTION

Ariane Barth, Rolf Becker, Lutz Bindernagel, Peter Bölke, Jochen Bölsche, Stephan Burgdorff, Carl-Gideon von Claer, Werner Dähnhardt, Werner Detsch, Rolf Diekhof, Horst-Dieter Ebert, Jutta Fischbeck, Klaus Franke, Dr. Werner Funk, Börries Gallasch, Rudolf Glismann, Walter Gloede, Dieter P. Grimm, Dr. Helmut Gumnior, Christian Habbe, Werner Harenberg, Manfred W. Hentschel, Ernst Hess, Hans Hielscher, Heinz Höhne, Joachim Hoelzgen, Dr. Jürgen Hohmeyer, Dr. Hellmuth Karasek, Dr. Walter Knips, Siegfried Kogelfranz, Ingrid Kolb, Helger Kolipost, Joachim Korthals, Klaus Kröger, Karl-Heinz Krüger, Albrecht Kunkel, Hagen Graf Lambsdorff, Otto von Loewenstern, Heinz Lohfeldt, Dr. Wolfgang Malanowski, Hans Hermann Mans, Johannes Matthiesen, Gerhard Mauz, Jürgen Mechelhoff, Dr. Renate Merklein, Fritjof Meyer, Dr. Werner Meyer-Larsen, Manfred Müller, Rolf S. Müller, Hans-Georg Nachtweh, Hans-Joachim Nesslinger, Gunar Ortlepp, Jürgen Petermann, Olaf Petersen, Dr. Karl Poerschke, Jörgen Pötschke, Norbert F. Pötzl, Günter Rau, Klaus Reinhardt, Dr. Rudolf Ringguth, Dr. Gerd Rockel, Dr. Fritz Rumler, Dr. Gunter Schäble, Marie-Luise Scherer, Siegfried Schmidt-Joos, Siegfried Schober, Hans Joachim Schöps, Hermann Schreiber, Gisela Schröder-Ernst, Walther von Schultzendorff, Ulrich Schwarz, Mareike Spiess-Hohnholz, Wolf Dieter Steinbauer, Hans-Wolfgang Sternsdorff, Peter Stolle, Dieter G. Uentzelmann, Klaus Umbach, Karlheinz Vater, Monica Vogelgsang, Hartmut Volz, Eberhard Wachsmuth, Dr. Dieter Wild, Georg Wolff

ILLUSTRATION

Hans Peter Baumann, Martina Blume, Frank Böhm, Thomas Bonnie, Regine Braun, Volker Fensky, Günther Gatermann, Christiane Gehner, Manfred Igogeit, Digne Meller-Marcowicz, Jan Menssing, Ingeborg Molle, Gisela Pernau, Walter Pomikalko, Chris Riewerts, Manfred Schniedenharn, Gesa Thielmann, Heidrun Wandschneider, Gisela Winter-Bodenbender, Helmut Wolff, Jürgen Wulf, Monika Zucht

SCHLUSSREDAKTION

Rudolf Austenfeld, Werner Borsbach, Jens Eggers, Horst Engel, Bernd Heyen, Rolf Jochum, Herbert Kanthack, Josef Klessinger, Heinz Kohl, Inga Lembke, Dr. Heinz Pohle, Wolfgang Polzin, Dieter Schaake, Wilhelm Schöttker, Claus Schüler, Wolfgang Söltner

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

Berlin (West): Wolfgang Bayer, Axel Jeschke, 1 Berlin 30, Kurfürstenstraße 72/74, Telephon 261 13 33, Telex 184 704 • Berlin (DDR): Jörg R. Mettke, 1055 Berlin, Storkower Str. 165, Tel. 53 55 97, Telex 11-30 75 • Bonn: Manfred Eichhöfer, Alfred Freudenhammer, Dr. Wolfgang Kaden, Dirk Koch, Dr. Paul Lersch, Heiko Martens, Marion Schreiber, Diethelm Schröder, Hans-Gerhard Stephani, Klaus Wirtgen, 53 Bonn, Dahlmannstr. 20, Tel. 22 40 31, 22 39 81, Telex 08 86 630 • Düsseldorf: Heide Dörrhöfer, Stefan Klein, Siegfried Mehnert, Peter Stähle, 4 Düsseldorf 1, Immermannstr. 15, Telephon 35 33 21, Telex 85 82 737 • Frankfurt am Main: Hans Werner Kilz, Dr. Gisela Oehlert, Horst Stübling, 6 Frankfurt am Main, Oberlindau 80, Telephon 71 71 81, Telex 413 009 • Hannover: Wolfgang Becker, Gerd Kröncke, 3 Hannover, Kurt-Schumacher-Str. 26–28, Telephon 32 69 39, Telex 922 320 • Karlsruhe: Rolf Lamprecht, 75 Karlsruhe 1, Amalienstraße 25, Telephon 2 25 14 / 15, Telex 07 825 471 • Kiel: Dietrich Lachmund, 23 Kiel, Niemannsweg 18, Telephon 5 12 66 / 67, Telex 299 859 • Mainz: Peter Adam, Hans Dieter Degler, 65 Mainz, Rheinstraße 101, Telephon 2 61 61, Telex 4 187 507 • München: Heinz Höfl, Dr. Joachim Reimann, 8 München 80, Stuntzstraße 16, Tel. 47 40 38, Telex 05 22 501 • Stuttgart: Eberhard Hungerbühler, 7 Stuttgart, Kriegsbergstr. 11, Tel. 22 15 31 / 32, Telex 722 673

AUSLAND

Athen: Kostas Tsatsaronis, Valaoritou 12, Athen T. T. 134, Telephon 636-577, Telex: 215 418 • Beirut: Volkhard Windfuhr P. O. Box 2988, Beirut, Tel. 32 37 91 • Brüssel: Harald Hotze, 134, Avenue de Cortenberg, 1040 Brüssel, Tel. 36 24 49, Telex 25 294 • London: Dr. H. G. Alexander, Helmut Sorge, 6 Museum House, Museum Street, London WC 1, Tel. 580-5759/5750, Telex 25 278 • Moskau: Norbert Kuchinke, Moskau, Leninskij Prospekt 83, Korp. 5, Kw. 565, Tel. 133 96 61 • Nairobi: Erich Wiedemann, P. O. Box 14206, Nairobi, Tel. 6 11 66 / 6 02 07 • Neu-Delhi: Sri Prakash Sinha, 35 B Nizzamuddin East, Neu-Delhi, Tel. 61 97 33 • New York: Valeska von Roques, 1501 Broadway, Room 301 A, New York, N. Y. 100 36, Tel. 221-7583/84, Telex 237 723 • Paris: Wolfgang Gust, 17 Avenue Matignon, Paris 8e, Tel. 256-12-11, Telex 65 086 • Pretoria: Paul M. Schumacher, P. O. Box 26027 Arcadia, Pretoria, Tel. 64 25 52, Telex 3-0119 • Rom: Dr. Bernhard Müller-Hülsebusch, Largo Chigi 9, I—00187 Rom, Tel. 68 90 54, Telex 68 255 • Singapur Dr. Tiziano Terzani, 2 Winchester Road, Singapur 5, Tel. 63 71 82 • Tel Aviv: Henri Zoller, Spinozastraße 6, Tel Aviv, Telephon 24 97 17, P. O. Box 11288 • Tokio: Wulf Küster, 12-2, 5-chome, Kamiuma, Setagaya-Ku, Tokio 154, Telephon 411-3679, Telex 23 363 • Washington: Jürgen Leinemann, National Press Building 14th and F Street N. W., Washington DC 20 004, Tel. 347-5161 und 347-5222, Telex 64 300 • Wien: Dr. Inge Cyrus, Telekygasse 13, A-1190 Wien, Tel. 36 15 92, Telex 75 888

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR

für Konjunktur, SPD, FDP, Apel-Gespräch: Karlheinz Vater; für Manager, Banken, Automobilindustrie, Photohandel, Trends, Konzerne, Walfang: Dr. Werner Funk; für NS-Verfolgte, Kriminalität, Bundesbahn, Umwelt: Hans Joachim Schöps; für Sport, WM-Bücher: Walter Gloede; für Watergate, Hussein-Gespräch, Portugal, Griechenland: Dr. Dieter Wild; für Kanada: Börries Gallasch; für Serie: Heinz Höhne; für Zahnärzte, Titelgeschichte, Tourismus, Spectrum: Rolf S. Müller; für Szene, Fernsehen, Fernseh-Vorausschau: Peter Stolle; für Film: Siegfried Schober; für Geschichte: Georg Wolff; für Popmusik: Siegfried Schmidt-Joos; für namentlich gezeichnete Beiträge: die Verfasser; für Briefe: Werner Detsch; für Panorama, Personalien, Register, Hohlspiegel, Rückspiegel: Jörgen Pötschke; für SPIEGEL-Verlag/Hausmitteilung: Walter Busse (sämtlich 2 Hamburg 11, Brandstwiete 19/Ost-West-Straße)

DOKUMENTATION

Sigrid Behrend, Jürgen Bergeder, Burghard von Bülow, Dagmar Christiansen, Armin Dirks, Dr. Herbert Enger, Wolfgang Fischer, Ille von Gerstenbergk-Helldorff, German Hausknecht, Hartmut Heidler, Hans-Joachim Heinze, Wolfgang Henkel, Jürgen Holm, Christa von Holtzapfel, Günter Johannes, Ilse Lange-Henckel, Leonore Lohse, Elke Martin, Roderich Maurer, Rainer Mehl, Ulrich Meier, Michael Morozow, Claus Nodop, Paul Ostrop, Nora Peters, Ulrich Rambow, Anke Rashatasuvan, Karl-Otto du Roveray, Hedwig Sander, Karl-Heinz Schaper, Hans Schiller, Carl-Heinz Schlüter, Ekkehard Schmidt, Marianne Schüssler, Wolfgang Seehaber, Werner Siegert, Robert Spiering, Monika Tänzer, Dr. Iris Timpke-Hamel, Horst Wachholz, Dieter Wessendorff, Ernst Wildt, Georg Wöhner, Alfred Wüste

Leitung: Armin Sellheim

NACHRICHTENDIENSTE

Newsweek, New York Times, AP

SPIEGEL VERLAG RUDOLF AUGSTEIN KG

Büro des Herausgebers: Walter Busse; verantwortlich für Anzeigen: Horst Görner; gültige Anzeigen-Preisliste: Nr. 30 vom 1. Januar 1974; Verlagsgeschäftsstellen: 1 Berlin 30, Kurfürstenstr. 72/74, Tel. (030) 2 69 51, Telex 183 867; 4 Düsseldorf, Immermannstraße 15, Tel. (0211) 35 33 21, Telex 8 582 737; 6 Frankfurt a. M., Oberlindau 80, Tel. (0611) 71 71 81, Telex 413 009; 8 München 80, Maria-Theresia-Straße 11, Tel. (089) 47 20 35, Telex 524 601; 7 Stuttgart, Kriegsbergstraße 1, Tel. (0711) 22 15 31/32, Telex 722 673; Druck: Druckhaus Ahrensburg, Ahrensburg bei Hamburg und Darmstadt

VERLAGSLEITUNG

Michael Nesselhauf, Helmut Wallbaum, Alfred E. Wissmann

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Rudolf Augstein, Hans Detlev Becker



einhorn

»Verschonen Sie mich mit Ihren Hemden«, schrieb uns Salvatore Callese aus Taormina. »Entweder Sie schneidern die Dinger aus kugelfestem Material, oder ich rede mal mit meinem Paten, capisce?« So unter Druck gesetzt, schickten wir Signor Callese eine ausgewählte Collection von edelsten Batist-Hemden.
In den schönsten Fantasie-Dessins der kommenden Saison. Deren Beschädigung jedem Mafioso mit Kultur zutiefst widerstrebt.
Und falls tiefer gezielt wird?... Schließlich stellen wir keine Hosen her!
Einhorn.
Ihr Hemdenmacher aus Kirchentellinsfurt (7402)

218: Kleineres Übel

Die Interimslösung des Bundesverfassungsgerichts für die Bonner Reform des Paragraphen 218 hat fürs erste ein Stück Rechtseinheit zwischen Berlin und dem Bund gekostet. Das Abgeordneten-Haus sah sich vergangenen Sonnabend nicht in der Lage, die derzeit geltenden Teile des Reformwerks für Berlin zu übernehmen. Nach der von Baden-Württemberg bei den obersten Verfassungshütern erwirkten einstweiligen Suspendierung des Reformkernstücks, der Fristenlösung, gilt demnach bis zum endgültigen BVG-Urteil in der Bundesrepublik das von den Karlsruhern modifizierte Indikationsrecht, in West-Berlin hingegen ist weiterhin das ursprüngliche rigorose Abtreibungsrecht gültig. Diese „vorübergehende“ Rechtsungleichheit glauben Senat und Abgeordnetenhaus bis zum endgültigen Karlsruher Votum hinnehmen zu können. Sie ist „das mit Abstand kleinere Übel“ (Justizsenator Horst Korber) und soll ein Berlin-spezifisches „rechts- und verfassungspolitisches Risiko“ vermeiden helfen. Denn nach Auffassung der Alliierten, der sich der Senat fügt, hat das BVG in Berlin keine Jurisdiktion. Das Abgeordnetenhaus hätte demnach zwar, so der Senator, „dem Gesetzesbefehl des Bonner Parlaments“ folgen können; dann wäre das Reformgesetz in der Urform (Fristenlösung) ohne die Karlsruher Suspendierung in Berlin in Kraft getreten. Infolge der alliierten Vorbehalte hatte das Stadt-Parlament jedoch rechtlich „überhaupt keine Möglichkeit, den Teil, wo das Bundesverfassungsgericht gestaltend gewirkt hat, zu übernehmen“. Mithin darf eine Frau, die durch Vergewaltigung schwanger geworden ist, im 324 Kilometer entfernten Hannover abtreiben lassen, in Berlin dagegen nicht.

Grausig anzusehen

Gegen den geschlossenen Widerstand seiner Hauptabteilungsleiter holte NDR-Intendant Martin Neuffer das Dritte TV-Programm aus dem Sommerschlaf. An zwei Tagen übertrug NDR III vorige Woche die erste Plenarsitzung des neuen niedersächsischen Landtags — erst Ministerpräsident Alfred Kubels Wiederwahl, dann seine Regierungserklärung und schließlich eine langwierige Debatte darüber „in epischer Breite, so daß es manchmal wirklich grausig anzusehen war“ (Neuffer). Die Zuschauerbeteiligung, wegen der offiziellen Sommerpause (bis zum 20. September) wohl allenfalls in Promille zu schätzen, stand nach Ansicht leitender TV-Leute in keinem vertretbaren Verhältnis zum Aufwand. Allein die Anmietung eines Übertragungswagens, die eigenen waren noch marode von der Fußballweltmeisterschaft, kostete den NDR 25 000 Mark. Da Kubel selbst um diese Übertragung gebeten hatte, sieht sich Neuffer demnächst schon von den Länderchefs in Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein bedrängt („Natürlich kommen die jetzt auch“), doch er will sie mit einer Zusammenfassung am Abend abspeisen: „Damit wäre den Politikern ein besserer Dienst erwiesen.“

Guillaume-Verstärkung

Günter Guillaume, der als DDR-Spion verhaftete ehemalige Kanzler-Referent, sollte schon vor zwei Jahren Verstärkung erhalten. Wie aus dem jüng-







Damenbesuch und Golf im Gefängnis

stellen für Häftlinge, die wegen ihrer Beteiligung an der Watergate-Affäre zu Freiheitsstrafen verurteilt worden sind, keine außergewöhnliche Vergünstigung dar. Die Strafanstalten Camp Lompoc (US-Bundesstaat Kalifornien, Photo r.) und Allenwood (Pennsylvania), in denen bereits verurteilte Watergate-Täter einsitzen, gleichen eher Landschulheimen. Der tägliche Besuch von Damen und Verwandten ist selbstverständlich (Photo l. in Camp Lompoc, Mitte in Allenwood), Genuß von Rauschgift wird geduldet. Bewaffnete Wachmannschaften erübrigen sich, da ohnehin niemand flieht. Der ehemalige Stabschef des dubiosen Komitees zur Wiederwahl Richard Nixons, Jeb Magruder, der zusammen mit dem am Einbruch beim Ellsberg-Psychiater Fielding beteiligten Ex-Regierungssprecher Egil Krogh in Allenwood seine Strafe verbüßt, fühlt sich offensichtlich wohl: Vormittags arbeitet er als Bürogehilfe, nachmittags spielt er regelmäßig Tennis oder empfängt Besucher. In den USA gibt es acht derartige Vollzugslager, vorwiegend für „white-collar“-Täter. Gewaltverbrechern bleiben diese Anstalten verschlossen.

sten Verfassungsschutzbericht hervorgeht, war im Frühjahr 1972 einem Sachbearbeiter des Bundespresseamtes in einem Hotel in Helsinki von einem „Oberst Petersen“ 10 000 Mark Prämie versprochen worden, wenn es ihm gelinge, in das Bundeskanzleramt versetzt zu werden. Doch ihn beschlichen Skrupel. Er offenbarte sich erst seinem Vater und dann dem Verfassungsschutz, dessen Falle daraufhin bald zuschnappte: Der Ost-Berliner Führungsoffizier wurde auf dem Wege zu einem Treff mit seinem Auserwählten in der Bundesrepublik verhaftet.

Gedenkredner Filbinger

Demonstratives Fernbleiben kündigte der Mitherausgeber des Berliner „Tagesspiegel“, Franz Karl Maier, dem Berliner Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz an, falls der baden-württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger (CDU) in Berlin bei einer Feierstunde am Vorabend des 20. Juli die Gedenkrede hält. „Zu unserem großen Bedauern“, so Maier „im Namen der Redaktion ... müssen wir es ablehnen, an der vorgesehenen Veranstaltung ... teilzunehmen“. Schwabe Filbinger hat, glaubt Schwabe Maier, die „Legitimation“ für eine Rede zum Gedenken an die Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime verwirkt, seit er am 29. Mai 1945, drei Wochen nach Kriegsende, als Marinestabsrichter einen Obergefreiten zu sechs Monaten Gefängnis verurteilte. Der Soldat hatte, zwei Tage nach der Kapitulation, Vorgesetzte als „Nazihunde“ beschimpft und, laut Filbinger-Urteil, „demonstrativ“ das Hakenkreuz „von dem Hoheitsabzeichen seiner Mütze und seines Uniformrocks“ entfernt. Gegen Filbinger als Gedenkredner gingen weitere Proteste ein. So tat der einstige NS-Verfolgte Dr. Wilhelm Duwe aus Berlin in einem Brief an Schütz die Hoffnung kund, der Redner würde es vorziehen, „aus Krankheitsgründen“ der Feier fernzubleiben. Der Berliner Senat sah gleichwohl keine Veranlassung, Filbinger auszuladen.

Zitate

„Papen-Verschnitt“ (CSU-Vorsitzender Franz Josef Strauß über den CDU/CSU-Fraktionschef Karl Carstens).

„Wenn ich die Frage richtig beantworten würde, dann hätten Sie eine Sensation.“ (US-Außenminister Henry Kissinger während des WM-Empfangs in München auf die Journalisten-Frage, wie lange die Amtszeit von Isabel Péron dauern werde.)

Wenn die Konkurrenz plötzlich Konkurrenz bekommt, freut sich der Kunde.

Die neue Konkurrenz sind wir: Ford Lkw. Ihr Vorteil dabei ist, daß Sie die Frage nach dem speziell für Sie idealen Lkw noch einmal neu stellen können. Jetzt, nachdem Ihre Wahlfreiheit größer geworden ist.

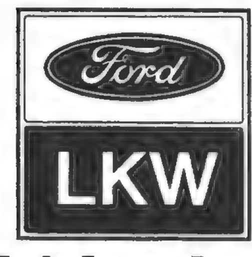
Die zwei neuen Lkw-Serien von Ford können Ihre heutige Antwort entscheidend beeinflussen:

Die leichten Stadt-Lkw der Ford A-Serie von 3,75 bis 5,6 t Gesamtgewicht.

Die mittelschweren Lkw der Ford N-Serie von 7,0 bis 14,5 t Gesamtgewicht.

Ford ist ein vertrauter Name in der Welt der Lkw. Selbst wenn Sie auf der Konkurrenz stehen, vergleichen Sie die Ford Lkw mit den anderen, damit Sie ganz sicher sind, daß Ihnen keine Chance entgeht. Ihr nächster Ford Lkw-Haupthändler erwartet Sie.

Die Abbildung zeigt einen Ford Lkw der N-Serie.



Das Zeichen der Vernunft


DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

DEUTSCHLAND

Konjunktur: Weltweites Zittern

Viele Staaten, Industrieunternehmen und Bankiers finanzieren ihre Geschäfte derart unsolide, daß ein kleiner Anstoß genügen könnte, das kapitalistische Geldwesen zerbersten und den Westen in eine Wirtschaftskrise stürzen zu lassen: Helmut Schmidt, den diese Ahnung wie ein Trauma verfolgt, schmiedet Krisenabwehrpläne.

Helmut Schmidt hat Angst vor der großen Krise.

Mit wem auch immer der Kanzler in den ersten Wochen seiner Regierungszeit sprach — ob mit Parteifreunden oder mit Industriellen, ob mit Bankiers oder mit ausländischen Regierungschefs —, stets steuerte er eilig ein und dasselbe Thema an: die Gefährdung des Wohlstands der westlichen Welt. Stets beschwor er seine Gesprächspartner, daß die labilen internationalen Finanzmärkte vielleicht schon morgen zusammenbrechen könnten und daß dann ein weltweites Wirtschaftschaos drohe. Ein Schmidt-Berater: „Das ist schon fast eine Obsession bei ihm."

Den starken Mann von Bonn verfolgt das Trauma von einem neuen Schwarzen Freitag — von einer Wiederholung jenes historischen 24. Oktober 1929, als das kapitalistische Finanzwesen nach einem Kurssturz an der US-Börse in der New Yorker Wallstreet zerbarst und die ganze Welt in eine Dauerkrise stürzte. Die grauen Millionenheere der Arbeitslosen von damals, der Verfall des Welthandels während der dreißiger Jahre scheinen dem Kanzler nicht ferne, unwiederholbare Historie; er sieht das Menetekel für die Rückkehr der Vergangenheit schon an der Wand.

Jetzt schon, so glaubt er, sei es an der Zeit, eine „dramatische Veränderung der weltwirtschaftlichen Kooperation" zu verhindern, gelte es, eine „apokalyptische Entwicklung der Weltwirtschaft" zu vermeiden. Mehr als die sozialliberalen Reformprogramme beschäftigen den neuen Kanzler Pläne, wie ein globales Wirtschaftschaos abzuwenden sei.



Krisenmanager Giscard, Schmidt: „Staatsmännische Aufgaben von hohem Rang"

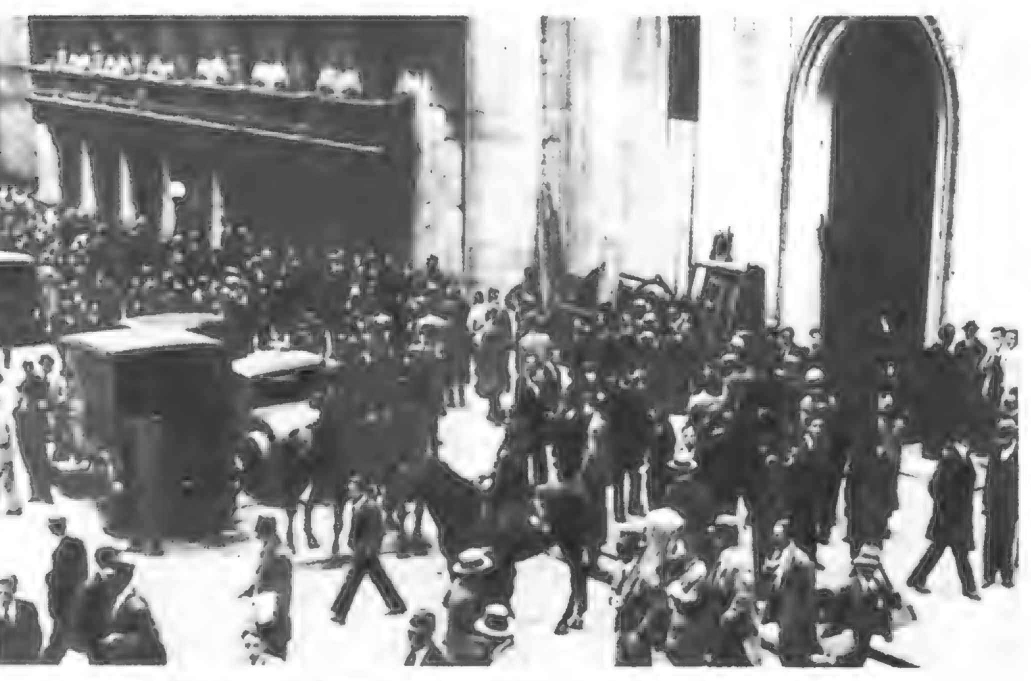
„Hier handelt es sich", so verkündete Schmidt kürzlich in Hamburg, „um staatsmännische Aufgaben von so hohem Rang, daß lediglich die Erhaltung des Weltfriedens noch höher einzuschätzen ist."

Mit Frankreichs Präsident Valéry Giscard d'Estaing, der Anfang voriger Woche Bonn besuchte, und mit dem Briten-Premier Harold Wilson beriet er sich über seine beklemmenden Ahnungen. Auch im Gespräch mit US-Präsident Richard M. Nixon Ende Juni in Brüssel blieb Schmidt nicht lange beim eigentlichen Konferenzthema, den internationalen Sicherheitsfragen. Ausführlich belehrte er statt dessen den Amerikaner, auf welch tönernen Füßen die Weltkonjunktur stehe.

Der Präsident bedankte sich anschließend für die „sehr eindrucksvolle und bedenkenswerte Darlegung" und versprach, schon bald seinen Finanzminister William E. Simon für weitere

Gespräche über die Krisen-Vorsorge in die Bundesrepublik zu schicken. Anlaß der Kanzler-Sorgen sind vor allem die binnen kurzer Zeit rapide gewachsenen Zahlungsbilanzdefizite der meisten westlichen Industriestaaten und der Entwicklungsländer.

So wird Italien, Mitglied der Europäischen Gemeinschaft (EG), 1974 für elf bis zwölf Milliarden Mark mehr Güter und Dienste im Ausland kaufen, als seine Exporteure auf dem Weltmarkt absetzen können. Die Italiener haben damit doppelt soviel Schulden bei ihren Handelspartnern wie 1973; England wird von knapp acht auf rund 18 Milliarden Defizit rutschen; und Japan, dessen Bilanz über Jahre hinweg ein Plus aufwies, gerät in diesem Jahr mit 25 Milliarden in die roten Zahlen.



Schwarzer Freitag 1929*: Kehrt die Vergangenheit zurück?

Einzig die USA, die Bundesrepublik und die Niederlande können unter den westlichen Industriestaaten noch Überschüsse im Außenhandel erwirtschaften. Johannes Witteveen, Generalsekretär des Internationalen Währungsfonds, beklagt im weltweiten Handelsverkehr „Ungleichgewichte von noch nie dagewesener Größenordnung".

Eine drastische Verteuerung der Rohstoffe, vor allem des Erdöls, hat die meisten Länder an den Rand der Kreditwürdigkeit getrieben. Sie können mit ihren Exporten nicht mehr die Milliarden-Summen verdienen, die ihnen heute für Rohöl, Kupfer oder Eisenerz in Rechnung gestellt werden.

Welche Gefahren die horrende Verschuldung großer Industriestaaten für den Welthandel birgt, führten die Italiener bereits vor: Ohne vorherige Konsultaion ihrer EG-Genossen erschwerten sie die Einfuhren von Agrar- wie Industrieerzeugnissen und gefährdeten damit bereits die Arbeitsplätze etwa in Süddeutschland und in einigen französischen Departements und damit die oft beschworene europäische Solidarität. Aus Angst, daß die italienischen Versuche bald von anderen nachgeahmt werden, warnt Helmut Schmidt immer öfter vor einem „Rückfall in handelspolitischen Bilateralismus", vor „Versuchen der Nationalstaaten, wirtschaftlich autark zu werden".

Der Rückfall in den Nationalismus, der Armut über alle bringen würde, so fürchten seine Berater, könnte unversehens dadurch ausgelöst werden, daß das hochempfindliche Maschennetz der internationalen Kapitalverflechtungen — die Grundlage eines florierenden Welthandels — zerrissen wird.

Denn immer schneller schwillt jener Geldfonds an, der keinerlei Regierungskontrolle unterworfen ist: der sogenannte Euro-Dollar-Markt, auf dem frei vagabundierende US-Dollar, japanische Yen, englische Pfund und Deutsche Mark hin- und hergeschoben werden. An diesem Euro-Markt, an dem 1970 immerhin schon 45 Milliarden Dollar umherschwirrten, werden Ende 1974 wahrscheinlich bereits 200 Milliarden Dollar (510 Milliarden Mark) gehandelt — fast halb soviel, wie die 60 Millionen Westdeutschen in diesem Jahr erwirtschaften.

Für die Wucherung sorgten vor allem die Öl-Potentaten. Da sie ihre zusätzlichen Öleinnahmen — der Gewinn für 1974 wird auf rund 70 Milliarden Dollar geschätzt — nur zu einem ganz geringen Teil für Einkäufe in den Industriestaaten verwenden, verleihen sie das Geld weitgehend auf dem Euro-Dollar-Markt an private Kreditinstitute und Industrie-Konzerne, aber auch an staatliche Notenbanken, die im Auftrag ihrer Regierungen borgen.

Fatal an diesen Geldern ist, daß sie meist nur ganz kurzfristig für einen Tag oder für wenige Monate ausgeliehen, von den Schuldnern aber wie langfristiges Sparkapital eingesetzt werden — etwa zur Finanzierung mehrjähriger Investitionsprojekte. Jeder der Euro-Borger baut darauf, daß die Milliarden, die nach wenigen Monaten zurückgezahlt werden müssen, nach Fälligkeit durch einen neuen Kurzfrist-Kredit ersetzt werden können. So machen die westlichen Industriestaaten en gros, was einst der Münchner Finanzmakler Rudolf Münemann mit Millionenbeträgen in relativ kleinem Rahmen betrieb und was ihn schließlich in die Pleite schleuderte. Sie vertrauen alle darauf, daß die Kooperation unter den Banken eng genug ist, um die abgelaufenen Kredite immer schnell wieder zu ersetzen.

Doch gerade die enge Verflechtung der Euro-Banken macht das Geschäft so riskant. Geriete eine der großen Banken in Luxemburg oder London, Zürich oder Brüssel, in Rom oder Paris einmal in Schwierigkeiten, weil ihr wegen des schlechten Wirtschafts-Standards ihres Heimatlandes niemand mehr etwas borgt, dann könnte der gesamte Euro-Dollar-Markt zusammenbrechen. Helmut Schmidts „apokalyptische Vision" (Schmidt) vom weltweiten Finanzchaos wäre Wirklichkeit.

Um die Gefahr, die durch die kurzfristigen Kredite ins Land getragen wird, zu verringern, versuchten einige Staaten bereits, ihre ausländischen Geldgeber zu langfristigen Darlehen zu überreden.

Der Pariser Regierung gelang es im Februar, 1,5 Milliarden Dollar auf sieben Jahre zu borgen; die Engländer bekamen 2,5 Milliarden Dollar langfristiges Leihkapital — längst nicht genug, um die britischen Importüberschüsse zu finanzieren. Auch die Italiener und Japaner müssen trotz einiger Darlehen auf lange Sicht täglich mehr am gefährlichen Euro-Geldmarkt aufnehmen. Allein das kurzfristige Schuldkonto der Italiener ist schon auf viele Milliarden Dollar gewachsen.

Die Krisenfurcht steigert sich seit den jüngsten Bankzusammenbrüchen in Europa. Wenn auch weder die Pleite des Kölner Bankhauses Herstatt noch die Schwierigkeiten der Englisch-Israelischen Bank in Tel Aviv oder die Geldklemme des britischen Kreditinstituts Keyser-Ullmann durch Euro-Dollar-Kredite verursacht wurden, so lösten sie doch „Zittern auf dem Euromarkt" („Wall Street Journal") aus.

Helmut Schmidt möchte verhindern, daß es zu Schlimmerem kommt. Schmidts Idee: Wie bei den Währungskrisen Anfang vorigen Jahres — als die

* Am 24. Oktober 1929 vor der New Yorker Börse.

Finanzminister aus den wichtigsten westlichen Industriestaaten sich blitzschnell zusammenschalteten — sollen die Geldpolitiker in London und Paris, in Tokio, Bonn und Washington einen Bereitschaftsdienst für Notfälle organisieren.

Diese Feuerwehr soll dafür sorgen, daß bei Alarm unverzüglich gehandelt wird, daß etwa beim drohenden Zusammenbruch einer Euro-Bank die Notenbanken devisenstarker Länder wie der Bundesrepublik oder der USA sofort mit Entlastungskrediten aushelfen.

Um den Notstandsplan mit Nixons Finanzminister Simon zu besprechen, unterbricht der Kanzler sogar seinen Urlaub: Der Amerikaner wird auf seiner Rückreise aus arabischen Staaten am kommenden Montag bei den Schmidts in Hamburg-Langenhorn vorsprechen.

SPD

Voller Mißtrauen

Unter den SPD-Bundestagsabgeordneten wächst die Zahl der Wehner-Gegner. Kanzler Schmidt und Parteichef Brandt würden den Fraktionsvorsitzenden am liebsten ablösen.

Herbert Wehners Wille ist für die Sozialdemokraten nicht länger Gesetz. Anderthalb Jahrzehnte lang bestimmte der grimmige Zuchtmeister Weg und Wendungen von Partei und Fraktion — nun nähert sich die Ära Wehner ihrem Ende.

Der große Alte sieht sich einer mächtigen Koalition gegenüber: Kanzler Helmut Schmidt und Parteichef Willy Brandt wünschen Wehners Ablösung vom Amt des Fraktionsvorsitzenden, trauen sich aber noch nicht, seine Entmachtung offen zu betreiben. Zu stark ist einstweilen noch Wehners Rückhalt in den Reihen der Sozialdemokraten, zu sehr ist die von Flügelkämpfen bedrohte Partei noch auf seine Integrationskraft angewiesen. Hinter verschlossenen Türen aber demonstrieren Brandt und Schmidt, daß Wehners Wort ihnen nicht mehr viel gilt.

So hatte der Fraktionschef Ende vorletzter Woche entschiedenen Widerspruch gegen die von Brandt vorgeschlagene und von Schmidt prompt vollzogene Berufung des ehemaligen Sonderministers Egon Bahr zum Nachfolger des demissionierten Entwicklungshilfe-Ministers Erhard Eppler eingelegt. Wehner, der den Intimus des SPD-Chefs nicht schätzt, wollte vermeiden, was Brandt nach Bahrs Berufung unverhohlen pries: „Bahr wird die stärkste Brücke zwischen dem Parteivorsitzenden und dem Bundeskanzler sein." Der neue Verbindungsmann verhindert möglicherweise die zunächst erwartete Konfrontation zwischen Nachfolger und Vorgänger, aus der Wehner bei Bedarf politischen Nutzen hätte ziehen können.

Gegen Wehners vehementen Einspruch gab Schmidt daher Bahr den Vorzug vor anderen Kandidaten für die Eppler-Nachfolge, vor dem Finanzfachmann Rainer Offergeld oder dem jungen Entwicklungspolitiker Uwe Holtz.

Mit Bahr holte Schmidt nicht nur einen Freund Brandts in sein Kabinett. Er gewann auch einen Sozialdemokraten, der den FDP-Außenpolitikern in der Regierung Paroli bieten kann. Das anfangs gestörte Verhältnis zwischen Schmidt und Bahr hatte sich bereits in den letzten Wochen normalisiert, als der Kanzler mehrfach bei dem ehemaligen Sonderminister und Ost-Unterhändler außenpolitischen Rat suchte.



SPD-Führer Wehner, Brandt: Dementi für den Genossen

Voller Mißtrauen hatte Wehner bereits eine Woche vor Bahrs Bestallung eine vermeintliche Kriegserklärung registriert. Am 26. Juni analysierte Brandts früherer Informationsdirektor in der SPD-Baracke, der Journalist Fried Wesemann, im Deutschlandfunk: „Im Konfliktsfall kann sich der Parteichef dem Kanzler fügen, nicht aber dem Fraktionsvorsitzenden unterordnen. Brandt wird daher, wenn er den Parteivorsitz behalten will, die Führung der Fraktion übernehmen müssen."

Der Fraktionschef mutmaßte, Brandt habe den Kommentar inspiriert. Am Rande der letzten Parteivorstandssitzung vor zwei Wochen beschwerte sich Wehner bei einem Genossen, Brandt wolle ihn aus seinem Amt verdrängen und selber die Führung der Fraktion übernehmen.

Der Verdächtigte dementierte eilends. An Gerüchten, so Brandt Ende Juni vor dem SPD-Parteirat, daß Partei- und Fraktionsvorsitz in eine Hand gelegt werden sollten, sei — „was mich betrifft" — nichts dran. Denn Brandt will vorerst keinen offenen Konflikt mit Wehner: Er weiß, daß der linke Parteiflügel gegen den Sturz des Mannes rebellieren würde, von dem er sich Unterstützung bei den erwarteten Auseinandersetzungen mit den Konservativen um Helmut Schmidt über den künftigen Kurs der SPD verspricht.

Gleichwohl macht Brandt kein Hehl daraus, daß er mit dem alten Genossen nichts mehr im Sinn hat. In der Öffentlichkeit spricht er nur vom „Herrn Wehner", und intern ergeht er sich in Andeutungen darüber, daß Wehner sich beim Kanzlersturz weit schlimmer verhalten habe, als bisher draußen bekannt sei.

Ähnlich wie Brandt will auch Helmut Schmidt nicht riskieren, als Wehner-Killer die ohnehin unruhige Partei gegen sich aufzubringen. Andererseits möchte sich der Bundeskanzler für seine Politik den vollen Flankenschutz durch die Bundestagsfraktion sichern — was nach seiner Auffassung nur dann optimal gelingen kann, wenn den Abgeordneten ein Mann seiner Wahl vorsteht. Am liebsten sähe Schmidt dort seinen Protegé und Nachfolger im Finanzministerium, Hans Apel, doch kann der Kanzler den kessen Kassenverwalter als seine wichtigste Kabinettsstütze auf absehbare Zeit nicht entbehren.

Schmidts zweite Wahl ist Bildungsminister Helmut Rohde, Vorsitzender der mitgliederstarken SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA). Rohde, der das Vertrauen beider Parteiflügel genießt, hätte gute Chancen, von der Fraktion gewählt zu werden. Sein Handikap aber ist es, wenig telegen zu sein und bei Parlaments-Auftritten weniger Eindruck auf nur

ERICH BÖHME

Sie hätten ihn denn

Zwei Bataillen haben sie gewonnen, in Hamburg und in Niedersachsen. Ob sie die Schlacht um Bonn 1976 gewinnen, hängt vom Generalfeldmarschall ab.

Feldmarschälle hat die Christen-Union genug — drei und wenn's hoch kommt fünf. Neben den Kanzler-Rivalen Kohl und Stoltenberg gibt es seit letzter Woche einen dritten. Der bayrische Demokrator Franz Josef Strauß hat auf dem CSU-Parteitag zu verstehen gegeben, daß es 1976 nicht ohne ihn geht, er im Notfall — und nicht nur dann — mit von der Partie ist. Als Reservisten grüßen der späte Carstens und der frühe Biedenkopf.

Keine Frage — Personal hat die Union genug. Doch alle haben eines gemeinsam: Keiner ist der Kandidat aller.

Am ehesten — noch — kann sich Kohl auf eine geschlossene CDU-Truppe verlassen, nachdem er vor einem Jahr Vorgänger Barzel verjagt hatte und seither neue Wählerschichten ihre Sympathie für die Union entdeckt haben. Doch sein Schicksal heißt Schmidt. Helmut Kohl, der Provinzhäuptling mit Herz, wird seiner neuen Klientel um so entbehrlicher erscheinen, je erfolgreicher Willy Brandts Anti-Typ in der Hauptstadt agiert. Kohl selber hält sich zwar für eine hausbackene Mischung aus Pater patriae (jun.) und Macher, auf jeden Fall für „den erfolgreichsten Ministerpräsidenten Deutschlands". Aber Mainz ist weit, und Schmidt ist besser.

Chancen also für den Konkurrenten aus Schleswig-Holstein? Ja, weil Stoltenberg den Eindruck erweckt, etwas von Wirtschaft zu verstehen und dem schneidigen Schmidt eher gewachsen zu sein als der biedere Pfälzer.

Doch der Schein trügt. Gerhard Stoltenberg spielt nur so totsichere Blätter, daß er meistens sitzen bleibt. Zweimal schon hat der Schönwetter-Kandidat gekniffen, 1971, als sich Kohl auf dem Parteitag in Saarbrücken bei der Wahl zum neuen Parteivorsitzenden von Rainer Barzel schlagen ließ und die Hochachtung des Parteivolkes gewann, und 1973, als Kohl sich nicht scheute, den Vorsitz der Verlierer-Partei zu übernehmen.

So wie Stoltenberg gebaut ist, wird er sich auch jetzt erst dann hinter seinen Dünen hervortrauen, wenn es mit der Union weiter aufwärts geht. Geht es mit ihr aber weiter bergan, dann müßte er den erfolgreichen Kohl überholen, ein aussichtsloses Unternehmen.

Geht es mit der Union dagegen abwärts, dann glaubt Franz Josef Strauß, der sich beiden Konkurrenten überlegen dünkt und auch sicher einmal war, seine Stunde der Not sei endlich — zum letztenmal? — gekommen.

Qualifizieren kann er sich nur mit einem makellosen Wahlergebnis im Oktober in Bayern, und das scheint ihm nur sicher, wenn der Unberechenbare konservatives Parteivolk und Stammwähler in Bayern nicht mit Experimenten verunsichert. Straußens Versuchung ist groß. Sein Geschäft in Bonn, so glaubt er, floriere besser, wenn er der Union mit der Gründung einer vierten republikweiten Bundestags-Partei drohe.

Fisimatenten mit einer bundesweiten Strauß-Partei dagegen kann er sich in seinen Stammlanden nicht erlauben. Peinlich vermied er es, vor seiner Wiederwahl zum CSU-Landesvorsitzenden am letzten Freitag sein Lieblings-Thema auch nur anzutippen. Er weiß um die Furcht seiner Funktionäre vor einer im Gegenzug nach Bayern expandierenden CDU. Schon fürchten die Christsozialen, Schmidt könne ihnen den erwarteten CSU-Triumph im Herbst verderben, der bayrische SPD-Kandidat Vogel ihnen den einen oder anderen Punkt an der 56-Prozent-Mehrheit streitig machen.

So wie Strauß in Bayern tragen Stoltenberg in Schleswig-Holstein und Kohl in Mainz an ihren Wahlsorgen. Der eine, weil er seine Mehrheit vor der Haustür des Hanseaten Schmidt verteidigen, der andere, weil er sein Versprechen einlösen muß, in Rheinland-Pfalz die FDP zum erstenmal wieder für eine Bürgerkoalition zu gewinnen und die sozialliberale Vorherrschaft vom Südwesten her aufzurollen.

Leidgeprüfte Oppositionelle wie der ehemalige CDU-Generalsekretär Heck und der ehemalige CSU-Landesgruppenchef Höcherl hatten recht, als sie die Union letzte Woche aufforderten, ihren Kanzlerkandidaten noch in diesem Jahr zu nominieren — sie hatten unrecht, wenn sie glaubten, die Unionschristen könnten es schon. Sie wählen keinen, sie hätten ihn denn.



Schmidt-Protegé Rohde
Handikap im Fernsehen

vordergründig interessiertes Fernsehpublikum zu machen als seine Gegenspieler von der Opposition, Karl Carstens und Franz Josef Strauß.

Immerhin: Mit einem Fraktionschef Rohde wäre es dem Kanzler möglich, den SPD-Parlamentariern auch einmal den Rücken kehren zu können und sie gleichwohl hinter sich zu wissen. Der 68jährige Wehner hingegen, darin weiß sich Schmidt mit Brandt einig, ist in seinen Reaktionen immer schwieriger zu kalkulieren.

Schon hat sich Schmidt der Unterstützung einer mächtigen Fraktion innerhalb der Fraktion versichert, der konservativen Kanalarbeiter-Riege von Hinterbänklern und Karrieristen, die sich nicht an Herbert Wehner, sondern an ihrem Anführer, dem Deutschland-Minister Egon Franke, orientieren. Doch nicht nur die Kanaler murren, seit sich in letzter Zeit unter Wehners Führung die Fraktionspannen häufen.

Zum Beispiel fühlten sich viele Abgeordnete in der letzten und vorletzten Woche verschaukelt, weil sie wegen eventuell erforderlicher Abstimmungen über Steuerreform und Hochschulrahmengesetz aus den Parlamentsferien herbeizitiert worden waren und dann tagelang tatenlos in Bonn herumsitzen mußten. Zudem vermißten die SPD-Abgeordneten eine klare Entscheidung ihrer Führung, ob sie wegen der Ablehnung beider Gesetzesvorhaben durch die CDU/CSU nun draußen im Lande die Opposition wegen Obstruktion attackieren oder ob sie sich mit Rücksicht auf eine mögliche Kompromißlösung vorerst zurückhalten sollten.

Eine Niederlage mußte der Fraktionschef einstecken, als es um die Berufung des Gewerkschafters Friedhelm Farthmann zum ordentlichen Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit

und Sozialordnung ging, der für die Mitbestimmungsregelung zuständig ist. Wehner wollte Farthmann nicht, weil der zur Vermögensbildung und Mitbestimmung abweichende Meinungen geäußert hatte. Unter dem Druck von DGB-Chef Heinz Oskar Vetter und Farthmann-Freunden in der Fraktion aber mußte Wehner klein beigeben.

Wehners Schwierigkeiten bei der Führung der Fraktion wurden noch deutlicher, als sein Parlamentarischer Geschäftsführer Karl Wienand vorletzte Woche wegen Krankheit ausfiel. Die Anlauf- und Koordinationsstelle für die Abgeordneten ist seitdem verwaist. Ein Schmidt-Vertrauter: „Der Unmut in der Fraktion über Wehner ist von neuer Qualität.“

Daß es mit der Autorität des einst Gefürchteten bergab geht, wurde den Abgeordneten vollends deutlich, als Wehner in einer der letzten Fraktionssitzungen lautstark über das Taktieren der sozialdemokratischen Bildungspolitiker beim Hochschulrahmengesetz schimpfte. Kaum hatte der Fraktionschef geendet, da wagte Ex-Bildungsminister Klaus von Dohnanyi, bisher nicht für Tollkühnheit bekannt, dem Chef Widerworte zu geben.

Dohnanyi hinterher über seine Mutprobe: „Da bin ich aufgestanden und habe mit ganz ruhiger Stimme gesagt: ‚Herbert, du brauchst hier nicht so laut zu werden‘, da gab es Jubel in der Fraktion, und nach der Sitzung haben mir noch die Kollegen gratuliert.“

FDP

Ballons steigen lassen

Die mangelnde Ausstrahlungskraft ihres künftigen Parteichefs Genscher auf die Wähler bereitet den Freidemokraten zunehmend Sorge. Schon hält sich Wirtschaftsminister Friderichs für höhere Aufgaben bereit.

Drei Monate vor ihrem Hamburger Parteitag im Oktober breitet sich Katerstimmung bei den Liberalen aus.

Zwar zweifelt niemand an der Wahl Hans-Dietrich Genschers zum neuen FDP-Chef. Doch je schmerzlicher den Freidemokraten bewußt wird, welchen Verlust die kleine Partei mit dem Abgang Walter Scheels ins Präsidentenamt erlitt, desto häufiger fragen sie sich, wie es denn unter der Führung des bulligen Taktierers aus Sachsen weitergehen soll.

Nach dem mageren Abschneiden bei den Landtagswahlen in Niedersachsen (7 statt der erhofften 8,5 Prozent) mäkeln enttäuschte FDP-Leute offen über Genschers entscheidenden Mangel: seine fehlende Attraktivität für die Wähler, und sie verweisen auf Scheel, der es verstanden habe, sich den Deutschen als liebenswerter, leicht extravaganter Vertreter des gemeinhin als schmutzig geltenden Polit-Geschäfts darzustellen. „Jetzt ist das Charme-Element weg“, trauerte FDP-Professor Ralf Dahrendorf, „das war Walter Scheels große Stärke. Zwei bis drei Stunden warteten die Frauen im Regen, und sie hatten anschließend das Gefühl, es war nicht umsonst.“

Nachfolger Genscher dagegen, der sich in Erkenntnis seiner dürftigen Ausstrahlung stets als die, wie er selbst sagt, geborene „Nummer zwei“ eingeordnet hatte, mußte auf seinen Wahlkampf-Reisen in Niedersachsen mit nur mäßig gefüllten Sälen und Marktplätzen vorliebnehmen. Horst-Ludwig Riemer, Vorsitzender der mächtigen nordrhein-westfälischen FDP: „Er kommt bei den Wählern nicht an. Das ist sein Problem.“ Und die stellvertretende Parteivorsitzende Hildegard Hamm-Brücher ängstigt sich: „Genscher als Parteivorsitzender, das kann nicht gutgehen. Der hat kein Charisma.“



FDP-Konkurrenten Friderichs, Genscher: „Das kann nicht gutgehen“

Die offene Diskussion um seine Person trifft Genscher um so härter, als sich im Hintergrund bereits ein Parteifreund, dem Image-Sorgen fremd sind, für höhere Aufgaben rüstet: Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs. Den 42jährigen Aufsteiger zeichnen nach Ansicht vieler Liberaler ähnliche Qualitäten aus, wie sie Walter Scheels Popularität begründeten — politische Zielstrebigkeit gepaart mit verbindlichen Umgangsformen.

Da indes das Amt des Parteichefs noch nicht wieder zur Disposition steht, spitzt sich die Personaldebatte in der FDP auf die Frage zu, wer — neben Hildegard Hamm-Brücher und Fraktionschef Wolfgang Mischnick — den durch Genschers Aufrücken frei werdenden Posten eines weiteren Parteivize besetzen soll. Und diese Diskussion läuft zuvörderst unter dem Gesichtspunkt, wie das Popularitäts-Defizit des künftigen Vorsitzenden am besten zu kaschieren sei. Friderichs: „Die Frage ist, was deckt Genscher nicht ab. Damit schlägt sich die Partei jetzt rum.“

In die Deckungslücke möchten industrienahe Liberale gern den in Graz zum Doktor der Staatswissenschaften promovierten Juristen Hans Friderichs schieben, der seine bundespolitische Karriere vor zehn Jahren als Abgeordneter im Bonner Parlament begonnen und als Bundesgeschäftsführer der Partei vorläufig beendet hatte.

Der Landarzt-Sohn aus dem Weinort Wittlich, der nach seinem ersten Bonner Parteiamt zunächst als beamteter Staatssekretär für Weinbau im CDU-Land Rheinland-Pfalz eine Art Privat-Koalition mit dem Unions-Chef Helmut Kohl pflegte, steigerte, nachdem er 1972 Wirtschaftsminister im zweiten SPD/FDP-Kabinett geworden war, seinen Bekanntheitsgrad so schnell wie vor ihm kaum ein anderer Politiker. Den Wirtschaftsminister kennen heute 82 Prozent aller Wähler, und weit über die Hälfte davon findet ihn außerordentlich sympathisch.

Hans-Dietrich Genscher, der seit vielen Jahren sein Gesicht beständig in die Fernsehkameras hält, hat nur noch einen geringen Popularitäts-Vorsprung. Damit dieser Abstand nicht noch weiter abschmilzt, möchte Genscher dem neuen Publikumsliebling Friderichs den Zutritt zum Parteivorstand versperren.

Für den frei werdenden Stellvertreter-Posten im FDP-Vorstand favorisiert er seinen Nachfolger im Innenministerium, den linksorientierten Rechts-

„Jetzt ist die Seele ein paar Kilo leichter“

Peter Brügge über die Münchner Straßenkampagne der bayrischen CSU-Minister

In Franz Josefs Namen trieb Generalsekretär Gerold Tandler am vergangenen Donnerstag gleichzeitig acht Minister und sieben Staatssekretäre der bayrischen CSU-Regierung auf die Straßen ihrer Metropole München. Dort sollten sie Direktkontakt zum ziemlich fremden Volk aufnehmen. Und siehe, sie fürchteten sich nicht.

Darin ließ sich zweifellos ein Vorgang von höherem Überraschungseffekt erkennen als in der anderntags vom CSU-Parteitag absolvierten Wiederwahl des Parteichefs Strauß. Nach einem halben Jahrzehnt unter polizeilicher Obhut haben sich die zweitbesten Köpfe der alleinherrschenden Partei erstmals überhaupt zu einer solchen öffentlichen Selbstdarstellung vorgewagt. Und das schlimmste, was ihnen dabei widerfuhr, war, daß die Leute sie kaum kannten.



CSU-Minister Heubl in der Münchner Fußgängerzone: Apo-Trauma abgeschüttelt

Die CSU schüttelt befriedigt ein Trauma ab, das sie bei der Begegnung mit Gesellschaftsveränderern der Apo erlitt, die vor fünf Jahren eine Münchner CSU-Kundgebung mit Hilfe von Stinkbomben, Sprechchören und gefälschten Eintrittskarten denaturierten und der Partei dann lange keinen Frieden ließen. Mit dem Behagen eines genesenen Leichtverletzten, die Brillant-gezierte Rednerhand stets in Augenhöhe des Straßenpublikums, besinnt sich nun Bayerns Finanzminister Ludwig Huber auf dem Sendlinger-Tor-Platz der unvergeßlichen Zeiten, da die Stadt von dem Studenten-Schlachtruf widerhallte: „Haut den Huber in den Zuber.“

Mit einer „gnädigen Frau“ aus dem Volk kann er diesmal ungestört das schwere Los der Inhaber sechsprozentiger Staatsanleihen erörtern. Und Professor Hans Maier, der badische Kultusminister Bayerns (Studentenschlachtruf: „Haut dem Maier in die Eier“), erwehrt sich im Stadtteil Pasing — nah' einer immer noch unruhigen Lehrerbildungsstätte — reibungslos der Zwischenrufer, indem er ihnen seine Visitenkarte reicht. Politisch schwierige Fragen wünsche er schriftlich nach Hause. Ansonsten: „Setzen Sie sich lieber auf den Hosenboden, statt Polittheater zu inszenieren.“

Die Gesellschaft hat sich offenbar verändert. Aber doch so, daß es der CSU wieder gefällt. Wo immer organisierte Jugend die Straßenszene dieses Münchner Spätnachmittags färbt, trägt sie die grasgrünen T-shirts der christsozialen Schüler-Union und überschwemmt die Passanten mit dem auffallend teuren Wahlkampfmaterial der CSU-Landesleitung. Junge Union stützt und verkauft die in Fragen großstädtischer Volksunmittelbarkeit noch ungelenken Herren der bayrischen Zentralverwaltung, die durchs ungewohnte Megaphon vor allem den Zentralismus von Bonn beklagen.

„Nutzen Sie diese Gelegenheit“, posaunt's durch die von Vogels SPD kreierte Fußgängerzone, „sprechen Sie mit dem bayrischen Innenminister, ohne Bürokratie, ohne Funktionäre, treten Sie näher.“

Einem, der sich zu fragen wagt, klopft Innenminister Bruno Merk verbal von oben herab auf die Schulter, wie der Chefarzt einem armen Huster: „Na, jetzt ist die Seele aber ein paar Kilo leichter.“ Der Mann hatte bloß wissen wollen, wieweit ein Bürger sich vor zivilen Polizeitrupps noch schützen könne, doch darauf erhält er keinen rechten Bescheid.

Die Regierenden Bayerns fühlen sich fremd in ihrer Hauptstadt, aus der nur die wenigsten von ihnen stammen. Sie beherrschen kaum etwas von den Raffinessen ihres Vormannes Strauß,



CSU-Minister Merk am Münchner Marienplatz: Fremd in der Hauptstadt

dem sie das Ressort Volk nicht ungern überlassen. So widerfährt es ihnen regelmäßig, daß der von ihnen zur linken Spezialität ausgerufenen Allmacht Bürokratie vom Großstadtvolk sie selber gleich zugerechnet werden.

Während 50 Umstehende den Zuruf beklatschen, ein Minister wie er verdiene ja ebenfalls zuviel, fällt dem Schwaben Merk nur ein: „Ich werde demnächst sowieso Fußballer“ (die Gemeinde Beckenbauers findet das nicht komisch). Bayerns gepflegter Bundesratsminister Franz Heubl spricht 300 Meter weiter auf des Fußvolks Frage, was denn er für das teure Geld in Bonn eigentlich leiste, gar nicht erst an.

Münchens CSU-Vorsitzender Erich Kiesl, der dem Innenminister als dessen ehrgeiziger Staatssekretär zu schaffen macht, betreibt indes in einer Arbeitergegend von München-Ost seine geschmalzene Art von Sympathiewerbung, indem er alle Standl-Frauen mit einem CSU-Orden behängt. Ihm zur Seite widerfährt es Max Streibl, dem Chef des populären Umweltministeriums, daß eine Passantin ihm anhand einer Photographie nachweist, sie habe ihn als Kind im Arm getragen. So etwas bewegt die Leute stärker als jeder Fallout, und Streibl versieht denn auch die Frau sofort mit einer Medaille seines Ressorts.

Daß sie, ihr Papier und auch ihr Blech nirgendwo zurückgewiesen wurden, daß keiner pfiff und die paar Polizisten sich überflüssig fühlten, mochte den Mannen von Strauß für eine Bestätigung jener Trend-Schätzungen gelten, die der CSU im roten München im Wahlherbst '74 zwei bis drei Prozent mehr Stimmen verheißen. Deutlicher mußten sie aber spüren, wie beklemmend groß ihr eigener Abstand gerade zu den Wählern ist, die zu gewinnen sie hoffen.

Dies ahnend, hatten etliche der CSU-Würdenträger sich sachte gegen das Parteigebot einer solchen Straßenkampagne gesperrt. Ihnen mißfiel auch die Art, wie da in ihrer Abwesenheit ihre Namen je nach Marktwert aus dem großen Topf in der Parteizentrale gezogen und naserümpfend umgetauscht wurden.

Der physiognomisch attraktive Landwirtschaftsminister Hans Eisenmann speziell, den Strauß coram publico mit gefletschten Zähnen um etwas mehr Aktivität in den Niederungen des Wahlkampfes ersucht hat, ging an dieser Börse schleppend weg. „Es würde mich wirklich ehren“, sagte der „schöne Hans“, umgeben von 13 Neugierigen am Gehsteig einer Ausfallstraße, „wenn der Stimmkreis-Kandidat hier gerade mich angefordert hätte.“ Aber er wußte schon, es war eher umgekehrt.

philosophen Werner Maihofer. Mit der Beförderung des einstigen Saarbrücker Rektors, der im Ruf steht, der Partei ein theoretisches und dazu auch noch fortschrittliches Unterfutter geben zu können, will der künftige FDP-Vorsitzende sich von dem Makel befreien, allzusehr am Hergebrachten zu kleben.

Der Schachzug, mit dem Genscher seiner FDP einen Hauch von Progressivität verleihen will, hätte die willkommene Nebenwirkung, seinen möglichen Konkurrenten Friderichs zu bremsen. Mit taktischer Finesse suchte Genscher die Friderichs-Anhänger auf dem rechten Parteiflügel zu spalten. Um zu verhindern, daß der konservative nordrhein-westfälische Landesverband unter Führung des NRW-Wirtschaftsministers Horst-Ludwig Riemer und des FDP-Wirtschaftssprechers Otto Graf Lambsdorff auf dem Hamburger Parteitag geschlossen für Friderichs stimmt, ermunterte Genscher seinen Parteifreund Riemer, nur ja bei der früher erklärten Absicht zu bleiben und selbst für einen Vize-Posten im Bundesvorstand zu kandidieren. Riemer ist noch unentschlossen: „Wie weit ich mitspiele, werde ich selbst entscheiden.“

Auch Friderichs will zunächst nichts forcieren. Ihm scheint es gefährlich, sich auf einen Machtkampf um das Amt des Genscher-Stellvertreters einzulassen. Er fürchtet, eine Kandidatur gegen Maihofer könnte für ihn zur Karrierebremse werden: Gezwungen, zwischen dem industrienahen Praktiker und dem sozialliberalen Schöngeist zu wählen, könnte die Partei in einen neuen Richtungsstreit stürzen und er selbst zum Störenfried gestempelt werden. Friderichs: „Ich weiß noch nicht, wie ich mich entscheide. Ich fahre zunächst einmal in Urlaub.“

Den Kampf um die Macht in der Partei möchte er deshalb vertagen, weil er Zeit gewinnen will für Studien, die ihn dem theoretischen Standard des Konkurrenten Maihofer näher bringen sollen. Er möchte, analog zu den gesellschaftspolitischen Thesen des von Maihofer entworfenen Freiburger Programms, die Wirtschaftspolitik der FDP, die 20 Jahre lang keine Konturen gewinnen konnte, mit einem schlüssigen Überbau versehen. Studierhilfe leistet ihm dabei ein „loser Diskussionskreis“ (Friderichs) aus Professoren, Wirtschaftsführern und Beamten, der zuletzt im Hunsrück tagte.

Erste Lernfrüchte trug Friderichs neulich dem Verband der schleswig-holsteinischen Industrie- und Handelskammern vor (Thema: „Schwerpunkte der Wirtschaftspolitik — heute und morgen“). Beim Jubiläum des Münchner Ifo-Instituts sprach er über ein ähnliches Jahrhundert-Problem: „Strukturpolitik in der Marktwirtschaft — heute und morgen“. Den Text fand der Jungtheoretiker so gelungen, daß er ihn in der FDP-Zeitschrift „Liberal“ auch einem breiten Publikum zugänglich machen will. Friderichs: „Man muß immer Ballons steigen lassen.“

Allzu hoch fliegen dürfen die Ballons freilich nicht. Die Theoreme sollen, so Friderichs' Gesinnungsfreund Riemer, nur eine „grundsatzorientierte praktische Politik“ skizzieren, aus der dann handliche Leitlinien für den Wahlkampf abgeleitet werden können. Von dem Plan, die Prinzipien liberaler Wirtschaftspolitik auf dem Hamburger Parteitag im Oktober einer Programm-Kommission anzuvertrauen, hält der Friderichs-Zirkel nichts. Diese Kommission, die auch von Ralf Dahrendorf gefordert wird, so fürchten Friderichs und seine Freunde, werde nur der Parteilinken als Forum für Kapitalismus-



Ehemaliger FDP-Chef Scheel
„Jetzt ist das Charme-Element weg“

Kritik und Wachstumsschelte dienen. FDP-MdB Victor Kirst, ganz auf Friderichs-Kurs: „Wir brauchen keine Grundsatzdiskussion. Die Leute wollen wissen, ob ihre persönliche Kasse stimmt.“

Ob den Liberalen ein originelles wirtschaftspolitisches Konzept, das sie gleichermaßen von SPD wie von CDU unterscheiden könnte, einfällt, ist ohnedies zweifelhaft. Vor allem die Bekenntnisse des Kanzlers Schmidt zu Marktwirtschaft, Stabilität und allen übrigen Werten des Abendlandes sind kaum zu überbieten. Hans-Dietrich Genscher, der die aussichtslose Programmdiskussion gern seinen Kollegen überläßt, setzt deshalb vor allem auf die Erfolge Helmut Schmidts und die Angst der Wähler vor einer allzu starken SPD. Im Wahljahr 1976 will er die Deutschen mit der Aussicht schrecken, die Sozialdemokraten könnten die absolute Mehrheit gewinnen und stramm sozialistisch regieren.

SPIEGEL *Gespräch*

„Vielleicht haben wir einen Fehler gemacht“

Bundesfinanzminister Hans Apel über Haushaltspolitik und Konjunktur

SPIEGEL: Herr Apel, als erster Finanzminister der Bundesrepublik haben Sie es geschafft, daß ein Ressortkollege aus Ärger über Streichungen in seinem Haushalt zurücktrat. Fühlen Sie sich als Eppler-Killer?

APEL: Ich fühle mich für diesen Rücktritt nicht verantwortlich. Ich habe zweimal mit dem Bundesminister verhandelt. Zunächst habe ich seine Weigerung, einen Kompromiß mit mir zu machen, nicht ernst genommen, weil mir der Bundeskanzler prophezeit hatte, daß sechs bis acht Kollegen so verfahren würden und wir dann am Ende mit Hilfe des „obersten Kriegsherrn“ das Problem regeln wollten. Im zweiten Chefgespräch habe ich Herrn Eppler gesagt: Ich bin mit allen einig. Jetzt mußt auch du einen Kompromiß machen; denn was wir jetzt in die Kabinettsvorlage drucken, das wird auch angenommen, weil anschließend niemand mehr von den anderen Beteiligten überprüfen kann, wieviel Konzessionen ich dir gemacht habe. Aber auch dann hat er keinen Kompromiß schließen wollen, und so haben wir eben unsere Vorstellungen in die Kabinettsvorlage aufgenommen.

SPIEGEL: Wie fühlt man sich nach einem so spektakulären Entrée?

APEL: Ziemlich miserabel. Wenn man alle Bundesminister bis auf einen davon überzeugt hat, daß die vom Finanzamt vorgegebene Marschroute richtig ist, dann fühlt man sich eigentlich als Versager, wenn man bei einem — und dann noch bei einem, der einem politisch nahesteht — diesen Überzeugungsprozeß nicht hat wirksam werden lassen können.

SPIEGEL: Ähnlich schwierige Haushaltsverhandlungen wie in diesem Jahr sollen es ja nach Ihrer Ankündigung in den kommenden Jahren auch werden. Wollen Sie sich als Bonner Sparminister profilieren?

APEL: Nein, ich habe hier einfach Daten, die vorgegeben sind, und ich will Ihnen die Daten nennen: keine Leistungseinschränkung und eine Steuerreform, die — wie auch immer am Ende der Kompromiß aussieht — einen zweistelligen Einnahmeausfall bringt.

SPIEGEL: Können wir davon ausgehen, daß diese Daten gültig bleiben und bis 1976 keine Mehrwertsteuer-Erhöhung kommt?

APEL: Davon können Sie ausgehen. Es steht so in der Regierungserklärung. Außerdem beginnt Mitte 1975 der Bundestagswahlkampf. Damit ist die Antwort auf Ihre Frage gegeben. Nur heißt das eben, daß es mir gar nicht erspart bleibt, auch die nächsten Haushalte knapp zu fahren. Ich werde nur auf ein Problem zu achten haben, daß das knappe Fahren der nächsten Haushalte bei den investiven Ausgaben des Bundes so wenig wie möglich durchschlägt.

SPIEGEL: Ihre Vorgänger haben Erklärungen dieser Art auch oft abgegeben. Tatsache ist: In dem Haushalt für 1975 ist die Investitionsquote des Bundes von 17 auf 16,2 Prozent gesunken.

APEL: Dieses Minus ist nicht im Interesse der Zielsetzung der sozialliberalen Koalition: mehr Infrastruktur-Investitionen für mehr Lebensqualität. Ich weiß das. Sollte sich allerdings unsere Konjunkturlage verschlechtern, dann werden wir mit Hilfe der Milliarden bei der Bundesbank, die wir in den letzten Jahren stillgelegt haben, gerade hier einsetzen. Ich habe meine Haushaltsverhandlungen 1975 auch unter der Perspektive gesehen, Raum zu schaffen für eventuell konjunkturell notwendige Investitionen; wenn man hier zu früh Leine läßt, hat man später keinen Raum für zusätzliche Investitionen.

SPIEGEL: Sind also die zehn Milliarden Mark, die der Bundeskanzler Schmidt vor dem SPD-Parteitag als mögliche Konjunkturspritze angekündigt hat, stillschweigend schon eingeplant?

APEL: Nein, die stehen im Endeffekt dann zur Disposition, wenn wir einen Konjunktureinbruch haben. Zur Zeit sehe ich dafür keine Anzeichen. Aber ich wäre ja blöd, wenn ich dieses nicht immer jederzeit bei mir im Hinterkopf hätte und auch daran dächte, was man dann tun kann, und zwar schnell. Gesetzt den Fall, die Konjunktur bleibt so, wie sie ist, dann können





Finanzminister Apel: „Wenn es keine Solidarität gibt in dieser Partei, kann diese Partei

wir bei der Investitionsrate nur etwas erreichen, wenn es gelingt, den Anteil des Staatsverbrauchs festzuschreiben, und wenn es uns gelingt, keine weiteren Gesetze zu beschließen, die zuviel Geld kosten. Diese Prämissen sind also nicht leicht zu erreichen.

SPIEGEL: Trotz Ihrer Streichungen muß Bonn im kommenden Jahr ein Haushaltsloch von etwa 14 Milliarden Mark durch Kredite füllen. Im übernächsten Jahr werden es nach der mittelfristigen Finanzplanung vielleicht schon 18 Milliarden sein. Was sagen Sie denn zu den jetzt schon laut werdenden Klagen der Industrie, daß damit der Staat auf dem Geldmarkt der Wirtschaft die Mittel für die notwendigen Investitionen wegnimmt?

APEL: Haben wir eine flaue Konjunktur, dann wird die Industrie genauso wie jetzt sich bei der Investition sehr zurückhalten, also gar keinen so hohen Bedarf an Krediten haben. Im übrigen halte ich die Mifrifi sowieso für eine zweifelhafte Festveranstaltung. Hätten wir eine sehr gute Konjunktur, dann würden wir mit Sicherheit unter anderem die durch Ausfälle in der Mineralöl- und Umsatzsteuer verursachten Mindereinnahmen von rund vier Milliarden Mark wieder voll erzielen, vielleicht sogar mehr. Dann wird das Loch, das wir mit Krediten stopfen müssen, auch wesentlich kleiner.



sich begrasmarmeln lassen"

SPIEGEL: Zur Zeit spricht wenig für diese Hypothese.

APEL: Das Problem wird entstehen, wenn wir eine Gemengelage in der Konjunktur haben, eine Gemengelage eines Aufschwungs, der aber noch nicht der eines Booms ist. Das Ganze hängt aber auch von den Preissteigerungsraten ab. Haben wir niedrige Preissteigerungsraten und damit relativ niedrige Zinssätze und damit die große Bereitschaft, daß die Sparer sich engagieren — denn Sparkapital ist genügend da —, ist es einfacher. Haben wir hohe Preissteigerungsraten, haben wir Probleme. Deswegen bin ich auch dafür, daß wir zuerst die Inflations-Mentalität brechen müssen, ehe wir in der Konjunktur neu denken können.

SPIEGEL: Ist diese hohe Kreditfinanzierung von 14 Milliarden Ausdruck nur einer Zwangssituation, in der Sie sich jetzt befinden durch die elf Milliarden Mindereinnahmen bringende Steuerreform? Oder sind Sie der Ansicht, daß man grundsätzlich mittel- oder längerfristig durchaus mehr Staatsverschuldung zulassen müßte?

APEL: Faktisch ist es natürlich Ausdruck unserer aktuellen Probleme. Die Steuerreform kostet den Bund mindestens 5,5 Milliarden. Aber um auf den Grund Ihrer Frage zu kommen: Das ist eine ganz wichtige Frage für einen Sozialdemokraten, der ja die staatlichen Leistungen, also den öffentlichen Korridor ausweiten will. Soll er ihn ausweiten über Steuerzahlungen oder über Verschuldung?

SPIEGEL: Im ersten Entwurf des SPD-Langzeitprogramms blieb die Frage offen.

APEL: Ich neige doch durchaus einer Kombination zu. Denn wenn man einen öffentlichen Korridor von mehr als 30 Prozent nur über höhere Steuern erreichen will, treten uns unsere eigenen Stammwähler ins Kreuz. Wir haben jetzt eine Steuerlastquote von 24 bis 25 Prozent. Ich möchte mal ganz gerne sehen, wie wir in diesem Laden eine Steuerlastquote von über 30 erreichen wollen. Dann hat Herr Glistrup die absolute Mehrheit im Bundestag. Deswegen: Verschuldung in angemessenem Rahmen stört mich nicht.

SPIEGEL: Als die SPD die Forderung formuliert hat, einen Staatskorridor von 34 Prozent aufzubauen, hatten wir ja noch eine günstige Konjunkturlage. Die Bundesdeutschen hatten — das ist unser Eindruck — größeres Verständnis für eine solche Forderung und waren damals zu größeren Opfern bereit. Jetzt haben die Bürger aktuellere Sorgen — um Arbeitsplätze und Geldwert. Entsteht da nicht eine neue Mentalität?

APEL: Für mich ist das anders. In der Hochkonjunktur sagen die Arbeitnehmer: Augenblick, jetzt haben wir wieder soundsoviel Überstunden gemacht, das kriegen wir extra auf dem Lohnstreifen ausgewiesen, und dann merken wir erst richtig, was da bei unserer Steuerbelastung läuft, denn dann



Die Welt

Sesamstraße — Für Fortgeschrittene

haut's ja voll ins Geld. Nein, mein Punkt ist ein anderer. Wenn Sie zu jemandem sagen: Also hör mal zu, wir weiten den öffentlichen Korridor aus, du mußt auch ein paar Steuern mehr bezahlen, aber dafür kriegst du die tollsten Sachen von uns hingestellt, dann findet er das hervorragend, weil er natürlich nie auf die Idee kommt, daß das auch ihn voll treffen könnte.

SPIEGEL: So haben's die Bürger ja noch im vorigen Jahr vernommen.

APEL: Man muß wohl selbstkritisch feststellen: Wir haben zu stark in Bonn das, was ich Staatsverbrauch nenne, ausgeweitet, und wir haben den Bürger nicht ausreichend davon überzeugen können, daß nun wirklich mehr Schulen, Schwimmbäder, Hochschulen gebaut worden sind. Im Moment hat der Arbeitnehmer, der nicht im öffentlichen Dienst ist, das Gefühl ...

SPIEGEL: ... die Beamten verfressen es.

APEL: Sie sind ja noch drastischer als ich. Doch: Sie weisen auf ein großes Dilemma hin.

SPIEGEL: Haben die Sozialdemokraten eigentlich die Reform- und Opferbereitschaft des Bürgers überschätzt?

APEL: Vielleicht haben wir einen Fehler gemacht: uns nicht immer wieder die Einkommenslage eines Facharbeiters oder eines mittleren Angestellten in einem mittleren Industriebetrieb vor Augen zu führen. Wenn man dann alles abzieht, was der an festen Kosten hat, dann ist es eben für ihn wirklich eine entscheidende Frage, ob er zehn oder zwanzig Mark Steuer mehr im Monat zahlt oder nicht.

SPIEGEL: Sie waren ja selbst Hauptautor des ersten Entwurfs des

SPD-Langzeitprogramms, für das ja der jetzige Bundeskanzler verantwortlich gezeichnet hat. Dieses Programm enthielt die Steuerung des öffentlichen Korridors von 28 auf 34 Prozent des Bruttosozialprodukts. Nichts deutet derzeit darauf hin, daß wir diese Margen erreichen. Ist es eigentlich legitim, daß Politiker innerhalb so kurzer Zeit sich so eklatant irren?

APEL: Wir haben uns nicht eklatant geirrt: Wir haben heute einen neuen ökonomischen Datenkranz. Die Annahme damals war: Wir leben in einer Wachstumsgesellschaft; die wird uns Jahr für Jahr 4 bis 4½ Prozent reales Wachstum bescheren. Damals hatten wir vor allem die zwei zentralen Probleme: Kein Wachstum um jeden Preis; und, wie verteilen wir dieses Wachstum gerecht. Inzwischen müssen wir einsehen, daß für eine ganze Reihe von Jahren diese ganze Wachstumsdebatte eine andere Qualität gekriegt hat. Man ist froh, wenn man überhaupt noch Wachstum hat. Damit stimmt der Datenkranz nicht mehr.

„Mehr privater Konsum, weniger öffentliche Ausgaben."

SPIEGEL: Hätten Sie nicht alternativ die Möglichkeiten einer ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung einrechnen müssen, wie sie jetzt eingetreten sind?

APEL: Wir haben damals Prämissen gesetzt, die heute nicht mehr gegeben sind. Wir haben weder die Ölkrise noch die Verteuerung anderer Rohstoffe vom Zink bis zur Baumwolle einkalkulieren können. Das mag eine Schwäche gewesen sein, ist aber so. Insofern kriegt auch Sozialismus heute eine andere Qualität.

SPIEGEL: Sozialismus als Krisenrezept?

APEL: Nein, Sozialismus auch bei geringerem Wachstum durchsetzen. Es ist leichter, Wohlstandszuwächse neu zu verteilen. Sich in einer Knappheit einzurichten und zu fragen, wie man dann angesichts geringerer realer Zuwächse mehr Gerechtigkeit erzielen kann, das ist sehr viel schwieriger. Dann tut Sozialismus Privilegierten mehr weh als in einer Wachstumsgesellschaft. Wir werden manches anders machen müssen.

SPIEGEL: Wir haben ein bißchen den Verdacht, daß Sie den Wachstumsrückgang als Alibi dafür verwenden, daß alles eigentlich so bleiben muß, wie es ist.

APEL: Nein, es muß eben nicht so bleiben, wie es ist, sondern es müssen neue Akzente gesetzt werden. Nur, dieses ist nicht Frage dieser Koalition. Diese Koalition hat einen Regierungsauftrag, der endet 1976. Da kann noch eine Reihe von wichtigen Dingen gemacht werden bei Vermögensbildung, Steuerreform, Mitbestimmung und vieles mehr. Das, was in dieser Koalition noch machbar ist, ist programmiert und wird so ablaufen.

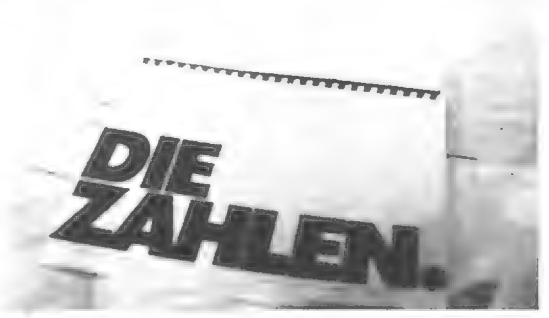
SPIEGEL: Aber ist es nicht Aufgabe der Sozialdemokraten in dieser Koalition, diese neuen Akzente in praktische Politik umzusetzen?

APEL: Das wird gemacht.

SPIEGEL: Wo?

APEL: Also für mich ist dieser neue Akzent zum Beispiel die Steuerreform, die zweifelsohne in einer schwierigen Phase der Haushaltsberatungen und der Haushaltslage einen wichtigen sozialen Akzent setzt, wobei ich zugeben muß: Dieser Akzent heißt auch mehr privater Konsum, weniger öffentliche Ausgaben. Das muß man nüchtern sehen. Deswegen können wir auch nicht zulassen, daß die Steuerreform zum Schluß nur eine Steuerentlastung ist, mit der Gießkanne über Land gestreut.





Sparopfer Eppler: „Überzeugungsprozeß unwirksam"

SPIEGEL: Wäre es für Sie nicht wesentlich einfacher, heute zu sagen: Gut, ich bin Sozialdemokrat, aber es ist im Moment nicht die Zeit, sozialistische Politik durchzusetzen, anstatt zu versuchen, mit intellektuellen Verrenkungen Beweise anzutreten.

APEL: Ich halte sowieso nichts von intellektuellen Verrenkungen. Das entspricht nicht meiner Natur. Wir werden in dieser Legislaturperiode große Reformwerke — die hohe öffentliche Mittel kosten — nicht mehr machen können. Das letzte, was viel Geld kostet, ist die Steuerreform. Sie allerdings hat einen kräftigen sozialen Touch. Das ist unübersehbar, deswegen muß er auch erhalten bleiben.

SPIEGEL: Sozialer Touch statt sozialistischer Gesellschaftsreform.

APEL: Das ist richtig. Aber wir sind ja auch in einer Koalition.

SPIEGEL: Reformpolitik ist auch stark abhängig von der allgemeinen Wirtschaftslage. Wie hoch schätzen Sie denn die Gefahr ein, daß die im Moment ja sicher flaue Konjunktur noch weiter abrutscht?

APEL: Wie die Konjunktur allgemein läuft, ist schwer zu sagen. Sorge bereitet uns in jedem Fall die binnenländische Konjunktur ...

SPIEGEL: Hat die Regierung vor, der Automobilindustrie zu helfen?

APEL: Dieser Industriebereich wird in diesem Jahr negative Zuwachsraten haben. Nur, hier muß ich ganz offen fragen: Ist dies ein Thema für die öffentliche Hand? Muß man hier nicht wirklich sagen, dieses ist Privatwirtschaft, dieses ist Konzernwirtschaft? Wir sind dazu da, die soziale Flankensicherung zu geben. Das heißt: unsere Instrumente einzusetzen, die wir haben zur Umschulung derjenigen, die hier ihren Arbeitsplatz verlieren, und ihnen neue gleichwertige Arbeitsplätze zu schaffen.

SPIEGEL: In Bonn wird doch diskutiert, die Kfz-Steuer beim Neuwagenkauf für ein Jahr auszusetzen oder die Mineralölsteuer zu senken.

APEL: Diskutiert wird manches, aber bei solchen Maßnahmen mache ich nicht mit, das kostet viel Geld, bringt aber nichts für die Konjunktur.

SPIEGEL: Ihr gesamtes Konzept, Herr Apel, was Sie zur Haushalts- wie zur gesamten Wirtschaftspolitik ausführen, erscheint uns doch eher liberalistisch als auch nur annähernd sozialistisch zu sein. Müssen Sie denn nicht befürchten, in Ihrer Partei damit immer mehr an den rechten Rand gedrängt zu werden?

APEL: Das werden wir sehen. In jedem Falle steht eines fest: Ich bin bereit, über jedes Konzept zu debattieren, aber nur dann, wenn es machbar ist. Sozialismus findet außerdem nicht mehr in *einem* Lande statt. Es kann natürlich sein, daß diejenigen, die Politik machen müssen — ich zum Beispiel —, in Konflikt kommen mit denen, die nicht Politik machen müssen und mehr theoretisieren können. Das wäre dann allerdings für die Partei eine schlimme Sache.

SPIEGEL: Sie sehen also, daß Partei und Regierung in diesem Punkt immer weiter auseinanderlaufen?

APEL: Das sehe ich zur Zeit überhaupt nicht. Ich sehe das Gegenteil. Diejenigen, die theoretische Debatten betreiben — und theoretische Debatte ist notwendig —, orientieren sich zunehmend an den Notwendigkeiten täglicher Regierungspolitik. Und wir müssen's solidarisch, wenn auch oft kontrovers mit ihnen debattieren.

SPIEGEL: Ein aktuelles Beispiel für Kritik an den Zielen dieser Regierung in Ihrer eigenen Partei liefert die Herstatt-Pleite. Nach Meinung vieler Sozialdemokraten hat dieser Skandal plastisch illustriert, wie unzureichend einerseits die Selbstkontrolle des Bankengewerbes ist, wie mangelhaft andererseits die Oberaufsicht des Bundesaufsichtsamtes ist, das ja Ihrem Haus untersteht. Welche Konsequenzen ziehen Sie daraus?


Konjunkturgeschädigte Autobranche: „Dieses ist Konzernwirtschaft"

APEL: In jedem Falle hat sich in den letzten Monaten erwiesen, daß dies kein Thema „Privatwirtschaft", sondern ein Problem der Unfähigkeit oder Überschätzung eigener intellektueller Prophetie ist, wenn man sich ungeschützt auf den komplizierten Devisenterminmärkten bewegt. Das ist öffentlich-rechtlichen Institutionen genauso passiert wie den Herren von Herstatt, mit dem Unterschied ...

SPIEGEL: ... daß sie nicht pleite gegangen sind.

APEL: Na gut, aber die haben auch im Endeffekt — sowohl bei der Hessischen wie bei der Westdeutschen Landesbank — den Staat hinter sich. Das heißt also, sie können mit größerer Gelassenheit solchen Problemen entgegensehen, denn notfalls zahlt der Steuerzahler.

SPIEGEL: Müßte denn die Kontrolle der Banken nicht doch erheblich verschärft werden? Was wir hier in dem einen oder anderen Fall erlebt haben, war doch, daß Banken mit Mitteln spekulierten, die sie nur verwalten. Hätten sie diese Gelder nicht verspielt, wären die Profite in ihre Kassen gegangen.

APEL: Genauso ist es. Im Endeffekt ist das so, als wenn ein Unternehmer mit seinen Lohngeldern nach Baden-Baden fährt und versucht, dort beim Roulett zu sehen, wie weit er kommt. Was die Kontrolle anbelangt, völlig einverstanden. Wir haben bereits eine Meldepflicht für Devisengeschäfte eingeführt, wir werden darüberhinaus die Devisentermingeschäfte in einer noch festzusetzenden Relation an das haftende Eigenkapital binden. Nur, hier bleibt ein zentrales Problem offen: Solange wir flexible Wechselkurse haben, ist im Endeffekt auch das Kursrisiko privatisiert. Ich rechtfertige niemanden, nur hat diese Geschichte „Herstatt" auch die Probleme floatierender Wechselkurse aufgezeigt und die Versuchungen, die damit verbunden sind.



Spekulationsgeschädigte Herstatt-Sparer: „Problem der Unfähigkeit"

„Ich habe mich nach diesem Job nicht gedrängt."

SPIEGEL: Herr Apel, für einige sind Sie der Intimus, für andere sind Sie der Wasserträger von Helmut Schmidt. Bei den Haushaltsberatungen haben Sie den starken Mann nur spielen können, weil sich dieser Kanzler — wie eigentlich kaum einer seiner Vorgänger — vor Sie gestellt hat. Gefällt Ihnen eigentlich diese Rolle?

APEL: Wir haben ein Kabinett, das im Team zusammenspielt. Und wir haben einen Mannschaftsführer, der wesentliche Entscheidungen für uns fällt. Und das tut er nicht nur bei der Seitenwahl zu Beginn des Spiels, sondern auch während des Spiels ...

SPIEGEL: ... Wie Beckenbauer ...

APEL: Ich fühle mich als Teil dieser Mannschaft, und ich denke, so fühlen sich alle Kabinettsmitglieder. Das ist auch die Voraussetzung für den Erfolg. Daß natürlich zwischen dem Finanzminister und dem Kanzler ein besonders enges Verhältnis bestehen muß, ist selbstverständlich. Nicht zuletzt deswegen, weil der Kanzler vorher Finanzminister war und viele Dinge noch über Jahre fortwirken werden, die hier von meinem Vorgänger entriert worden sind.

SPIEGEL: Aber es ist doch auch ein anderes persönliches Verhältnis, als es früher zwischen dem Kanzler und dem Finanzminister bestand?

APEL: Das ist eine Frage der Generation und natürlich auch eine Frage des politischen Einflusses in unserem Lande. Es ist ein Unterschied, ob der Kanzler Parteivorsitzender, der Finanzminister stellvertretender Parteivorsitzender ist und beide der gleichen Generation angehören. Oder ob, wie es jetzt sich ergibt, der Kanzler stellvertretender Parteivorsitzender ist, der Finanzminister aber nur einfaches Mitglied des Bundesvorstandes, und einer anderen Generation angehört.

SPIEGEL: In der Partei werden Sie eher dem rechten Flügel zugeordnet. Sie hatten auf dem letzten Parteitag große Mühe, wieder in den Vorstand der SPD gewählt zu werden. Jetzt werden Ihnen Etikette umgehängt wie daß ich Ende 1975 einer der unbeliebtesten Männer in der Partei bin. Davor habe ich große Angst. Dennoch werde ich mich nicht opportunistisch verhalten. Denn das kann dieses Land nicht ertragen.

SPIEGEL: Mit Helmut Schmidt haben Sie wohl kaum Differenzen, wenn es um Fragen der gesellschaftlichen Veränderung in diesem Lande geht?

APEL: Bei der Erörterung zum Langzeitprogramm hat es durchaus Meinungsverschiedenheiten gegeben. Aber eines ist klar: Wir haben einen begrenzten zeitlichen Auftrag bis Ende 1976, dieses Land nach unseren Kräften in Ordnung zu halten. Und wir beide sind Realisten und wollen das Machbare machen.



Kanzler Schmidt, Vertrauter Apel: „Du mußt das machen"

Spar-Minister und vielleicht auch Eppler-Killer, ist das nicht sehr riskant für Sie?

APEL: Ich habe mich nach diesem Job, den ich zur Zeit habe, nicht gedrängt.

„Ich werde mich nicht opportunistisch verhalten."

SPIEGEL: Das sagt man immer so.

APEL: Nein, das ist Tatbestand, das ist so gewesen. Als der Bundeskanzler mich gefragt hat oder gebeten hat, dieses zu machen, habe ich erst einmal nein gesagt und andere Konstellationen empfohlen. Dann hat er schließlich zu mir gesagt: Bei aller Liebe, jetzt habe ich mir alles angehört und mit dir erörtert, aber es muß dabei bleiben, daß du das machen mußt. Und dann habe ich das gemacht, und ich mache das auch gerne. Ich bin natürlich zwangsläufig mit diesem Amt auch eingebunden in Sachzwänge. Es kann sein,

SPIEGEL: Helmut Schmidt und Sie sind sich doch in der Skepsis gegenüber dem linken Flügel in der SPD einig?

APEL: Bei mir gibt es keine Skepsis gegenüber Flügeln.

SPIEGEL: Mehr als Skepsis, Abneigung?

APEL: Nein, auch das nicht. Dort, wo ich mit Leuten des sogenannten linken Flügels zusammenarbeite, in meinem Wahlkreis und in der Europa-Kommission beim Parteivorstand, gibt es keine Probleme zwischen denen, die sich als links bezeichnen, und mir, sondern bei allen Meinungsunterschieden solidarische Zusammenarbeit. Dieses ist keine Anbiederei bei irgendwelchen Leuten, sondern Erkenntnis für mich, daß, wenn es keine Solidarität gibt innerhalb dieser Partei, diese Partei sich begrasmarmeln lassen kann.

SPIEGEL: „Begrasmarmeln" ist uns neu.

APEL: Das ist hamburgisch, das kennt ihr nicht. Begrasmarmeln heißt im Endeffekt sich „begraben lassen"

können. Ich weiß auch nicht, woher das kommt, das sagt man so.

SPIEGEL: Das amerikanische Nachrichtenmagazin „Time“ hat Sie kürzlich zu den großen Leuten dieses Kontinents gezählt. Es gibt auch in Bonn manchen, der in Ihnen schon den Nachfolger von Helmut Schmidt als Bundeskanzler sehen will. Sie haben Furore gemacht durch Ihr Auftreten in Brüssel, wo Sie keine Hemmungen hatten, sich mit Politikern anderer Nationen anzulegen. Sie sprechen in der Öffentlichkeit Sätze aus, deretwegen es früher vielleicht sogar Kriege gegeben hätte, etwa wenn Sie Brüsseler EG-Kommissare mit dem Gemeinderat von Buxtehude vergleichen. Ist das der Stoff, aus dem jetzt Kanzler gemacht werden?

APEL: Na, Sie übertreiben ja ganz schön! Ich werde mich für diesen Vergleich noch beim Gemeinderat von Buxtehude entschuldigen. Das werde ich mit Sicherheit tun, es ist auf meinem Terminkalender vorgemerkt.

„Mit mir kann man genauso reden.“

SPIEGEL: Buxtehude liegt zu nahe an Hamburg.

APEL: Nein, deswegen nicht, sondern ...

SPIEGEL: ... das geht also wieder gegen Brüssel.

APEL: Da haben Sie recht. Das Brüsseler Finanzgebaren ist nicht solidarisch. Hier gibt es ein simples Problem. Ich bin so strukturiert, daß ich der Meinung bin, daß man in einer politischen Debatte so schnell wie möglich zum Punkt kommen muß. Ich hasse nichts mehr als unnötiges Gerede. Das führt natürlich dann dazu, daß ich manchmal zu drastisch wirke. Das ist mein Problem. Aber mit mir kann man genauso reden.

SPIEGEL: Und die Schmidt-Nachfolge?

APEL: Ich habe die „Time“-Geschichte mit großem Schmunzeln zur Kenntnis genommen. Wissen Sie, als ich gerade ein halbes Jahr im Bundestag war, da hat das ZDF eine Fernsehsendung gemacht mit dem etwas merkwürdigen Titel: „Führer von morgen“. Von seiten der Sozialdemokraten wurden gezeigt: Günther Müller, Frau Ursula Knips und Hans Apel.

SPIEGEL: Günther Müller ist inzwischen bei der CSU, Frau Knips arbeitet wieder als biedere Beamtin.

APEL: Wenn man das in der Retrospektive sieht, dann halte ich das alles für Quatsch. Es ist doch ziemlich belanglos, was Zeitungen so über Menschen und ihre Zukunft schreiben. Erstens kommt es anders, und zweitens als man denkt.

SPIEGEL: Herr Apel, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Ideale Figur

Ford, seit Monaten von der Auto-Krise am ärgsten betroffen, wechselte den Generaldirektor und setzte so ein Personalkarussell in der Branche in Gang.

Als Westdeutschlands Autofahrer sich Anfang Juni im stockigen Festtagsverkehr abmühten, hatte sich ein Topmanager der Branche weit abgesetzt. Am Nachmittag des Pfingstmontag sprach Robert A. („Bob") Lutz, Verkaufschef bei BMW, im Glaspalast der Fordzentrale in Dearborn vor. Er wurde rasch zu Henry Ford II vorgelassen, und nach zwei Stunden waren sich die beiden nahezu einig: Der Autokönig wollte den BMW-Direktor engagieren, und der wollte wechseln.

Drei Wochen später — Ford war inkognito zu Jet-set-Freunden nach München geflogen — klärten sie telephonisch die letzten Details, und Ende letzter Woche war dann der Deal perfekt, das Personalkarussell in der ansonsten flauen Branche in Gang gesetzt: Ford-Generaldirektor Hans Schaberger wird in den Vorstand der Ford-Holding nach England weggelockt und räumte seinen Sessel für Lutz, der seinerseits die Bahn für den Audi-NSU-Verkaufsleiter Hans-Erdmann Schönbeck bei BMW frei macht.

Seinen letzten Arbeitsplatzwechsel hatte der geborene Schweizer, naturalisierte Amerikaner, gelernte Düsenjägerpilot der US-Marine und lizenzierte Rennfahrer in wenigen Stunden abgewickelt. Am 30. Dezember 1971 eröffnete Lutz, damals Verkaufsleiter bei Opel, seinem Vorstandsvorsitzenden den Wunsch, zu BMW überzuwechseln; um 16.00 Uhr hatte er seinen Schreibtisch geräumt.



Ford-Manager Schaberger
„Wir haben gravierende Fehler gemacht"



BMW-Manager Lutz
„Der will Präsident werden"

Diesmal zogen sich die Verhandlungen über Monate hin. Denn kaum war der Fertigungsfachmann Hans Schaberger im Juli 1973 zum Generaldirektor in Köln aufgestiegen, da suchten seine Arbeitgeber schon nach einem Nachfolger für den im Kaufmännischen unerfahrenen Techniker.

Verkäufer Lutz schien den Fords der rechte Mann. „Er ist", so Ford-Sprecher Hans Wilhelm Gäb, „eine Verkaufskanone" und „mit seinem amerikanischen Paß und seinen Kenntnissen des deutschen Marktes eine ideale Integrationsfigur".

Im Herbst letzten Jahres erfuhren die Lutz-Interessenten, daß die Karriere ihres Kandidaten ins Stottern geraten war. BMW-Vorstandsmitglieder nahmen ihm übel, daß Technik-Fan Lutz in andere Ressorts hineinredete, fleißig Öffentlichkeitsarbeit leistete und schon bald bekannter war als das übrige BMW-Management. Selbst in seinem eigenen Arbeitsgebiet, dem Marketing, hatte sich Lutz verschaltet.

Kurz vor der Ölkrise lancierte er eine Kampagne, die BMW ein supersportliches Image verpassen sollte. So präsentierte die weiß-blaue Marke zur Automobilausstellung 1973 einen Turbo-BMW 2002, für den aggressiv wie nie geworben wurde — falsche Töne für das falsche Auto.

Doch diese Fehlkonzeption störte seine neuen Arbeitgeber kaum. Sie beförderten den Kölner Generaldirektor Schaberger nach England, wo er künftig „koordinierend verantwortlich für sechs Montagewerke und 62 000 Beschäftigte tätig sein wird" (Ford-Vorstandsmitglied Klaus-Dieter Banzhaf).

Und auch der Umworbene zierte sich nicht länger. Denn, so sein bisheriger Vorgesetzter BMW-Chef Eberhard von Kuenheim, „bei Ford konnte er Vorstandsvorsitzender werden — das konnte er hier nicht, denn ich will in München bleiben". Lutz-Kollegen bei BMW meinen, daß selbst der Kölner Generaldirektorensessel von Lutz nur als Zwischenstation bezogen wird: „Der ist ehrgeizig, der will Präsident von Ford of Europe werden."

Die Etappe am Rhein freilich will erst durchgestanden werden: Mit seiner unglücklichen Modell-Politik (Schaberger: „Da haben wir einen gravierenden Fehler gemacht") geriet Ford längst vor der Ölkrise in eine bedrohliche Absatzflaute. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres schrumpfte die Zahl der in der Bundesrepublik zugelassenen Ford-Autos um 38 Prozent gegenüber dem für die Kölner wenig erfolgreichen Vorjahr.

Auch Lutz-Nachfolger Schönbeck wird sich über einen Mangel an Arbeit kaum beklagen können. Denn durch die nach dem Urteil eines Daimler-Benz-Direktors „verworrene Absatzstrategie" stehen auch die Münchner Autobauer vor Absatzsorgen. Ihre großen Modelle sind in der Gunst der Käufer den Konkurrenzprodukten aus Stuttgart unterlegen, die kleinere, ebenfalls betagte Baureihe 1602 hat es schwer, sich in der hart umkämpften Mittelklasse zu behaupten.

Der Audi-NSU-Verkaufsleiter verlor die Freude an seinem alten Job, als VW-Chef Rudolf Leiding im März beschloß, das Vertriebsnetz seiner Neckarsulmer Tochtergesellschaft mit der Verkaufsorganisation des Wolfsburger Stammwerkes zu verschmelzen.

So wurde der gebürtige Schlesier, gelernte Landwirt und langjährige VW-Mitarbeiter rasch mit BMW handelseinig.

Im allzu Menschlichen wird es ohnehin keine Probleme geben. Denn, so der Münchner Edelmann über seinen neuen Untergebenen: „Er ist das, was man einen Herrn nennt."



Audi-NSU-Manager Schönbeck
„Das, was man einen Herrn nennt"

„Ach, ach, der Achenbach ...“

SPIEGEL-Reporter Gerhard Mauz zum Kölner Urteil über Beate Klarsfeld

Beate Klarsfeld, 35, hat den Gipfel ihrer Laufbahn als Vertreterin eines „besseren Deutschlands“, jenes Deutschlands, das „über den beiden deutschen Staaten steht“, als „Fackel des Widerstands“ und als die Frau erreicht, die „dem deutschen Volk seine Verpflichtungen zeigt“. Die Welt hallt wider von den Greueln, die Frau Klarsfeld offenbart hat und von dem Greuel, der Frau Klarsfeld ob ihrer Offenbarung widerfahren ist. Die Bundesrepublik hat zu prüfen, wodurch sie sich die Prüfung Beate Klarsfeld zugezogen hat.

Die erste Frage, die sich die Bundesrepublik stellen muß, lautet: Ist Frau Klarsfeld in Köln von „Nazirichtern“ (so der Pariser „Combat“) zu zwei Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt worden?

Vorsitzender Richter der 1. Großen Strafkammer beim Landgericht Köln ist Dr. Victor Henry de Somoskeoy, 48. Herr de Somoskeoy hat die Sitzung zu leiten, das Wort zu erteilen und zu entziehen. In seine Macht über den Gang der Handlung ist der Ablauf der Verhandlung gestellt.

Ganz gewiß ist es keine „wunderbare Aufgabe“, die Strafsache Klarsfeld verhandeln zu müssen, obwohl Frau Klarsfeld einmal von Herrn de Somoskeoys „wunderbarer Aufgabe“ spricht. Doch gerade weil die Verhandlung dieser Strafsache eine Fatalität sondergleichen ist, hat Herr de Somoskeoy auch eine Chance ohnegleichen. Er könnte zu Beginn der Sitzung sagen, wobei er freilich zu beachten hätte, daß er sich keine Ablehnung der Staatsanwaltschaft wegen Besorgnis der Befangenheit zuzieht (doch die Anklage wird in dieser Strafsache äußerst nüchtern vertreten):

Am 2. Februar 1971 unterzeichneten die Regierung der Französischen Republik und die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ein Abkommen „über die deutsche Gerichtsbarkeit für die Verfolgung bestimmter Verbrechen“. Deutsche Gerichte durften die Schuld oder Unschuld bundesdeutscher Staatsangehöriger nicht überprüfen, die von französischen Gerichten wegen unter Hitler begangenen Verbrechen in Abwesenheit verurteilt worden waren: ein Zustand, den das Abkommen beenden sollte.

Dieses Abkommen, Frau Klarsfeld, so hätte Herr de Somoskeoy fortfahren können, ist von der Bundesrepublik bis heute nicht in Kraft gesetzt worden. Es schmort in und zwischen zwei Ausschüssen des Bundestages. Mich, den Bürger der Bundesrepublik de Somoskeoy, erfüllt das mit Unbehagen. Man beschließt ein Abkommen und setzt es in Kraft — oder man teilt die Gründe mit, die einen unversehens vor der Ratifizierung zurückschrecken lassen. Man kann, so meine ich als Staatsbürger, ein Abkommen nicht mehr als drei Jahre in der Versenkung verschwinden lassen.

Sie, Frau Klarsfeld, so hätte Herr de Somoskeoy sagen können, haben im März 1971 vorausgesehen, welches Schicksal dem Abkommen vom 2. Februar 1971 beschieden sein würde. Und so haben Sie es für notwendig gehalten, sich genommen: denn ein Entführungsversuch, sollte er Ihnen nachgewiesen werden, ist nach unserem Recht eine Straftat, selbst wenn er keine der üblichen kriminellen Motivationen hatte.

Wir, das Gericht, so hätte Herr de Somoskeoy schließen können, werden über das zu befinden haben, was Ihnen vorgeworfen wird. Wir sind an das geltende Recht der Bundesrepublik gebunden. Doch bitte: Wir, das Gericht, werden versuchen, der Tatsache Rechnung zu tragen, daß in der Bundesrepublik ein Abkommen mehr als drei Jahre lang aufs Abstellgleis geschoben und nicht einmal das Für und Wider seiner



Verurteilte Beate Klarsfeld, Verteidiger Marinsky, Stange: „Die Fackel des Widerstands“

die Aufmerksamkeit der Bundesrepublik dadurch zu wecken, daß Sie einen Kölner Bürger namens Kurt Lischka, so die Anklage, nach Frankreich zu entführen versuchten. Dieser Kurt Lischka ist Vorgänger Adolf Eichmanns und später Gestapo-Chef im besetzten Paris gewesen. Frankreich hat ihn 1950 in Abwesenheit zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt, denn Kurt Lischka soll für den Tod von 100 000 jüdischen Menschen in den Vernichtungslagern im Osten mitverantwortlich gewesen sein.

Sie haben, Frau Klarsfeld, so hätte Herr de Somoskeoy fortfahren müssen, mit einem Entführungsversuch auf die neue Schuld aufmerksam machen wollen, welche die Bundesrepublik auf sich laden würde, wenn sie durch Nichtratifizierung des Abkommens vom 2. Februar 1971 die strafrechtliche, ohnehin heillos verspätete Verfolgung von Kurt Lischka und vielen, vielen anderen weiterhin unmöglich macht. Sie haben, Frau Klarsfeld, um vor dieser Schuld zu warnen, möglicherweise Schuld auf Ratifizierung der Öffentlichkeit bekannt gemacht wurde.

Herr Somoskeoy sagte dergleichen natürlich *nicht*, als er am 25. Juni 1974 die Hauptverhandlung gegen Frau Klarsfeld eröffnete. Denn die Justiz ist „unpolitisch“. Eine Anmerkung zum Schicksal des Abkommens vom 2. Februar 1971 im Bundestag wäre eine politische Bemerkung gewesen, die sich mit der richterlichen Unabhängigkeit im Selbstverständnis des Herrn de Somoskeoy nicht vertragen hätte. Der Gesetzgeber ist tabu, selbst wenn ihn die Tollwut eines mehr als dreijährigen Schweigens angefallen hat.

Herr de Somoskeoy begann die Sitzung über Frau Klarsfeld viel mehr mit väterlichen Tönen voll Unterton: „Gnädige Frau, ich hoffe, ich beherrsche mein Handwerkszeug. Seien Sie ohne Sorge.“ Und Herr de Somoskeoy hatte auch einen Gutachter, den Professor Doktor Doktor Bresser geladen, weil sich das Gericht nicht nur mit dem „dürren Anklagesatz“ befassen, sondern auch „um den Menschen Beate Klarsfeld kümmern“ wollte. Der aus



Richter de Somoskeoy
Eklat beim Eid

Israel angereiste — ausgezeichnete — Verteidiger Arie Marinsky: Die Motivation der Angeklagten sei so eindeutig politisch und moralisch, daß die Bestellung eines Gutachters dem Verfahren „einen grotesken und bizarren Aspekt" gebe.

Doch das Gericht bestand auf Herrn Bresser. Das Gericht hatte, wie Herr de Somoskeoy betonte, schließlich einen Psychologen und keinen Psychiater geladen. Es gehe, so Herr de Somoskeoy, in keiner Weise darum, ob Frau Klarsfeld vielleicht geisteskrank sei: Es gehe allein darum, Frau Klarsfeld mit Hilfe eines Psychologen besser zu verstehen. Leider nur ist Herr Bresser in den Gerichtssälen der Bundesrepublik seit Jürgen Bartsch, dem „Kirmesmörder", als Psychiater einschlägig bekannt.

Zum Eklat kam es, als das Gericht französische Zeugen hörte, die auf hartnäckiges Drängen der Verteidigung zugelassen worden waren. René Clavel, 51, Präsident der Nationalen Union der Kriegsopfer, er hat Buchenwald und Belsen überlebt, Häftlingsnummer 49533, dankte Frau Klarsfeld, sagte, der Ankläger in diesem Verfahren sei in Wahrheit Kurt Lischka und nannte die Sitzung eine „Prozeßparodie". Ein Vorsitzender Richter, dem die Säumigkeit hinsichtlich des Abkommens vom 2. Februar 1971 das Gemüt beschwerte, hätte darauf eine ruhige Antwort gewußt.

Als René Clavel den Eid zu leisten hatte, hob er die offene rechte Hand — und griff mit dieser suchend in die Luft, in Erwartung der Bibel, auf die in Frankreich der Eid geleistet wird. Das Gericht zog sich sogleich zur Beratung zurück. Dann verkündete Herr de Somoskeoy folgenden Beschluß:

„Im Hinblick auf den ersten Teil der Aussage Clavels und sein Verhalten bei der Vereidigung, während er durch Hackenzusammenschlagen und Hebung des rechten Arms zum ‚deutschen Gruß' Heiterkeit bei der Angeklagten und bei einem Teil der Zuschauer hervorrief . . . erwägt die Kammer, von der Vernehmung weiterer präsenter (französischer) Zeugen abzusehen."

Nicht einmal die Staatsanwaltschaft konnte Herrn de Somoskeoy klarmachen, daß niemand den Eindruck des Gerichts teilte, René Clavel habe die Hacken zusammengeschlagen und den „deutschen Gruß" dargebracht. Wenig später schloß das Gericht dann die gesamte Öffentlichkeit und auch die Presse, ausgenommen je einen Vertreter von Rundfunk, Fernsehen und den Nachrichtenagenturen, von der Sitzung aus. Erst das Urteil wurde dann wieder vor der Öffentlichkeit verkündet und begründet.

Das Gericht hat sich, so Herr de Somoskeoy, weitgehend auf den Psychologen Prof. Dr. Dr. Bresser gestützt (den die Öffentlichkeit und die Presse nicht gehört hatten). Frau Klarsfeld sei ihre idealistische, politische Motivation zu glauben, Herrn Bresser zufolge, obwohl sie immerhin mit einem Bein über dem Abgrund des Fanatismus stehe. Bewährung konnte das Gericht nicht gewähren, da Frau Klarsfeld weiteren Aktionen, wie der gegen Kurt Lischka, nicht abgeschworen habe. Doch sei das Gericht bereit, so Frau Klarsfeld nicht Neues beginne, ein eventuelles Gnadengesuch „wärmstens" zu unterstützen. Frau Klarsfeld ist also als Überzeugungstäterin anerkannt worden. Doch ist das neuerdings nur noch möglich, wenn ein Psychiater, der auch Psychologe ist, eine Brücke gebaut hat?

Die Frage, ob Frau Klarsfeld von „Nazirichtern" verurteilt wurde, läßt sich dahingehend beantworten, daß Hitler nicht am Werk war. Es sind lediglich Richter der Bundesrepublik tätig gewesen: Richter, die stolz darauf sind, unpolitisch zu sein.

Die zweite Frage, die sich die Bundesrepublik gelegentlich des Klarsfeld-Prozesses zu stellen hat, betrifft den Bundestag. Das Abkommen vom 2. Februar 1971 wurde im Außenpolitischen Ausschuß des Bundestages dem FDP-Abgeordneten Dr. Ernst Achenbach, Rechtsanwalt in Essen, zur Berichterstattung übertragen. Herr Achenbach ist sehr darum bemüht gewesen, diesen Auftrag zu erhalten. Herr Achenbach war allerdings auch von 1940 bis 1944 im besetzten Paris der dritte Mann an der deutschen Botschaft.



Bundestagsabgeordneter Achenbach
Dritter Mann in Paris

Es mag sein, daß Herr Achenbach eine jener tragischen Gestalten ist, die an der Seite der Mörder standen, um an diesem Platz wenigstens ein bißchen verhindern zu können. Selbst Globke, der Kommentator der Hitlerschen Judengesetze, ist als Staatssekretär Konrad Adenauers in den Rang einer solchen tragischen Gestalt befördert worden.

Die Aktivitäten Herrn Achenbachs nach 1945 allerdings sind seltsam gewesen. 1953 wurde er beinahe aus seiner Partei ausgeschlossen, als er sich anschickte, Goebbels' ehemaligen Staatssekretär Dr. Naumann zu verteidigen, der versucht haben sollte, die FDP nazistisch zu unterwandern. Und bereits 1959 unternahm Herr Achenbach den Versuch, eine Generalamnestie für unter Hitler begangene Verbrechen durchzusetzen, wobei er in der Wahl seiner Mitstreiter nicht heikel war. Jetzt, nach dem Klarsfeld-Prozeß in Köln, spricht sich Herr Achenbach gegen das Abkommen aus: erklärt er, einmal müsse der Rechtsfriede eintreten. Und nun spricht er erneut von einer Generalamnestie.

Es ist schwer zu fassen, doch nicht unerklärlich, warum Herr Achenbach das Abkommen blockieren konnte, warum ihm in der FDP — die ihn 1970 allen Ernstes als EWG-Kommissar für Brüssel vorschlug — so großer Respekt gezollt wurde. Als es um die Koalition zwischen SPD und FDP und später, als es um die Ost-Verträge ging, ist Herr Achenbach ein Faktor in seiner Partei gewesen, der nicht zu umgehen war. Man hat ihn gebraucht — und so hat er von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, das Abkommen vom 2. Februar 1971 zu blockieren.

Jetzt fordern die Jungdemokraten, Herr Achenbach solle sein Mandat niederlegen. Jetzt, nach peinlichsten Demarchen des französischen Staatspräsidenten, soll das Abkommen unverzüglich, also nach der Sommerpause, behandelt und ratifiziert werden. Der Bundeskanzler sagt es, der Vorstand der FDP ist sich darüber einig. Herr Achenbach hat sich nicht einmal genötigt gesehen, seine Einwände gegen das Abkommen vorzutragen. Erst jetzt kommt er mit ihnen. „Ach, ach, der Achenbach . . ." hat schon Konrad Adenauer einmal gesagt. Die Antwort auf die Frage, was Bundestagsabgeordneten möglich ist, ohne daß ein Hahn kräht und solange, bis eine Frau Klarsfeld verurteilt wurde, gibt man besser nicht.

In die Hose gefahren

Von Woche zu Woche verlieren die Herstatt-Kunden Geld: Nach dem Urteil von Insidern müssen sie vermutlich den Großteil ihrer Einlagen endgültig abschreiben.

Seit dem 27. Juni dieses Jahres haben sämtliche Mitglieder des Golfklubs in Bensberg bei Köln das gleiche Handikap: Wegen der Pleite des Bankhauses Herstatt müssen sie ihre Jahresbeiträge noch einmal zahlen.

Härter als die Golfer trifft der Kölner Bankenkrach viele Sparer, aber auch Industrie-Unternehmen und



Bankier Herstatt, Bankeigner Gerling
Von oben nach unten abgeschoben

Geldinstitute. Denn die Nachrichten, die aus dem Mitarbeiterstab des vom Berliner Aufsichtsamt eingesetzten Liquidators Karl Friedrich Woeste nach draußen drangen, klangen immer düsterer: Hatten die Gläubiger zunächst noch auf eine Vergleichsquote von 75 bis 80 Prozent gebaut, so schrumpfen ihre Hoffnungen seit Anfang Juli fast von Tag zu Tag: Franz Heinrich Ulrich, Vorstandsprecher der Deutschen Bank, etwa vermutete vorvergangene Woche, daß die Quote „eher bei 50 als bei 80 liegen wird", die Herstatt-Kunden also die Hälfte ihres Geldes verlieren würden.

Am vergangenen Freitag wollten Insider gar wissen, daß die Verluste so hoch ausfallen würden, daß weniger als 35 Prozent der Herstatt-Einlagen übrigblieben. Dann aber, so schreibt die Vergleichsordnung vor, ist ein Vergleich nicht mehr zulässig. Statt dessen

muß ein langwieriges Konkursverfahren eingeleitet werden.

Betroffen — und vielleicht gefährdet — sind renommierte westdeutsche Bankhäuser, die noch wenige Tage vor dem Herstatt-Zusammenbruch über ansehnliche Guthaben in Köln verfügten: neben der Hessischen, Norddeutschen und Westdeutschen Landesbank auch die Landesbanken in Kiel, Saarbrücken und Bremen mit jeweils etwa zehn Millionen Mark, die Berliner Handels-Gesellschaft-Frankfurter Bank und die Badische Kommunale Landesbank mit ebenfalls rund zehn Millionen.

Die Simonbank in Düsseldorf verlor durch Herstatt auf dem New Yorker Devisen-Markt sogar rund 25 Millionen. „Und ich weiß", so der Chef der Privatbank Joachim Borchart, „daß wir aus Europa dort nicht die einzigen sind."

Das Hamburger Bankhaus Marcard stand kurz vor dem Schalterschluß bei Herstatt mit etwa sieben Millionen Mark gut, die Frankfurter Privatbankiers Bass & Herz mit rund vier Millionen, ihre Ortskonkurrenz Metzler mit fünf.

Ärger noch als von diesen Einbußen wird das private Bankgewerbe freilich von den mittelbaren Folgen der Herstatt-Pleite getroffen. Im Devisenhandel sind alle Institute, die nicht zu den wenigen „A-1-Adressen" (Ulrich) gehören, nur noch bedingt handlungsfähig.

Und auch das Routine-Geschäft der Banken wird künftig bei den mittleren Instituten dürftiger ausfallen. Nach den bitteren Erfahrungen, die kleine Sparer bei Herstatt machten, ziehen viele private Anleger ihr Geld von ihren Hausbanken ab, um es bei den öffentlich-rechtlichen Sparkassen oder bei den Großbanken zu deponieren.

Die Finanzdirektoren der Wirtschaft schalten ebenfalls um. So wird Heinz Krämer, Finanzchef des größten kontinentalen Maschinenbaukonzerns Gutehoffnungshütte, künftig die überschüssigen Mittel seines Unternehmens „schwergewichtig auf die Großbanken verlegen".

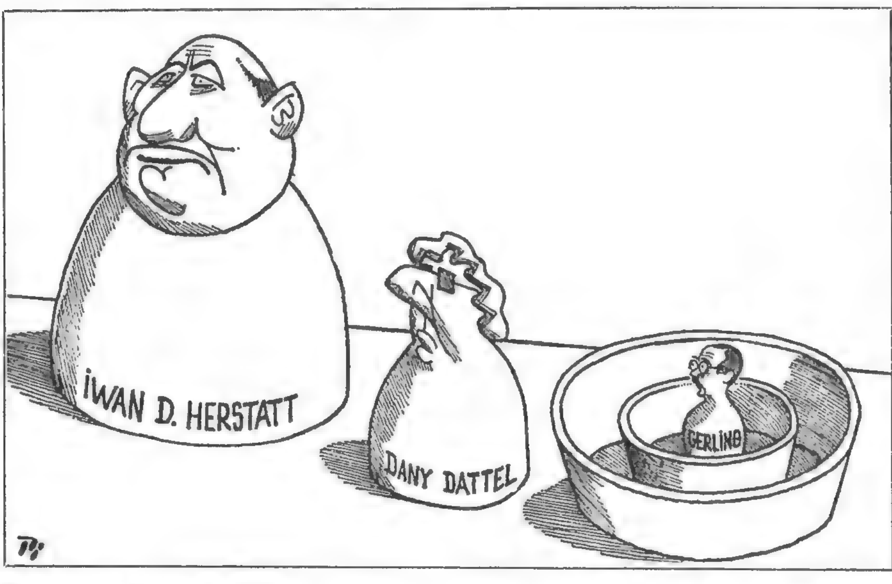
Krupp-Finanzchef Alfred Lukac ist der Schreck so „in die Hose gefahren", daß „Vorsicht" vor privaten Bankhäusern „ein ganz normaler Reflex" sei. „Für zahlreiche Kleinbanken", resümiert ein Kölner Versicherungsvorstand, „hat jetzt die letzte Stunde geschlagen."

Eine der bekannteren Kleinbanken schien bereits vorletzte Woche vor dem Exitus zu stehen: Die Hamburger Global Bank — mit Herstatt über den Großaktionär Gerling verschwägert — konnte nur mit einem kurzfristigen Hundert-Millionen-Mark-Kredit der Westdeutschen Landesbank über Wasser gehalten werden. Als am vorletzten Montag die Bank nach mehrtägiger Zwangspause ihre Schalter wieder öffnete, hoben verunsicherte Privat- und Industriekunden schlagartig 70 Millionen Mark von ihren Konten ab. Alle Beteuerungen des Versicherungsmillionärs und seines Hamburger Statthalters Carsten Claussen — im Nebenberuf Sektionschef des CDU-Wirtschaftsrates — hatten nichts genutzt.

Ohnehin muß der Herstatt-Hauptaktionär, der sich bislang von den Verlusten seiner Bank weitgehend sauberhielt, fürchten, nun doch noch in die unfeine Pleite hereingezogen zu werden. So will Heinz Meyer, Kämmerer der mit knapp 200 Millionen Mark in den Fall Herstatt verwickelten Stadt Köln, dem schwedischen Honorarkonsul unbequeme Fragen stellen. Insbesondere interessiert den leichtgläubigen Beamten, wieviel Geld „zwei Großgläubiger" vor der Pleite aus der Bank „herausgeholt haben und was nach Kanada geflossen" ist, wo Gerling eine Dependance unterhält.

Seine bisherigen Recherchen blieben ohne Ergebnis, denn die Verantwortlichen haben die Schuld von oben nach unten abgeschoben. Konzernherr Gerling pflegt sich auf seinen Finanzbevollmächtigten Anton Weiler zu berufen, der sich seinerseits auf den Herstatt-Generalbevollmächtigten Graf von der Goltz verließ. Und auch Goltz hatte seinen Schuldigen in dem ihm unterstellten Devisenhändler Dany Dattel zur Hand.

Derweil sehen die Geprellten ihre früheren Reichtümer zerrinnen. Als etwa der Kölner Beratungsingenieur Heinrich Pfister sein Herstatt-Guthaben von 200 000 Mark bei der Deutschen Bank beleihen wollte, bekam er einen neuen Taxwert zu hören. Jene Bank, die als erste von den Riesenverlusten erfahren hatte und die den Liquidator stellt, wollte auf die 200 000 Mark Forderung keinen Kredit einräumen.



Zum harten Kern Kölner Stadt-Anzeiger

NS-VERFOLGTE

Z gegen U

Westdeutschlands NS-Verfolgte verfolgen sich gegenseitig. Zum 30. Jahrestag des 20. Juli haben deshalb die verschiedenen Verbände, die zumeist von öffentlichen Mitteln leben, getrennte Gedenkfeiern geplant.

Schade ist's", klagt der Wiesbadener Anwalt Erwin Roßmeißl, Vorstandsmitglied der „Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten", „aber man glaubt, bei Brecht und Weill in der Dreigroschenoper zu sein." Karl Ibach, Vorsitzender des „Zentralverbandes Demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgtenorganisationen", kennt die Motive für das Drama: „Eitelkeiten, persönliche Eifersüchteleien".

Und die nächste Aufführung unter NS-Verfolgten ist am Samstag dieser Woche fällig, wenn sich zum dreißigsten Mal der Tag jährt, an dem Widerständler gegen Hitler putschten. Am 20. Juli, der diesmal des runden Datums wegen in Berlin besonders feierlich gehalten sein soll, wollen die Angehörigen der einen Verfolgten-Gruppe abreisen, sobald die Vertreter des Konkurrenz-Verbandes aufmarschieren.

Das Gerangel um den Gedenktag markiert den Höhepunkt jahrelanger Streitereien zwischen einer verwirrenden Vielzahl von Verbänden, die vorgeben, die rund 80 000 in der Bundesrepublik noch lebenden Verfolgten des NS-Regimes zu vertreten, und die überwiegend aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden. „Da gibt es Organisationen", weiß Ibach, „bei denen ist der Präsident zugleich Generalsekretär,

JIM BEAM Bourbon Whiskey Einer der ältesten der Neuen Welt



Schriftführer und Mitglied in einer Person."

Insgesamt 19 Gruppierungen gehören einem der beiden Dachverbände an, die mehr gegen- als miteinander arbeiten:

- der „Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgtenorganisationen" (ZDWV) mit Sitz in Bonn, der 1954 als antikommunistische Alternative zur ostorientierten „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" (VVN) gegründet worden ist, und
- die „Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände" (UDWV) mit Sitz in Frankfurt, die 1963 von abtrünnigen hessischen ZDWV-Mitgliedern, versprengten Anhängern des alten „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold" und früheren katholischen Jugendbündlern ins Leben gerufen wurde.

Seit „persönliche Zerwürfnisse" (ZDWV-Vorsitzender Ibach) und „grobe Vertrauensbrüche" (UDWV-Vorsitzender Georg Prinz) die Dachverbändler entzweit haben, scheiterten alle Versuche, Westdeutschlands NS-Verfolgte in einem Einheitsbund zusammenzufassen. Dabei haben die Zerstrittenen manches gemeinsam. Beide, ZDWV wie UDWV, können oder wollen zum Beispiel nicht exakt angeben, wie viele Mitglieder ihren Unterverbänden angehören: Die UDWV spricht von „10 000 bis 12 000", wenngleich „die letzte Meldung zwei oder drei Jahre zurückliegt" und „die Zahlen durch Todesfälle rapide abnehmen" (Prinz); der ZDWV macht erst gar keine Angaben: „Wir zählen unsere Häupter nicht so gerne" (Ibach).

Beide Dachverbände sind gleichermaßen auf öffentliche Zuschüsse angewiesen. ZDWV und UDWV werden jährlich vom Bundesinnenministerium mit je 30 000 Mark gefördert; dazu kommen Geldspritzen des Bundespresseamtes für Verbandsblätter sowie Zuschüsse des Auswärtigen Amtes für die Ausrichtung von Feierlichkeiten aller Art. Und weil sie mit der Betreuung von „Härtefällen" eine „die Behörden entlastende und den Wiedergutmachungsprozeß unterstützende Tätigkeit ausüben" (amtliche Begründung), erhalten viele der Landesorganisationen auch noch „Betreuungszuschüsse" aus den Etats der Bundesländer — innerhalb der letzten zwanzig Jahre insgesamt Beträge zwischen 95 000 Mark (Rheinland-Pfalz) und 2,1 Millionen Mark (Nordrhein-Westfalen).

„Aus eigenem", so der Verfolgten-Vorstand und Wiedergutmachungsanwalt Roßmeißl, „pflegen die meisten Verbändchen keine Opfer zu bringen. Sie leben alle von der Gnade der öffentlichen Hand." Doch solch gemeinsamer Existenzkampf wird seit eh und je von politischem Zwist zwischen dem Z- und dem U-Verband überlagert.



Verfolgten-Funktionär Ibach (3. v. r.), Gastgeber*: Brüskierung mit dem Kranz

Die Frankfurter UDWV, in deren Vorstand auch zwei Christdemokraten mitarbeiten, ist stets dann vorneweg, wenn es darum geht, die regierenden Bonner Sozialdemokraten mit finanziellen Forderungen der Verfolgten zu bedrängen. Als stramme Antikommunisten setzen sich die Unionler „bei Kongressen nicht mit Kommunisten an einen Tisch" und betrachten „Aktionsgemeinschaften mit ihnen" gar als „Verrat an unseren Toten" (UDWV-Funktionär Leonhard Schwarz).

Der Bonner ZDWV hingegen wird praktisch nur von Sozialdemokraten repräsentiert und ist durch Doppelmitgliedschaften eng mit der — neben den Dachverbänden dahinvegetierenden — „Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten" verbunden. Die Genossen scheuen nicht den Kontakt mit kommunistischen Kampfgefährten von einst und üben gegenüber den Bonner Sozialdemokraten mitunter planvolle Zurückhaltung.

Offenbar wurde der Zwist zwischen den Vereins-Verfolgten regelmäßig an ihrem höchsten Feiertag, dem 20. Juli. Der Zentralverband etwa rief alljährlich zu einer — von der Regierung finanzierten — Kundgebung in der Bonner Beethovenhalle. Die Frankfurter Unionisten waren dazu nur einmal, 1971, eingeladen —und prompt kam es zu Unerhörtem. Frankfurts Prinz: „Der Kranz von Herrn Ibach wurde von zwei Bundesgrenzschutzsoldaten niedergelegt, während wir unseren Kranz selber tragen mußten. Das war eine offene Brüskierung."

Fortan sannen die Frankfurter auf Genugtuung. 1972 bereits beschlossen sie, zum 20. Juli 1974 in Berlin — ohne Gäste vom Bonner Konkurrenzverband — einen fünftägigen Kongreß ihrer Mutterorganisation zu veranstalten, der „Union Internationale de la Résistance et de la Déportation" (UIRD). Berlins Senat versprach 110 000 Mark Zuschuß.

Kaum hatten jedoch die Gegenspieler des Zentralverbandes von dieser Summe gehört, schickten sie einen Brandbrief an die Senatskanzlei: Die Stadt solle doch besser eine „gemeinsame Veranstaltung" aller Verfolgtenorganisationen fördern. „Der Senat würde es begrüßen", ließ die Stadtregierung daraufhin die UIRD wissen, „wenn beide Verbände sich einigen könnten."

Doch die verfolgen sich weiter. Am 15. Juli tritt in der Berliner Kongreßhalle allein die UIRD-Prominenz auf. Und erst nach der Abschlußveranstaltung am Nachmittag des 19. Juli besetzt Karl Ibach, mit internationalem Anhang und 15 000 Mark Trostgeld vom Senat in der Kasse, für zwei Tage den „Großen Sitzungssaal" des Hotels „Berlin". Als Veranstalter des Nachhut-Kongresses zeichnet eine „Fédération Internationale Libre des Déportés et Internés de la Résistance" (FILDIR) in Paris, deren Vizepräsident Ibach ist.

Die verfehdeten Dachverbände können sich die öffentliche Aufmerksamkeit, die ihren Auftritten zuteil werden wird, freilich nicht einmal teilen — denn es gibt noch was Drittes. Zwischen den beiden Kongressen, am Abend des 19. Juli, werden Bundesratspräsident Filbinger (CDU) und Berlin-Bürgermeister Schütz (SPD) nachholen, was die drei Bonner Parteien am 17. Juni dieses Jahres nicht zustande brachten: eine gemeinsame Gedenkfeier im Berliner Reichstagsgebäude. „Alle sind", sagt Schütz, „herzlich eingeladen."

* Bei einem Empfang für Widerstandskämpfer am 20. Juli 1970 durch den damaligen Bundeskanzler Willy Brandt.


R+V-SERVICE
MEHR ALS
VERSICHERUNG



Rocker-Treffen in Hamburg: „Die Bürger müssen zurückschlagen — und zwar gezielt"

„Der hat mich so blöde angelabert"

Rocker-Untersuchung: Die Gruppen werden kleiner, ihre Rücksichtslosigkeit nimmt zu

Rocker, die wahllos über Passanten herfallen und Behörden ratlos machen, werden immer jünger, ihre Taten schwerer. Zu diesem Schluß kommen der Diplom-Psychologe Heinz E. Wolf und der Kriminalist Hans Jürgen Wolter, Leiter des Hamburger Rockerdezernats, in einer Studie über Rockerkriminalität. Die Autoren plädieren für Hilfe und Härte zugleich: angemessene Methoden und mehr Mittel in der Jugendarbeit und — Gegengewalt.

Sie kommen aus der Unterschicht, gelegentlich auch mal aus dem Mittelstand und meistens aus defekten Elternhäusern. Sie selber halten sich für „gefährlich" und „brutal".

Sie lieben Leder, Uniformen und Motorräder („heiße Hocker"), Orden aus der Nazizeit und rüdes Werkzeug: Messer, Morgensterne und Beile, Totschläger, Schlag- und Sattelringe — neuerdings auch Ballermänner.

Sie überfallen Kinder und Greise — wie sich's gerade trifft. Frauen vergewaltigen sie nach strengem Gruppen-Reglement. Wehrlose schlagen sie zu Krüppeln oder trampeln sie gar zu Tode.

Mit solchen Täter- und Tatmerkmalen beschreiben Diplompsychologe Heinz E. Wolf und Kriminalist Hans Jürgen Wolter in ihrer neuen Studie „Rocker-Kriminalität"* diese Spezies von Gewaltverbrechen und Verbrechern: „Härte, Rücksichtslosigkeit und Brutalität dominieren."

Die Autoren wissen, wovon sie reden: Wolf, heute Leiter der Erziehungsberatungsstelle Buchholz (Niedersachsen), war jahrelang Psychologe im Hamburger Jugendstrafvollzug. Damals sprach er mit Rockern und anderen jugendlichen Gewalttätern und verfaßte mehrere empirische Untersuchungen. Jetzt kritisiert er Fehler und Versäumnisse von Behörden und Funktionären.

Wolter leitet das vor sechs Jahren in Hamburg eingerichtete Kripo-Sonderdezernat „K 534" zur „Bekämpfung des Rocker-Unwesens" und ist im „Umgang mit den Brüdern" (Wolter) durch Kontakte draußen und durch Kenntnis seiner Rocker-Kartei (rund 3000 Registrierte) erfahren. Mit Amtshilfe oder Kollegen aus anderen Bundesländern sammelte der Kriminalist Fakten und Daten über Rocker-Taten aus der ganzen Republik. Bilanz: In Hamburg schlagen Rocker am härtesten und häufigsten zu.

In der Pfingstwoche beispielsweise wußte Wolter „nicht mehr, wo uns der Hut steht": Eine Rocker-Gruppe überfiel in einem Hamburger Park einen Angetrunkenen und „harkte ein paar Mücken ab". In der nahen U-Bahn-Station verprügelten die Jugendlichen einen Mann, der keine Zigaretten „spendieren" wollte, einen anderen stießen sie auf die Gleise. Erst bei einem Boutique-Einbruch schnappte die Polizei die Täter.

Im Hamburger Stadtteil Osdorf schlug eine sechsköpfige Clique gleich mehrfach zu: In einem Selbstbedienungsladen stahl sie eine Flasche Korn; die Gruppe prügelte einen Jugendpfleger krankenhausreif, stieß eine 72jährige Frau zu Boden und raubte ihr die Handtasche mit 30 Mark. Danach erhielt ein Rentner Schläge, und schließlich drang der Trupp in eine Wohnung, schlug die Hausfrau nieder und raubte eine Geldbörse mit 70 Mark.

Solche in Hamburg schon fast alltägliche Rocker-Kriminalität veranlaßte die Polizei bereits im März, in ihrem Vorbeugungsprogramm Bundesbürger vor dem Umgang mit Rockern zu warnen — freilich wenig hilfreich: „Lassen Sie sich nicht provozieren." Und Hamburgs Leitender Kripo-Direktor Günter Bertling ergänzte: „Hier gilt der Satz vom Klügeren, der nachgibt."

Zum Nachgeben gibt es oft kaum Gelegenheit. „Nur so aus Bock" traten Rocker in Hamburg einen Mann zusammen, ein Landsmann starb an den Folgen solcher Behandlung. „Der hat

* Heinz E. Wolf, Hans Jürgen Wolter: „Rocker-Kriminalität". Sozialpädagogischer Verlag, Seevetal-Ramelsloh; 92 Seiten; 9,80 Mark.

mich“, räsonieren Rocker oft nach der Tat, „so blöde angelabert.“

Stets schlagen Rocker nur im Rudel zu, und stets sind sie unberechenbar. Nach Lust und Laune, einfach um mal wieder Putz zu machen, greifen sie an und fallen über Passanten her, ohne erkennbaren Anlaß und meistens sogar ohne selber provoziert zu sein.

Wer Rocker werden will, muß sich erst mal unterwerfen, beobachtete Wolter: „Uniformierung in Kleidung, Verhaltens- und Denkweise“ bestimmt die Gruppe. Und wer die Bande wieder verläßt, riskiert „Gefahren für Gesundheit und Leben“.

Vor zehn Jahren tauchten die ersten Rocker auf, und bald wurden sie in den großen Städten der Republik zur Plage. Vor fünf Jahren waren sie zahlenmäßig am stärksten. Da gab es Gruppen, in denen sich bis zu 150 Jugendliche in vollem Wichs zusammengeschlossen hatten. Randalierend zogen sie durch die Städte, und oftmals hinterließen sie eine „Schneise der Gewalt“ (Wolter).

Seit 1970 änderten sich Wesen und Wirken dieser Wilden. „Rockerdasein ist heute keine Modeerscheinung mehr“, analysierte Wolter. Die Gruppen schrumpften (sechs bis 25 Mitglieder), Lederkleidung ist nicht mehr notwendiges Rocker-Requisit. Und nach dem Abfall der Mitläufer, registrierte Wolter, „bestimmen kleine Kerngruppen das Geschehen“, zusammengehalten durch „Minderwertigkeitskomplexe, Bindungslosigkeit und Faulheit“.

Überwiegend angetrunken entladen Rocker ihre Aggressionen, Anlaß dazu beschaffen sie sich meistens selbst — wenn sie ausziehen zum „Betteln mit Gewalt“ oder „Popper interviewen“. Manchmal lungern sie an einem Homosexuellen-Treffpunkt, um den Erstbesten zu verprügeln und auszurauben — „Schwule ticken“.

Rocker-Taten, so ermittelten Wolf und Wolter, werden schwerer, die Täter immer jünger. Hamburger Polizei, die neuerdings auch nahkampfgeschulte Beamte ihres „Mobilen Einsatz-Kommandos“ zur Überwachung einsetzt, belegt den Trend statistisch:

▷ 1969 wurden nach 581 Rocker-Straftaten 1087 Täter ermittelt; 1973 waren es rund 1700 Delikte und knapp 2000 Delinquenten.

▷ 1971 befanden sich unter 563 Tätern keine Kinder und nur 175 Jugendliche; zwei Jahre danach ergriffen Beamte nach Rocker-Rüpeleien 34 Kinder und 751 Jugendliche.

„Besonders in Neubaugebieten, die gleichzeitig Ballungszentren geworden sind“, fand Wolter in Hamburg diese „Mini- oder Milchzahnrocker“, und Wolf attestierte ihnen wie den älteren ein „erhebliches Defizit an sozialer Intelligenz“. Fraglich sei allerdings, ob dieses Handikap zum Rocker-Dasein verleitet oder durch Rocker erst gepäppelt wird. Sehr wohl könnten sporadische Treffs und gelangweilte Eckensteherei, gelegentliche Ruhestörungen und Rempeleien allmählich zu kapitaler Kriminalität entarten — ein quasi „negativer Lernprozeß“.





Rocker-Opfer, Rocker-Waffen: „Härte und Brutalität dominieren“

Rocker sind allesamt, die jüngsten wie die älteren, mächtig — gegen Schwache: Jugendliche, Frauen, Greise, die ihnen allein und ungeschützt über den Weg laufen. „Selbst schon wehrlos am Boden liegende Opfer werden noch brutal und unkontrolliert zusammengetreten“, schildert Wolter die „Spontan-Kriminalität“. Das „beliebteste Ziel“ bilden „Kopf und Gesicht“. Die „Basis der internen Rockernorm“, berichtet ein Forscher anonym, der Eingang in eine Bande fand, seien „terroristische Handlungen“.

Der verschlüsselte Bericht beschreibt „die Kommunikation der Mitglieder“, die sich „auf einen ärmlichen und primitiven Sprachstil“ beschränke. Rädelsführer herrschen autoritär und regieren „despotisch“, ihr „Wort und Wille ist Gesetz“, die Bande fügt sich willig.

Autoritäres fand auch Diplompsychologe Wolf bei seinen Untersuchungen, in denen er Fähigkeiten und Kenntnisse von verurteilten Rockern, Drogentätern und anderen Strafgefangenen in Hamburg verglich; Ergebnis: Rocker sind in Haft *weniger* aggressiv und aufmüpfig, aber wesentlich wehleidiger als Drogentäter und viele andere Inhaftierte. Sie sind anstelliger und parieren beinahe aufs Wort. Sie gehören zu den Dummen, Drogentäter zu den Klügeren.

Laut, kräftig und grausam — so sehen sich Rocker, wie eine Untersuchung des Psychologen Michael Meier-Hahn ergab, die er mit Unterstützung Wolfs ebenfalls in einer Hamburger Haftanstalt startete, und so werden sie von Mitgefangenen gesehen. Für „angeberisch“, „temperamentvoll“ und „erotisch“ halten beispielsweise Drogentäter mitinhaftierte Rocker, und diese wiederum finden sich selber witzig, musikalisch und mißtrauisch.

Zahlreiche Strafgefangene charakterisieren Rocker sogar als „freundlich“ und „fleißig“ — für Meier-Hahn ein Wandel der „früher eher negativ-verächtlichen“ zu einer nun „eher positiven Einschätzung“.

Eigen- und Fremdbild der Rocker, glauben Wolf und Wolter, würden wesentlich durch unsachliche Publikationen geprägt. Groß aufgemachte Berichte über „enorme Brutalität, mitleidloses Schlagen, das Fehlen jeglicher Fairneß und der völlige Mangel an Gemüt schockieren den Leser“, argumentieren die Autoren, sorgten aber zugleich für „Begeisterung“ und „Imagefestigung des Rockers“.

In Hamburg blieben beispielsweise rund 40 Passanten aus Angst passiv, als nur zwei Rocker einen Friseurmeister zu Tode prügelten. Ein anderes Mal sorgten sich Rocker um den eigenen Ruf, als Kintopp sie verzeichnet hatte: In einem Fernsehfilm der Serie „Sonderdezernat K 1“ demolierten

echte Rocker — realistisch — eine Kneipe, ließen aber — unrealistisch — eine nackte Stripteuse unbehelligt. Wenige Tage nach der Sendung zerschlug dieselbe Gruppe ein Hamburger Lokal — dieses Mal wurde, realistisch, sogar die angekleidete Wirtin vergewaltigt.

„Entweder werden Rocker verteufelt oder verniedlicht“, klagt Wolter, und „die erkennen plötzlich“, wie sie sich „in den Mittelpunkt bringen können“. So hätten Polizei-Recherchen ergeben, daß die Illustrierte „Quick“ für einen Bildbericht über bewaffnete Rocker bei Schießübungen Jugendliche zuvor mit Schußwaffen ausgerüstet und die Statisten honoriert habe. Springers „Bild“, sonst gern auf harter Welle, berichtete ausführlich über Hamburger Rocker, die Alte in einem Heim beschenkt hatten — die Präsente habe, so Wolter, das Boulevard-Blatt kostenlos geliefert.

Solche Aktionen und die „Gleichgültigkeit des linken Cocktail-Journalismus und des Pop-Pornosozialismus“, so Wolf schon in einer Studie vor zwei Jahren, seien ebenso wie Fehlverhalten und Versagen von Kirchen, Behörden und Funktionären mitverantwortlich für das Ausmaß der Ausschreitungen. Kirchliche Einrichtungen, Jugendheime und Häuser des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes bieten zwar wichtige Sammel- und Betreuungspunkte für Rocker, doch Wolter schätzt die hier erzielten „echten Erfolge gering“.

Der Kriminalist hat vielmehr den „Eindruck, als ginge es einigen Betreuern mehr um eine Öffentlichkeitswirkung, um eine Imagepflege“. Und Ko-Autor Wolf hält Bemühungen von Pfarrern, Rocker um sich zu sammeln, für „ausgesprochen kriminalitätsfördernd“ und für eine Ursache der „verschärften Delinquenz“.

„Alle empirischen Studien und die Erfahrungen der Polizei sprechen dafür“, betonen Wolf und Wolter, „daß Rocker-Treffs wesentlich geeignet“ seien, „die negativen Leitbilder zu bestätigen“ oder „noch zu verstärken“. So dürfe „nicht in der Zusammenfassung, sondern in der Zerstreuung, Aufspaltung etc. der Rocker“ das „sozialpädagogische Ziel“ der Arbeit liegen.

Im Anfangsstadium der Bandenbildung genüge noch das „schnelle Eingreifen“ der Polizei, „um solche Gruppen zu sprengen beziehungsweise sie auf den Kern Krimineller zu beschränken“. Im jetzigen Stadium jedoch gebe es gegen Rocker-Gewalt nur noch ein Rezept — langfristig: „angemessene Methoden“ in der Jugendhilfe und bessere Versorgung der Jugendbehörden mit Geld und Experten; kurzfristig: Gegengewalt.

Gegengewalt schlechthin, nicht nur durch die Polizei. „Wenn Bürger nicht ausreichend vor Gruppen-Terror geschützt werden“, rät Wolf, „müssen sie sich selbst helfen: zurückschlagen — und zwar gezielt.“

BUNDESBAHN

Risiko erhöht

Karlsruher Richter bezweifeln, ob die Bundesbahn im Schnellverkehr hinreichend auf Sicherheit achtet. Wahrscheinliche Folge des Entscheids: eine Prozeßserie um Schmerzensgeld.

Möglichst bald möchte die Bundesbahn möglichst schnell fahren — mit 250, vielleicht 300 Kilometern in der Stunde. Doch nun geht es womöglich nur mehr langsam voran.

Denn die Bahn, so mahnten jetzt Karlsruher Richter, muß „wegen der großen Wucht ihres rollenden Materials sowie wegen der Vielzahl und Schwere der daraus drohenden Schäden in besonderem Maße auf Sicherheit achten, und dies gerade dann mit um so größerer Dringlichkeit, wenn sie die Geschwindigkeit ihrer Züge erhöht.

Dieser Kernsatz ist Teil eines Armenrechtsbeschlusses, den der 4. Zivilsenat des Karlsruher Oberlandesgerichts traf. Und der Entscheid könnte, sofern die Richter auch der Klage gegen die Bahn stattgeben, das defizitäre Unternehmen in peinliche Prozesse verwickeln.

Auslöser des für die Bahn-Juristen gänzlich unerwarteten Richterspruchs war das Zugunglück von Rheinweiler, bei dem vor drei Jahren 21 Menschen getötet sowie 131 verletzt worden waren. Damals, am 21. Juli 1971, war der aus Basel kommende „Schweiz-Expreß“ mit überhöhter Geschwindigkeit aus einer Kurve geflogen.

Schon im Februar 1971 war der TEE „Bavaria“ bei Aitrang mit 132 km/h aus einer Kurve getragen worden (25 Tote, 41 Verletzte). Fünf Monate danach hatte die Staatsanwaltschaft Kempten in Sachen Aitrang, im April 1973 die Staatsanwaltschaft Freiburg in Sachen Rheinweiler Ermittlungsverfahren gegen Bahnbeamte eingestellt — freilich: In beiden Fällen gehörten die Lokführer zu den Toten. Begründung für die Einstellung der Verfahren: Es sei kein ursächliches Versagen bei der Bahn, ihren überlebenden Bediensteten, ihrem Fahrbetrieb oder ihren Bedienungsmechanismen festzustellen.

Die Bundesbahn versagte denn auch mangels Schuldbeweis den überlebenden Opfern ein Schmerzensgeld. Der Lörracher Rechtsanwalt Werner Heuer jedoch, der die Ansprüche von Rheinweiler-Opfern verficht, warf den Bahnern schuldhaftes „organisatorisches Versagen“ vor und stützte einen Modellprozeß auf Schweizer Gutachten.



Zugunglück bei Rheinweiler: „Wucht des rollenden Materials“

Die Fachleute hatten seinerzeit hervorgehoben, daß selbst bei einem Kollaps des Lokführers Mitsch — dessen Handlungsfähigkeit vor der Katastrophe ungeklärt blieb — und bei gleichzeitigem Ausfall der Automatischen Fahr- und Bremssicherung (AFB) das Unglück von Rheinweiler zu verhindern gewesen wäre: mit einem Gleis-Magneten, der „Induktiven Zugbeeinflussung“ („Indusi“), die den zu schnellen „Schweiz-Expreß“ automatisch und rechtzeitig gestoppt hätte.

Gegen den Freiburger Entscheid, daß eine beabsichtigte Zivilklage auf Schmerzensgeld „keine hinreichende Aussicht auf Erfolg“ biete, legte Heuer Beschwerde beim Oberlandesgericht ein, dessen Richter nun den Beschluß der Vorinstanz mit „erheblichen und durchgreifenden Bedenken“ aufhoben.

Zwar räumten die Karlsruher der Bundesbahn ein, sie müsse Kompromis-

[Man raucht sie begeistert, aber man versteckt sich dabei.]

TBWA-VK1/74

Profilloser Politiker gesucht. Sie helfen sich, Sie helfen uns.

Erwiesenermassen wird die Popularitätskurve eines Politikers nicht von Leistung und Fähigkeit allein geprägt. In diesem wie in jedem anderen Showgeschäft gilt die Regel: Wo ist das Erkennungszeichen? Geeignete Merkmale (s. Abb.) sind höchst selten, meistens mangelt es ihnen an wirklicher Merkfähigkeit.




Einen Bekanntheitsgrad von fast 100% unter der lesenden Bevölkerung erreichten: Der mit der Pfeife, der mit der Cigarre, der mit der Nase, der mit dem Schuh, der mit der Schnauze, der mit den Federn, der mit den Klempnern, der mit dem gelben Wagen.

Die Villiger-Kiel ist noch nicht belegt

Keine Frage, die Villiger-Kiel kann unter die stark-merkfähigen Erkennungszeichen eingereiht werden. Sie ist hervorragend, unperfekt und schlank wie keine zweite. Und, was das Erstaunliche ist, niemand hat sie belegt, keiner kann einen Anspruch auf alleiniges Tragerecht erheben. Bis heute jedenfalls. Denn obwohl einskommafünf Millionen Kiel-Cigarren Monat für Monat unsere Cigarrenfabrik verlassen, haben wir noch nie einen Raucher damit in der Öffentlichkeit wiedergefunden. Dieses Mirakel kann nur so erklärt werden, dass unsere verehrte Kundschaft mit ihr allein sein will. Möglicherweise wegen der Zuschauer-Fragen, ob man nicht mal eine haben kann oder ob man eventuell mal ziehen darf.

Natürlich ist das bare Theorie. Aber Tatsache ist, dass sich kaum einer mit ihr öffentlich sehen lässt. Sie ist also frei. Frei für unsere gemeinsame Sache mit einem Politiker.

Eine Hand wäscht die andere

Er bringt die Eigentümlichkeit mit, stets im Brennpunkt der Öffentlichkeit zu stehen. Und wir bringen ihm das neue Merkmal. Plötzlich würde die Cigarre mit dem gelben Mundstück in Fraktions- und Plenarsitzungen, bei Empfängen, auf Bällen, in Clubs und in Konferenzen ebenso zu Hause sein wie bei Versammlungen und im Fernsehen. Ach, all die Fernsehzeit, die unser Lieblingskind gratis hätte. Ihr Name würde freilich nicht eingeblendet, wenn sie auf Sendung geht. Macht auch nichts, sie ist ja so merk-würdig. Und mir nichts dir nichts wäre sie in aller Munde: Jeder im Rauchen halbwegs Versierte würde bemerken, wie angenehm kühl ihr Rauch ist, was es mit ihrer würzig-blumigen Übersee-Mischung auf sich hat, ja, wie gut sie schmeckt, ohne - wie bei Zigaretten so üblich - inhaliert zu werden.

Auch die Damen haben eine Stimme

Raucher von klassischen Cigarren sollten an die Damen denken. Schon von der ersten Kiel-Cigarre an werden ihre Lippen nicht mehr so intensiv nach Cuba oder sonstigen Tabakgegenden schmecken. Und so was spricht sich schnell herum. (Bin 23, blond, 94/59/93, suche für Italienf. ält. Vill.-Kiel-Raucher, Führersch. erw. Off. an ds. Ztg. Nr. 69)

Es eilt

Bleibt nun übrig, schnell einen zu finden. Wenn Sie Herr Wehner sind oder gar Herr Erhardt, so scheiden Sie zwar aus, weil Sie unsere Kiel bereits durch Pfeife bzw. Zigarrenspitze simulieren. Trotzdem, wenn Sie Herr Erhardt sind, die Villiger-Kiel würde zur jetzigen Wirtschaftslage eine optisch gute Sache sein.

Und wenn Sie keiner von beiden sind, aber einer wie oben beschrieben, dann nutzen Sie Ihre Chance, bevor es ein anderer tut.

Offensichtlich ist er nicht mehr der mit dem Doppelkinn, sondern der mit der Kiel.

Bitte ankreuzen, auslösen und abschicken, aber nicht nach Kiel, sondern nach 7897 Tiengen, Villiger Söhne, Abt. Villiger-Kiel-Victory-Trophäe.

- ◯ Ich beginne diesen Montag, sie ist mir somit geschützt.
- ◯ Ich beginne nicht diesen Montag. Kaufen Sie sich erstmal eine Maschine und machen Sie Ihre Cigarre gerade.
- ◯ Ich muss erst mit meiner Frau darüber sprechen.



Die merk-würdige Villiger-Kiel in der Liege-Packung und in der durchsichtigen Steh-Box gibt es als Mild (Sumatra) und Brasil in jedem Villiger-Kiel-Geschäft. Für 40 Pfennig pro Stück.

se zwischen Rentabilität und Risiko eingehen. Dies aber gebiete, „daß für das erlaubte Risiko eine deutliche Grenze gesetzt ist uns daß jenseits dieser Grenze jegliche Geschwindigkeitserhöhung schlechthin unerlaubt ist“.

Ob aber diese Grenze im Falle Rheinweiler gewahrt gewesen ist, erschien den OLG-Richtern zweifelhaft. Sie ersuchten das Freiburger Landgericht um erneute detaillierte Prüfung des Geschwindigkeits-Unfalls. Zumindest hätten Sicherheitsvorkehrungen für den Fall menschlichen Versagens getroffen werden müssen — etwa Anwesenheit eines zweiten Lokführers (Mitsch war nach damaliger Bundesbahn-Vorschrift allein im Führerstand) oder der Einbau einer Indusi-Anlage.

Die Bundesbahn verteidigte sich unglücklich: Die Katastrophe von Aitrang, so ihre Juristen, habe zu der Erkenntnis geführt, daß an derart gefährlichen Gleisstellen Indusi-Anlagen eingebaut werden „müssen“, daß der Einbau auch „sofort veranlaßt wurde“ — aber vor allem wegen Lieferschwierigkeiten für Rheinweiler „doch zu spät kam“. Prompt hakten die Oberlandesrichter ein: Wenn die Bahn trotz solcher Einsichten „bis zu dem Zeitpunkt, in welchem die Lieferung der Industrie erwartet wurde, ihre Schnellzüge weiterhin mit der Geschwindigkeit von 120 km/h weiterfahren ließ, in der Hoffnung, es werde in dieser Zwischenzeit nichts passieren“, so könne „hierin die Eingehung eines unerlaubten Risikos erblickt werden“.

Just aus den zwecks Entlastung vorgetragenen Argumenten zog das Gericht den Schluß, „daß die Bundesbahn mit ihrem Modernisierungs- und Beschleunigungsprogramm eine Erhöhung des Risikos in Kauf genommen hat, die möglicherweise unerlaubt ist und rechtlicher Nachprüfung nicht standhält“.

An einen Klag-Erfolg könnten sich alle überlebenden Opfer von Rheinweiler und wohl auch Aitrang mit der Forderung auf Schmerzensgeld anhängen — eine Prozeßlawine, wie sie die Bundesbahn noch nicht erlebt hat.

ZAHNÄRZTE

Gold im Mund

Westdeutschlands Zahnärzte fürchten um ein honorar-trächtiges Privileg: die Privat-Liquidation für Kronen, Stiftzähne und Prothesen. Sie sollen zu Festpreisen von den Kassen voll vergütet werden.

Der „Freie Verband Deutscher Zahnärzte“, der sagt, „was die deutschen Zahnärzte in ihrer Mehrheit denken“, nannte die Konsequenzen des Urteils „perfide“ und plädierte für „Kampfmaßnahmen“.



Zahnärztefunktionär Tabel
Mär von der Volksprothese

Die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung verdammte den Richterspruch als „Eingriff in das Eigentum“, als Verstoß gegen das „Grundrecht der freien Entfaltung der Persönlichkeit“ und verhieß „Unterstützung von Verfassungsbeschwerden beim Bundesverfassungsgericht“. Die Vertreterversammlung der Kassenzahnärztlichen Vereinigung (KZV) Nordrhein beschloß, das Urteil „zu Fall zu bringen“, und erwog, dabei „auch Streik einzukalkulieren“.

Den Grund für diesen Standesunmut nannte der Chef der KZV-Nordrhein Dr. Jürgen Tabel: Jeder Zahnarzt, so prophezeite der Kölner Dentalmediziner auf der letzten Vertreterversammlung seinen Kollegen, müsse „mit Honorareinbußen von durchschnittlich 40 Prozent“ rechnen, falls in der Kassenpraxis, wie das Bundessozialgericht entschieden habe, künftig feste Preise für Zahnersatz gelten sollten.

Prompt beschlossen die Doktoren, im „Interesse der Patienten“ (Standesfunktionär Dr. Gisbert Wernery, Aachen) solchen Schaden von sich abzuwenden.

Sie einigten sich darauf, 3,5 Millionen Mark für einen Propagandafeldzug auszuwerfen. Im Kampf ums Honorar wollen die Zahnmediziner ihre meist unkundige Klientel mit der Mär schrekken, das Bundessozialgericht habe angeordnet, daß es für Kassenpatienten fortan statt individuell angefertigter, hochwertiger Kunstgebisse nur noch „eine Einheitsware zum Einheitspreis“ (Dr. Wernery) geben dürfe.

Doch die Richter in Kassel haben mit ihrem Spruch den Kassenpatienten keineswegs eine miese „Volksprothese“ verpaßt. Im Gegenteil — sie bestätigten den Rechtsgrundsatz, daß es auch im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung dritte Zähne individueller Art zu geben habe, die in ihrer Qualität stets den „jeweiligen Erkenntnissen der Zahnheilkunde entsprechen“, wobei ebenso „die beruflichen und sonstigen persönlichen Verhältnisse der Kranken“ berücksichtigt werden müßten.

Die Richter des Sechsten Senats des Bundessozialgerichts verwarfen lediglich den Zahnarztbrauch, für diese Selbstverständlichkeit Preise nach eigenem Gutdünken zu verlangen.

Sie erklärten, „die Versorgung mit Zahnersatz“ — herausnehmbare Voll- oder Teilprothesen sowie fest eingebaute Brücken — gehöre „zur kassenzahnärztlichen Versorgung“, die als „zahnärztliche Behandlung“ vom Kassenzahnarzt „nach den Regeln der ärztlichen Kunst“ im jeweils „notwendigen“ und „ausreichenden“ Rahmen durchzuführen sei.

Unter Berufung auf das Zahnheilkundegesetz, die Reichsversicherungsordnung (RVO) und die auf ihr basierenden „Richtlinien für eine ausreichende, zweckmäßige und wirtschaftliche kassenzahnärztliche Versorgung mit Zahnersatz und Zahnkronen“ sowie den sogenannten Bundesmantelvertrag für Zahnärzte stellten die Kasseler Richter fest: Zahnersatz sei — im Gegensatz zur bisher üblichen Praxis — kein Luxusgut, das der Kassenpatient nach den Preisvorstellungen der Zahnärzte teuer zu bezahlen habe, sondern eine „Regelleistung“, die ihm als Äquivalent für seinen Krankenkassenbeitrag von Gesetzes wegen zustehe.

Preiswillkür bei Zahnersatz, so lotete das Bundessozialgericht die einschlägigen RVO-Bestimmungen aus, darf es nicht mehr geben.

An einem solchen klaren Richterwort zur Lücke im Gebiß mangelte es bisher. Seit Jahren hatten die Kranken-



Fertigung von Zahnprothesen: Patient als Melkkuh?

kassen die 27 000 westdeutschen Kassenzahnärzte bedrängt, mit ihnen einen umfassenden Prothetik-Vertrag abzuschließen.

Doch die Herren von der Dentalzunft mochten nicht recht. Sie bekundeten ,zwar einmal schriftlich ihre Absicht, wenigstens für herausnehmbaren Zahnersatz über eine Art „Bewertungsmaßstab" nachzudenken. Das war vor mehr als zwölf Jahren, und auch daraus wurde nichts.

Stets behaupteten die Doktoren, Zahnersatz sei eine „Leistung besonderer Art" und „seinem Wesen nach" (Freier Verband Deutscher Zahnärzte) der gesamtvertraglichen Regelung zwischen Zahnärzten und Kassen entrückt. Über Qualität und Preis könne nur im Intimbereich der Arzt-Patient-Beziehung gesprochen werden, da andernfalls die „Entscheidungsfreiheit der Therapie" (Dr. Wernery) zerbreche. Den auf Vertragsabschluß pochenden Krankenkassen hielten sie dabei einen formal noch gültigen Reichserlaß von 1943 entgegen, der die Kassen ermächtigte, ihren Mitgliedern für Zahnarztrechnungen im nachhinein einen Zuschuß zu gewähren.

Doch die Sozialtat aus großdeutschen Zeiten konnte schon seit langem keinen Kassenpatienten vor zahnärztlichen Höchstpreisen schützen; denn so regelmäßig die Kassen ihre Zuschüsse heraufsetzten — pro Stiftzahn oder Krone bis zu maximal 200 Mark, pro Metallplatte bis zu 440 Mark —, so zügig schnellten die Honorarrechnungen der Doktoren in die Höhe.

Denn schon 1965 hatten sie dem Gesetzgeber eine Gebührenordnung abgetrotzt, die ihnen erlaubt, den zäh verteidigten Freiheitsraum auch finanziell voll auszunutzen. Danach dürfen die Zahnärzte ihre Tarife nach eigenem Ermessen „unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des einzelnen Falles" wie etwa der „Schwierigkeit der Leistung", des „Zeitaufwandes", der „Vermögens- und Einkommensverhältnisse" des Patienten und dem Brauchtum der Kollegen am Ort „bis zum Sechsfachen" überschreiten und außerdem „die zahntechnischen Laborkosten" gesondert in Rechnung stellen.

Die Folgen waren Gebißrechnungen von häufig schwindelnder Höhe. Erst jüngst verwahrte sich der Landesverband der Bayerischen Ortskrankenkassen dagegen, daß seinen Kassenmitgliedern Gebißkosten zwischen 3000 und 12 000 Mark aufgeladen worden seien und von den Kassenzahnärzten Preise verlangt würden, „die ein Mehrfaches des Monatsverdienstes beziehungsweise der Rente des Patienten betragen".

Doch die Zahnärzte focht dies nicht an. Sie behielten ihre Honorar-Usancen ungebrochen bei, obwohl sogar das Standesblatt „Zahnärztliche Mitteilungen" einmal mahnen mußte: „Wer den

Liebenswerter Augenblick, bewundernswert gefaßt:

denn Diamantschmuck, das ist nicht immer eine geplante Sache, auf die man lange spart.

Im Diamantschmuck funkelt die ganze Spontaneität des Augenblicks.

Einzigartig wie jeder einzelne Stein. Im Styling so jung wie der Moment. Und im Preis? Genauso, daß man ihn alle Augenblicke kaufen kann.

Augen auf für den nächsten Augenblick. Er wird Sie überraschen.

Diamanten sind Geschenke der Liebe.



Patienten als Melkkuh ansieht, zerstört das gute Bild des Arztes."

Diese „schöpferische Tätigkeit auf dem Gebiet des Zahnersatzes" (Bundesverband Deutscher Zahnärzte) macht sich besser bezahlt als etwa die Tätigkeit eines praktischen Arztes: Bei einer — nach eigenen Bekundungen — gebremsten Arbeitszeit von wöchentlich 39 Behandlungs- und sechs Stunden „Verwaltungsarbeit" stieg der durchschnittliche Ertrag je Praxis (nach Abzug der Unkosten) von 1965 bis 1973 von 54 190 auf 170 000 Mark. Zu diesem durchschnittlichen Bruttomonatseinkommen eines deutschen Zahnarztes von 14 000 Mark tragen Einnahmen für Zahnersatz zu rund Zweidrittel bei.

Der Kassenforderung nach mehr Klarheit in den Prothetik-Rechnungen setzen die Zahnmediziner daher ihren Anspruch auf Wahrung des „Besitzstandes" (Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung) entgegen. Eine „verbindliche Gebührenregelung", so KZBV-Justitiar Dr. Heribert Pohl, komme „nicht in Betracht".

Ihm ist bereits ein Ausweg eingefallen, wie der Kasseler Richterspruch unterlaufen werden könnte. Namens der KZBV unterbreitete er den Mitgliedern des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung „positive Vorschläge", gewisse Paragraphen der Versicherungsordnung umzuformulieren und durch Zusätze zu bereichern.

Nach diesen von der Standesführung erstrebten „Einfügungen" sollen die Krankenkassen mit den Kassenzahnärztlichen Vereinigungen zwar allgemeine Verträge über Gebißpreise abschließen. Doch kein Zahnarzt soll an die dort ausgehandelte Preisnorm gebunden sein, sondern auch fürderhin sein Honorar mit dem Patienten auf dem Zahnarztstuhl „frei" vereinbaren dürfen.

Vor allem aber soll die in der RVO vorgesehene Nachprüfung der „Wirtschaftlichkeit" kassenzahnärztlicher Rechnungen über Zahnersatz ausgemerzt und keinesfalls ein neutrales Schiedsamt tätig werden dürfen. Denn das, so glauben die Standesführer, müsse „zu unerträglichen Ergebnissen" führen.

Meint ein Kassenmann: „Dann wären wir wieder da, wo wir schon vor elf Jahren standen." Damals, im Frühjahr 1963, hatte die Allgemeine Ortskrankenkasse von Hannover die Klage eingereicht, die zum Spruch des Bundessozialgerichts führte.

AFFÄREN

Drei kleine Zettel

Gegendarstellung: Sie behaupten in Ihrer Nummer vom 22. 4. 74 in dem Artikel über die Bayerische Spielbankaffäre auf Seite 70, daß uns Beamte des Bundesamtes für Verfassungsschutz erwiesenermaßen vertrauliche Berichte des Bundesverfassungsschutzes über die „Demokratische Aktion" zugänglich gemacht haben.

Dies ist unwahr. Wir haben den im DEUTSCHLAND-MAGAZIN veröffentlichten Bericht nicht von Beamten des Bundesverfassungsschutzes erhalten. Dieser Bericht war auch nach Auskunft der Pressestelle des Bundesverfassungsschutzes nicht vertraulich. Sie schreiben ferner, daß in dem Bericht des Bundesverfassungsschutzes falsche Behauptungen über Kurt Hirsch enthalten waren. Dies ist unwahr. In dem Bericht war lediglich eine unrichtige Behauptung über Kurt Hirsch enthalten.

Sie verbreiten ferner unter wörtlicher Zitierung eine angebliche Äußerung von mir im Rahmen eines Gerichtsverfahrens mit Kurt Hirsch. Dies ist unwahr. Die von Ihnen zitierte Äußerung habe ich niemals getan.

Kurt Ziesel
Verlag DEUTSCHLAND-MAGAZIN

1. Aus einem SPIEGEL-Gespräch mit dem Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Günther Nollau, (SPIEGEL 22/1974) geht hervor:

NOLLAU: Beispiel: Veröffentlichung unseres Berichts über die Demokratische Aktion im Deutschland-Magazin. Daraufhin habe ich alle, die das Papier in Händen gehabt haben konnten, dienstlich befragt. Einer in hervorragender Stellung hat gesagt, er könne sich nicht erinnern, das Papier weitergegeben zu haben. Herr Genscher, dem ich die Sache vortrug, hat das als ein qualifiziertes Geständnis angesehen.

SPIEGEL: Ist er noch tätig?

NOLLAU: Wir überlegen noch, was zu machen ist.

2. Am 20. März 1974 schrieb Dr. Nollau an Kurt Hirsch u. a. folgendes: „Ich habe aufgrund Ihres an das Bundesamt für Verfassungsschutz, z. Hd. Herrn van Bergh, gerichteten Schreibens vom 13. Dezember 1973 — und aus anderem Anlaß — den Sachverhalt überprüft. Dabei komme ich, was Ihre Person angeht, zu folgendem Ergebnis: Der Bericht vom 20. August 1973 enthält Unrichtigkeiten, insbesondere waren Sie nicht Mitglied der ‚Aktion Demokratischer Fortschritt' (ADF) und gehörten weder deren Parteivorstand noch deren Bündnisrat an. Indem ich Ihnen mein Bedauern über diese Unrichtigkeiten zum Ausdruck bringe, grüße ich Sie . . ."

3. Kurt Ziesel hat diese von ihm bestrittene Äußerung am 18. Januar 1974 vor der 25. Zivilkammer des Landgerichts München I (Zimmer 405), das in Sachen Hirsch gegen Ziesel in der Wagmüllerstraße tagte, getan. — Red.


Wochenendtarif.
Der Wochenendtarif gilt für alle Ferngespräche zwischen Samstagmittag 14 Uhr und Montagmorgen 6 Uhr.
Während dieser Zeit ist es erheblich billiger, zu telefonieren.
20 bis über 30% können Sie sparen, wenn Sie in der Zeit von 14 bis 22 Uhr am Samstag telefonieren. Etwa 80% sparen Sie in der Zeit von samstags 22 Uhr bis Montagmorgen 6 Uhr.
Übrigens gilt der billigste Tarif auch an allen bundesweiten Feiertagen. So kostet z. B. ein 1-Minuten-Gespräch Hamburg – München an Sonn- und Feiertagen statt 1,15 DM nur noch 23 Pfennig.
Das ist der Wochenendtarif der Post. Damit man mal wieder häufiger die Omi anrufen kann.
Die Post.
Europas größtes Service-Unternehmen für Kontakte.
Diese Anzeige informiert Sie über eine Aktion der Post. Sie soll bewirken, daß in den „ruhigen" Zeiten mehr telefoniert wird. Mit diesen Mehreinnahmen will die Post das Fernsprechnetz erweitern und der technischen Entwicklung anpassen sowie das Anschließen von neuen Sprechstellen beschleunigen.

AUTOMOBILINDUSTRIE

Abschied auf Dauer

Die Automobilindustrie versucht sich gesundzuschrumpfen: Mit Kündigungsprämien wird den Arbeitnehmern der Abschied von der kränkelnden Branche versilbert.

Sobald es an den Automobilmärkten wieder aufwärts geht", so versprach VW-Generaldirektor Rudolf Leiding letzte Woche seinen Aktionären, werde er über „ein gehöriges Maß an Optimismus" verfügen. Und wenn es nach John P. McCormack, Vorstandschef in der nach dem Volkswagen-Konzern zweitgrößten westdeutschen Autofabrik Opel, geht, ist die Zeit für einen Stimmungswechsel der seit der Ölkrise depressiven Branche schon heute nahe: „Es kann nur noch bergauf gehen."

Trotzige Zuversicht und mutige Sprüche sind derzeit beliebt unter den Managern der einstigen Glamourbranche, die — von jahrzehntelangem, fast störungsfreiem Wachstum verwöhnt — mit einem weltweiten Desinteresse an ihren Produkten fertig werden muß. So schrumpfte das US-Geschäft des Volkswagen-Konzerns, bislang verläßliche Spitze für Umsatz und Gewinn, im ersten Halbjahr um 30 Prozent. Konnte Opel im ersten Halbjahr 1973 noch 517 000 Autos produzieren und verkaufen, so mußten die Produktionsplaner diesmal die Fertigung auf 321 000 Einheiten herunterfahren, von denen sie überdies nur knapp 290 000 verkaufen konnten.

So flau ist die Stimmung in den Fabriken, daß selbst zweifelhafte Gerüchte ernst genommen werden. Als etwa letzte Woche einige Zeitungen meldeten, Bonn plane, der Branche mit gezielten Nachlässen bei der Mineralölsteuer oder der Mehrwertsteuer zu helfen, begannen einige Verkaufsstrategen schon, auf ein Ende der Talfahrt zu setzen. Doch nach den Dementis der Staatssekretäre Otto Schlecht (Wirtschaft) und Konrad Porzner (Finanzen) war auch diese Hoffnung wieder zerronnen.

Lebendig wurde es in den Werkshallen von Wolfsburg und Rüsselsheim erst wieder, als die Vorstände beschlossen, jenen Mitarbeitern eine ansehnliche Prämie zu gewähren, die das Werk freiwillig und für immer zu verlassen versprachen.

Als vorvergangene Woche Opel eine nach Alter gestaffelte Kündigungs-Prämie zwischen 5500 und 10 000 Mark auslobte, „haben sich", so Betriebsrat Paul Lorenz, „Tausende gedrängt".

Die Nachfrage war so rege, daß einige Tage später noch einmal 530 Abgängern die Kündigung versilbert wurde. Innerhalb weniger Tage war die General-Motors-Tochter 3030 ihrer knapp 55 000 Beschäftigten los — und 20 Millionen Mark.

Doch was der Verband der Automobilindustrie als „elegant und sozial" lobte und der Betriebsrat „eine Lösung mit gewissem humanem Charakter" nannte, mißfiel Arbeitsämtern und Gewerkschaftern. Die Beamten fanden die neue Art der Kündigung „gar nicht so bildschön", da anders als bei Kurzarbeit oder Massenentlassungen die Ämter vom Prämienfeuern nicht offiziell informiert werden.

Überdies befürchten erfahrene Arbeitsämter, daß etliche Kündiger sich von dem Baren zu einem leichtsinnigen und unüberlegten Entschluß haben hinreißen lassen. Angemessene Ersatzarbeitsplätze nämlich stehen bei der flauen Konjunktur derzeit nicht unbegrenzt zur Wahl.

Und das Warten auf einen neuen Job kommt die Ex-Autoarbeiter teuer zu stehen: Nach dem Arbeitsförderungsgesetz haben alle Beschäftigten, die ihren Arbeitsplatzverlust „selbst herbeigeführt und verschuldet" haben, erst nach einer Sperrfrist von vier Wochen Anspruch auf Arbeitslosengeld. Ältere Arbeitnehmer, die besonderen Kündigungsschutz genießen, müssen unter Umständen noch länger warten, bis sie stempeln gehen können. Sogar die Arbeitgeberbeiträge zur Sozial- und Krankenversicherung, so rechnet ein IG-Metall-Experte vor, muß der Abgefundene aus eigener Tasche bezahlen.

Diese Feinheiten freilich waren etlichen Kündigern kaum bekannt. Zwar schickte der Betriebsrat eilends einen Emissär zu den Kollegen nach Wolfsburg, wo die Prämienkündigung erstmals praktiziert worden war. Doch als der Hesse zurückkam, hatte die Betriebsleitung schon geschaltet. Engelbert Mokrus, Leiter der IG-Metall-Verwaltungsstelle Darmstadt: „Es ging so schnell über die Bühne, daß wir nicht alle aufklären konnten."

Insbesondere auf die Qualifikation und den Einsatzwillen der ausscheidenden Mitarbeiter hatten es die Prämien-Spender abgesehen. Kaum ersetzbare Facharbeiter etwa durften nur fünf Prozent des Kontingents stellen. Fast immer erkundigte sich überdies die Personalabteilung bei den zuständigen Meistern: „Können wir den gebrauchen oder nicht?"

Nicht gebrauchen konnten die Automacher vor allem Gastarbeiter. 84 Prozent der Rüsselsheimer Opel-Werker, die vom ersten Angebot Gebrauch machen konnten, waren ausländische Arbeitnehmer, die nur rund 28 Prozent der Gesamtbelegschaft stellen.



Autoproduktion bei Opel: „Können wir den gebrauchen?"

Viele von ihnen, so mutmaßen Unternehmensleitung und Gewerkschaft, werden die Abfindung benutzen, um sich auf Dauer von Deutschland zu verabschieden.

Und während eine deutsche Opel-Arbeiterin, die ohnehin ausscheiden und heiraten wollte, sich nun ihre Aussteuer von der Opel-Kasse finanzieren läßt, gehen die Ziele der Ausländer weiter. Vertrauensleute der IG Metall berichteten von Investitionsplänen der ausgeschiedenen Kollegen, die vom Taxiunternehmen in Istanbul bis zu einer Beteiligung an einem Touristenhotel an der Costa Brava reichen. Betriebsrat Lorenz über die neuen Jungunternehmer: „6000 Mark, das sind 120 000 Peseten, da kann man eine ganze Menge Liegestühle kaufen und am Strand von Benidorm an deutsche Touristen vermieten."

Derlei Unternehmungen setzen freilich voraus, daß die Abgefundenen das

letzte Angebot der Firma Opel ausschlugen: In unmittelbarer Nähe der Prämienstelle hatten sich Opel-Verkäufer aufgebaut, die den Kündigern noch in letzter Minute ein Auto zum Vorzugspreis aufzuschwatzen versuchten.

PHOTOHANDEL

Team des Jahrhunderts

Kaum ein Jahr, nachdem er seinen Arbeitnehmern weitgehende Miteigentumsrechte einräumte, kam Photo-Porst ins Schleudern. Sein Gläubiger, die BfG, drängt auf Verkauf.

Der Nürnberger Photo-Kaufmann Hannsheinz Porst („Ich bin Millionär und Marxist") mußte seine Hausbank um Aufschub bitten.

Eigentlich hatte er die ganze Porstfirmengruppe „kurzfristig", wie die Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) in Frankfurt drängte, schon im April verkaufen sollen. Doch keiner wollte das Photo-Versandunternehmen haben; 60 Millionen Mark erschien den Interessenten das Unternehmen nicht wert. Nun aber macht es Porst auch billiger: „Wir suchen den, der uns am meisten entgegenkommt."

Geld ist bei Porst rar geworden. Zuviel davon kam dem früheren Mitarbeiter des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit bei dem Versuch abhanden, in Nürnberg eine „neue soziale Weltordnung" einzuführen, die sogenannte Selbstbestimmung („Mitsprache genügt eben nicht") im Porst-„Mitarbeiterunternehmen".

Ein Fünfjahresplan sollte das Porst-Modell absichern. So war bis 1977 kühn eine Umsatz-Verdoppelung auf mehr als 400 Millionen Mark und vor allem eine Explosion der Gewinne auf 52,7 Millionen Mark vorgesehen.

„Soweit wie möglich", so verkündigte die „Betriebsverfassung" Porsts Frohbotschaft, sollte jeder Mitarbeiter seine „Persönlichkeit frei von Zwängen und Abhängigkeiten entfalten".

Was möglich wurde: Organisation und Vertrieb des einst erfolgreichen Betriebes klappten nicht mehr so recht, die Lieferantenschulden schnellten — bei einem Eigenkapital von 15 Millionen — auf über 35 Millionen Mark, der Kreditrahmen mußte von 30 auf 50 Millionen gedehnt werden.

Der Abstieg des Unternehmens wurde erstmals sichtbar, als es in dem dreiköpfigen „Managerteam des Jahrhunderts" (Porst) zum Zwist kam: Die Geschäftsführer Dieter Reiber und Heinz Wohlrab, neben Porst die ranghöchsten „Mitarbeiter", versuchten im Sommer 1973, getreu dem Porst-Statut durch demokratische Abwahl den abgedankten Prinzipal vollends loszuwerden.

Weder die Mitarbeiter-Vollversammlung noch eines der anderen Organe der „Selbstbestimmung" retteten den Reformer. Erst als die Frankfurter Gewerkschaftsbanker, seit Jahren Hausbank der Photo-Firma, darauf bestanden, daß Porst bei Porst das Sagen haben soll, konnte der Sohn des Firmengründers sich behaupten.

„Wir arbeiten heute ohne Starmanager", triumphierte Porst dann im Herbst letzten Jahres und war gar „stolz darauf", als auch noch andere Führungskräfte wegliefen: „Das ist ein Reinigungsprozeß."

Die „reaktionären Kräfte", so grämt sich Porst, hatten freilich „das absolute Vertrauen und hinter meinem Rücken auch die volle Unterstützung" der Bank. Dennoch ließ die BfG die Manager fallen, denn für die Kredite haftet allein Porst: „Es gibt nichts mehr in meinem privaten Bereich, was nicht der Bank übereignet wäre — hin bis zu meinen Lebensversicherungen, die dem Auskommen meiner Familie dienen sollen."

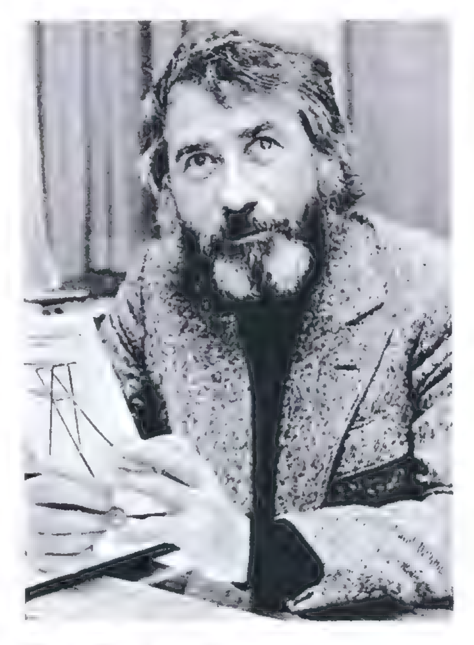


Photo-Kaufmann Porst
„Ich liebe den Erfolg"

Während sich das Management in Kabalen verschliß, gedieh die „Selbstbestimmung" wider Erwarten. Photo-Porst war nach dem Exodus im vergangenen Herbst, so erinnert sich Porst, zu einem „von der Hand in den Mund lebenden Durcheinander" verkommen.

Spätestens damals zeigte sich die Gemeinwirtschaftsbank entschlossen, das für sie freudlose Engagement zu beenden. Die BfG-Manager ließen sich auch nicht davon beeindrucken, daß Porst Lohnerhöhungen um „bewußt durchschnittlich mehr als 30 Prozent" als „Beweis unserer Leistungsfähigkeit" vorzeigte — er hatte nämlich übersehen, daß die Kosten zusehends an der Liquidität des Unternehmens zehrten.

Um neues Geld flüssig zu machen, verfügte die Bank den Verkauf des Deutschen Supplement Verlages, der die Programmbeilage „Radio + Television" für Tageszeitungen herausgibt und das einzige Porst-Unternehmen war, das einen nennenswerten Gewinn erwirtschaftete. Auch dieser Entlastungsversuch schlug fehl: Kaum war das Verkaufsdiktat durchgesetzt, da verfiel der Anzeigenmarkt, und über den gedachten Preis von 20 Millionen Mark vermochten die Interessenten, darunter „Hörzu"-Verleger Axel Springer, nicht einmal mehr verhandeln. Der Unternehmer blieb auf seiner Porstille sitzen.

Härter als diese Fehlschläge traf Porst die Erkenntnis, daß die BfG es nun auf sein Stammunternehmen abgesehen hatte und auf sein Lebenswerk keinerlei Rücksicht nehmen mochte: „Nicht des Modells wegen kam es wirtschaftlich zu ungenügenden Leistungen", räsoniert er mit der nur ihm eigenen Logik, „sondern wegen wirtschaftlich ungenügenden Leistungen ließ sich unser Modell bisher so wenig verwirklichen."

Sonst aber sei alles „absolut positiv": Es gebe „keine Veranlassung", so belehrte er die um 50-Millionen-Kredite bangenden Banker, „uns zu einem Verkauf oder zur Aufnahme eines Partners zu zwingen, was in der Wirkung einem totalen Verkauf gleichzusetzen wäre".

Zwar weiß er, daß seine „Sicherheiten selbst bei optimaler Bewertung durch die Bank nicht ausreichend sind". Aber eines kränkt ihn doch: „Daß meine uneingeschränkte persönliche Bürgschaft mit Null bewertet wird." Für die Bank besteht nach seiner Ansicht selbst bei einer — von ihm nicht länger ausgeschlossenen — Pleite keine Gefahr. Denn dann „gäbe es genügend potente Interessenten, die drei Tage nach dem Konkurs bereit wären, so in die Konkursmasse einzusteigen, daß die Bank nichts verlieren würde".

Dazu aber brauche es gar nicht zu kommen. Porst möchte die Gewerkschaft mit 50 Prozent an seinen Unternehmen beteiligen.

Dies wäre, schwärmt der Erfolgsmensch („Ich liebe den Erfolg, und ich brauche ihn"), „eine neue Art übergeordneter Vermögensabgabe an die Gewerkschaft und damit eine Neutralisierung von Kapital und Gewinn". Mehr noch: „Es wäre ein grandioser Erfolg praktizierter Mitbestimmung hin zur Selbstverwirklichung."

Auf diesem Weg allerdings mag ihm selbst die Bank für Gemeinwirtschaft vorerst nicht folgen.

Als ernsthafte Interessenten, weniger an Porst-„Selbstbestimmung" als vielmehr an Photo-Porst und Eurocop-Großlabor, gelten denn auch die brav kapitalistischen Branchen-Riesen: der englische Dixons-Konzern des Stanley Kalms und die Nürnberger Foto-Quelle des Gustav Schickedanz.

Risiko in Röntgen

Lücken in der Sicherheitskette eines Kernkraftwerks offenbarte der Atommüll-Fund im Badischen. Dort wie in Hessen, wo Plutonium leichtfertig gelagert wird, wurden Gefahren bagatellisiert.

Eine Gefahr besteht nicht", tönte es aus dem Lautsprecherwagen, der gemächlich durch die Gassen der nordbadischen Gemeinde Obrigheim rollte. Bürgermeister Ernst Ertl ließ der Atommüll-Affäre, die seine Mitbürger beunruhigt hatte, eine erfreuliche Wendung geben, und er war nicht verlegen um eine Erklärung, wie der ganze Wirbel doch eigentlich zu werten sei: „Presse und Rundfunk", so schallte es weiter, hätten „irreführend und falsch berichtet".

Tags zuvor, am Freitag vorletzter Woche, war auf der gemeindlichen Müllkippe radioaktiver Abfall von SPIEGEL-Redakteuren entdeckt und durch Heidelberger Kernphysiker identifiziert worden. Und was lokale wie überregionale Blätter noch bis zum Dienstag danach verbreiteten, war in der Tat irreführend, teilweise falsch. Nur: Es beruhte auf Informationen, die der Bürgermeister sowie die Leitung des nahe gelegenen Kernkraftwerkes Obrigheim (KWO) gegeben hatten.

Pikanteste Version: Die SPIEGEL-Rechercheure hätten mit lokalen Kraftwerksgegnern gemeinsame Sache gemacht („Handelsblatt": „Woher kam der heiße Tip?"), womöglich gar das gefährliche Zeug selber mitgebracht und im Unrat verscharrt. Doch dann, nachdem eine Sonderkommission des Stuttgarter Landeskriminalamts sich um die Herkunft des faustgroßen Plastikbeutels gekümmert hatte, ging die schöne Geschichte kaputt. „Das Zeug", so Hauptkommissar Willy Herwig, „stammt aus dem Kernkraftwerk."

„Ausgeschlossen, ausgeschlossen, damit haben wir nichts zu tun", hatte KWO-Geschäftsführer Paul Dangelmaier im ersten Schreck ausgerufen: „Das Material stammt nicht von uns, wir lassen uns diesen Vorwurf nicht anhängen." Und als bald darauf die Karlsruher Landesanstalt für Strahlenschutz das Alter der Substanz auf „mindestens ein Jahr, wahrscheinlich aber drei Jahre" schätzte, bekam Dangelmaier nur die zweite Hälfte mit. Vor drei Jahren, triumphierte er, sei ja solches Material in Obrigheim noch gar nicht verwendet worden.

Vielleicht, so sinnierten die Verantwortlichen des am Neckar gelegenen KWO, sei die Atom-Tüte einfach so angeschwemmt worden, sei im Rechen des Kühlwasserkanals hängengeblieben und dann mit dem Flußschlick auf einen KWO-Mülltransporter geraten. Und auch, nachdem die Kripo rasch und präzise ermittelt hatte, daß die radioaktive Probe am 10. Oktober 1973 aus einem sogenannten Säulenchromatographen des Obrigheimer Kraftwerks gezogen wurde, war immer noch irgendein anderer schuld: „Wir müssen davon ausgehen", sagte KWO-Ingenieur Herbert Schenk, „daß raffinierte Diebe das Material gestohlen haben." Paul Dangelmaier wußte, was den Unbekannten geleitet hat: „Der Müllfund hat einen politischen Hintergrund."

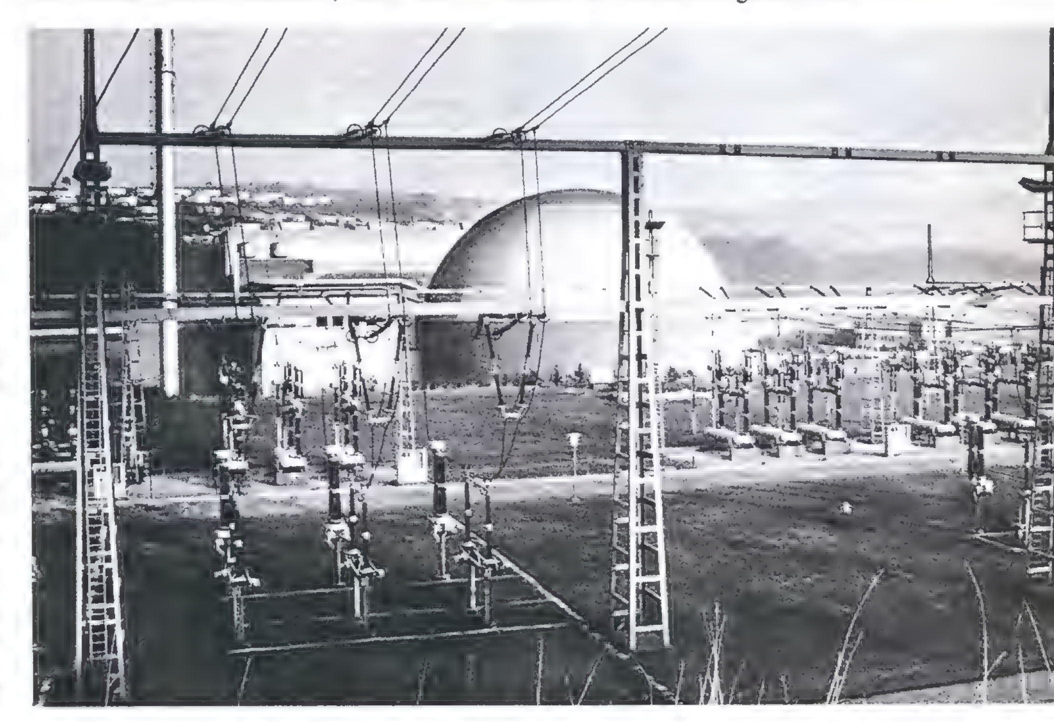
Wie die Strahlen-Substanz auf die Halde kam, ist vorläufig Glaubenssache. Sicher aber sind nun die „eklatanten Lücken" im Sicherheitssystem des Kernkraftwerks, die Oberstaatsanwalt Burkhard Kühn ausgemacht hat. KWO-Schenk, der mit seiner Diebstahlsstory diesen neuen Aspekt der Affäre selber heraufbeschwor, läßt sich jetzt herab: „Unser Sicherheitssystem ist nicht so perfekt, wie es sein sollte." Und sein technischer Prokurist Anton Maier, der dieses System eben noch als „hundertprozentig" gepriesen hatte, ist auch nicht mehr obenauf: „Da könnte einer die elektronische Sicherung ausgeschaltet haben."

Was Wunder, daß plötzlich auch aus den „höchstens vier bis fünf Personen", die nach ersten KWO-Auskünften Zutritt zum gefährlichen Kontrollbereich hatten, „eine dreistellige Zahl" geworden ist — laut Ermittlungschef Kühn. So viele Leute — Putzfrauen und betriebsfremde Handwerker eingeschlossen — hatten mithin auch Zugang zu jenen Stahlbetonfässern, in denen der Haldenfund hätte vorläufig gesichert und nach einiger Zeit mit anderen Abfällen in das ehemalige Salzbergwerk Asse bei Wolfenbüttel transportiert werden müssen.

Doch eine präzise Buchführung gibt es weder über Fässerinhalt noch Transporte. Und so kommt es, daß der Verbleib von vier weiteren, gleichzeitig mit dem Müll-Material präparierten Plastikbeutelchen nicht mehr auszumachen ist — sie können überall sein: geborgen in Asse, vielleicht noch im Kraftwerk, womöglich irgendwo in der westdeutschen Landschaft.

„Daß hier mit einer Sorglosigkeit hantiert wird, die in keinem Verhältnis zu der brisanten Materie steht", konstatierte die „Südwestpresse". Kein Zweifel auch, daß unter solchen Umständen eine „verbotene, strafbare und niederträchtige Handlung" (KWO-Schenk) nicht wahrscheinlicher ist als schlichte Schlamperei.

Wie leicht in dem Atommeiler am Neckar die Sicherheit genommen wird, erfuhr am 20. April dieses Jahres zum Beispiel eine 30köpfige Besuchergruppe, die sich den gesamten Sicherheitsbereich beschaute. Einer der Gäste erinnert sich nun an „Pannen, über die ich mich damals amüsiert habe". Er erhielt etwa beim Eintritt einen „Strahlendosimeter", der während des Rundgangs eventuelle Strahlenbelastung registrieren sollte. Jedoch, das Gerät konnte gar nichts mehr messen: Der Zeiger war schon voll ausgeschlagen.



Kernkraftwerk Obrigheim: Raffinierter Diebstahl oder schlichte Schlamperei?

Und Sorglosigkeit wurde auch am Ende der Führung offenbar. Als die Gäste nach dem Verlassen des Reaktorbereichs einen Sicherheits-Meßstand betreten sollten, der sie von Kopf bis Fuß nach möglichen Strahlungsquellen abzutasten hatte, da „hat kein Mensch kontrolliert, ob wir tatsächlich in dem Kasten waren, wem es zu lange dauerte oder zu blöd wurde, der ging raus,



Obrigheimer Müllkippe
Lücken im Kontrollsystem

auch, wenn der Taster nur vom Fuß bis zum Knie gekommen wäre". Und „Ich hätte leicht was mitnehmen können."

Ob andere auch, hängt immer davon ab, wie genau die jeweiligen Sicherheitsbestimmungen bei Mitarbeitern und Besuchern beachtet werden. Wie ernst Gäste die Prozedur am Abtastgerät nehmen, bleibt quasi ihnen selber überlassen. Und ob sie sich ihr überhaupt unterwerfen, kontrolliert lediglich ein Pförtner auf einem Fernseh-Monitor — falls er hinsieht.

Zwar müßte ein betriebsfremder Handwerker, der etwa gedankenlos mit seinem Werkzeug auch ein Plastiktütchen zusammenrafft, auf den strengeren Überprüfungsweg für Betriebsangehörige. Sein Gepäck würde er dann bei einem Pförtner abgeben, der den Kasten oder die Tasche durch eine gesonderte Strahlen-Schleuse nach draußen schickt. Gibt aber der Wächter einem vielleicht eiligen Handwerksmann, den er seit langem kennt, die Utensilien direkt heraus, dann ist die Sicherheitskette gerissen.

Derlei Unwägbares deutet auf die Gleichgültigkeit und Routine, die sich bei Kerntechnikern im ständigen Umgang mit Radioaktivität einstellt — mit Stoffen, so Peter Horn vom Heidelberger Max-Planck-Institut für Kernphysik, die „nicht brennen und nicht beißen, weder Töne noch Gerüche von sich geben". Überdies sind sich Kernkraftwerker und Nuklearforscher nicht einig, wo die Strahlengefahr beginnt. Für die einen fängt das Risiko, das in Röntgen gemessen wird, bei Null an, für die anderen erst in einem Bereich, der jenseits aller denkbaren Sicherheitsgrenzen liegt.

KWO-Prokurist Maier etwa erklärte in einer öffentlichen Sitzung des Obrigheimer Gemeinderats beschwichtigend, die auf der Müllkippe gemessene Strahlungs-Intensität von 200 Milliröntgen sei nahezu ungefährlich, denn der Mensch vertrage gar 1000 Milliröntgen. Maier verschwieg den versammelten Laien, daß solche Angaben nur einen Sinn machen, wenn auch der Zeitbezug genannt wird. Denn die 200 Milliröntgen wurden pro Stunde registriert, die angebliche Verträglichkeitsmenge von 1000 Milliröntgen aber müßte auf ein Jahr verteilt werden.

Kraftwerks-Maier will jenen Plastikbeutel „anderthalb Jahre in der Hosentasche" herumtragen. Der Mediziner Walter Samsel vom Heidelberger Krebsforschungszentrum aber ist sicher: „Nach 500 Stunden wäre alles zu spät, und direkt neben den Hoden wäre das besonders tragisch." Zudem birgt nicht nur Nähe zur Strahlen-Substanz erhebliche Risiken. Schon eine winzige Menge könnte, wenn sie etwa ins Grundwasser und dadurch in die Nahrungskette geriete, bei den Betroffenen Krebserkrankungen auslösen.

Daß Gefahren für die Allgemeinheit drohen, erschloß sich denn letzte Woche auch dem Innenausschuß des Bundestages. Angestoßen von der jüngsten Affäre im Badischen und einem ähnlichen Fall bei Karlsruhe (SPIEGEL 22 und 23/1974), forderten die Parlamentarier Verbesserungen der Strahlenschutzverordnung wie des Atomgesetzes. Innenminister Maihofer, von den MdBs zum Vortrag bestellt, erbat sich von den Obrigheimern eine „aktivere Sicherheitspolitik".

Am Donnerstag stand die Tüte von Obrigheim schließlich auf der Tagesordnung des Straßburger Europa-Parlaments. „Was nützen ein strenges Atomgesetz und eine Strahlenschutzverordnung", klagte SPD-MdB Gerhard Flämig in einer Debatte über energiepolitische Strategie, „wenn solche Pannen möglich sind?"

Seine europäischen Kollegen machte der Abgeordnete gleich auch mit der zweiten einschlägigen Panne vertraut, über die der SPIEGEL vergangene Woche berichtet hatte: die offenkundig unzulänglich gesicherte Lagerung von mindestens 300 Kilogramm des hochgiftigen und hochexplosiven Kernbrennstoffs Plutonium durch die Firma Alkem GmbH im hessischen Wolfgang bei Hanau. Flämig: „Maschendraht und ein paar alte Männer der Wach- und Schließgesellschaft reichen nicht aus."

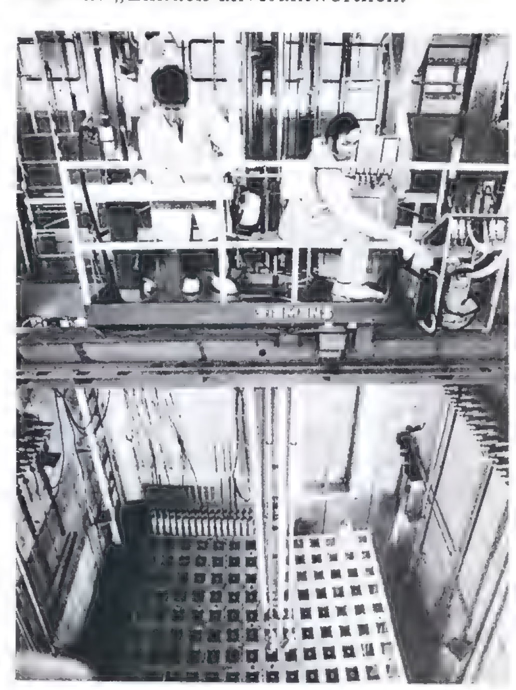
Wohl wahr — denn schon fünf Kilo des brisanten Stoffs bergen die Sprengkraft der Nagasaki-Bombe. Aber nach gleichem Schema wie im Falle Obrigheim liefen die Reaktionen auch bei der Plutonium-Affäre ab: erst abwiegeln, dann zage Bestätigung, schließlich der Ruf nach Remedur.

„Jedes Gramm wird streng bewacht", besänftigte die „FAZ" ihre Leser und teilte mit, SPIEGEL-Redakteure seien nicht, wie beschrieben, ungehindert auf das Lager-Gelände gekommen, sondern von einem Pförtner zurückgewiesen worden. So war es nicht: Die Journalisten passierten beide Tor-Kontrollen und sahen sich in Ruhe um.

Auch Gerhard Flämig, Abgeordneter im Landkreis Hanau (und bis 1972 mit Public-Relationsarbeit für 6000 Mark jährlich der Alkem-Mutterfirma Degussa verbunden), hatte noch am Montag keinerlei Grund zur Besorgnis wahrhaben wollen: „Ein Plutonium-Lager besteht in Wolfgang noch nicht. Ein Diebstahl müßte außerdem bei der Spaltstoff-Fluß-Kontrolle: sofort auffallen." Flämig nun: „Ich wollte die Leute beruhigen."

Unterdessen empfahl die Reaktor-Sicherheits-Kommission des Bundesinnenministeriums die „möglichst schnelle Realisierung" eines Lagerneubaus sowie eine bessere Sicherung des „Transports von radioaktiven Stoffen und Kernbrennstoffen". Tatsächlich lagert die heiße Substanz beim Transport zwar in dicken Stahlbetonfässern — gesichert gegen Brand, Stoß und Strahlung. Aber erst bei mehr als zehn Kilo des Atombomben-Baustoffs ist Polizeischutz vorgeschrieben.

Unterhalb dieses Limits steuern die Lkw-Fahrer mit ihrer Fracht solo über Deutschlands Straßen — jedem Zwischenfall, etwa einem Anschlag terroristischer Erpresser, ungeschützt preisgegeben. Professor Thomas Jäger, Mitglied der Reaktor-Sicherheits-Kommission: „Einfach unverantwortlich."



Reaktorbereich in Obrigheim
Unwägbares an der Strahlen-Schleuse

Immer voll da

Nach dem WM-Sieg soll Bundestrainer Helmut Schön aufs Altenteil. Als Nachfolger gilt Stellvertreter Jupp Derwall. Planer des Revirements: WM-Organisator Hermann Neuberger.

Wer Bundestrainer werden will, muß wohl lange genug im Saarland gewesen sein", resignierte Fußballtrainer Dettmar Cramer 1964. Nicht er selbst, wie ihm Altbundestrainer Josef Herberger verheißen hatte, bekam damals den Posten, sondern Helmut Schön, 58, vormals Trainer an der Saarländischen Sportschule in Saarbrücken.

Auch diesmal kommt der Nachfolger aus Saarbrücken: Jupp Derwall, 47, früher Trainer an der Saarländischen Sportschule und seit 1970 Assistent von Bundestrainer Schön.

Das Saarbrücker Sprungbrett zum höchsten Fußballehrer-Amt in der Bundesrepublik bedient ein Funktionär, der noch in diesem Herbst das Amt des Präsidenten im Deutschen Fußball-Bund (DFB) übernehmen soll: Hermann Neuberger, 54, bislang Vizepräsident im DFB und auch im Weltverband (Fifa). „Wenn Neuberger befiehlt, wird künftig auch mit viereckigen Fußbällen gespielt", grollte jüngst der noch amtierende DFB-Präsident Dr. Hermann Gösmann, 70. Das WM-Turnier hatte beide entzweit.

Neuberger schloß den trink- und redseligen Vorgänger von der WM-Organisation mit der kränkenden Begründung aus, daß dabei „nur Mitarbeiter, aber nicht Mitsitzer gebraucht werden könnten". Seitdem will Gösmann seinen Präsidentenstuhl nicht mehr kampflos für Neuberger räumen.

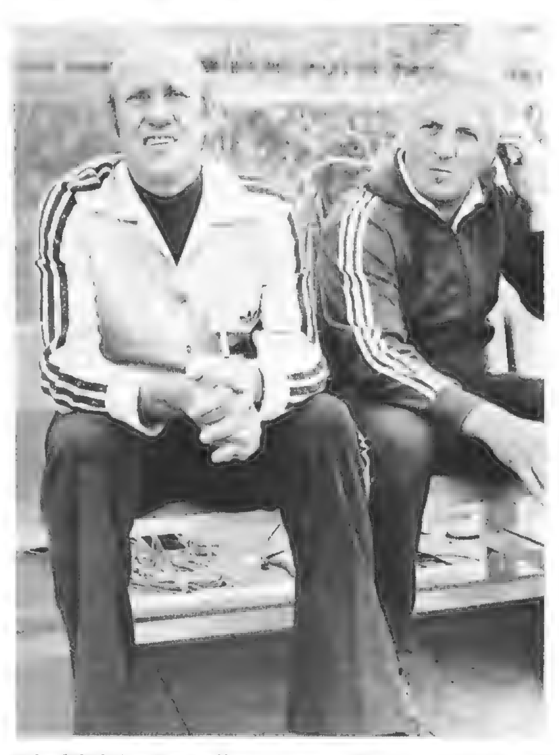
Als die deutsche Nationalelf Ende Juni ihr Spiel gegen die DDR überraschend 0:1 verlor, erwog Neuberger mitten im Turnier einen Trainerwechsel. Zumindest wollte er den „Pferdewechsel" (SPIEGEL 27/1974) dergestalt vornehmen, daß Stellvertreter Derwall gleichberechtigt neben Schön „die Zügel der Mannschaft in die Hand nehmen sollte".

Anschließende Siege und der Gewinn des Endspiels verhinderten nach außen die Abberufung Schöns. Doch in Wirklichkeit war Schön entmachtet. Von Magenkrämpfen und Unwohlsein ergriffen, saß er oft mit geschlossenen Augen während des Spiels auf der Trainerbank oder später eingesunken auf dem Stuhl im Interviewraum.

Wie schon bei den WM-Turnieren 1966 in England und 1970 in Mexiko kränkelte Schön abermals. „Wenn ich ihm in England die Milch auf sein Zimmer brachte, lag er dort aufgebahrt wie Lenin im Mausoleum", erbarmte sich Stellvertreter Cramer, 49.

Stellvertreter Derwall kümmerte sich 1970 — Cramer hatte inzwischen bei der Fifa das Amt des Welttrainers übernommen — mehr um die Mannschaft als um den Patienten. Neuberger, ebenfalls Wohngast im DFB-Quartier, lobte Derwall: „Er ist nicht nur ein hervorragender Fachmann, sondern hat auch ein sehr gutes Verhältnis zu den Spielern."

Doch nicht alle Spieler schienen diese Ansicht zu teilen. WM-Teilnehmer Helmut Haller erinnerte sich: „Schön kränkelte und drückte sich vor Entscheidungen. Derwall hatte von Tuten und Blasen keine Ahnung, aber er war immer voll da." Auch bei der WM 1974 mieden die Spieler Derwall, der einige von ihnen bei Schön und der Mannschaftsleitung angeschwärzt haben soll.



Chef Schön, Derwall: „Egal, wer Bundestrainer ist"

Als Fußballer hatte Derwall, Stürmer beim Heimatklub Fortuna Düsseldorf, sogar selber in der Nationalmannschaft gespielt. Doch später, als Trainer von Fortuna Düsseldorf, blieben Erfolge aus. Der Spitzenverein sank so weit ab, daß er nicht in die Bundesliga aufgenommen wurde.

Derwall wechselte ins Saarland, wo er zunächst als Verbandstrainer, dann als Klubtrainer beim 1. FC Saarbrükken arbeitete, zu dessen Vorstandsmitgliedern Neuberger gehörte. Der 1. FC Saarbrücken zog wenig Nutzen aus Derwalls Trainingsarbeit. Schlimmer noch — in jener Zeit gerieten die Saarbrücker auch in der Regionalliga in Abstiegsgefahr und verspielten Anrechtspunkte, die ihnen jetzt fehlten, als es um die Aufnahme in die neugegründete 2. Bundesliga (Start: 3. August) ging. Auch mit der Olympia-Mannschaft des DFB scheiterte Derwall 1972.

Dennoch blieb der lebensfrohe, gut aussehende Derwall Neubergers Favorit. „Neuberger zeichnet so eine Art Stammestreue altgermanischer Fürsten aus", brummte DFB-Präsident Dr. Gösmann. Der Saarbrücker Toto- und Lottodirektor, früher Generalstabsoffizier, Biervertreter und Journalist, hatte sogar Sportreportern aus dem Saarland zu Karrieren verholfen, etwa TV-Moderator Werner Zimmer in der ARD. „Befähigte Kräfte werde ich immer unterstützen", wehrt Neuberger den Vorwurf der Protektion ab.

Schon dem Altbundestrainer Herberger hatte er einen Nationalspieler aus dem Saarland trotz deutlich sichtbarer Mängel immer wieder aufgeschwatzt: Linksaußen Heinz Vollmar, der zwölfmal für Deutschland spielte. Noch heute arbeitet Vollmar bei Neuberger im Saarbrükker Totohaus als Buchhalter. Neuberger: „Er ist auch hier eine hervorragende Fachkraft."

Personelles Sendungsbewußtsein, so fürchten jetzt immer mehr DFB-Obere, könnten nach Neubergers Amtsantritt als Präsident womöglich überhandnehmen. So scharen sich die Neuberger-Gegner, die es allerdings vermeiden, offen aufzutreten, um Alt-Präsident Hermann Gösmann und versuchen, ihn zur Gegenkandidatur gegen Hermann Neuberger zu bewegen. Doch die Mehrzahl der DFB-Funktionäre hält vor der bevorstehenden Hermanns-Schlacht zu dem jüngeren und mächtigeren Kandidaten Neuberger.

Schon bald nach Neubergers Wahl zum Präsidenten vor dem DFB-Bundestag soll Bundestrainer Schön, dessen Vertrag Ende 1975 ausläuft, aus „Gesundheitsgründen" zurücktreten und Derwall aufrücken.

Cramer, der letzte Woche sein neues Traineramt beim West-Berliner Bundesligaklub Hertha BSC antrat und sogleich wieder abgab, bestritt Kontakte

zum DFB: „Ich bin doch kein Bettelmann.“

„Da wir die besten Spieler der Welt haben“, meint der frühere Bundesligatrainer Willy Multhaup, „ist es egal, wer Bundestrainer ist. Der hat doch nur noch zu sagen, ob im weißen oder grünen Hemd gespielt wird.“

PFERDE-WETTEN

Geld im Feld

Deutschlands beliebteste Glücksspiele erhielten Konkurrenz. Hinter dem Zahlenlotto übertrafen die Pferdewetten sogar den Fußballtoto. 1973 wurden rund 366 Millionen Mark auf Pferde gewettet.

Zwei Tage vor seinem Amtsantritt als Bundespräsident setzte Walter Scheel auf das richtige Pferd. Auf der Rennbahn in Köln-Weidenpesch vertraute er dem Reiter des Siegers „Meinberg“ im Union-Rennen an: „Ich habe auf Ihr Pferd gewettet.“ Jockei Horst Horwart platzte heraus: „Da kriegen Sie aber was auf die Hand, der zahlt.“

Eine knappe Stunde später strich Scheel für seine zehn Mark Siegwette 180 Mark ein. Die Kölner Rennveranstalter verzeichneten am selben Tag fast 900 000 Mark Umsatz an den Totalisator-Kassen. Im letzten Jahr setzten die 15 Galopprennbahnen der Bundesrepublik 97,4 Millionen an Wettgeldern um, 1974 erwarten sie über 100 Millionen. Der Hamburger Rennklub, der am kommenden Sonntag das 105. Galopp-Derby veranstaltet, steigerte von Jahr zu Jahr die Wettumsätze.

Die Traber, die auf 14 Bahnen viel häufiger Renntage veranstalten und auch den Winter hindurch laufen, erzielten sogar mehr als 222 Millionen Mark Umsatz. Mit 366 Millionen Mark Umsatz überholten die Pferdewetter die Fußballtipper, die 265 Millionen riskierten.

„Der Trend zum Pferd räumt doch in jeder Gangart den Veranstaltern ungeahnte Möglichkeiten ein“, rügte der Weltrekordler der Trabrennfahrer, Johannes Frömming, 63, die Vorstandsherren des Altonaer Rennklubs in Hamburg-Bahrenfeld, die sinkende Totoumsätze registrierten. Der Rennklub wählte ihn zum Vorsitzenden.

Neben den privaten Glücksmanagern wie Rennklubs und mehr als 100 Buchmachern, die in allen größeren Städten rund 10 000 Wettläden unterhalten und 1973 fast 100 Millionen Mark für ihre Kunden (Branchenjargon: Zocker) in Tips anlegten, bat auch der Staat kräftiger zur Kasse: Seit 1971 veranstaltet Nordrhein-Westfalen ein sogenanntes Rennquintett ähnlich dem Lotto und Fußballtoto.

Unter 18 Startern muß der Wetter die ersten fünf Pferde in der richtigen Reihenfolge angeben. Zwei Fehler sichern immer noch den dritten Rang und Quoten von 100 bis 500 Mark; ein Fehler garantiert noch den zweiten Rang, fehlerlose Tips bringen den Hauptgewinn. Mit 730 000 und 602 000 Mark Gewinnausschüttung im ersten Rang erreichte das Rennquintett zweimal sogar den bisherigen Lotto-Hauptgewinn von 500 000 Mark. Prompt erhöhten die Lotto-Gesellschaften, die allerdings auch Wettscheine für das Rennquintett vertreiben, ihre Höchstgewinne auf 1,5 Millionen Mark.

Letzten Samstag griff auch Hessen ins Rennquintett-Geschäft ein, kommenden Samstag folgt Hamburg, demnächst ziehen Niedersachsen und Bremen nach. Im Herbst wollen Baden-Württemberg und die restlichen Bundesländer am Zocker-Boom teilhaben.

Die ersten deutschen Pferdewetten unter Edelleuten hatten um 1870 in Baden-Baden allenfalls Kasino-Runden eingebracht. Aufgrund einer Geld-Wette fand an der Oos das erste Pferderennen statt.

Der 1911 auf der Frankfurter Rennbahn Niederrad siegende Hengst „Baro“ führt mit einer Siegquote von 2924 für zehn Mark noch immer die Rekordliste auf dem Totomarkt an. Doch Einlaufwetten (erstes und zweites Pferd in richtiger Reihenfolge) und schließlich die Dreierwette stachelten die Gier der Wetter nach dem „schnellen Geld“, so der ehemalige Leiter des Gestüts Erlenhof, Adrian von Borcke, merklich an.

1971 auf der Rennbahn Hamburg-Horn beim Deutschen Derby tippten zwei Gewinner in der Dreierwette den Einlauf der Außenseiter „Lauscher“ vor „Madruzzo“ und „Quisquis“ auf den ersten drei Plätzen richtig. Die Rekordquote im Deutschen Derby betrug 368 228 für zehn Mark.

„Die Pferderennwette ist ein Spiel für Individualisten“, schrieb der Gelsenkirchen-Horster Rennverein in einer Werbebroschüre. „Man kann auch auf einen Schimmel wetten; dann kann man sein Geld im Feld besser verfolgen.“ Unter die Individualisten mischten sich aber auch immer wieder Außenseiter der Gesellschaft, die Rennausgänge absprachen oder Quoten „lang machten“.

In Hannover wetteten Zocker den Favoriten „Maiskolben“ auf eine Quote von 12:10 herunter. Da erschienen in mehreren Buchmacherläden wie auf Bestellung Männer, die plötzlich gegen den Favoriten Wetten anlegten. Schlagartig stieg die Quote wieder auf 82 für zehn Mark an. Um nicht den offensichtlich auch mit hohen Wetten bei „Maiskolben“ eingestiegenen Manipulierern unrealistisch hohe Gewinne ausschütten zu müssen, verständigten sich die meisten Buchmacher zum Gegenschlag. Sie drückten durch hohe Selbsteinsätze die Quote wieder auf 22:10. Dafür siegte „Maiskolben“ auch.

Die Einführung des Elektronentotos auf fast allen Rennbahnen unterband derartige Manipulationen. Sofort nach Start eines Rennens stockt auch in Buchmacherläden das Wettgeschäft. Auf den Rennplätzen selbst sind Quoten statt wie bisher in einer Stunde meist schon in zwei bis drei Minuten ausgerechnet.

Von 1971 — nur in NRW — mit mehr als 27 Millionen Mark schwoll der Rennquintett-Umsatz 1973 — nun mit NRW und Bayern — auf rund 40 Millionen Mark an. 1975, wenn alle Bundesländer mitspielen, soll das Rennquintett-Rennen auch im Fernsehen übertragen werden.

Sogar ganz neue Pferdewetten bahnen sich an. „Wir wären aber schlechte Taktiker“, verweigerte Generalsekretär Hans-Heinrich von Loeper im Kölner Direktorium für Vollblutzucht und Rennen Auskunft, „wenn wir schon jetzt sagen, was noch kommt.“

Wettschalter in Hamburg-Horn: Jährlich 366 Millionen Mark auf Pferde gesetzt

trends

Gastarbeiter-Mangel

Der Anwerbestopp für Gastarbeiter aus Nicht-EG-Staaten macht Hoteliers und Gastwirten zu schaffen: In Bayern, im Schwarzwald und in den deutschen Seebädern fehlt es an Kellnern und Zimmermädchen. Rund 50 000 offene Stellen registriert



Gastarbeiter in Gaststätte

die Branche, die derzeit rund 650 000 Menschen beschäftigt. Italiener allein können die Lücke nicht füllen. „Wir brauchen Griechen, Türken, Portugiesen, Spanier und Jugoslawen", klagt ein Sprecher des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes, weil sonst in diesem Sommer „wohl einige Etagen geschlossen werden müssen".

Kodak muß Geheimnisse preisgeben

Wenn der US-Photogigant Eastman Kodak Co. neue Filme oder Filmkassetten auf den Markt bringen will, dann muß er dies künftig 18 Monate vorher seinen Konkurrenten mitteilen. Dazu verpflichtete sich Kodak in einem Vergleich vor einem Chicagoer Bundesgericht. Die vergleichsweise kleine Konkurrenz-Firma Bell & Howell Co. hatte im Januar letzten Jahres gegen Kodak ein Antitrust-Verfahren mit dem Vorwurf angestrengt, das Unternehmen habe insgeheim neue Filmprodukte entwickelt und auch vertrieben, bevor Bell & Howell seine eigenen Kameras und Projektoren darauf hätte umstellen können. Dadurch seien Marktanteile verlorengegangen und schon getätigte Investitionen nutzlos geworden. Kodak wird fortan der Konkurrenz gegen eine Gebühr von 10 000 Dollar seine Entwicklungsgeheimnisse preisgeben. Das gilt freilich nicht für Kameras, Projektoren oder sich selbstentwickelnde Filme.

Strafverfahren gegen Mobil Oil

Der Justizminister des US-Bundesstaates New York hat gegen Amerikas drittgrößte Ölgesellschaft Mobil Oil Corp. Anklage wegen krimineller Verstöße gegen die Antitrust-Gesetze erhoben. Er wirft dem Unternehmen vor, „vorsätzlich, wissentlich, mit korrupten Mitteln und ungesetzlich" seine Tankstellen-Pächter gezwungen zu haben, auch Autozubehör der Mobil Oil zu verkaufen. Ähnliche Vorwürfe werden gegen Shell, Exxon, Gulf und Texaco erhoben.

Schaf-Hausse

Ein jahrelang fast vergessener Zweig der landwirtschaftlichen Produktion gewinnt wieder an Bedeutung: Deutsche Schafzüchter, deren Herden sich im vergangenen Jahr um 15 Prozent vermehrten, haben sich auf weiteren kräftigen Zuwachs eingestellt. Zur Zeit grast mehr als eine Million Schafe auf bundesdeutschen Weiden. Wichtigste Ursache für die zunehmende Zucht ist die steigende Nachfrage nach Lammfleisch. In den letzten drei Jahren hat sich der Verbrauch — vor allem durch die Nachfrage der Gastarbeiter — in der Bundesrepublik verdreifacht. Gut 34 000 Tonnen Hammel und Lamm wurden 1973 verspeist, davon 22 000 Tonnen aus deutscher Produktion. Zudem erfreuen sich Schafe — so die Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe — als „lebende Rasenmäher" zunehmender Beliebtheit in der Landschaftspflege.

Schafherde im Schwarzwald



Mit weltweit sinkenden Wachstums- und steigenden Inflationsraten kam auch für Aktionäre nur trübe Kunde: An fast allen Wertpapierbörsen der Welt sackten die Aktienkurse ab. So büßten britische und norwegische Papiere seit Januar über 25 Prozent ihres Kurswertes ein.

Zitat

„Das Vaterunser hat 56 Wörter, die Zehn Gebote haben 297 und die amerikanische Unabhängigkeitserklärung 300. Aber eine Verordnung der EWG-Kommission über den Import von Karamellen und Karamelprodukten zieht sich über 26 911 Wörter hin."

Alwin Münchmeyer, Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken, über verbale Inflation

„USA gegen den Präsidenten der USA"

Seine Ablenkungsreisen nach Nahost, Brüssel und Moskau brachten Richard Nixon keine Entlastung an der Heimatfront. Vorige Woche trieb die gerichtliche Aufklärung des Watergate-Skandals einem neuen Höhepunkt zu. Nixon wurde vom Watergate-Ausschuß beschuldigt, sich mit Wahlkampfgeldern bereichert zu haben.

Die Zuschauer rissen ihre Kameras hoch, Autogrammsammler ihre Blöcke, und in der Menge kreischten die Fans: „Give 'em hell, Leon baby" und „Go USA".

Unwirsch drängte sich ein neuer, ungewöhnlicher amerikanischer Held durch die Menge: Leon Jaworski, 68, Sonderankläger in der Watergate-Affäre, kam, am vergangenen Montag, vor dem Obersten Bundesgericht in Washington zum Plädoyer in einem historisch einmaligen Verfahren: „Vereinigte Staaten von Amerika gegen Richard Nixon, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika."

Von neuem wurde das Watergate-müde Amerika (53 Prozent aller Bürger glauben, daß die Massenmedien sich zu ausgiebig mit dem Thema befassen) in den Watergate-Sog gerissen:

- ▷ Der Supreme Court beriet, ob der Präsident den Gerichten weitere 64 Tonbänder ausliefern muß.
- ▷ Der Rechtsausschuß des Repräsentantenhauses, der über die Absetzung des Präsidenten berät, veröffentlichte eine Faktensammlung von 4136 Seiten sowie 248 Seiten mit Nixon schwer belastenden Ergänzungen und Korrekturen zu den im April vom Weißen Haus freigegebenen Tonbandabschriften.
- ▷ Vor dem District Court in Washington saß John Ehrlichman, einst einer der beiden engsten Mitarbeiter des Präsidenten, wegen krimineller Verschwörung und vierfacher Falschaussage auf der Anklagebank.
- ▷ Der Watergate-Sonderausschuß des Senats beschuldigte Nixon zum ersten Mal der persönlichen Bereicherung durch Wahlkampfgelder.

Anders als im vorigen Jahr steuert das Watergate-Drama nun unaufhaltsam einem Höhepunkt entgegen: der Abstimmung im Repräsentantenhaus über das Impeachment gegen den Präsidenten.

Besonders schwer wiegt für diese Impeachment-Entscheidung der noch für diesen Monat erwartete Spruch des Supreme Court. In der Sache geht es dabei um die Herausgabe von 64 Tonbändern des Weißen Hauses als Beweismaterial gegen Ex-Justizminister Mitchell, die Nixon-Gehilfen Haldeman und Ehrlichman sowie andere angeklagte Mitarbeiter des Präsidenten.



Oberstes Bundesgericht in Washington: Historisch einmaliges Verfahren

In erster Instanz hatte Richter John Sirica den Beschlagnahme-Antrag der Sonderstaatsanwaltschaft bestätigt. Als das Weiße Haus unter Berufung auf die Gewaltenteilung Einspruch erhob, rief Jaworski das höchste Gericht für einen Grundsatzentscheid an.

Fällt er gegen Nixon aus, stellt er ihn vor die Wahl, entweder das bisher so hartnäckig verteidigte Material herauszurücken und sich damit wohl noch schwerer als bisher zu belasten, oder aber den Spruch des Gerichts als für den Präsidenten nicht verbindlich zu verwerfen. Schnelles Impeachment wäre die wahrscheinliche Folge.

Wie belastend die Veröffentlichung von Nixon-Tonbändern sein kann, wenn sie nicht vom Weißen Haus abgeschrieben werden, zeigte sich bereits vorige Woche. Mit Hilfe der modernsten Wiedergabe-Apparaturen machten die Lauscher des Justizausschusses hörbar, was dem Stab des Weißen Hauses auf den im April veröffentlichten Bändern „unvernehmbar" erschienen war. Und sie fügten ein, was Nixons Helfer in der Abschrift als „nicht zur Sache gehörend" ausgelassen hatten.

Beispiel: Am 22. März 1973 gab Nixon seinen Mitarbeitern Mitchell, Haldeman, Ehrlichman und Dean für ihr Verhalten vor dem Watergate-Ausschuß den Rat: „Ich kümmere mich einen Scheiß darum, was passiert. Ich will, daß ihr alle mauert, euch auf euer Zeugnisverweigerungsrecht beruft, vertuscht oder was auch immer." Insgesamt 15 Minuten emotionsgeladenen Nixon-Monologs hatten die Abschreiber des Weißen Hauses an dieser Stelle der Transskripte ohne Kennzeichnung einfach ausgelassen.



Nixon-Anwalt St. Clair
Unerklärte Auslassungen

An Hunderten von Stellen hörten die Transskript-Autoren des Präsidenten den Text der Tonbänder anders als die Prüfer im Kongreß. „Haarspaltereien um Worte", versuchte Nixon-Anwalt St. Clair die Unterschiede zu verniedlichen. Doch insgesamt wirkt Richard Nixon im Kongreß-Manuskript als ungleich aktiverer Verschwörer, während der Hauptschurke der White-House-Version, John Dean, mehr als Ja-Sager denn als Drahtzieher erscheint.

Belastender ist das Kongreß-Manuskript auch für Nixons früheren innenpolitischen Chefberater John Ehrlichman, der vergangene Woche sein erstes Watergate-Urteil erwartete.

In zwei Monaten bereits wird John Ehrlichman wieder vor Gericht stehen — dann gemeinsam mit Mitchell, Haldeman und anderen wegen Vertuschung des Watergate-Skandals. Was im einzelnen und wie sie es vertuscht haben, wird schon Anfang dieser



Watergate-Ankläger Jaworski
Ungewöhnlicher Held

Woche im Detail nachzulesen sein. Dann liegt der Abschlußbericht jenes Gremiums vor, dessen Ermittlungen den Präsidenten bereits im vergangenen Jahr an den Rand des Rücktritts getrieben hatten: des Watergate-Ausschusses unter Senator Sam Ervin.

Vorige Woche erweiterte der Ausschuß noch die Serie der Beschuldigungen gegen Nixon. In einem von Ervin unterschriebenen Bericht bezichtigte er Nixons Freund Bebe Rebozo, er habe dem Präsidenten Wahlkampfgelder in Höhe von 50 000 Dollar zum privaten Gebrauch zugeschoben. Der Präsident habe damit unter anderem Diamantenohrringe als Geburtstagsgeschenk für seine Frau Pat erworben, einen Billardtisch gekauft, in seinem Haus in St. Clemente einen Kamin mauern und den Swimming-pool ausheben lassen.

Und nur einen Tag später rätselte Washington über eine neue Lücke: 19 Minuten, so enthüllte das Jaworski-Büro, fehlten auf dem Tonband eines Gesprächs zwischen Nixon und Ehrlichman am 20. März 1973.

„In Jerusalem kein Kompromiß"

Jordaniens König Hussein über Palästina und die Friedenschancen in Nahost

SPIEGEL: Majestät, Henry Kissinger ist es gelungen, Truppen-Entflechtungsabkommen zwischen Ägypten und Israel sowie Syrien und Israel zustandezubringen. Sie haben Israel eine ähnliche Lösung für die Jordan-Front vorgeschlagen. Haben Sie jemals eine Antwort erhalten?

HUSSEIN: Wir haben unseren Freunden in Amerika und in der arabischen Welt eindeutig klargemacht, daß für alle weitergehenden Schritte Jordaniens eine Vorbedingung erfüllt werden muß: Die Anerkennung der Resolution 338 des Weltsicherheitsrats, welche die Freigabe aller 1967 besetzten Gebiete verlangt ...



Hussein (r.) beim SPIEGEL-Gespräch im Basman-Palast von Amman*

SPIEGEL: Wir denken zunächst an die Truppen-Entflechtung: Washington setzte Israel offenbar unter sehr starken Druck, damit es sich vom Suezkanal und von den Golanhöhen zurückzog. Warum gelang es Ihnen nicht, Amerika zu einer ähnlichen Haltung zugunsten des besetzten Westjordaniens zu bewegen?

HUSSEIN: Es war auch für uns wichtig, daß an der ägyptisch-israelischen Front und an der Syrien-Front Fortschritte gemacht wurden. Wir sind sehr glücklich darüber. Wir warten, bis wir an der Reihe sind, aber natürlich gilt das Prinzip der Entflechtung für alle Fronten, und natürlich müssen auch wir an die Reihe kommen. Darauf bestehen wir.

* Mit Hans Hielscher und Volkhard Windfuhr.

SPIEGEL: Ist Washingtons Verhalten Jordanien gegenüber vielleicht damit zu erklären, daß Amerika Ägypten als die Schlüsselmacht im Nahen Osten betrachtet, Jordanien hingegen als einen bequemen Partner, der ohnehin eine friedliche Politik betreibt?

HUSSEIN: Ägypten ist eine Schlüsselmacht im Nahen Osten. Aber es ist nicht der gesamte Nahe Osten. Wir glauben sehr ernsthaft, daß Jordanien das wichtigste Element auf dem Weg zu einem gerechten und dauerhaften Frieden darstellt: wegen seiner direkten Verwicklung in das Palästina-Problem.

SPIEGEL: Ist es aber nicht paradox, daß jene arabischen Staaten, die den Oktoberkrieg begannen, einen Teil ihrer 1967 verlorenen Gebiete zurückbekamen, während Ihr Land kein Stück seines übrigens viel wertvolleren Bodens zurückerhielt?

HUSSEIN: Diese Frage sollten Sie nicht uns stellen. Auch andere in diesem Gebiet und wahrscheinlich überall in der Welt wundern sich darüber. Wir sind immer für einen gerechten und dauerhaften Frieden eingetreten. Verlieren wir etwa unsere Rechte, weil wir nicht gekämpft haben? Wenn das der Fall sein sollte, dann werden wir irgendwann wieder kämpfen müssen.

SPIEGEL: Fragen Sie sich nicht manchmal selbst, ob Ihre diplomatische Position heute nicht viel besser wäre, wenn Sie von Anfang an am Oktoberkrieg teilgenommen hätten, wie am Krieg von 1967?

HUSSEIN: Nein. Ich meine, daß sich die Situation geändert hat. Wir konnten keinen anderen Weg gehen als den, den wir gegangen sind.

SPIEGEL: Wissen Sie, weshalb die Präsidenten Sadat und Assad Sie nicht über ihre Kriegspläne informiert haben?

HUSSEIN: Ich nehme an, sie waren untereinander übereingekommen, daß etwas getan werden müßte, um die Rechte ihrer Völker durchzusetzen und darauf hinzuweisen, daß Teile ihrer Länder besetzt sind. Das Problem mußte irgendwann wieder in Bewegung gebracht werden. Sie kannten natürlich unsere Position.

SPIEGEL: Später griff ja dann auch Ihre Armee in den Krieg ein. Aber nur mit einer Brigade und nur an der syrischen Front. Hätte der Krieg nicht vielleicht einen für Israel fatalen Verlauf nehmen können, wenn Sie die arabischen Anfangserfolge sofort mit Ihrer gesamten militärischen Macht unterstützt hätten: durch Errichtung einer dritten Front entlang des Jordans?

HUSSEIN: Nein. Erstens haben wir die längste Frontlinie aller arabischen Länder mit Israel. Zweitens ist unsere Armee die kleinste der drei direkt in den Krieg verwickelten Armeen, wenngleich ihr Ausbildungsstand und ihre Ausrüstung sehr zufriedenstellend sind. Drittens kam die Operation für uns völlig überraschend, was den Zeitpunkt und die Planung betrifft. Viertens hätte jegliches Eingreifen von unserer Position aus hier nur unter zwei Voraussetzungen Sinn gehabt, und diese Voraussetzungen waren nicht erfüllt: Die Golanhöhen wurden nicht völlig zurückerobert, ein ägyptischer Vorstoß tiefer nach Sinai hinein erfolgte nicht. So blieb uns nichts anderes übrig, als auf unserem Territorium stehenzubleiben und sicherzustellen, daß Israel uns weder überrennen noch jordanisches Gebiet zu Angriffen auf andere Fronten benutzen konnte. Das haben wir vereitelt. Und als die Situation an unserer rechten Flanke ...

SPIEGEL: ... der syrischen Front?

HUSSEIN: Ja, als die Situation dort bedrohlich wurde und unsere eigene Frontlinie gefährdet war, da konnten wir nicht in unserer Verteidigungsposition verharren. Wir mußten mehr tun, und das taten wir dann ja auch.

SPIEGEL: Waren Sie diesmal vielleicht auch aufgrund von Erfahrungen zurückhaltender: 1967 kämpfte Ihre

Armee in voller Stärke und am tapfersten, aber Sie hatten die höchsten Opfer zu beklagen, sowohl an Menschen als auch an verlorenem Land.

HUSSEIN: Nein, Opfer zu bringen ist nicht neu für uns. Aber die Umstände zwangen uns, so und nicht anders zu handeln. Ich möchte etwas anderes herausstellen: Die Syrer bewegen sich auf ihrem Boden, wenn sie verlorenes Land zurückgewinnen, und ebenso ist es mit den Ägyptern. Wir aber sind direkt auf palästinensischem Gebiet. Die Ausführung irgendeiner militärischen Operation hätte Koordination erfordert oder mindestens einige Begleitoperationen auf dem gesamten Kriegsschauplatz notwendig gemacht, um uns in die Lage zu versetzen, etwas auszurichten.

SPIEGEL: Ihr 1967 verlorengegangenes Land stellt in der Tat das dornigste Problem der Nahost-Krise dar: Wenn sich Israel aus dem Sinai zurückzieht, übernimmt Ägypten wieder das Land. Wenn Israel die Golanhöhen räumt, wird das Gebiet wieder syrisch. Aber wenn sich Israel aus Westjordanien zurückziehen sollte, melden gleich viele Ansprüche an: König Hussein, die Westufer-Palästinenser und die palästinensischen Flüchtlinge. Wer hat denn nun ein Recht auf das Land?

HUSSEIN: Es ist das Verdienst des jordanischen Volkes, daß die Westgebiete 1948 vor der Übernahme durch Israel gerettet wurden. Die Einheit unseres Volkes mit Westjordanien existierte länger als das britische Mandat Palästina. Andererseits glaube ich, daß ich nur eine Lösung akzeptieren kann, nachdem das Gebiet zurückgewonnen ist. Die Palästinenser selbst, die Bewohner des Landes, sollen dann entscheiden, wie die Verbindung mit uns sein soll — ob sie einen unabhängigen Staat wollen, eine völlige Union mit uns oder eine Föderation. Wie immer ihre Entscheidung ausfällt, wir werden sie akzeptieren.

SPIEGEL: Glauben Sie, daß die Westjordanier den haschemitischen König noch haben wollen nach sieben Jahren der Trennung?

HUSSEIN: Es ist ausschließlich ihre Sache, darüber zu entscheiden.

SPIEGEL: Und können Sie sich vorstellen, daß die relativ wohlhabenden Westufer-Bewohner ihre mehr als eine Million armen Brüder aus den Lagern im Libanon, in Syrien, Ostjordanien und Gaza mit offenen Armen empfangen?

HUSSEIN: Ich weiß nicht, ob das Problem auf diese Weise gelöst werden könnte. Vielleicht, vielleicht aber auch nicht. Möglicherweise bietet das Land nur jenen Platz, die wirklich aus diesem Teil Palästinas stammen, möglicherweise auch einigen mehr. Aber das muß erst in der Zukunft herausgefunden werden. Ich meine, daß jetzt zwei Dinge wichtig sind: Erstens die Wiedervereinigung aller 1967 verlorenen Territorien und zweitens die Frage der Rechte des palästinensischen Volkes in Übereinstimmung mit den Uno-Resolutionen. Und daraus ergibt sich dann drittens, daß das palästinensische Volk völlig frei selbst bestimmen kann, was für eine Zukunft es wünscht.

SPIEGEL: Die Führung der „Palästinensischen Befreiungsfront" (PLO) weist eine Rückkehr Westjordaniens nach Israels Abzug an Ihr Königreich zurück. Werden Sie für ein vereinigtes Jordanien kämpfen?

HUSSEIN: Abgesehen davon, daß die Palästinenser vor vielen Jahre ihre Wahl getroffen haben, und abgesehen davon, daß wir zusammen durch dick und dünn gegangen sind und unter Gefahren dieses Land aufgebaut haben, das über viele Jahre vereint war — wir wollen das Territorium wiedergewinnen, damit die Palästinenser dann über ihre Zukunft entscheiden. Es gibt zwei



Möglichkeiten: Erstens eine Truppenentflechtung — wozu wir bereit sind —, die zum totalen Rückzug von dem besetzten Westufer führt; anschließend freie Entscheidung des Volkes. Zweitens: Die arabischen Staaten sagen, daß sich die PLO um das gesamte Problem kümmern soll, daß die PLO die Rechte über das palästinensische Land einschließlich des Westufers vertreten soll. Unter diesen Umständen wäre es für uns nutzlos, nach Genf zu gehen und weiter direkt an Lösungsversuchen mitzuwirken.

SPIEGEL: Sie lehnen diese zweite Alternative völlig ab?

HUSSEIN: Es geht nur das eine oder das andere. Wir haben für das 1967 verlorene Gebiet die Verantwortung, wir müssen es zurückgewinnen. Wir sind gleichwohl froh darüber, daß die PLO in Genf dabeisein wird, um sich mit Dingen zu befassen, die über unsere alleinige Verantwortlichkeit hinausgehen — einen palästinensischen Staat, die Rechte der Palästinenser. Wir sind bereit zusammenzuarbeiten und zu koordinieren. Aber für die Rückgewinnung Westjordaniens sind *wir* verantwortlich.

SPIEGEL: Ein palästinensischer Staat auf dem Westufer unter PLO-Führung würde ganz sicher ein weiterer Unruheherd sein und eine ohnehin komplizierte Nahost-Lösung noch erschweren. Verständlicherweise sind gerade Ihr Land und Israel gegen eine solche Lösung. Zeigt sich hier nicht wieder einmal eine durch die Umstände gegebene Identität der Interessen Jordaniens mit denen Israels? Eine Identität, die Sie zeitweilig zum Außenseiter unter den Araber-Führern machte?

HUSSEIN: Nein, nicht im geringsten. Vielleicht war ich ein Außenseiter, was Reden als Beitrag zur Lösung von Problemen darstellt. Aber ich war nie ein Außenseiter, wenn es um die Rechte des Volkes und eine bessere Zukunft für diesen Teil der Welt ging.

SPIEGEL: Was ist von den ständigen Gerüchten zu halten, daß Sie israelische Vertreter zu geheimen Gesprächen getroffen hätten, sogar Golda Meir?

HUSSEIN: Das Fatale ist, daß es — nach allem, was wir in der Vergangenheit und auch neuerdings erlebten — gar nichts zu besprechen gibt. Es fehlt jeder gemeinsame Nenner. Es gibt keine Bereiche, in denen wir übereinstimmen. Wir sehen die Lösung in einer bestimmten Weise und halten die für den einzigen Weg zu einer dauerhaften Lösung. Die Israelis aber sind noch immer an der Besetzung von Gebieten interessiert. Sie gefallen sich — so scheint es mir — in Festungsmentalität. Unsere Positionen sind zu weit auseinander.

SPIEGEL: Aber Israel und Jordanien verfolgten zumindest in einem Punkt eine gleiche Politik — indem sie die Fedajin bekämpften, jene Palästinenser, die auch heute noch sowohl die Liquidierung Israels wie auch Ihres Königreichs predigen. 1970/71, als sie Ihre Regierung stürzen wollten, floß hier viel Blut, Ihre Armee tötete Tausende Fedajin. Hat das nicht Ihre Bürger vom Westufer für immer gegen Sie aufgebracht?

HUSSEIN: Lassen Sie mich eines klarstellen: Was sich 1970 ereignete, war nicht die Schuld des Staates Jordanien. Die Regierung versuchte, es mit allen Mitteln zu verhindern, nur ganz zum Schluß blieb ihr keine andere Wahl als zu reagieren. Aber es war keine Frage „Palästinenser gegen Jordanier".

SPIEGEL: Wie hieß die Alternative?

HUSSEIN: Die Alternative hieß damals Gesetz und Ordnung oder Chaos und Anarchie. Auf beiden Seiten standen Jordanier, und auf beiden Seiten standen Palästinenser. Und noch etwas zu den Extremisten: Im Juni 1967, als dieses Land mit all seinen Kräften kämpfte und so viel verlor, predigten

sie: „Der Weg nach Tel Aviv führt über Amman." Jordanien kämpfte 1967. Später erlaubte es dem Widerstand, sich auszubreiten, denn es glaubt an das Recht des Volkes, gegen Aggression und Besetzung Widerstand zu leisten. Aber als sich dann bedauerlicherweise die Waffen gegen Gesetz und Ordnung in Jordanien richteten, gegen die Einheit des Volkes und die Existenz dieses Landes, da mußte etwas getan werden. So war es kein Kampf gegen Freiheitskämpfer, denn die kämpften dort, wo die Okkupanten stehen. Was 1970 betrifft, so glaube ich nicht, daß es noch Bitterkeit gibt, daß die Wunden nicht inzwischen verheilt sind.

SPIEGEL: Wir haben gesehen, wie Sie umjubelt wurden, als Sie erstmals nach Jahren wieder palästinensische Flüchtlingslager besuchten. Dennoch: Halten Sie es nicht für möglich, daß die Palästinenser, wenn sie keinen separaten Staat bekommen, für eine jordanische Republik unter palästinensischer Führung kämpfen könnten, also für ein Jordanien ohne König Hussein?

HUSSEIN: Diese Frage kann ich nicht beantworten. Aber wir glauben an eine Zukunft, in der Palästinenser und Jordanier in einer Weise zusammenleben, in der die Rechte beider Seiten gesichert sind, wie die der Mitglieder einer Familie. Es gibt eine palästinensische Identität, das Westufer möchte ein bestimmtes Maß an Autonomie. Es gibt auch eine jordanische Identität am Ostufer, was deren Rechte betrifft und deren Autonomie. Aber alles unter einer zentralen Regierung. Wegen der Besetzung konnte sich alles nicht richtig weiterentwickeln, aber es wird geschehen. Und was das System betrifft: Auch das entwickelt sich. König Hussein wird nicht immer dasein. Aber während er da ist, wird er dem Land dienen, so gut er kann. Und er wird sein Bestes tun, ein System zu hinterlassen, das unabhängig von einem Individuum weiterbesteht.

SPIEGEL: Wir erinnern uns, daß Sie schon vor über zwei Jahren die Schaffung eines vereinigten Königreichs vorschlugen. Die PLO hielt nichts davon.

HUSSEIN: Ja, aber vielleicht viele Palästinenser, denn die überwiegende Mehrheit von ihnen lebt in West- und Ostjordanien. Und es ist möglich, daß auch jene Palästinenser, die überall in der arabischen Welt verstreut leben, irgendwann in der Zukunft über Vorschläge in dieser Richtung nachdenken werden.

SPIEGEL: Majestät, wie definieren Sie die „legitimen Rechte des palästinensischen Volkes"? Sie sprachen kürzlich vom „Recht auf Rückkehr in die Heimat oder Entschädigung".

HUSSEIN: Ich verwies auf die Uno-Resolution in dieser Angelegenheit.

SPIEGEL: Was halten sie vom „Recht auf Rückkehr", wenn ein Palästinenser zum Beispiel aus Haifa stammt?

HUSSEIN: Darauf kann ich nicht antworten. Ich kann antworten, wenn es um meine eigene Verantwortung geht.

SPIEGEL: Und das Recht auf Entschädigung? Sicherlich sollte die Welt jenen helfen, die ihre Heimat verloren haben. Aber haben die Araber nicht eine besondere Pflicht, arabischen Flüchtlingen zu helfen, möglicherweise mit den Milliarden, die ihnen aus den enorm gestiegenen Ölpreisen zufließen?

HUSSEIN: Auch dazu möchte ich keinen Kommentar geben.

SPIEGEL: Von Palästina abgesehen ist Jerusalem das schwierigste Nahost-Problem. Ihr königlicher Kollege Feisal von Saudi-Arabien hält jeden Frieden für ausgeschlossen, wenn er nicht in einem arabischen Jerusalem beten kann.



Hussein in palästinensischem Flüchtlingslager bei Amman: „Recht auf Rückkehr?"

Ist auch für Sie ein Kompromiß in dieser Frage undenkbar?

HUSSEIN: Es kann wirklich keinen Kompromiß geben. Die Rückkehr der arabischen Souveränität über die arabische Stadt Jerusalem, den arabischen Teil Jerusalems, der 1967 besetzt wurde, ist ein Muß (a basic must). Es kann keinen Frieden geben, solange die Israelis ganz Jerusalem beherrschen.

SPIEGEL: Es soll einen Plan Henry Kissingers geben, der für Jerusalem folgende Lösung vorsieht: eine ungeteilte Stadt mit zwei separaten Verwaltungen, aber das jüdische Viertel der einst jordanischen Altstadt bliebe unter israelischer Herrschaft. Könnten Sie das akzeptieren?

HUSSEIN: Ich kenne einen solchen Plan nicht und hatte deshalb keine Gelegenheit, ihn zu untersuchen.

SPIEGEL: Die Israelis wollen ihre Autorität über die jüdischen Heiligtümer in Alt-Jerusalem nicht aufgeben. Sie trauen arabischen Garantien über freien Zugang nicht, denn bis 1967, also unter Ihrer Regierung, war er ihnen verwehrt. Sie sagen, daß der Zugang zu den Heiligtümern aller drei Religionen nie so frei war wie unter israelischer Herrschaft.

HUSSEIN: Ich glaube, daß die gegenwärtigen Umstände viel zu wünschen übrig lassen, was die Rechte der Moslems und Christen betrifft. Das können wir definitiv nicht akzeptieren. Jerusalem muß ein Treffpunkt für alle sein, und das kann es nicht, wenn Israel die gesamte Stadt okkupiert. Solange kann es auch in diesem Teil der Welt keinen Frieden geben.

SPIEGEL: Die Israelis fordern sichere Grenzen. Können Sie sich vorstellen, diesem Wunsch in einigen Punkten entgegenzukommen, wenn Sie, sagen wir, 90 Prozent des Westufers zurückbekommen?

HUSSEIN: Nein. Das kann ich mir nicht vorstellen. Es gibt die Möglichkeit kleiner Gebietskorrekturen auf Gegenseitigkeit. Aber darüber hinaus nichts.

SPIEGEL: In Israel hat gerade eine neue Generation die Führung übernommen. Haben sich damit nach Ihrer Meinung die Möglichkeiten für eine Nahost-Lösung nicht verbessert?

HUSSEIN: Wir beobachten alles sehr genau. Bislang freilich hat sich nicht viel verändert. Vielleicht kommt es noch. Ich hoffe, daß es kommt, bevor es zu spät ist.

SPIEGEL: Ein weiteres hoffnungsvolles Zeichen ist vielleicht, daß die beiden Supermächte gegenwärtig offenbar an einer friedlichen Lösung im Nahen Osten interessiert sind. Die Russen nahmen gar Amerikas großes

Comeback in Ägypten hin. Fühlen Sie sich als traditioneller und dafür oft kritisierter Verbündeter Amerikas durch diese Entwicklung bestätigt?

HUSSEIN: Ich bin sehr glücklich darüber, daß sich die Position unserer Freunde so verbessert und sich damit das Kräfteverhältnis in dem gesamten Raum verändert hat. Wir sind also nicht die einzigen, die Amerikas Bedeutung für diesen Teil der Welt begreifen. Andererseits haben wir auch gute Beziehungen zu den Sowjets. Ich hoffe, daß die beiden Mächte zur Stabilität im Nahen Osten beitragen und zu einer gerechten und dauerhaften Regelung.

SPIEGEL: Haben Sie, als der arabische Führer, der am meisten unter Israels Expansion litt, die Idee vom „Öl als Waffe" gutgeheißen? Oder haben Sie, als der arabische Führer mit den tiefsten Beziehungen zum Westen, die entstandene Konfrontation bedauert?

HUSSEIN: Ich glaube, daß die Anwendung der Ölwaffe vielleicht notwendig war, aber ich bin froh, daß dies nun vorbei ist. Es hat jedenfalls der Welt gezeigt, daß es hier Probleme gibt, die gelöst werden müssen.

SPIEGEL: Das verheißungsvollste Zeichen im Nahen Osten ist sicher, daß Araber und Israelis jetzt erstmals Lösungen am Verhandlungstisch vereinbart haben. Andererseits gibt es weiterhin Terroranschläge der Fedajin und israelischen Gegenterror. „Al-Ahram" sah kürzlich den nächsten Nahostkrieg gar als einen Atomkrieg. Sind Sie eher pessimistisch oder optimistisch?

HUSSEIN: Ich bin eigentlich ein geborener Optimist. Aber gerade die nächste Entwicklungsphase hier wird äußerste Vorsicht erfordern.

SPIEGEL: Weshalb hat König Hussein, eher bekannt als Exponent friedlicher Lösungen, in letzter Zeit so riesige Mengen Waffen gekauft? Gegen wen werden Sie sie anwenden?

HUSSEIN: Gegen jede Bedrohung Jordaniens und im Interesse der Stabilität dieses Teils der Welt. Sie sollten, was Jordanien tut, immer im Zusammenhang mit dem Gebiet hier sehen, auch in Zusammenhang mit dem, was an Waffen in diesen Raum strömt.

SPIEGEL: Eine friedliche Politik muß also durch militärische Stärke unterstützt werden? Kein Widerspruch?

HUSSEIN: Nein, leider ist es so. Das lehrt auch die Geschichte. Wenn jemand nach Frieden ruft, muß er mindestens so stark sein, daß man seinen Ruf hört und ihn ernst nimmt.

SPIEGEL: Glauben Sie, daß in den nächsten Monaten ein neuer Krieg ausbricht, wenn die in Fluß geratene Situation im Nahen Osten wieder einfrieren sollte?

HUSSEIN: Ich glaube das sehr ernsthaft.

SPIEGEL: Majestät, wir danken Ihnen für dieses Gesprach.

PORTUGAL

Wenn ein Stein fällt

Ideologische Gegensätze und Kompetenzstreitigkeiten bescherten der jungen Demokratie ihre erste Krise.

Major Vítor Alves, Sprecher des portugiesischen Staatsrates, gab sich zuversichtlich. „Wenn ein Stein fällt", so erklärte er nach dem Rücktritt des Ministerpräsidenten Adelino da Palma Carlos, „so bedeutet das nicht, daß die Regierung stürzt." Doch am vorigen Donnerstag demissionierte überraschend das gesamte Kabinett.

Portugals junge Demokratie, von revolutionären Militärs erst im Frühjahr auf den Trümmern einer fast fünfzigjährigen Diktatur errichtet, erlebte ihre



Staatschef Spínola
Strafferer Kurs

bisher schwerste Belastungsprobe. Immer deutlicher zeigten sich innerhalb der Regierungskoalition Widersprüche zwischen Liberalen und Politikern der Mitte einerseits und Sozialisten und Kommunisten andererseits. Und das Dilemma verschärfte sich noch durch die Abhängigkeit der Koalition vom Staatsrat, einem Gremium aus den sieben Militärs der Junta, sieben Vertretern der „Bewegung der Streitkräfte" und sieben Zivilisten, das jede wichtige Entscheidung der Regierung genehmigen muß.

So etwa lehnten die Mitglieder der Junta eine Verstaatlichung der Bank von Portugal ab, während die Regierungsmehrheit sie befürwortete. So beharrten Militärs wie nicht-linke Minister darauf, daß Portugals Afrika-Kolonien Angola, Moçambique und Guinea-Bissau erst nach einem Referendum in die Unabhängigkeit entlassen werden sollen, während Kommunisten und Sozialisten die bedingungslose Unabhängigkeit der Kolonien anstrebten. Und zur anstehenden Neuregelung des Streikrechts legten Liberale und Kommunisten in der Regierung prompt zwei konkurrierende Gesetzentwürfe vor.

Beunruhigt von der Streik- und Demonstrationswelle, mit der das portugiesische Volk seine neue Freiheit ausprobiert, rief Staatschef General António de Spínola am 13. Juni die Junta und die „Bewegung der Streitkräfte" zu einer „Analyse der politischen Situation" zusammen. Als einzige Minister waren ein Liberaler und ein liberaler Parteiloser geladen.

Zwar wurde über das Ergebnis der Sitzung kein Wort veröffentlicht; doch Portugals Linke meinten zu wissen, was beschlossen wurde: ein strafferer, weniger revolutionärer Kurs als bisher. Tatsächlich kam schon wenige Tage später ein Dekret heraus, das die portugiesische Presse der Kontrolle einer „provisorischen Kommission" unterstellt.

Bald brüskierte der General den linken Flügel des Kabinetts erneut. Er schickte seinen Freund Veiga Simão, der zu Zeiten der gestürzten Diktatur Erziehungsminister gewesen war, als ständigen Botschafter in die Uno — obgleich die Regierung längst einen Sozialisten für den Posten ausgewählt hatte. Erstmals griffen nun außer den Sozialisten auch Kommunisten öffentlich die Regierung an, in der sie selber saßen.

Regierungschef Palma Carlos, ein konservativer Parteiloser, suchte die Krisenstimmung zu nützen, um seine eigene Position zu stärken: Er forderte vom Staatsrat mehr Vollmachten für sein Amt. Zugleich verlangte er — Eingeweihte vermuten, im Einverständnis mit General Spínola —, daß die Präsidentschaftswahlen vorgezogen und die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung verschoben werden sollten.

Doch der Staatsrat, angeführt wohl von den jungen Offizieren der „Bewegung der Streitkräfte", die sich nach wie vor als Speerspitze der Revolution verstehen, zeigte sich zumindest in den beiden letzten Punkten zu Zugeständnissen nicht bereit. 18 der 21 Staatsratsmitglieder haben angeblich gegen die Pläne des Premiers gestimmt.

Am vergangenen Freitag schien sicher, daß an Palmas Stelle ein Militär — der zunächst mit dem Ministerpräsidenten zurückgetretene Verteidigungsminister Mário Firmino Miguel — regieren soll und daß weitere Militärs Ministerämter erhalten würden.

Ebenso gewiß schien, daß die Parteien des zurückgetretenen Regierungsbündnisses auch unter einem Militär weiter in der Regierung bleiben und an einer Koalition festhalten wollen.

Absolut fest aber steht nur eines: daß Portugal, so Staatschef Spínola, „letzten Endes das sein wird, was die Streitkräfte daraus machen".

GRIECHENLAND

Wenig Sympathie

Zyperns Erzbischof Makarios hat die Athener Militärjunta an die Wand gedrängt. Sein Ultimatum, die griechischen Offiziere von der Insel abzuziehen, ist ein Griff nach der Macht über ganz Griechenland.

Der Brief war die demütigendste Post, die Athens Militär-Herren je in Empfang nehmen mußten.

Erzbischof Makarios, Präsident der Inselrepublik Zypern, forderte ultimativ den Abzug jener 650 griechischen Offiziere, die seine Nationalgarde kommandieren. Denn die Litzenträger aus dem hellenischen Mutterland, so der Insel-Chef, versuchten, die Garde in ein „inneres Besatzungsheer" umzuwandeln. Sie unterstützten verbrecherische Organisationen, die vor politischen Morden nicht zurückscheuten, ja ihm, dem Präsidenten selbst, nach dem Leben trachteten.

Damit spielte Makarios auf die Untergrundarmee Eoka an, die gewaltsam Zyperns Vereinigung mit Griechenland erzwingen will. Zwar erlitt die Eoka durch den Tod ihres legendären Führers General Grivas Anfang 1974 einen schweren Verlust, der jedoch wurde durch verstärkte direkte Hilfe und Befehle aus Athen wieder ausgeglichen.

Makarios entging nur knapp einem Attentat und konnte einen Putsch gegen sein Regime erst in letzter Minute abwehren. Er reagierte mit einer Demontage der Nationalgarde und der Aufstellung einer Privatarmee. In die neue Streitmacht „Efedrikon Soma" (Reservekorps) wurden nur ausgesuchte Makarios-Getreue aufgenommen.

Zugleich verlangte er den Abzug der griechischen Offiziere der Garde — doch die Art, in der er dies forderte, zeigte, daß er nicht nur eine potentielle Bürgerkriegs-Armee im Land kaltstellen will.

Der Erzbischof richtete sein Schreiben nicht protokollgerecht an den „Präsidenten der Republik", er schrieb demonstrativ an den „Präsidenten der griechischen Regierung" — und ließ damit erkennen, daß er die Absetzung König Konstantins durch die Militärs in Athen nicht anerkennt. Und er kritisierte nicht nur die Aktionen der Militärs auf seiner Insel, sondern auch ihr Regime in Griechenland selbst. Er wende sich an die Regierung in Athen, schrieb der Präsident, „obwohl ich keine besondere Sympathie für Militärregime empfinde und erst recht nicht für eines in Griechenland, wo die Demokratie geboren wurde".

Und: Er selbst stellte sich vor als „gewählter Führer eines großen Teils des Hellenentums" — zum Unterschied



Zypern-Präsident Makarios
Ultimatum an die Junta

von der Junta, die keinerlei Legitimation durch Wahlen aufzuweisen hat.

Damit präsentierte sich der Präsident Zyperns als Griechenführer. Er wäre nicht der erste griechische Politiker, der von einer hellenischen Insel aus den Sprung aufs Festland versucht: Elefetherios Venizelos, kretischer Nationalheld, wurde 1910 Athens erfolgreichster Regierungschef in diesem Jahrhundert und brachte schließlich seine Heimatinsel Kreta in den griechischen Nationalstaat ein.

Kirchenfürsten schließlich spielten in Griechenland oft eine bedeutende Rolle, wenn das Vaterland in Gefahr war: Erzbischof Damaskinos brachte es 1944 bis zum Regenten.

Zyperns Zeitungen — in Athen oft verboten — üben als einzige Regimekritik. Zyprische Beamte versorgten den Papadopoulos-Attentäter Panagoulis mit einem Paß. Makarios selbst konferierte laufend mit Oppositionellen und informierte auch nach dessen Absetzung immer noch König Konstantin über seine Politik.

Nun wendet er sich offen gegen das Regime des Militärpolizei-Kommandanten Ioannidis, der selbst einmal Offizier der Nationalgarde auf Zypern war, weil er meint, daß die Stunde der von inneren Skandalen und äußeren Bedrohungen — Streit um das Ägäis-Öl mit der Türkei — geschwächten Offiziere in Athen geschlagen hat.

Er kann auf die Unterstützung der gesamten Opposition in Griechenland bauen und er hat sich bei Amerikanern (mit deren Außenminister Kissinger er kürzlich konferierte), den Russen und selbst bei Mao — den er im Mai besuchte — abgesichert.

Dem ehrgeizigen Erzbischof ist seine Insel, die er seit 14 Jahren beherrscht,

längst zu klein. Außerdem läuft seine Amtszeit 1978 ab. Schon vor Jahren, als er mit Papadopoulos Streit hatte, brüstete sich Makarios, er habe 13 griechische Ministerpräsidenten überlebt, er werde auch den 14. schaffen.

Nun strebt er an, selbst Premier Griechenlands zu werden, von allen akzeptierter Retter des Vaterlandes.

Athen fiel bisher zur Kampfansage des Erzbischofs wenig ein. Außenminister Tetenes samt zwei leitenden Mitarbeitern seines Amtes ist zurückgetreten. Der unangemessen angesprochene Präsident Gizikis antwortete ablehnend auf Makarios' Ultimatum. Die griechischen Zeitungen dürfen über die Affäre nicht berichten.

Doch der Kirchenfürst fühlt sich stark genug, die Kraftprobe ganz durchzustehen. Er will, falls die Junta nicht nachgibt, die 650 aus Athen kommenden Offiziere seiner Nationalgarde zu „Privatleuten" degradieren und durch Männer seines Vertrauens ersetzen.

Ziehen die geschaßten Offiziere die Uniform nicht aus, gibt es wohl Bürgerkrieg auf Zypern. Tun sie es, wird die Athener Junta, zumindest in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung, dies nicht ungeschoren überstehen, zumal der streitbare Erzbischof noch eine Waffe parat hat: Er will auf seiner Insel die Konstituierung einer griechischen Exilregierung erlauben.

KONZERNE

Leckere Torte

Italiens Fiat, zweitgrößter Automobilkonzern Europas, zieht Konsequenzen aus der Absatzflaute: Das Unternehmen setzt auf Massenverkehrsmittel und will sogar Hospitäler bauen.

Schon in vier oder fünf Jahren", orakelte das römische Nachrichtenmagazin „L'Espresso", „wird man Fiat nicht mehr wiedererkennen."

Denn Italiens größter Privatkonzern (200 000 Beschäftigte, Umsatz 1973: 10 Milliarden Mark) entwickelt eine Firmen-Strategie, gegen die sich die Fiat-Konkurrenten in Europa und Amerika noch vehement wehren: Bei der Pkw-Produktion legt Fiat den Rückwärtsgang ein. Statt Personenwagen zu produzieren, die sich nur schwer verkaufen lassen, setzt der Turiner Kfz-Gigant künftig mehr aufs öffentliche Transportgeschäft: Busse, Untergrund- und Eisenbahnen.

Bislang entfallen etwa 65 Prozent des Fiat-Umsatzes auf den Pkw-Verkauf. Die „Veicoli industriali" (Nutzfahrzeuge) machen 20 Prozent aus, der Rest kommt aus den übrigen Produktionszweigen wie etwa Schiffs-, Flugzeugmotoren und Stahl. Doch dies Verhältnis dürfte sich bald ändern: Die Autoproduktion soll ab 1980 höchstens noch 50 Prozent des Umsatzes bringen. Hatten die Turiner Konzern-Strategen ursprünglich eine Pkw-Fabrik im ärmlichen Mezzogiorno geplant, so soll nun dort eine Autobusfabrik mit etwa 3000 Jobs entstehen.

Schon im vergangenen Jahr baute Fiat — im Werk Cameri — 4500 Autobusse, hauptsächlich für den Stadtverkehr (40 Prozent der Fahrzeuge wurden exportiert). 1977, wenn die Bänder der neuen Fabrik Grottaminarda laufen, soll die Produktion auf 10 000 klettern. Fiat-Manager Giorgio Bardanzellu zum SPIEGEL: „Wir müssen Alternativen zum privaten Autoverkehr anbieten. Warum nicht etwas mehr ‚Park-and-Ride'? In den verstopften Stadtzentren, wo jeder Radler die Autofahrer abhängen kann, wird die Situation ja absurd."



Eisenbahnproduktion bei Fiat: „Wir müssen Alternativen zum Autoverkehr bieten"

Zwar bezweifeln sogar manche Fiat-Fachleute, ob die — hochverschuldeten — italienischen Gemeinden und Provinzen auf Anhieb nun Tausende neuer Busse kaufen können. Doch auf lange Sicht sei verstärkter Bus-Bau sicher richtig. Bardanzellu: „Wir müssen dabei natürlich das gesamte Transportsystem überdenken, um einen wirtschaftlichen, effizienten Verbund zwischen Auto, Autobus, Metro und Eisenbahn zu erreichen."

Eisenbahn-Waggons baut der Konzern schon seit Jahren in gemeinsamer Regie mit der Staatsholding Efim. Da Transportminister Luigi Preti bis 1980 die Kapazität der Staatsbahn um 20 Prozent steigern will, rechnet Fiat mit satten Aufträgen aus dem vorgesehenen 800-Milliarden-Lire-Topf (3,2 Milliarden Mark). Aber es geht dabei auch um „Anschluß-Projekte" für den Eisenbahn-Nahverkehr wie für die Metros. Derzeit gibt es bescheidene U-Bahn-Netze nur in Rom und Mailand. Der Stadt Turin präsentierte Fiat bereits einen umfassenden Verkehrsplan, der S-Bahn, Metro und „rollende Bürgersteige" vorsieht.

Wachsenden Appetit auf öffentliche Aufträge entwickelt Fiat nicht bloß beim Verkehr. Der Konzern steigt beispielsweise auch im Schul- und Krankenhausbau ein. Zu diesem Zweck hat Fiat — zusammen mit Staatsbetrieben — etliche Firmen gegründet. Im März lancierten die Turiner Autobauer und der Chemie-Koloß Montedison, zu dem bedeutende Arzneimittelfirmen gehören, die „Italienische Stiftung für Medizinische Forschung". Obendrein möchten die Fiat-Chefs Giovanni und Umberto Agnelli gern im sozialen Wohnungsbau mitmischen.

Mit der amerikanischen Allis-Chalmers Corporation gründete Fiat zwei Holding-Gesellschaften für Produktion und Vertrieb von Baumaschinen. Erwarteter Umsatz für 1974: fast 600 Millionen Dollar. Und im Mai starteten die Turiner zusammen mit Alfa Romeo und der Renault-Tochter Saviem ein Partnerschaftsunternehmen für die Fabrikation schneller Dieselmotoren von 40 bis 100 PS. Das geplante Motorenwerk in Süd-Italien soll 2300 Arbeiter beschäftigen.

Vom 1. Januar nächsten Jahres an will Fiat — schon bisher zweitgrößter Nutzfahrzeug-Produzent in Europa (nach Daimler-Benz) — auch mit der westdeutschen Klöckner-Humboldt-Deutz AG (KHD) eine Truck-Union eingehen. Mittelfristig erwarteter Jahresumsatz der Gruppe, in der KHD der Juniorpartner ist: 4,8 Milliarden Mark.

„Die Torte ist groß und lecker", kommentierte Metallarbeiter-Führer Pierre Carniti die Strategie, „und Fiat steht überall bereit, um sich seine Scheibe abzuschneiden."

„Wir brauchen das Geld der Yankees nicht“

SPIEGEL-Report über Kanada im Griff der USA

Friedhofsruhe über Kanada. Von Halifax bis Vancouver, von Montreal bis Inuvik am Polarmeer warten Kanadier vor ihren Fernsehgeräten auf die Entscheidung. Vor wenigen Minuten ist ein telephonisch übermitteltes Ultimatum der USA abgelaufen: Entweder verpflichte sich Kanada auf alle Zeiten, den USA unbegrenzte Mengen Energie zu liefern, oder — das drohende Oder war nicht erklärt worden.

Das kanadische Parlament hat abgelehnt. Plötzlich wird der Präsident ins Fernsehen eingeblendet. Ohne Übergang liest er vom Blatt:

> Von diesem Augenblick an ist Kanada ein Teil der USA, die Regierung ist abgesetzt, die Provinzen werden Mitgliedstaaten der Union. In diesen Minuten landen Flugzeuge und Hubschrauber der U.S. Air Force mit Truppen und Ausrüstungsmaterial auf Flugplätzen in ganz Kanada.

Diese „schreckliche Vision“, so die kanadische Fernsehautorin Colette Marcil aus Montreal, findet statt in dem Roman „Ultimatum“, der seit Jahresbeginn — noch vor den Werken Graham Greenes und Agatha Christies — die Bestsellerlisten in Kanada anführt.

Aus gutem Grund: Was da der Torontoer Rechtsanwalt Richard Rohmer in seinem ersten Buch mehr schlecht als recht zu Papier gebracht hat, trifft mitten ins Supertrauma der Kanadier: in die Dauer-Angst, vom Big Brother im Süden verschluckt zu werden.

Diese Angst vor Amerika ist in den vergangenen Jahren so etwas wie die beherrschende politische Kraft in Kanada überhaupt geworden. Auch das politische Schicksal des Premierministers Pierre Elliott Trudeau, der in der vergangenen Woche bei den Parlamentswahlen einen triumphalen Sieg feiern konnte, ist mit dieser Angst verbunden.

1968, als das ganze Land von einem Begeisterungstaumel für Trudeau erfaßt wurde, für den Mann, der im Parlament fluchen konnte wie ein Viehkutscher, der mal in lederner Trapperweste, mal dandyhaft mit roter Nelke im Knopfloch auftrat, da hatten die Wähler ihre Antwort auf die amerikanische Herausforderung gefunden: „Trudeaumanie“. Der flotte Millionär, Frankokanadier, Professor, Mädchenjäger sollte das junge Land mit Schwung und Selbstvertrauen aus dem Schatten der USA führen.

Als Trudeau in den folgenden Jahren die hochgespannten Erwartungen nicht erfüllte, bröckelte seine Popularität merklich ab. Bei den Parlamentswahlen 1972 verlor er nahezu 25 Prozent seiner Stimmen und konnte nur noch gestützt auf die bisher oppositionelle New Democratic Party (NDP) eine schwache Minderheitsregierung bilden.

Doch als Trudeau nach seinem zweiten Amtsantritt schärfer gegen die Amerikaner zu Felde zog, wendete sich das Blatt abermals. Zwar gibt es weitere Gründe für seinen Triumph: seine 25jährige Ehefrau Margret, die sich mit viel Erfolg bei den weiblichen Wählern für ihren Mann einsetzte; Trudeaus mutige Expansionspolitik, die, so der Premierminister, „die Inflationsgefahr bekämpfen wird, ohne die Wirtschaft des Landes in eine Zwangsjacke zu stecken; die Führungsschwäche in beiden gegnerischen Parteien: sowohl Robert Stanfield, Chef der Konservativen, wie David Lewis von der NDP fielen im Vergleich zu dem charismatischen Trudeau deutlich ab.



Wahlkämpfer Trudeau: „Geborgter Überfluß“

Doch die Tatsache, daß der Premierminister schon im vergangenen Jahr energische Anstrengungen machte, ein weiteres Vordringen der Amerikaner in der kanadischen Wirtschaft zu verhindern, hat ihm entscheidend geholfen. So setzte er zum Beispiel ein seit Jahren dem Parlament vorliegendes Gesetz zur Kontrolle von Aufkäufen kanadischer Firmen in verschärfter Form durch.

Vor diesem Hintergrund einer möglichen Konfrontation mit den USA kam „Ultimatum“ auf den Markt. Die Grundlagen der Gruselstory sind richtig, nur die Folgerungen gehen über den derzeitigen Stand hinaus.

Tatsächlich beherrschen die USA ihren nördlichen Nachbarn schon heute in einem solchen Umfang, daß der ehemalige stellvertretende US-Außenminister George Ball feststellen konnte: „Kanada hat ein Jahrhundert damit vertan, gegen das Unvermeidliche anzukämpfen: gegen die Integration mit den Vereinigten Staaten.“

Und tatsächlich fällt es Amerikas Politikern und Geschäftsleuten schwer, das nach der Sowjet-Union größte Land der Erde, das eine Fläche von 9,97 Millionen Quadratkilometer umfaßt (und damit 40mal so groß wie die BRD ist), als etwas anderes denn ein Besitztum der USA zu betrachten. Mit seinen 22 Millionen Einwohnern ist es in den Augen der Amerikaner eben doch nur gerade so groß wie Portugal und Holland zusammen.

In keinem Industrieland der Erde haben US-Bosse soviel Wirtschaftsmacht erobert wie eben hier. Amerikanische Konzerne kontrollieren unter anderem:

- ▷ die Hälfte des Bilanzwertes der 400 größten Aktiengesellschaften Kanadas,
- ▷ 95,6 Prozent der Automobilindustrie,
- ▷ 85,8 Prozent des Eisenbergbaus,
- ▷ 84 Prozent der Gummi-Industrie,
- ▷ 76,4 Prozent der Chemie und Kohlebranche,
- ▷ 67,1 Prozent der gesamten Kraftstoffindustrie,
- ▷ 64,8 Prozent des Maschinenbaus,
- ▷ 58 Prozent der Handwerksbetriebe.

Fast 30 Prozent ihrer gesamten Auslandsinvestitionen pumpten die Amerikaner in den Nordstaat. Zehntausende von Amerikanern besitzen Wochenendgrundstücke in den US-nahen Grenzprovinzen Kanadas. Ganze Geschwader von amerikanischen Weekend-Motorbooten knattern auf kanadischen Gewässern.

Selbst für Kanadier, die nicht bei einer US-Firma ihr Geld verdienen, ist

der große laute Nachbar immer präsent. Da 60 Prozent der kanadischen Bevölkerung innerhalb eines schmalen Gürtels von 100 Meilen entlang der amerikanischen Grenze wohnen, sehen sie Abend für Abend die Fernseh-Nachrichten amerikanischer Sender.

„Als Gegenleistung für unseren von den Amerikanern geborgten Überfluß", so der kanadische Schriftsteller Peter C. Newman, „schlucken wir auch noch ihren Way of Life." Und das gründlich: Wenn die kanadischen Arbeiter, von denen die meisten amerikanischen Gewerkschaften angehören, nicht gerade amerikanische Chevrolets, Kleenex-Tücher oder McDonald-Hamburger herstellen, werden sie mit einer Flut von Yankee-Werten und -Werbung überschüttet. Die kanadischen Ausgaben von „Time" und „Reader's Digest", so stellte eine Regierungsstudie fest, verfügen über mehr als die Hälfte des Anzeigenaufkommens aller in Kanada verkauften Zeitschriften.

„Wir sind", so Kanadas Außenminister Mitchell Sharp, „in einer höchst verwundbaren Situation, was unsere nationale Identität angeht."

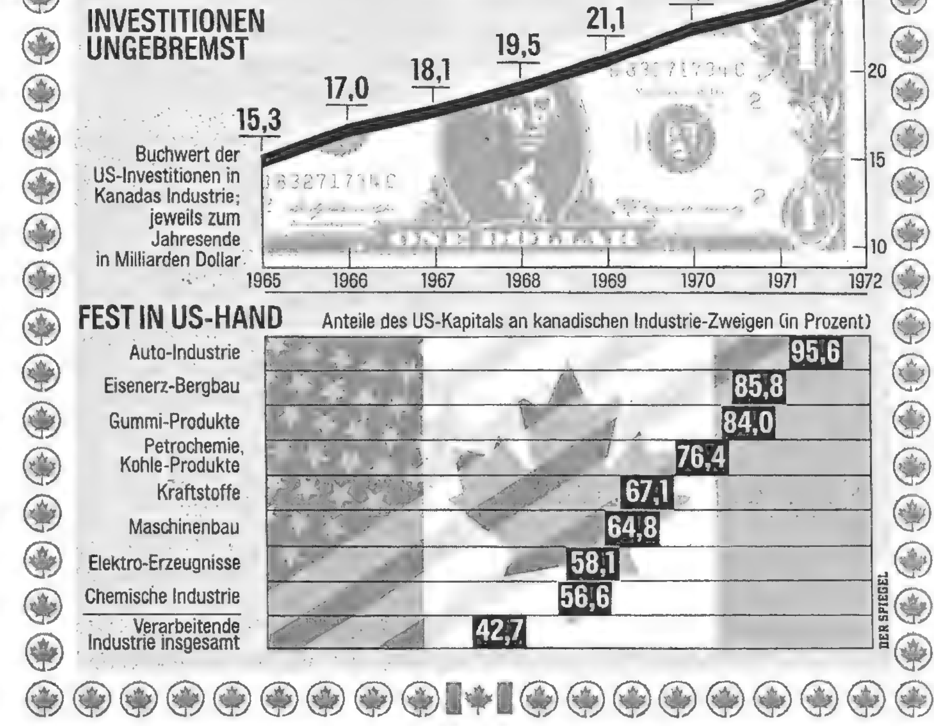
„Wir wollen nicht der Müllplatz Amerikas werden."

Kanadische Musiker wie Leonard Cohen, Filmstars wie Lorne Greene, Wissenschaftler wie John Kenneth Galbraith — sie alle zog es in den Süden. Was Kanada dafür über Funk und Fernsehen aus dem Süden bekam, war meist häßlich: Rassenkrawalle, politische Morde, Elend in den Städten, steigende Kriminalität und der Vietnamkrieg fanden auch in den kanadischen Wohnzimmern auf dem Bildschirm statt.

Kanadier kehrten zurück in die Heimat, Amerikaner verließen ihr Land: 110 000 „draft dodgers", junge Amerikaner, die sich dem Militärdienst durch die Flucht über die Grenze entzogen, überschwemmten den strapazierten Arbeitsmarkt Kanadas, nahmen bei einer Arbeitslosenquote von 7,5 Prozent den Einheimischen die Arbeitsplätze weg.

Es reizte nichts mehr dazu, sich mit den einst so bewunderten Amerikanern zu identifizieren. Die Folge war ein jähes Ansteigen des Antiamerikanismus. „Unsere Gesellschaft ist besser, und das Geld der Yankees brauchen wir auch nicht, wir kommen ganz gut ohne sie aus", so die Stewardeß Marlene Dyck in Edmonton.

Das Wort „Kontinentalismus", früher einmal beliebte Werbemarke für gesamtamerikanische Solidarität, wurde zum Schimpfwort an den Universitäten ganz Kanadas. Die Professoren-Bewegung „National Canadianization Committee" protestierte dagegen, daß 35 Prozent aller Hochschullehrer Amerikaner sind. Kanadische Empfind-





Kanadier Greene
„Ein Jahrhundert vergeblich . . .

lichkeit begann plötzlich unter bislang Selbstverständlichem zu leiden.

Die Gegenmaßnahmen der Kanadier nahmen zuweilen geradezu hysterische Formen an. So versuchte etwa die kanadische Regierung das Eindringen der (amerikanischen) „World Football League“ nach Toronto zu verhindern, um auf diese Weise die „Canadian Football League“, in der die Regierung ein „integrativ kanadisches Element“ versteht, vor unliebsamer Konkurrenz zu schützen. Allerdings übersah die Regierung, daß die Canadian Football League selbst von importierten amerikanischen Spielern und Trainern beherrscht wird.

In einer Broschüre „Nationalismus und kanadisches Ingenieurwesen“ wenden sich in diesen Tagen Ingenieure gegen eine Überfremdung ihres Berufsstandes durch amerikanische Kollegen, und selbst Umweltschützer erhoffen sich zusätzlichen Aufwind durch antiamerikanische Slogans: „Wir wollen nicht der Müllplatz der USA werden“, so Professor Douglas Pimlott, ein kanadischer Grzimek.

Nicht mehr Maus im Bett des Elefanten.

Tatsächlich wäre der geplante Bau einer Pipeline für Öl und Gas von Alaska quer durch Kanada in die USA eine ernste Gefahr für die weiten Dauerfrost-Ebenen in den kanadischen Nordwestterritorien: Bei ungünstigen Wetterbedingungen könnte ein Bruch der Pipeline monatelang nicht repariert werden.

Gerade in diesem Augenblick höchster Gefahr bahnte sich in den Augen kanadischer Patrioten die große Wende an: Seitdem die Rohstoffe in aller Welt knapp und teuer wurden wie nie zuvor, schien das mit unermeßlichen Bodenschätzen gesegnete Land plötzlich nicht länger eine Maus im Bett des Elefanten, sondern natürlicher Partner der USA zu sein. „Schon Ortsnamen wie Coppermine, Plutonium, Uranium City und Cobalt“, freute sich ein Minen-Ingenieur in Alberta, „zeigen, was hier los ist und wie wichtig wir sind.“

Als einziges Industrieland der Welt ist Kanada nicht auf Öleinfuhren angewiesen, sondern kann den Energiestoff sogar exportieren. Die Ölproduktion übersteigt den eigenen Bedarf um 14 Prozent. Ölexporte — vor allem nach USA — brachten Kanada vergangenes Jahr rund 1,5 Milliarden Dollar ein.

Bei näherer Betrachtung stellte sich freilich heraus: Die Kanadier können sich ihren Reichtum, und damit ihre Unabhängigkeit, nicht leisten. Der Segen hängt zu hoch.



Kanadier Galbraith
. . . gegen die Integration . . .

Denn die inzwischen angezapften Ölquellen können Kanadas Bedarf nur auf 13 Jahre und acht Monate sichern. Das Land ist also auf weitere Exploration angewiesen, um die Rohstoffzukunft zu sichern. „Allein“, so meinte Harry Kuschak, Rohstoff-Experte der Regierung, „schaffen wir das nicht. Wir brauchen eben mal wieder die Amerikaner“ — genauso wie im ersten Teil der kanadischen Industrialisierungs-Geschichte, in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg.

Damals ging es ebenfalls um den Abbau von Rohmaterialien, Industrien mußten aus dem Boden gestampft, Städte gebaut werden. Für dieses Unternehmen boten sich die Amerikaner als willige Partner an — und wurden statt dessen die Herren des Landes.

Die USA werden auch diesmal „helfen“: Vor allem mit US-Hilfe sollen die gewaltigen Öl-Vorräte abgebaut werden, die in den Athabaska-Sänden gebunden sind. Gelingt dies, wird Kanada zu einem zweiten Saudi-Arabien. Denn die fettigen schwarzen Sände, die sich im Norden der Provinz Alberta auf einem Gebiet von mehreren tausend Quadratkilometern, oft zweihundert Meter mächtig erstrecken, enthalten neunzig Milliarden Tonnen Öl.

„In wenigen Jahren werden wir“, hofft Frank Spragins, Chef des Unternehmens Syncrude, in seinem Hauptquartier an der Petroleum Plaza in Edmondton, der Hauptstadt Albertas, „die um Öl bittende Welt bedienen können.“ Natürlich: Syncrude ist ein US-beherrschtes Unternehmen der Ölkonzerne Imperial Oil, Gulf Oil und der Firmen Atlantic Richfield und Canada Cities Service. Doch es wird 1,2 Milliarden Dollar Investitionen kosten, bevor sich die Ölkunden der Welt am Sand-Petroleum bedienen können.

Kanadisches Uran für Indiens Bombe.

Doch die heutigen Ölpreise lassen selbst die Exploration in den polaren Dauerfrost-Gebieten und in den eisigen Gewässern des hohen Nordens, Tausende von Kilometern entfernt von der nächsten Stadt, noch lohnend erscheinen. Der nördlichste Bohrturm der Welt, auf 80 Grad, 44 Minuten und 45 Sekunden nördlicher Breite, steht auf kanadischem Gebiet. Dort bohrt ein Suchtrupp von Gulf Oil Canada.

Nur hundert Kilometer weiter südlich, auf Ellesmere-Land, ist die kanadische Gesellschaft Panarctic Oil schon unter ewigem Eis und Schnee auf ein Gas- und Ölfeld gestoßen. In der Nachbarschaft, in einem Gebiet von der Größe halb Europas verstreut, stehen



Kanadier Cohen
. . . mit den USA angekämpft“

Der eine fährt Mobil SHC, um Gold zu gewinnen. Der andere, um kein Geld zu verlieren.

Die Erfindungen, die das Automobil weiterbringen, werden in der Regel zuerst im Sport eingesetzt.

Mobil SHC macht da keine Ausnahme.

Denn dieser Schmierstoff ist vollsynthetisch. Darum hat er nicht nur eine 100%-ige Scherstabilität, sondern auch einen 50% dickeren Schmierfilm.

Und darum muß man wegen hoher Öltemperaturen nicht immer gleich den Gasfuß zurücknehmen. Sondern kann ihn in den entscheidenden Zehntelsekunden ganz beruhigt stehen lassen.

Außerdem benötigt Mobil SHC keine besonderen Wirkstoffe zur Viskositätsanpassung. Dadurch werden Ablagerungen vermieden, die durch diese Additive entstehen können.

Darum haben Sie immer uneingeschränkte Füllung in den Zylindern. Und selbstverständlich immer uneingeschränkten Dampf auf den Rädern.

Inzwischen wird Mobil SHC nicht ausschließlich auf der Piste gefahren.



Sondern mehr und mehr normal auf der Straße.

Nicht nur, weil sich mittlerweile herumgesprochen hat, daß man mit Mobil SHC schnell und sicher ans Ziel kommt. (Und genauso problemlos und sicher nach Hause.)

Sondern weil alles, womit Mobil SHC die Siegchancen des Sportfahrers steigert, die Kosten des Privatfahrers senkt.

Denken Sie an unnötige Reparaturen, an unnötigen Verschleiß, an unnötige Ersatzteile und an unnötigen Ölverbrauch.

Es war schon immer vernünftig zu sparen. Aber noch nie so vernünftig wie heute.

Sie erhalten Mobil SHC bei Kfz-Werkstätten und an ARAL-Tankstellen.

Mobil SHC: Härter als Sie je fahren werden.

Schicken Sie mir kostenlos Ihre Broschüre „Mobil SHC - Die Anatomie eines Schmierstoffes" sowie das Verzeichnis der Mobil Partner-Werkstätten, bei denen Mobil SHC erhältlich ist.

Name: ______

Anschrift: ______

Fahrzeugtyp: ______

Coupon ausschneiden, auf Postkarte kleben und einsenden an Mobil Oil A.G., 2 Hamburg 1, Steinstr. 5



Ölsandbagger in Alberta: In wenigen Jahren . . .

acht weitere Bohrtürme in Gegenden, in die sich selbst Eskimos nur selten wagen.

Bei Melville Island schoß das aus einem riesigen Feld ausbrechende Gas mit solcher Wucht empor, daß der Bohrturm stürzte. Wochenlang gelang es nicht, der Eruption Herr zu werden: Eines der größten Vorkommen der Welt war entdeckt worden.

Nicht nur Öl und Gas, fast sämtliche Metalle und Mineralien besitzt Kanada im Überfluß. Allein im vergangenen Jahr exportierte das Land Rohstoffe (außer Öl) im Wert von insgesamt 3,2 Milliarden Dollar — mehr als jedes andere Land der Erde. Und „bis zum Jahr 2000", so kündigte vor kurzem Donald MacDonald, Kanadas Minister für Energie, Bergbau und Rohstoffe an, „werden wir unseren Export verdreifachen".

Unabsehbar aber scheinen die Vorräte in den Nordwestterritorien, einem Gebiet von der Größe der Vereinigten Staaten, in dem nur etwa 50 000 Menschen leben. Minenausrüster William Knutsen aus Yellowknife am Großen Sklavensee versichert: „Wenn eine Mannschaft loszieht, die ihr Handwerk versteht, findet sie immer irgendein Vorkommen." Vergleichbar den Abenteurern zu Zeiten des Klondike-Goldrausches brechen heute Amateure und Geologen oft auf eigene Faust in die Wildnis auf, den großen Fund zu machen. „Manchmal", so Knutsen, „sind Jungs dabei, die nicht einmal wissen, wie man einen Claim absteckt."

Freilich, auch um diesen natürlichen Reichtum nutzen zu können, sind die Kanadier mehr noch als zuvor auf die Hilfe der USA angewiesen. Die Finanzkraft des Landes reicht bei weitem nicht aus, um geplante Großprojekte, wie den Bau zweier Gaspipelines aus dem Polargebiet in die Industriezonen Kanadas, aus eigener Kraft zu bezahlen: Jede dieser Leitungen wird auf rund sechs Milliarden Dollar veranschlagt. Ein Großkraftwerk, das im Nordosten an der James Bay entsteht, wird rund fünf Milliarden Dollar kosten.

Milliardenbeträge will Kanada schließlich in neue Atomkraftwerke stecken, die kanadisches Uran als preiswerten Brennstoff nutzen können. Kanadische Wissenschaftler haben das sogenannte Candu-Verfahren entwikkelt, das es ermöglicht, an Stelle von angereichertem Uran als Brennstoff mit leichtem Wasser als Moderator, natürliches Uran mit schwerem Wasser zu verwenden. Die robusten kanadischen Atombrenner sind inzwischen Exportschlager für Entwicklungsländer geworden, u. a. für Indien, das damit seine Atombombe baute. In eigene neue Energie-Anlagen will Kanada in den nächsten sieben Jahren rund 60 Milliarden Dollar investieren. Insgesamt würden die öffentlichen Investitionsprojekte, die Kanada bis 1980 verwirklichen will, 20 Milliarden Dollar kosten.

US-Export von Kanada nach Kuba.

J. Page R. Wadsworth, Präsident der Canadian Imperial Bank of Commerce: „Das geht einfach über unsere Kräfte" — und wohl gar über die USA. „Wallstreet wird uns wohl den Löwenanteil beschaffen", hofft ein Montrealer Banker. Doch der Zufluß ausländischen Kapitals, wo immer es herkommen mag, treibt Kanada letztlich noch tiefer in seine Abhängigkeit von den USA. Denn die benötigten Riesensummen dürften den Wechselkurs des kanadischen Dollars nach oben drücken und somit die Wettbewerbschancen für Kanadas Exporteure beeinträchtigen.

Die kanadische Regierung sieht die Gefahr und gründete im März eine eigene Kontrollinstanz für Fremdinvestitionen, die Foreign Investment Review Agency. Doch Kanadas selbstbewußte und autonome Provinz-Regierungen werben weiterhin um amerikanische Firmen-Niederlassungen. „Bei aller Animosität gegen die USA", so erklärt der frühere Handelsminister Jean-Luc Pépin den Widerspruch, „achtet man doch sehr das geschäftliche Geschick der Amerikaner." Dank Queen Victoria, die den kanadischen Provinzen durch den British North America Act 1867 die Eigentumsrechte an allen Bodenschätzen zugestand, sehen die Regenten in den Regional-



. . . die Welt bedienen: **Goldsucher in Yukon**

hauptstädten den Aktionen der Zentralregierung in Ottawa gelassen zu.

US-Manager regieren die großen Firmen Kanadas, etwa die Tochtergesellschaften der Detroiter Automobil-Riesen General Motors, Ford und Chrysler. Die kanadischen Auto-Töchter trugen wesentlich dazu bei, daß Kanada heute eine positive Handelsbilanz mit den Vereinigten Staaten aufweisen kann — weil die Kanadier 1965 einmal gegen die Importinvasion aus den USA aufgemuckt hatten. Ergebnis: ein Freihandelsabkommen für Autos.

Dank der Zollfreiheit florierten die kanadischen Automobilwerke: Rund 1,6 Millionen Wagen rollten 1973 von den Bändern, 1,2 Millionen davon für den Export nach USA. Gelegentlich dirigierten die Detroiter Konzernherren die in Kanada gefertigten Modelle auch in Länder, in die sie aus politischen Gründen nicht von den USA aus liefern können, etwa auf Fidel Castros Kuba.

„Der kontinentale Zugzwang", so Kanadas Außenminister Sharp, bewirkte, daß sich die Unternehmen der einzelnen Provinzen eher nach dem Süden, den USA, als nach Osten oder Westen des eigenen Landes orientierten. „Wir tätigen natürlich", erklärte Fred McCurray, Chef des kanadischen Papierkonzerns MacMillan Bloedel, „unser Hauptgeschäft mit den USA."

Die Geschäftsleute des Ostens sind gleichfalls mehr amerika- als kanadaorientiert. Innerhalb eines 1200 Kilometer langen und hundert Kilometer breiten Gürtels entlang des Sankt-Lorenz-Stroms leben mehr als 13 Millionen der 22 Millionen Kanadier. Die Bewohner Ontarios, der wirtschaftlich bedeutendsten Provinz des Landes, erarbeiten rund 41 Prozent des kanadischen Bruttosozialprodukts.

Die enge wirtschaftliche Verflechtung zahlte sich aus. Seit langem schon wächst die Wirtschaft des Landes in Jahresraten von über fünf Prozent. Selbst für dieses Jahr, in dem beispielsweise Westdeutschland mit allenfalls zwei Prozent rechnet, erwarten Kanadas Wirtschaftsexperten eine Steigerung von 5,5 Prozent.

Mit Bild und Ton auf Kanada-Kurs.

Nächst den Amerikanern genießen die Kanadier den höchsten Lebensstandard der westlichen Welt; ein Industriearbeiter verdient durchschnittlich 1400 Dollar im Monat. Um ein aus Holz gebautes 40 000-Dollar-Haus mit fünf Zimmern und einem kleinen Stück Garten zu erwerben, ist oft nur eine Anzahlung von 1400 Dollar zu leisten. „Zweimal im Jahr", so freut sich der aus Gelsenkirchen eingewanderte Bergmann Heinz Gottschalk, der jetzt in einer Goldmine in Yellowknife am Großen Sklavensee arbeitet, „fahre ich in Urlaub, nach Mexiko oder nach Hawaii, und pro Monat lege ich einige hundert Dollar zurück."

Besonders Kanadas Neubürger wissen zu schätzen, wie schnell und unproblematisch Dienstleistungen zu erhalten sind — ganz anders als in den Staaten. Eine kurze Meldung genügt in Montreal, um schon am nächsten Tag einen neuen Telephonanschluß gelegt zu bekommen.

Das gute Leben freilich müssen Kanadas Verbraucher immer teurer bezahlen — und das liegt wiederum an den USA. Denn die bevorzugten Waren der Kanadier stammen aus dem Ausland, meist aus den Vereinigten Staaten. Die Inflationsrate dürfte dieses Jahr voraussichtlich zehn Prozent übersteigen. Einzelne Nahrungsmittelpreise kletterten bereits um mehr als 40 Prozent. Heute steht in den Restaurants von Montreal das teuerste Steak der Welt auf der Speisekarte: Es kostet rund 28 Mark. Grund: Die Amerikaner erhöhten die Preise für Sojabohnen beträchtlich, Kanadas Farmer aber importieren Soja als Viehfutter.

Inflationstreibend wirkt auch, daß in Kanada ansässige US-Firmen nur selten kanadischen Zulieferern Aufträge geben. Selbst wenn die Kanadier das preiswertere Angebot machen, bevorzugen sie in der Regel andere amerikanische Firmen.

Kein Wunder, daß nach einer Gallup-Umfrage 1967 schon 60 Prozent aller Kanadier der Meinung waren, daß Kanada keine weiteren US-Investitionen dulden solle. 1972 stieg der Prozentsatz auf 67 Prozent.

Aber am Zwang der Fakten können Gefühle nur wenig ändern. Finanzminister Sharp: „Wir können uns drehen und wenden, wie wir wollen: Die USA sind unser Schicksal und bleiben es wohl auch."

Ganz so ausweglos bewertet John Kenneth Galbraith die Lage nicht, er empfiehlt eine Alternative auf kanadisch: „Kanada braucht die wirtschaftliche Überfremdung nicht tragisch zu nehmen, wenn es sich nur eine kulturelle Eigenständigkeit schafft."

Schon 1968 entstand die Canadian Radio-Television Commission (CRTC), die unter anderem über Vergabe und Dauer der Sendelizenzen aller Radio- und Fernsehsender entscheidet. Sie ging sofort auf Kanada-Kurs: Hatten bislang die meisten privaten und auch staatlichen Stationen ihre Programme mit billig in den USA eingekauften Serien- und Pop-Programmen bestritten, wurden sie jetzt gezwungen, sich mindestens 60 Prozent ihrer Sendungen in Kanada zu beschaffen. Kanadische Autoren, Komponisten, Filmemacher ließen seither eine kanadische Kulturszene entstehen, wie es sie vorher nicht gegeben hatte.



Toronto Daily Star

„Und hier, Mr. Trudeau, ist Ihre Mitteilung an die Presse"

Pierre Juneau, Chef der CRTC und ihrer 12 000 Mitarbeiter: „Wir mußten praktisch bei Null anfangen. Wenn wir zwischen gut und amerikanisch, und weniger gut, aber kanadisch wählen mußten, dann wählten wir kanadisch." Heute können es die kanadischen Produktionen sehr wohl mit der amerikanischen Konkurrenz aufnehmen.

Zum Bemühen um Kanadisierung gehört vor allem auch die Zweisprachen-Politik Ottawas. Per Gesetz wurde 1969 dem Land die Zweisprachigkeit verordnet — nicht etwa, weil die Feindschaft zwischen Frankokanadiern und Anglokanadiern diesen

Schritt erzwungen hätte: Jene Fanatiker beider Seiten, die die jeweils andere Sprache ablehnen, treten vielmehr noch heute dafür ein, die eigene Sprache in ihrem Wirkungsbereich allein gelten zu lassen.

Ottawa erkannte vielmehr, so Keith Spicer, „Obmann für offizielle Sprachen", „daß die Zweisprachigkeit ein elementar kanadisches Phänomen ist, das die kulturelle Eigenart Kanadas gerade in bezug auf die USA deutlich macht". Beamte, Angestellte von Bundesbehörden müssen deshalb beide Sprachen sprechen — sonst werden sie nicht befördert und müssen nach einer Gnadenfrist sogar den Dienst quittieren. Alle Ansagen und Anschläge, ob nun bei Air Canada oder auf den Bahnhöfen, müssen zweisprachig sein.

Zwar gibt es keinen kanadischen Traum wie jenen amerikanischen — der schließlich auch nie verwirklicht wurde. Aber es gibt einen kanadischen Lebensstil. Anders als die amerikanische Gesellschaft, die sich immer als „Melting-pot" (Schmelztiegel) der Nationen verstanden hat, versucht Kanada, den ethnischen Gruppen ihre Eigenart zu erhalten.

Dem Staatsminister für multikulturelle Fragen, Dr. Stanley Haydasz, steht eine weitverzweigte Organisation zur Seite. Aus ihrem Millionen-Topf werden kulturelle Aktivitäten unterschiedlichster Art subventioniert: Kurse für libanesische Küche und Tänze in der Libanesisch-syrischen Gesellschaft in Sydney, Neu-Schottland, ein Sprachprogramm der Gälischen Gesellschaft, ein Festival für marokkanisch-jüdische Einwanderer in Ontario, ein Kurs der Montrealer Estnischen Gesellschaft.

Freilich: Die Vielfarbigkeit des kanadischen Alltags, das „erregende Gefühl, in einem Volk zu leben, in dem sich englische und amerikanische und französische Lebensart treffen", so der Montrealer Galeriebesitzer James Henwood, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihre menschenarme Nation auch künftig im Schatten der Supermacht USA leben wird — was immer Wahlsieger Pierre Trudeau sich nun gegenüber Washington herausnehmen kann. Daß Trudeau-Superstar dazu entschlossen ist, machte er unmittelbar nach seinem Wahlsieg deutlich: „Kanada ist nach diesen Wahlen stark und voller Vertrauen in seine Zukunft."

Auch Richard Rohmer, der Autor von „Ultimatum", bleibt auf Erfolgskurs. Er schreibt bereits an einem Folgeband zu seinem Erstwerk. Diesmal, so ließ er wissen, „werden Kanada und die USA Krieg gegeneinander führen".

WALFANG

Saat des Hasses

Die Japaner sollen den Walfang drosseln. Nun bangen sie um ihre Eßkultur.

An nur einem Tag im Juni bekam Japans Regierungschef Kakuei Tanaka Post von 75 000 Kindern aus Amerika und Europa. Es waren alles Beschwerdebriefe. Ein Schüler aus Chicago fragte den Premier gar persönlich: „Wie würde Ihnen das wohl gefallen, wenn plötzlich jemand anfinge, mit Harpunen auf Sie zu schießen?"

Mit Kinderkreuzzug und Protestkampagnen streitet derzeit eine Internationale von Walkämpfern — vorwiegend Ökologen und Meereswissenschaftler — um die Erhaltung der Nachkommen von Moby Dick. Ihr Hauptangriffsziel: Japan. Klagte die „Mainichi Shimbun": „Die Anti-Walfang-Bewegung hat in den Herzen vieler Menschen in vielen Ländern die Saat der Abneigung, ja des Hasses gegen Japan aufkeimen lassen."



Walkonsum in Japan: Kreuzzug für Moby Dick

Stärkste Rückendeckung haben die Walschützer bislang von der amerikanischen Regierung erhalten. Auf der Jahrestagung der Internationalen Walfang-Kommission (IWC) Ende Juni in London schlug Washington vor, zehn Jahre lang jeglichen Walfang zu verbieten, da einzelne Walarten auszusterben drohen.

Doch mochte sich das 15-Länder-Gremium noch nicht zu diesem drastischen Schritt entschließen. Gegen die Stimmen Japans und der Sowjet-Union — die zusammen rund 85 Prozent aller Walfänge anlanden — legte es jedoch neue, erheblich niedrigere Fang-Höchstquoten für das kommende Jahr fest.

Tokio ist ob dieser multinationalen Strenge entsetzt. Ein hoher Regierungsbeamter zum SPIEGEL: „Natürlich wollen wir uns an internationale Vereinbarungen halten. Aber ich weiß nicht, ob wir das in diesem Fall auch noch können."

Und ein Sprecher des japanischen Fischereiverbandes entdeckte in dem teilweisen Walbann gar eine „Verschwörung" gegen die größte Walfang-Nation der Welt: „Solchen Unsinn können eben nur Menschen beschließen, die zweimal soviel Rindfleisch essen wie wir und nicht von Walfleisch leben müssen."

Tatsächlich sind die Japaner das einzige Volk, das einen erheblichen Teil seines Protein-Bedarfs durch den Genuß von Walfleisch deckt, das tranige Meerestier sogar als Delikatesse schätzt. Iwao Fujita, Tokios Chefdelegierter bei der IWC: „Walfleisch verzehren wir seit vorgeschichtlichen Zeiten, Rinder und Schweine aber erst seit 100 Jahren. Wir können doch nicht gezwungen werden, über Nacht unsere Eßkultur zu ändern."

Im vergangenen Jahr pflegten die Japaner diese Eßkultur mit 97 000 Tonnen selbstangelandetem Walfleisch und weiteren 26 000 Tonnen, die sie aus der Sowjet-Union importierten. Die Sowjet-Union, mit einigem Abstand hinter Japan das zweitgrößte Walfängerland der Welt, nutzt nur den Tran, verfüttert sonst das nicht an Nippon gelieferte Fleisch in Nerz-Farmen.

Die von Japans Fängern im letzten Jahr erlegten 15 000 Meeressäuger erfreuen nicht nur roh in kleinen Scheibchen oder als Steak gebraten fernöstliche Gaumen. Auch Dosenfleisch, Frankfurter und Wiener Würstchen, Roll- und Kochschinken sind weitgehend Wal. Fast zehn Prozent des gesamten japanischen „Fleisch"-Konsums stammt von den Walen im Nordpazifik und in der Antarktis. Ein Wurstmacher in Tokio: „Ohne das billige Walfleisch müßten wir sehr hohe Preise für unsere Waren nehmen."

Walfleisch kostet in Japan etwa 800 Yen (sieben Mark) pro Kilo gegenüber bis zu 15 000 Yen für einheimische Rinderfilets. Andererseits aber ist es auch eben dieser niedrige Preis, der den Walfängern Sorgen bereitet. Nur bei immensen Umsätzen können die vier Fangflotten noch Gewinn einfahren.

Um den Japanern die Fang-Freude zu vergällen, formierte sich in Amerika schon eine Boykott-Bewegung gegen japanische Waren. Erstes Opfer: die Nihon Electronics Co., der von der Harvard University bei Boston der Auftrag für ein Elektronenmikroskop im Wert von 85 000 Dollar entzogen wurde.

CAMPARI



CAMPARI in 156 Ländern der Erde. Überall dabei, wo man sich trifft.



Regierungschef Tschou, Dolmetscherin Tang Wen-schen, Parteichef Mao, Gäste Nixon, Kissinger beim Pekinger Gipfeltreffen 1972:

Henry Kissinger Superstar

Auf geheimen Wegen zum Pekinger Gipfel / Von Marvin und Bernard Kalb

4. Fortsetzung

Am 1. Februar 1969, es war ein Sonnabend, kam Kissinger früh in sein Büro im Erdgeschoß des Weißen Hauses. Auf seinem Schreibtisch lag eine Notiz des Präsidenten, die eine spektakuläre Kursänderung der amerikanischen Politik anzeigte.

Nixons Mitteilung an seinen Berater lautete: „Ich glaube, wir sollten den Eindruck erwecken, daß diese Regierung Möglichkeiten einer Annäherung an China untersucht. Das sollte diskret geschehen und auf keinen Fall in die offiziellen Verlautbarungen gelangen."

Kissinger, der sich in einer Atmosphäre der Geheimhaltung wohl fühlte, beriet sich mit einigen Mitgliedern seines Stabes und diskutierte später mit Staatssekretär Richardson beim Mittagessen über China. Er selbst, zu dieser Zeit noch mit aktuellen Problemen wie Vietnam, SALT und der bevorstehenden Europareise Nixons beschäftigt, hielt es für unwahrscheinlich, daß China in den kommenden Jahren zu einem vordringlichen Thema werden würde.

So kam es, daß Kissinger in den ersten sechs Monaten des Jahres 1969 nur Passagier in dem chinapolitischen Zug der Regierung war, kein anderer als Nixon selbst war der Lokführer.

Anfang Februar vertraute sich der Präsident dem Mehrheitsführer im Senat Mike Mansfield an, der als junger Marinesoldat auf einem Kanonenboot Anfang der zwanziger Jahre in China gedient hatte. Nixon eröffnete ihm, er sei bereit, „die Tür nach China zu öffnen"; China müsse zu „globaler Verantwortung" gezwungen werden, bevor die chinesisch-sowjetische Feindschaft zu einem offenen Krieg führe.

„Wenn die Tür geöffnet ist, Mike", sagte er zu Mansfield, „sollen Sie der erste hohe amerikanische Politiker sein, der nach China reist." Mansfield, der sich schon lange mit den Problemen Asiens beschäftigt hatte, fühlte sich geschmeichelt. „Am liebsten würde ich selber fahren", fuhr Nixon fort, „aber

In dieser Folge

Nixon entschließt sich zu einer radikalen Kursänderung der China-Politik: „Ich bin bereit, die Tür nach China zu öffnen, wie groß die Schwierigkeiten auch sein mögen" ● Sinologe Whiting prophezeit Kissinger: China wird mit den USA gemeinsame Sache gegen Rußland machen ● US-Botschafter Stoessel weigert sich dreimal, in Warschau Chinesen zu kontaktieren ● Peking gibt ein Signal: Amerikanische Tischtennisspieler werden nach China eingeladen und von Ministerpräsident Tschou als Freunde gefeiert ● Ein amerikanischer Geheimdienstler läßt sich in Pakistan als Kissinger kurieren, während der echte Kissinger zu einer Geheimreise nach Peking untertaucht ● Nixon vor der China-Reise: „Wir haben das Eis gebrochen. Jetzt müssen wir sehen, wie tief das Wasser ist"



„Unsere beiden Völker halten die Zukunft der Welt in Händen"

das scheint zur Zeit nicht durchführbar zu sein."

Bei seiner Europareise hob Nixon dann die Frage der China-Annäherung auf eine internationale Ebene. Er erzählte dem französischen Präsidenten Charles de Gaulle, er sei entschlossen, den Dialog mit Peking zu beginnen, „wie groß die Schwierigkeiten auch sein mögen". Der Franzose hörte aufmerksam zu.

Als de Gaulle ein paar Wochen später zur Beerdigung des früheren Präsidenten Dwight D. Eisenhower nach Washington kam, bat Nixon ihn formell, den Chinesen die Grundsätze seiner neuen Politik zu übermitteln. De Gaulle war einverstanden. Als eine seiner letzten diplomatischen Amtshandlungen ließ er am 23. April 1969 Etienne M. Manac'h, der gerade zum Botschafter in Peking ernannt worden war, in sein Büro kommen. Er wies ihn an, Präsident Nixons Botschaft den Chinesen „an höchster Stelle" zu übermitteln.

Anfang Mai reiste Manac'h nach Peking und führte seinen Auftrag sofort aus. Zunächst waren die meisten chinesischen Führer skeptisch, einschließlich des Premiers Tschou En-lai. Sie erinnerten sich an Nixons bisherige Äußerungen und vermuteten eine Falle. Aber sie hörten zu, und es schien, als ob sie an dem Vorschlag einer Aufnahme chinesisch-amerikanischer Beziehungen ernsthaft interessiert seien. Für sie war Taiwan das Hauptproblem.

Anfang Juni warf Kissinger im State Department die entscheidende Frage auf: Welche Schritte konnten die Vereinigten Staaten unternehmen, um eine „Normalisierung der Beziehungen" zu Peking zu erreichen, ohne die amerikanischen Verbündeten im Pazifik übermäßig zu beunruhigen? Staatssekretär Richardson machte sich daran, Vorschläge auszuarbeiten.

Mitte des Sommers begannen die Vereinigten Staaten, in regelmäßigen Abständen einseitige Angebote zur Aussöhnung mit China zu machen. Zum Beispiel:

▷ 21. Juli 1969: Rogers äußerte den Wunsch der Regierung, die Gespräche in Warschau wiederaufzunehmen.

▷ 8. August 1969: Die USA unterbrachen ihre Patrouillenfahrten in der Straße von Taiwan und gaben damit ein 19 Jahre altes Erbe aus dem Koreakrieg auf.

▷ 15. Dezember 1969: Washington kündigte den Abzug aller Nuklearwaffen aus Okinawa für das Jahresende an.

▷ 19. Dezember 1969: Die 100-Dollar-Begrenzung beim Kauf chinesischer Waren wurde aufgehoben; man konnte jetzt in unbegrenzter Höhe chinesische Waren kaufen. Zusätzlich erlaubte das Wirtschaftsministerium den Tochterfirmen amerikanischer Unternehmen den China-Handel mit nichtstrategischen Gütern.

Während Amerika diese Signale in Richtung Peking abgab, wurden die ersten militärischen Grenz-Auseinandersetzungen zwischen Chinesen und Russen bekannt; die beiden Länder gerieten gefährlich nahe an einen Krieg.

Vor diesem Hintergrund lud Kissinger Anfang August 1969 Allen S. Whiting, einen ehemaligen China-Spezialisten des Außenministeriums, der inzwischen Professor für politische Wissenschaften an der Universität von Michigan geworden war, zu einem freimütigen Gespräch über die chinesisch-sowjetische Konfrontation ein.

Whiting machte gleich klar, daß er Washingtons ziemlich unbestimmte Reaktion auf die Auseinandersetzungen an der chinesisch-sowjetischen Grenze nicht verstehe. Der US-Geheimdienst wußte schließlich, daß die sowjetische Truppenstärke an der chinesischen Grenze von 13 „dünnen Divisionen 1965 auf 25 „dicke" Divisionen 1969 verstärkt worden war; und doch habe sich bei der Regierung die Auffassung durchgesetzt, der sowjetische Aufmarsch sei nur defensiv. Kissinger glaubte mit vielen anderen, eher sei China bereit, Rußland anzugreifen, als umgekehrt.

Ob Rußland nun aber tatsächlich angreife oder nicht, so legte Whiting dar, China fühle sich in jedem Falle bedroht. Plötzlich war sein früherer Verbündeter im Westen zu einer größeren Bedrohung als der Feind im Osten geworden. Dies war die vernichtende Realität für Pekings Offizielle.

Radikale Neuordnung im Pazifik?

Ein Leben lang hatten die chinesischen Kommunisten gekämpft, gestärkt von der Idee, daß Rußland trotz seiner Fehler ein Freund war und daß Amerika wegen seiner Fehler ein Feind war. Nun beschlossen sie, die alte chinesische Tradition wiederzubeleben, den einen Barbaren gegen den anderen auszuspielen; China würde „gemeinsame Sache" mit Amerika gegen Rußland machen.

Für Whiting lag hierin eine historische Chance. Amerika begreift Chinas Dilemma und kommt zum ersten Mal nach zwanzig Jahren als Freund über den Pazifik; und China, zerrissen von der Kulturrevolution und bedroht vom sowjetischen Truppenaufmarsch, könnte die Geste freudig begrüßen. Die Chance einer radikalen Neuordnung der Pazifik-Mächte wurde sichtbar — für Kissinger zum ersten Mal.

Whitings Analyse machte starken Eindruck auf Kissinger. Verspätet machte Kissinger eine Wandlung durch — ein später Marco Polo, der dabei



Diplomaten Lei Jang, Stoessel in Warschau: Signal im Treppenhaus

war, China zu entdecken —, und er stürzte sich auf das Problem mit all der Ungeduld und gelegentlichen Naivität des Neulings in Asien.

Anfang Oktober schickte er mit Nixons Erlaubnis dem US-Botschafter in Polen, Walter J. Stoessel, eine höchst unorthodoxe Order: Er solle sich bei der nächsten geeigneten diplomatischen Veranstaltung an den höchsten chinesischen Vertreter heranmachen und ihm die Wiederaufnahme der Warschauer Gespräche anbieten*. Der Gedanke war offenbar so „unglaublich“, daß Stoessel die telegraphischen Anweisungen völlig ignorierte.

Einige Wochen später kabelte Kissinger wieder die gleiche Order an Stoessel, der sie abermals ignorierte. Wochen vergingen. Kissinger schickte ein drittes Fernschreiben, aber Ende November war zu seiner Überraschung immer noch nichts geschehen. Er erinnert sich: „Schließlich mußten wir ihm sagen, entweder Sie folgen der Anweisung, oder wir nehmen jemand anderen.“

Aus Peking Geheimbotschaften ohne Unterschrift.

Endlich, am 3. Dezember, führte Stoessel unter Druck seinen Auftrag aus. Die Gelegenheit ergab sich auf einem Empfang der Jugoslawen, wo er Lei Jang, den Geschäftsträger der chinesischen Botschaft, ansprach. Augenzeugen berichten, Stoessel habe mehrmals versucht, sich dem chinesischen Vertreter zu nähern, aber Lei sei ihm jedesmal absichtlich ausgewichen. Zum Schluß stürmte der chinesische Diplomat zur Tür, nachdem er sich bei dem Gastgeber flüchtig verabschiedet hatte.

Stoessel mußte seiner Beute im Treppenhaus hinterherrennen, bevor er ein paar Worte mit dem Chinesen wechseln konnte. Die Worte waren eine amerikanische Einladung zu „ernsthaften Gesprächen“ mit den Chinesen.

Einige Jahre später erinnerte sich Tschou En-lai anläßlich einer China-Reise Kissingers an diesen Vorfall. „Wenn Sie unseren Diplomaten zu Herzattacken verhelfen wollen“, witzelte er, „nähern Sie sich ihnen bei geselligen Veranstaltungen und schlagen Sie ihnen ernsthafte Gespräche vor.“

Stoessel und Lei trafen sich formell am 11. Dezember in der chinesischen Botschaft. Das Ergebnis ihres Dialogs war die Wiederaufnahme der Warschauer Gespräche. Zum ersten Mal hatten die Chinesen positiv auf ein Signal Washingtons geantwortet.

Wie vereinbart, trafen sich dann am 20. Januar 1970 amerikanische und chinesische Diplomaten in der chinesischen Botschaft. Beim nächsten Treffen in Warschau, am 20. Februar, erschienen die Chinesen in der amerikanischen Botschaft mit einer riesigen Überraschung: Sie schlugen die Verlegung der Gespräche nach Peking vor. Sie deuteten an, daß sie dann einen hohen US-Beamten an der Spitze der Delegation erwarteten.

Der Gedanke war verblüffend. Aber die Amerikaner gingen auf das Angebot nicht ein. Kissinger war nicht sicher, ob der Vorschlag etwa nur ein Versuch war, Washingtons Beziehungen zu Taiwan zu unterlaufen, oder ob die Chinesen ernsthafte Diskussionen führen wollten.

Erst im Herbst sahen Nixon und Kissinger ein, daß es Zeit war, eine mutige Initiative zu ergreifen. Nun beschlossen sie, unter strikter Geheimhaltung den Einsatz mit einem verblüffenden Gegenvorschlag zu erhöhen — die Gespräche in Peking könnten „auf hoher Ebene“ geführt werden. Sie erläuterten nicht, auf welcher Ebene.

Ende Oktober fanden sie zwei eifrige Kuriere. Dutzende von Staatsoberhäuptern waren zur Feier des 25. Geburtstages der Vereinten Nationen nach New York gekommen, unter ihnen Rumäniens Ceauşescu und Pakistans Jahja Khan. Am 24. Oktober waren sie, zusammen mit anderen Staatsmännern, zu einem Essen ins Weiße Haus geladen; am nächsten Tag war Nixon fast eine Stunde mit Jahja Khan zusammen, der bald China besuchen wollte. Der Präsident bat den Pakistani, den neuen amerikanischen Vorschlag zu übermitteln.

Am 26. Oktober wurde Ceauşescu von Nixon empfangen. Am Abend brachte Nixon einen Toast aus und wies auf die Einzigartigkeit der guten Beziehungen Rumäniens zu „den Vereinigten Staaten ... zu der Sowjet-Union ... und zu der Volksrepublik China“ hin. Es war das erste Mal, daß ein amerikanischer Präsident von der „Volksrepublik China“ sprach.

Sogleich rief Sowjetbotschafter Dobrynin Kissinger an und bat um eine Erklärung. Kissinger antwortete zurückhaltend: Es habe keine Bedeutung, und sprächen denn die Russen nicht auch von China als der Volksrepublik China?

Während der folgenden zwei Monate — Dezember 1970 und Januar 1971 — führten Amerikaner und Chinesen einen vollkommen geheimen Aus-

Chinesische Soldaten beim Übertreten der



* Seit 1955 trafen sich chinesische und amerikanische Diplomaten in Genf, dann in Warschau, um über die Freilassung von US-Gefangenen in China und über die Taiwan-Frage zu verhandeln. Die Gespräche wurden 1970 nach der US-Invasion in Kambodscha unterbrochen.

tausch von Botschaften via Pakistan durch.

Die chinesischen Noten waren nie unterzeichnet. Sie enthielten auch nie eine Anrede, obwohl der Inhalt eindeutig für den Präsidenten bestimmt war. Die Noten waren alle handgeschrieben auf weißem Papier mit blauen Linien. Meistens hatten die Chinesen alles, was sie zu sagen hatten, auf ein einzelnes Stück Papier geschrieben.

Nixon: „Ich habe nachgedacht. Sie werden nach Peking gehen."

Nach einer gewissen Zeit wurden die Botschaften „wärmer und wärmer" (Kissinger). Beide Seiten tasteten sich an eine Verbesserung der Beziehungen heran, so daß schließlich der Besuch eines hohen amerikanischen Beamten, möglicherweise des Präsidenten, angemessen sein konnte.

Eines Abends im Frühling des Jahres 1971 überbrachte Pakistans Uno-Botschafter Agha Hilali Henry Kissinger eine Nachricht, die für den Präsidentenberater einen Wendepunkt der chinesisch-amerikanischen Beziehungen bedeutete. Die Note aus Peking, wie üblich ohne Anrede, ohne Unterschrift, enthielt eine Einladung für einen „amerikanischen Abgesandten", zu wichtigen Gesprächen mit führenden Chinesen nach Peking zu kommen. Zwei Namen waren genannt: Rogers und Kissinger.

Kissinger versuchte sofort, den Präsidenten zu informieren, aber der unterhielt sich gerade mit Gästen im State Dining Room. Kissinger wandte sich an einen Angehörigen der militärischen Wachmannschaft: „Lassen Sie den Präsidenten nicht ins Bett gehen, ich muß ihn auf jeden Fall sprechen."

Nachdem Nixon dem letzten seiner Gäste gute Nacht gewünscht hatte, traf er sich mit Kissinger im Lincoln Sitting Room. Die Unterredung der beiden Männer zog sich bis weit nach Mitternacht hin. „Mir ist so", grübelte Nixon, „als hätten sie womöglich ein Gipfeltreffen im Sinn." Die heikle Frage, wer denn nach Peking gehen solle, wurde an diesem Abend noch nicht entschieden.

Die Chinesen hatten von Anfang an mit Kissinger gerechnet. Aus Bemerkungen gegenüber ausländischen Diplomaten in Peking ging hervor, daß sie den früheren Harvard-Professor respektierten; sie hatten seine Bücher gelesen und ein genaueres Bild von ihm zweifellos durch die Nordvietnamesen erhalten, die in Paris Geheimverhandlungen mit Kissinger führten.

Schließlich entschied sich Nixon für Kissinger. „Ich habe darüber nachgedacht", sagte er, „Sie werden gehen."

Kissinger war entzückt. Es habe „einen ganz schönen Mumm" erfordert, meinte er später einmal scherzhaft, „Richard Nixon schickte mich allein dahin, ohne jede Möglichkeit der Kommunikation. Nach allem, was er wußte, hätte ich Alaska verhökern können".

Nixon und Kissinger, zwei Außenpolitiker elitärer Gesinnung, die beide der Bürokratie mißtrauten, leiteten in aller Stille eine Reihe von Maßnahmen ein, die das amerikanische Volk zwar auf die Möglichkeit eines historischen Durchbruchs vorbereiten sollten, andererseits aber nur wenig Konkretes preisgeben durften. Es waren die Chi-

sowjetischen Grenze am Ussuri: „Einen Barbaren gegen den anderen ausspielen"



nesen, die mit einem dramatischen Schritt an die Öffentlichkeit gingen.

Am 6. April, gegen Ende eines internationalen Pingpong-Turniers im japanischen Nagoja, lud die chinesische Mannschaft das Team der Amerikaner zu einer Reise durch China ein. Es war auf den ersten Blick eine rein sportliche Angelegenheit, in Wahrheit aber eine bedeutende politische Geste.

Am 10. April überquerten neun Pingpong-Spieler, vier Offizielle, zwei Ehefrauen und drei Journalisten — sie hatten alle im letzten Moment Visa erhalten — die Lo-Wu-Brücke, die Hongkong mit China verbindet. Sie waren die erste offizielle amerikanische Delegation, die seit dem Sieg der Kommunisten 1949 den Boden dieses alten Landes betrat. Am 14. April wurden sie in der Großen Halle des Volkes von Tschou En-lai empfangen. Der chinesische Premier feierte den „Neubeginn unserer Freundschaft", und die Amerikaner spendeten stürmischen Beifall.



Nixon, Vermittler Ceauşescu: „Er hat ganz schönen Mumm ...



... ich hätte Alaska verhökern können": **Kissinger, Vermittler Jahja Khan**

Kissinger: „Ich habe die Presse zum Heulen gebracht."

Nixon und Kissinger versuchten, den einmal gewonnenen Schwung auszunutzen. Das Weiße Haus kündigte ein Bündel von Liberalisierungsmaßnahmen an, die die Kluft zwischen den beiden Ländern verringern sollten. Das 21 Jahre alte US-Handelsembargo gegenüber China wurde gelockert.

Am 26. April empfahl ein vom Präsidenten eingesetzter Ausschuß die Aufnahme Pekings in die Uno, allerdings solle Taiwan nicht ausgeschlossen werden. Nixon sprach mit Reportern über „unsere neue China-Politik": „Was wir bisher getan haben, hat das Eis gebrochen. Nun müssen wir sehen, wie tief das Wasser ist."

Zusammen arbeiteten Nixon und Kissinger die Themen durch, die während der Geheimverhandlungen in China ganz sicher zur Sprache kommen würden: die amerikanische Taiwan-Politik, die Zulassung Pekings zur Uno, der Rückzug der GIs aus Indochina und der Grad der Normalisierung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen. Zusammen verfaßten sie die Erklärung, die Kissinger Tschou En-lai eingangs verlesen sollte — ebenso zehn hypothetische Kommuniqués, die Kissinger im Namen des Präsidenten würde akzeptieren können. Und sie stellten eine umfangreiche Informationsmappe über chinesische Geschichte, Kultur und neuere Ereignisse zusammen.

Kissinger, wieder ganz Lernender, betrieb seine geheimen China-Studien vornehmlich spätabends. Von der CIA forderte er eine detaillierte Biographie Tschous an. Vorsichtig und immer darauf bedacht, den wahren Grund seines Interesses nicht zu verraten, erforschte er die Ansichten verschiedener Sinologen. Kissinger führte ein Doppelleben — in der Öffentlichkeit sprach er über Vietnam, Rußland und Europa, und privat entwickelte er sich zu einem neuen China-Fachmann.

Der Termin für seine geheime China-Reise stand fest: Vom 9. bis zum 11. Juli sollten zwei Jahrzehnte chinesisch-amerikanischer Feindschaft durch einen Neuanfang der Beziehungen abgeschlossen werden. Als Ablenkungsmanöver wurde eine Weltreise arrangiert.

Kissinger verließ die USA am 1. Juli in einem Flugzeug des Präsidenten. Zwei Tage später war er in Saigon und sprach mit Präsident Thieu und US-Botschafter Bunker. Zahlreiche Begleitjournalisten mühten sich, jedem seiner Schritte nachzuspüren. Die „New York Times" brachte Kissinger auf Seite eins, die „CBC" sendete einen größeren Fernsehbeitrag. Am 4. Juli kam er in Bangkok an, wo das Pressekorps bereits kleiner war. Folglich war auch die Berichterstattung weniger vollständig, und Kissinger verschwand von der Frontseite. Er lächelte den Journalisten zwar zu, sprach aber kein Wort mit ihnen.

Am 6. Juli flog er nach Neu-Delhi, am 7. Juli überraschte die zusammengeschrumpfte Journalistentruppe Kissinger, als er aus dem Büro von Ministerpräsidentin Indira Gandhi kam. Das Interesse der Journalisten schwand rapide. Am 8. Juli schwebte Kissinger in der Hauptstadt Pakistans, dem neuen, heißen Islamabad, ein, und kein Journalist schien sich noch darum zu kümmern.

„Ich habe die Presse zum Heulen gebracht", erinnerte sich Kissinger, „sechs Termine pro Tag, jeden Tag, und nie habe ich auch nur ein Wort gesagt. Sie mußten da draußen in der Hitze herumstehen und mit ansehen, wie ich reinging, rauskam, reinging, rauskam, und ich habe nicht ein einziges

Wort gesagt. Als ich in Islamabad ankam, waren nur noch drei Journalisten übrig."

An jenem Nachmittag sollte die größte Eskamotage in der Geschichte der modernen Diplomatie in Szene gehen. Alles war im vorhinein sorgfältig zwischen dem Weißen Haus und dem pakistanischen Präsidenten Jahja Khan ausgearbeitet. Als unentbehrlicher Mittelsmann hatte er den geheimen Austausch von Noten zwischen Washington und Peking kanalisiert und war von Anfang an eingeweiht. (Dies war auch der Grund, warum Nixon in dem dann ausbrechenden Krieg zwischen Indien und Pakistan Jahja Khan die Stange hielt.)

Der Plan klappte reibungslos. Zuerst stattete Kissinger dem pakistanischen Präsidenten einen 90minütigen Höflichkeitsbesuch ab. Dann wurde bekanntgegeben, der amerikanische Besucher müsse leider ein Essen zu Ehren seines Gastgebers absagen (tatsächlich war es einzig zu dem Zweck angesetzt worden, wieder gestrichen zu werden); Kissinger sei durch die lange Reise erschöpft, er werde auf der 85 000 Fuß hohen Bergstation Nathia Gali eine kurze Erholungspause einlegen.

Am nächsten Tag, dem 9. Juli, ließ die pakistanische Regierung verlauten, Kissinger werde seinen Aufenthalt in Nathia Gali wegen einer „leichten Unpäßlichkeit" verlängern — einige Reporter sprachen vom „Delhi belly", einem Übel, das schnellreisenden Leuten nur zu vertraut ist.

Die Fahrt nach Nathia Gali — das war ein Teil der Vertuschungsaktion — sollte so auffällig wie möglich vor sich gehen. So rollte eine ganze Karawane von Limousinen, alle mit den Standern der USA und Pakistans und begleitet von einer Motorrad-Eskorte, durch die Straßen Islamabads in die Berge hinauf. Sie wurde angeführt von dem amerikanischen Pakistan-Botschafter Joseph S. Farland; später schloß sich ihm Sultan Mohammed Khan an, Staatssekretär im Außenministerium, der zweimal in Peking gedient hatte und nun die große Täuschungsaktion leitete.

Um die Täuschung abzusichern, schickte die Regierung Ströme von Besuchern von Islamabad nach Nathia Gali, die dem indisponierten Reisenden Respekt zollen sollten. Der Stabschef der pakistanischen Armee, der Verteidigungsminister und eine Reihe anderer Offizieller schauten vorbei und erkundigten sich nach Kissingers Gesundheit. Sie wurden vom Khan abgefangen, der ihnen eine Tasse Kaffee kredenzte und klarmachte, Kissinger ruhe sich aus und dürfe nicht gestört werden.

In Wahrheit war Kissinger überhaupt nicht nach Nathia Gali gefahren. Nach seinem Zusammentreffen mit Jahja Khan am Abend seiner Ankunft hatte er sich in das Gästehaus des Präsidenten zurückgezogen. Dort blieb er bis 2.30 Uhr am nächsten Morgen, als Sultan Mohammed Khan erschien, um ihn zum Internationalen Flughafen von Islamabad zu begleiten.

Ein paar Minuten bevor Kissinger ins Flugzeug stieg, betraten vier hohe chinesische Beamte die Maschine: Tschous Begrüßungs-Komitee; sie waren zwar schon drei Tage in der Hauptstadt, hatten sich aber im verborgenen gehalten. Einer der beiden Sicherheitsbegleiter Kissingers hatte keine Ahnung, wohin die Reise gehen würde; als er das Flugzeug bestieg und „vier Chinesen dort sitzen sah", so erinnerte sich Kissinger, „hätte er fast sein Gebiß verloren".

Kurz nach drei Uhr am 9. Juli war Kissingers Flugzeug bereits unterwegs. Kissinger fühlte sich fast schwindelig. „Es reizte mich gewaltig", erinnerte er sich später. „Ich war unterwegs in ein Land, von dem ich nichts gewußt und das ich nie gesehen hatte. Und ich sollte es als erster betreten. Es war... abenteuerlich!"

Am Mittag landete die PIA-Maschine auf einem fast völlig verlassenen Militärflugplatz nahe Peking. Kissinger wurde von Marschall Jeh Tschien-jing erwartet, einem der ehrwürdigen Führer der Chinesischen Revolution, außerdem von Botschafter Huang Hua, der später zu den Vereinten Nationen entsandt werden sollte, und von zwei Mitarbeitern des Außenministeriums.

Kurz nach ihrer Ankunft im Gästehaus traf sich die amerikanische Gruppe mit ihren chinesischen Gastgebern bei einem üppigen Mahl. Um vier Uhr nachmittags fuhr Tschou En-lai vor Kissingers Gästehaus vor. Das war protokollarisch höchst ungewöhnlich. Normalerweise stattet ein Regierungschef einem Gast keinen Besuch ab, schon gar keinem Gast ohne Ministerrang. So war dieser Gast denn auch geschmeichelt und beeindruckt.



Chinesischer, amerikanischer Tischtennisspieler: „Neubeginn einer Freundschaft"

„Es reizte mich gewaltig, es war abenteuerlich."

Nathia Gali, eine Gruppe von Berg-Bungalows mit gewundenen Anfahrtswegen, war für die ihm zuerkannte Rolle perfekt geeignet. Ein pakistanischer Arzt wurde zur Behandlung eines Patienten gerufen — freilich erst, nachdem sich der Khan davon überzeugt hatte, daß der Mediziner Kissinger nicht kannte. So behandelte der Arzt — im Glauben, er kuriere Kissinger — in Wahrheit einen dankbaren Geheimdienstmann, der tatsächlich am „Delhi-Bauch" litt.

Tschou und Kissinger, beide in Begleitung ihrer Mitarbeiter, saßen sich an einem rechteckigen filzbezogenen Tisch gegenüber. Sie sprachen fast acht Stunden hintereinander, bis tief in die Nacht hinein. Es gab keine festgelegte Tagesordnung. Kissinger verlas dann tatsächlich die formelle Eröffnungserklärung, an der Nixon und er sechs Stunden lang gearbeitet hatten.

Gegen Ende seiner Ausführungen benutzte Kissinger ein Adjektiv, das Tschous Phantasie ansprach. „Nach 22 Jahren der Trennung", sagte er, „sind wir also heute hier in diesem für uns so geheimnisvollen Land."

„Geheimnisvoll?" fragte Tschou verwundert. „Warum geheimnisvoll?" Tschous Frage wiederum überraschte Kissinger. Die nächsten zehn Minuten verbrachten Tschou und Kissinger damit, sich über die eigenen Vorstellungen von der jeweils anderen Nation zu unterhalten — warum erschien China geheimnisvoll, warum andererseits Amerika ruhelos und etwas naiv? Ihre

anfängliche Förmlichkeit begann aufzutauen; Humor durchbrach das Protokoll.

Von ihren Aufzeichnungen schweiften Kissinger und Tschou ab zu weitläufigen Reflexionen über ihre gesellschaftlichen und politischen Systeme.

„Es war schon verdammt aufregend", bemerkte später ein Mitarbeiter des Weißen Hauses, nachdem er gelesen hatte, was Kissinger an unmittelbaren Eindrücken auf 40 engbeschriebenen Seiten niedergelegt hatte. „Wenn es irgendwo in der Welt zwei noch interessantere Männer in der Außenpolitik geben sollte — zum Teufel, ich jedenfalls weiß nicht, wer sie sind."

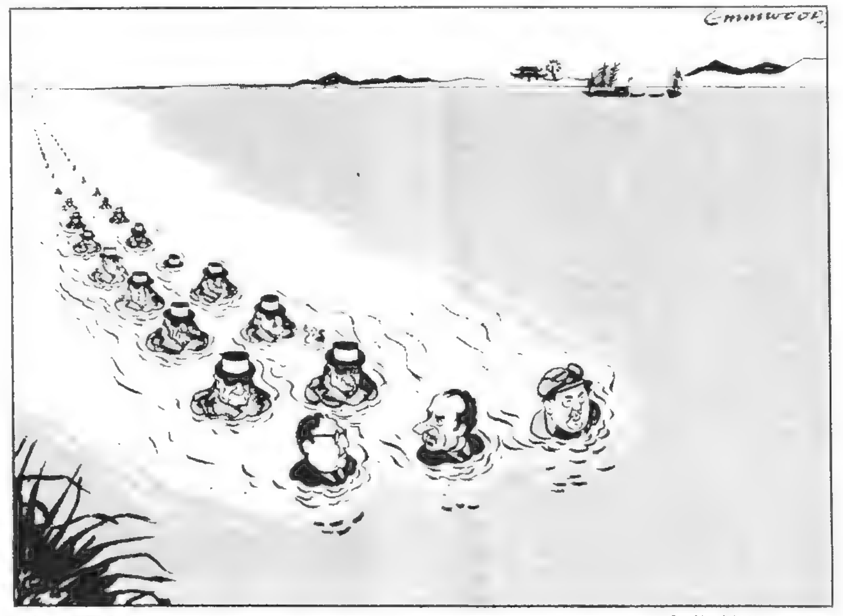
Am nächsten Nachmittag wurden die Kissinger-Tschou-Gespräche wiederaufgenommen; Tschou lud offiziell den Präsidenten zu einem China-Besuch ein, und Kissinger nahm die Einladung im Namen Nixons an.

Bei einem abschließenden Treffen am 11. Juli ging es um die Frage, wie beide Seiten in Zukunft miteinander Verbindung halten sollten. Jahja Khan, Ceaușescu, Manac'h — sie alle waren durch die vielversprechende neue Kissinger-Tschou-Beziehung entbehrlich geworden. China und die USA, so einigte man sich, würden künftig direkt miteinander verhandeln, über ihre Botschaften in Paris, Ottawa und anderen Hauptstädten.

Kissinger und Tschou einigten sich auch über den Wortlaut eines Abschlußkommuniqués, das am 15. Juli, um zehn Uhr abends Eastern Daylight Time, veröffentlicht werden sollte. Dieser Termin würde Kissinger genügend Zeit lassen, nach Islamabad zurückzukehren, wiederaufzutauchen, im eigenen Flugzeug zu einem weiteren vereinbarten Geheimtreffen mit Le Duc Tho nach Paris zu fliegen und schließlich mit einem überaus positiven Abschlußbericht zum Präsidenten nach San Clemente zurückzukehren.

Kissingers heikelstes Problem: Taiwan.

Nachdem er mit Glanz und Gloria aus China heimgekehrt war, machte sich Kissinger an die Vorbereitungen für den Besuch des Präsidenten. Eine seiner Aufgaben war es, die Journalisten, Abgeordneten und Kolumnisten über China zu informieren — und indem er der Öffentlichkeit die neuen Linien des alten Konflikts zeichnete, gewann seine ohnedies schon zentrale Rolle in den Entscheidungen des Weißen Hauses immer mehr Gewicht.



Daily Mail, London

„Er hätte eigentlich für unsere Geheimverhandlungen einen etwas bequemeren Platz finden können"

Das heikelste Problem war Taiwan. Kissinger hatte Tschou zugestanden, daß die USA Taiwan als einen Teil Chinas betrachteten. Doch damit war Washington noch keineswegs förmlich festgelegt. Nach Kissingers Rückkehr unternahmen die Vereinigten Staaten zwei Schritte, die im Einklang mit diesem Zugeständnis standen. Sie begannen mit einer Verdünnung der 9000 Mann starken US-Garnison auf Taiwan. Wenn Taiwan ein Teil Chinas war, gab es keine Rechtfertigung mehr für eine amerikanische Militärpräsenz.

Der zweite Schritt betraf Amerikas Haltung zur Frage der Vertretung Chinas in der Uno. 22 Jahre lang hatte Taiwan China repräsentiert, vornehmlich dank amerikanischer Anstrengungen. Sobald Kissinger im Grundsatz anerkannt hatte, daß Taiwan eine Provinz Chinas sei, war diese Fiktion nicht



US-Luftstützpunkt auf Taiwan: Auf Kosten des Bundesgenossen ...

mehr haltbar, der Umschwung erforderte eine neue Politik.

Am 2. August 1971 trat Kissinger endlich aus den Kulissen des Außenministeriums, um die neue Politik zu verkünden. Künftig, so sagte er, würden sich die Vereinigten Staaten für einen Beitritt Pekings zur Uno einsetzen, sogar für seinen Anspruch auf den Sitz im Sicherheitsrat; allerdings würden sie sich jedem Versuch widersetzen, Taiwan die Uno-Mitgliedschaft oder den Sitz in der Vollversammlung zu nehmen.

Am 5. Oktober, während die Uno sich auf die China-Abstimmung einrichtete, wurde dann Kissingers zweite China-Reise angekündigt. Am 20. Oktober, so hieß es, werde er abermals nach Peking fliegen, „für längstens vier Tage", um „konkrete Vereinbarungen" für den Präsidentenbesuch zu treffen.

Doch anstatt Peking am 23. oder 24. Oktober wieder zu verlassen, blieb Kissinger noch bis zum 26. — ein klug ausgetüfteltes Signal: Die China-Abstimmung in der Uno fand am Nachmittag des 25. Oktober statt, also an Kissingers vorletztem Tag in Peking. Seine Anwesenheit dort bewies die Doppelzüngigkeit der amerikanischen Politik: Während Rogers zu einem Kampf bis zum Tod um Chinas Sitz in der Vollversammlung aufrief, verkündete Kissinger auf ausdrückliche Order des Präsidenten die Geburt einer neuen Beziehung zu Peking.

Pekings überwältigender Abstimmungssieg konnte Nixon nicht überrascht haben; er war von Experten des Außenministeriums genau vorausgesagt worden. Trotzdem nutzte Nixon die Abstimmung zur Rechtfertigung einer — ohnehin geplanten — Kürzung des amerikanischen Uno-Beitrags, dann befaßte er sich weiter mit seinen Pekinger Besuchsplänen. Und am 30. November gab Kissinger den Termin der Reise bekannt: Nixon werde sich vom 21. bis zum 28. Februar 1972 in Peking aufhalten.

Es war ein beißendkalter Morgen, als Richard Nixon endlich seine Premiere in Peking feiern konnte: Als erster Präsident der Vereinigten Staaten besuchte er China. Premierminister Tschou En-lai empfing ihn mit einer kleinen Delegation auf der Rollbahn.

„Wie war Ihr Flug?" fragte Tschou auf Englisch. „Er war sehr angenehm", erwiderte Nixon mit einer über das ganze Rollfeld tragenden Stimme.

Den Präsidentenberater Kissinger begrüßte Tschou mit den Worten: „Ah, alter Freund", und schüttelte ihm die Hand. Kissinger, der alte Chinakenner, war jetzt zum dritten Mal innerhalb von sieben Monaten in Peking.

Es gab keine Reden, ausländische Diplomaten waren nicht anwesend und auch keine „normalen" Chinesen mit Papierfähnchen und Blumensträußen. Dies sollte eine schmucklose Begrüßung sein, auf halbem Wege zwischen Feindschaft und Entspannung.

Als „ein bißchen frostig" umschrieb ein Begleiter Nixons den Empfang des Präsidenten. Aber schon wenige Minuten nachdem Nixon in dem Gästebezirk, der „Fischerterrasse" in einem Pekinger Vorort, angekommen war, erreichte ihn ein unerwarteter Anruf: Ob es dem Präsidenten und Dr. Kissinger passen würde, jetzt von dem Vorsitzenden Mao empfangen zu werden?

Im allgemeinen pflegte Mao einen hohen ausländischen Besucher erst ein oder zwei Tage vor dessen Abreise zu empfangen. Nixon fühlte sich geschmeichelt, aber er war nicht überwältigt. Er beschloß, ein paar Minuten zu spät zu kommen.

Mao empfing die Amerikaner in seinem großen Arbeitszimmer. Nixon und Kissinger wußten, daß sie einer Legende gegenüberstanden, einer Legende, die immer noch ein Führer war: ein wahrer chinesischer Revolutionär, der sich gründlich von den kommunistischen Bürokraten Rußlands unterschied.

Rogers protestiert — Streit um das Kommuniqué.

Kissinger war durch seine Vorbereitungen zu einem Freund Chinas geworden. Was ihm noch vor wenigen Jahren verrückt vorgekommen war, erschien ihm plötzlich sinnvoll. Er sah in Mao einen Visionär und in Nixon einen Pragmatiker; dennoch waren diese philosophischen Unterschiede zur Bedeutungslosigkeit verblaßt. Politische Berechnung — ihr unterschiedliches In-



... Signale der Doppelzüngigkeit: **Chinesische Uno-Delegation 1971**



China-Besucher Nixon auf der Großen Mauer: „Diese Woche hat die Welt verändert"

teresse an Rußland — hatte sie zusammengeführt.

Die Begegnung von Mao und Nixon dauerte etwas über eine Stunde. Die Hälfte der Zeit verging mit Übersetzen. Mao wirkte vorsichtig, weise und humorvoll. Er schien niemals irgendeinen Punkt zu betonen. Er sprach nie von einer Tagesordnung. Er machte den Eindruck eines Plauderers, der ziellos ohne besondere Reihenfolge von einem Gedanken zum anderen wanderte — Taiwan, Japan, Indochina, Kampf gegen „Hegemonie" (ein anderer Ausdruck für Rußland), die Verbindungen zwischen China und Amerika.

Wochen später jedoch, als Kissinger in der ruhigen Atmosphäre seines Arbeitszimmers die Abschrift der Gespräche zwischen Mao und Nixon studierte, erkannte er mit Verspätung, daß Mao damals in Wirklichkeit das Schanghai-Kommuniqué umrissen hatte, die einzige amtliche Erklärung, die über die Woche des Präsidenten in China abgegeben wurde. Für jeden Paragraphen in dem Kommuniqué gab es einen Satz in der Mao-Nixon-Unterhaltung.

Nixon und Kissinger kamen in jener Woche nicht noch einmal mit Mao zusammen. Elegant übernahm Tschou die Führung. Er wurde der Reisebegleiter, Gastgeber und Verhandlungsgegner des Präsidenten.

Das erste Treffen verging mit Reden und Photographieren. Die Stimmung war gut. An den folgenden vier Tagen trafen sich Nixon und Tschou zu Arbeitssitzungen. Kissinger saß auf der rechten Seite des Präsidenten. Nur John Holdridge und Winston Lord begleiteten sie. Am unteren Ende der Halle fanden Paralleldiskussionen zwischen Rogers und Tschi Peng-fei, dem chinesischen Außenminister, statt. Das Prinzip war deutlich: Nixon und Tschou besprachen die Grundsatzfragen, Rogers und Tschi diskutierten konkrete Abmachungen über Reisen, Handel und Tourismus.

Spät abends, nach den Banketten, Konzerten oder Tischtennis-Vorführungen, traf sich dann Kissinger mit Tschiao Kuan-hua, dem stellvertretenden Außenminister, um an dem Entwurf des Schlußkommuniqués zu arbeiten.

Am Freitag, dem 25. Februar, bei Tagesanbruch hatten er und Tschiao den größten Teil des Abschnittes über Taiwan fertiggestellt. Doch dann erhob Rogers Einwände, die Kissinger als Haarspalterei vorkamen, aber von Nixon geteilt wurden. Kissinger mußte die Verhandlungen mit Tschiao wieder eröffnen, ein toter Punkt schien erreicht.

Nach einem Bankett am Freitagabend gingen die Besprechungen weiter. Drei oder vier Mal im Laufe der langen Nacht rief Kissinger den Präsidenten an und bat um Orientierungshilfe. Nixon bekam sehr wenig Schlaf, Kissinger überhaupt keinen. Kurz vor Tagesanbruch am Sonnabend beschlossen Kissinger und Tschiao, erschöpft, aber mutig, eine Pause zu machen, bevor sie ihre Vorgesetzten informierten. Sie hatten die zwei Schlüsselparagraphen über Taiwan so kunstvoll entworfen, daß jeder Unterhändler sie auf seine eigene Art interpretieren konnte, ohne den anderen in Verlegenheit zu bringen.

„Der Chinese wollte wissen, ob ich Mao ersetzen will."

Später am Morgen trafen sich Nixon und Tschou am Flughafen, um das Kommuniqué noch einmal durchzusehen. Der Abflug nach Hangtschou mußte deswegen über eine Stunde verschoben werden.

Während Nixon und Tschou die Pekinger Ehrengarde abschritten, verabschiedete sich Kissinger von chinesischen Beamten, die nicht nach Hangtschou mitfliegen würden; unter ihnen war Marschall Jeh, Kissingers erster offizieller Gastgeber in China. Der „Newsweek"-Reporter Mel Elfin beobachtete die Szene. „Na, Henry", spottete er, „der wollte wohl sicher sein, daß Sie als der erste amerikanische Botschafter zurückkommen?"

„Botschafter?" rief Kissinger. „Jeh wollte gerade wissen, ob ich bereit wäre, den Vorsitzenden Mao zu ersetzen."

Am Sonntagabend ging Nixons Reise mit einem Schlußbankett in Schanghai zu Ende. „Dies war die Woche, die die Welt veränderte", verkündete der Präsident. Dann trank er dem Premier Tschou En-lai zu und sprach: „Unsere zwei Völker halten heute nacht die Zukunft der Welt in Händen."

Wie ein Held, der von einem Eroberungszug heimkehrt, wurde Nixon dann in Washington begrüßt. Rund um den Globus regte sich das Gefühl, daß diese Reise eine neue diplomatische Welt geschaffen hat.

Im nächsten Heft

Das Ende in Vietnam: Kissinger arbeitet mit Le Duc Tho eine Friedensformel aus und scheitert beinahe – Saigon protestiert: „Das kommt einer Kapitulation gleich" – Wollte Nixon seinen Kissinger entmachten?

Musik: Kein Pop auf der Penne

„Unser Musikunterricht ist antiquiert“: Zu diesem Urteil kommt die Fachzeitschrift „Schallplatte“ in einem fundierten Elf-Seiten-Report. Anhand repräsentativer Schülerumfragen in Hessen und Nordrhein-Westfalen wird nachgewiesen, daß über die Hälfte der Pennäler Informationen über Popmusik, Schlager und den Musikmarkt erwarten, aber nur vier Prozent über klassische Musik. Im Unterricht rangieren dagegen Notenlesen mit 37,8 und die Lebensläufe klassischer Komponisten mit 37,3 Prozent an der Spitze. Nur 4,4 Prozent der Lehrzeit gelten der Frage, wie Musik produziert und vermarktet wird. Ein ähnliches Mißverhältnis besteht beim praktischen Musizieren. Von 100 Schülern möchten 56,4 Gitarre spielen, nur 0,3 Blockflöte. Dieses Instrument dominiert an den Schulen jedoch mit 31 Prozent. Mehr als die Hälfte des Jungvolks steht dem Fach Musik gleichgültig gegenüber; Grund: Die meisten Pädagogen sind über Popmusik total uninformiert. 54 der 97 von „Schallplatte“ befragten Musiklehrer war, allerhand, der Name James Last unbekannt.

Film: Comeback für Chaplins „Verdoux“?

Nur über Eisensteins „Panzerkreuzer Potemkin“ und Orson Welles' „Citizen Kane“ sind so viele und tiefschürfende Essays verfaßt worden wie über Charlie Chaplins unpopuläres Meisterwerk „Monsieur Verdoux“. Der Kintopp-Klassiker zerstört darin den Mythos vom rührenden Charlie mit sarkastischem Witz und einer antikapitalistischen Botschaft: „Das Verbrechen ist eine Fortsetzung des Geschäfts mit anderen Mitteln.“ Erzählt wird die Geschichte eines arbeitslosen, verheirateten Bankangestellten, der — während der Weltwirtschaftskrise — mit dem Geld ermordeter Frauen spekuliert. Der Kino-Start dieser Geld-und-Mord-Komödie wurde 1947 in den USA von konservativen Verbänden blockiert. In Deutschland lief der Film schon 1952 ohne große Resonanz. Droht ihm jetzt, bei der Wiederaufführung während der Sommerflaute, ein ähnliches Schicksal?



Chaplin in „Monsieur Verdoux“

Theater: Valentinaden in Skandinavien

„Woher die leeren Theater? Nur durch das Ausbleiben des Publikums.“ So hatte einst der Münchner Tiefsinnierer Karl Valentin (1882 bis 1948) die Lage gedeutet. Seit zwei Jahren erlebt die erbarmungslose Komik seiner Sketche an deutschsprachigen Bühnen von Basel bis Berlin eine erstaunliche Renaissance. Und nun will das Ausland den „Linksdenker“ (Tucholsky) spielen. Das römische „Teatro degli Indipendenti“ plant eine szenische Collage, und auch Skandinavien macht sich an Valentinaden: Das „Volkstheater“ Kopenhagen und das „Nationaltheater“ Helsinki bereiten Übersetzungen vor. Valentin, der bayrische Sprach-Spieler, in fremder Zunge? Wenn er einen Hut wünscht, der „außen schwarz und innen hohl“ ist, mag es noch angehen. Wie aber übersetzt man den berühmten Streit, ob es „Semmelknödeln“ oder „Semmelnknödeln“ heißt?





Valentin (l. als Loreley)

Verlage: Bataille bei Rogner & Bernhard

Vor einem Jahr war er tief in der Krise und die Schließung schien nahe; jetzt produziert er wieder, und schon ist der alte (unkommerzielle) Ehrgeiz wieder virulent: Der Münchner Verlag Rogner & Bernhard, Buchkäufern als Lieferant wichtiger Rarissima aus Graphik, erotischer und literarischer Literatur vertraut, versucht erneut ein Versäumnis der großen Verlage nachzuholen. Noch bevor 1975 die schon begonnene Antonin-Artaud-Ausgabe fortgeführt wird, startet R. & B. im Oktober eine zehnbändige Edition der theoretischen Schriften von Georges Bataille — sicher eines der wichtigsten Ereignisse dieses Literatur-Herbstes: Bataille (1897 bis 1962), Hegel-Kritiker und Nietzsche-Adept und „neuer Mystiker“ (Sartre), gilt derzeit (zusammen mit Artaud und Michaux) als ein Liebling des intellektuellen Frankreich. Und das, so glaubt Rogner & Bernhard-Verleger Axel Matthes, muß sich auch hierzulande auswirken, „denn die bessere deutsche Philosophie findet doch augenblicklich in Frankreich statt“.

Zitat

Da die aggressive Weltanschauung die Krawatte gehöhnt, verachtet, verdammt — nicht zuletzt übrigens, um eine Industrie zu schädigen; mit der Fabrikation von Waffen verfährt man milder —, sollten wir den Mut haben, die Krawatte, eine winzige Äußerung des Geschmacks, zu einer, wenn auch ebenso winzigen Äußerung der Gesinnung zu machen. Sie repräsentiert... Individualismus, Leistung, Respekt, Verschiedenheit, Rücksicht und die Suche nach ein bißchen Glück.

Festredner Hans Habe bei der Grundsteinlegung zu einer Krawatten-Fabrik in Krefeld.

Finger im Hals, Hand am Bauch

Eine Welle krasser erotischer Komödien — darunter „Le Trio Infernal“ mit Romy Schneider — beherrscht Frankreichs Film-Szene. Die neuen Schock-Lichtspiele — demnächst auch in deutschen Kinos — übertreffen den „Letzten Tango“ und das „Große Fressen“ an Obszönität und werden als „hyperkommerzielle Schweinerei“ attackiert.

Auf den Kinoplakaten steht zu lesen: „Empfindliche Zuschauer werden gewarnt, daß dieses Werk gewisse Szenen enthält, die eine provozierende oder verletzende Wirkung haben können.“ Mit diesem von der Zensur verlangten Hinweis werden Frankreichs Kinogänger auf den neuesten Romy-Schneider-Film, „Le Trio Infernal“ von Francis Girod, eingestimmt.



Romy Schneider, Piccoli in „Le Trio Infernal“: „O Tannenbaum, o Tannenbaum“

Nicht ohne Grund: In dieser Schock-Komödie haben die Zuschauer eine halbe Stunde lang sichtlich damit zu kämpfen, ob sie lachen oder sich übergeben sollen. „Es ist“, so ein französischer Kritiker, „als würde einem ein Finger in den Hals gesteckt und zugleich mit der anderen Hand am Bauch gekitzelt werden.“

Der Erstlingsfilm des ehemaligen Journalisten und Schauspielers Francis Girod, 29, führt mit dem Glamour und Raffinement von Hollywoodkomödien der dreißiger Jahre erotische und degoutante Exzesse vor, deren Kaltschnäuzigkeit und Horror-Komik die Unflätigkeiten von Ferreris „Großem Fressen“ als relativ harmlos erscheinen lassen.

„Le Trio Infernal“ ist kein Ausnahmefall in der neuesten Kino-Szene Frankreichs. Eine Reihe weiterer, zum Teil noch krasserer Komödien dieses Kalibers ist in Paris angelaufen oder wird für die kommende Kino-Hochsaison erwartet. So der von der Kritik als „hyperkommerzielle Schweinerei“ titulierte Unterleibs-Klamauk „Les Valseuses“ von Bertrand Blier — derzeit Frankreichs Kassenerfolg Nr. 1 — und Luis Berlangas „Life Size“, eine von der französischen Zensur noch nicht freigegebene Satire über die „sexuellen Perversionen“ eines Modearztes (Michel Piccoli). „Le Trio Infernal“, „Les Valseuses“ und „Life Size“ kommen im September in die deutschen Kinos.

Gemeinsam ist all diesen Filmen, daß sie Obszönitäten und laszive Späße in hochästhetischen, verführerisch bunten Bildern präsentieren und das mit einer fröhlich-anarchistischen Hemmungslosigkeit und naßforschen Erotik, gegen die harte Pornos und der „Letzte Tango“ trist und verquält wirken.

In „Le Trio Infernal“ freilich werden fiese Morde und die Beseitigung der Opfer in einer enervierend-abstoßenden Ausführlichkeit gezeigt, deren irre Komik den Brechreiz gerade noch in Grenzen hält.

An einem Weihnachtsabend in den zwanziger Jahren bringt der mondäne Marseiller Rechtsanwalt Sarret (Michel Piccoli) in seiner Villa brutal ein tumbes Ehepaar um, dessen Vermögen er ergattern will. An dem Verbrechen beteiligt sind zwei clevere deutsche Schwestern, Philoméne (Romy Schneider) und Catherine (Mascha Gomska), die mit dem Anwalt Heimtücke, Bett und Finanzen teilen.

Nach der Tat binden sie sich Schürzen und Tücher übers elegante Gewand und schleifen die Leichen zu Badewannen, um sie in Schwefelsäure aufzulösen. Das weibliche Opfer wird von Andrea Ferreol, der Dicken aus dem „Großen Fressen“, gespielt. Der Film macht sich einen besonders makabren Spaß daraus, wie sich Piccoli und seine schönen Konkubinen damit abmühen, die Kleider von dem schwabbernden, blutbesudelten Leib zu reißen. Später singt das Mörder-Trio „O Tannenbaum“ und schlüpft gemeinsam ins Bett. Das Schlimmste steht noch bevor.

Die in der Säure aufgelösten Körper haben sich in eine glibbrige, an Blut und Fäkalien erinnernde Brühe verwandelt, und Sarret, Philoméne und Catherine verbringen eine Nacht damit, sie aus den Badewannen zu schöpfen und im Garten zu verscharren. Piccoli kleckert sich dabei die guten Hosen voll, Romy Schneider rutscht mit einem Eimer voller Ekel-Soße auf der Treppe aus, Mascha Gomska kotzt wüst auf den Teppich.

In dieser Schlachthaus- und Latrinen-Szenerie ist Philoméne (Romy Schneider) noch zu sexuellen Eskapaden aufgelegt: Sie kniet sich vor Sarret und knöpft ihm den Hosenschlitz auf — reserviert amüsiert läßt er die Fellatio über sich ergehen. Ein andermal reizt sie ihn mit einem raffinierten Striptease zu einer animalischen Vergewaltigungsattacke.

Romy Schneider (die in „Le Trio Infernal“ ihre beste Rolle spielt) und Michel Piccoli absolvieren solche Rituale mit exhibitionistischer Sinnlichkeit und aggressiver Lust.

Noch um eine kräftige Dosis ordinärer ist in seiner Frivolität der Film „Les Valseuses“, den Bertrand Blier, 34, nach seinem gleichnamigen Roman gedreht hat. In New York — dort ist „Les

Valseuses“ gegenwärtig der erfolgreichste ausländische Film — wollte der Rezensent von „Time“ dem Regisseur „am liebsten den Mund mit Seife auswaschen und beten, daß dieser Film eine isolierte Abirrung ist“.

In der „New York Times“ verteidigte der Journalist Peter Schjeldahl „Les Valseuses“ als „eine der ätzendsten Satiren, die je über die rebellierende Jugend gemacht wurden“.

Bliers anarchistische Komödie erzählt im Slapstick-Stil die sexuellen und kriminellen Abenteuer zweier Halbstarker (23 und 25) — einen spielt Frankreichs neues Kino-Idol Gérard Depardieu. Er und sein Partner Patrick Dewaere räubern als Jean-Claude und Pierrot durch „Scheiß-Frankreich“, brechen ein, überfallen Bürger und klauen ein Auto nach dem anderen.

Was aber so viele Kritiker aus der Fassung brachte, das ist die primitive, pubertäre, mutterfixierte Erotik des unzertrennlichen Bürgerschreck-Paares, die der Film mit einer Mischung aus Vulgarität, Ironie und Gaudium vorführt.

So bitten die beiden ein Mädchen, zwischen dessen Beine fassen zu dürfen, und halten einander dann kichernd den Finger unter die Nase. In einem Eisenbahnabteil bringen sie eine junge Frau mit Drohungen und Geld dazu, mit dem Säugen ihres Babys weiterzumachen und dann sogar einen von ihnen selber an die Brust zu lassen. Während der heftig nuckelt, macht sich der zweite anderweitig an der immer mehr interessierten Mutter zu schaffen.

Aus der latenten Homosexualität der beiden, die sich nie alleine an eine Frau wagen, macht der Film kein Hehl. Bei einer günstigen Gelegenheit fingert Jean-Claude seinem Freund im Hintern herum und meint, daß es spießig und unfreundlich wäre, es nicht mit ihm zu treiben.



Makavejev-Porno „Sweet Movie“
„Probier mich, ich bin köstlich“

Höhepunkt von „Les Valseuses“ ist eine lange Episode mit Jeanne Moreau. Sie spielt eine abgewrackte ältere Frau, die Pierrot und Jean-Claude von der Straße aufgabeln und dazu verführen, mit ihnen in einem Hotelzimmer zu schlafen. Am Morgen löst sie sich aus den Armen der beiden, nimmt sich von ihnen heimlich den Revolver und begeht den abstrusesten Selbstmord, den es wahrscheinlich je im Kino gegeben hat. Sie schießt sich die Kugel in die Vagina.

Wie „Le Trio Infernal“ wurde „Sweet Movie“, eine in Kanada und Frankreich entstandene „erotische Komödie“ des Jugoslawen Dušan Makavejev („W. R. — Mysterien des Organismus“), von der Zensur nur mit der Auflage freigegeben, auf den Plakaten die Zuschauer zu „warnen“.

„Sweet Movie“ — Werbeslogan: „Probier mich, ich bin köstlich!“ — reiht Sex, Anti-Kapitalismus, Revolutions-Nostalgie, Anti-Psychiatrie, Biologismus, Urschrei und Lust-Jux zu einem farbenprächtigen, barocken Porno-Comicstrip. Über einen deutschen Start von „Sweet Movie“ wird zur Zeit verhandelt.

Eine Miss Welt 1984 wird in der Hochzeitsnacht von ihrem amerikanischen Ehemann, Mr. Kapital, vom Busen bis zum Genital mit Alkohol gereinigt. Dann präsentiert der Supermann einen riesigen vergoldeten Penis, aus dem eine Fontäne schießt. Nach Paris geflohen, koitiert Miss Welt auf dem Eiffelturm mit einem Mexikaner, El Macho, so ekstatisch, daß beide ohnmächtig werden. Bei der Therapie-Kommune in Wien erlebt sie die ausgedehnten Freß-, Spei-, Harn- und Kotentleerungs-Orgien von Otto Muehl und Genossen. Zu diesen mit Hochglanz abgelichteten Vergnügungen ertönt Beethovens „Freude schöner Götterfunken“.

Ungern ließen die Zensoren auch eine Szene durchgehen, in der sich eine pralle Blondine vor einigen Knaben auszieht — sie goutieren den Striptease schmunzelnd — und sich von ihnen zwischen die Schenkel und in den Hintern gucken läßt.

Regisseur Makavejev wäre gern viel weiter gegangen. Aber sein Star Carol Laure — sie suhlt sich am Ende nackt in flüssiger Schokolade, das süße Naß lasziv in ihr Geschlechtsteil schmierend — lief während der Dreharbeiten davon. Sie hatte keine Lust, auch noch einen (echten) Penis in den Mund zu nehmen — jetzt schmiegt sie ihn nur an ihre Backe —, vor Kindern zu masturbieren und der Kamera Einblick in ihre Vagina zu geben.

Makavejev aber träumt weiter von seinem „aphrodisischen Kino“, das in den Filmtheatern ein „erotisches Ozon schaffen“ und den Zuschauern „orgasmische Freuden“ bereiten soll.





Allergie-Test in der Klinik: Jeder fünfte Deutsche ist allergisch



„Kommt von den Erdbeeren"

„Fast eine Modekrankheit" nennen es die Mediziner. Unaufhaltsam wächst die Zahl der Patienten, die von einer Allergie gequält werden: Heuschnupfen und Nesselfieber, Milchschorf oder Migräne. Den Ursachen der Epidemie sind die Wissenschaftler auf der Spur: Jedes Jahr werden 120 000 neue Chemikalien synthetisiert — jeweils einige Hundert davon sind allergische Schadstoffe.

Erdbeeren, vom Leibkoch gereicht, brachten Richard den Dritten, König von England, um den gesunden Teint. Feuerrot, so berichteten die Geschichtsschreiber, sei die Haut des Monarchen entflammt, düster wurde des Königs Sinn: Einen mißliebigen Lord des Kronrates ließ er wegen Giftmordversuchs hinrichten — tags darauf war von dem königlichen Leiden keine Spur mehr sichtbar.

Für den 33jährigen West-Berliner Assistenzarzt kam das Übel aus dem Federbett. Es nahm ihm die Luft und die Lust zur Liebe. Kurzatmig und sehr blaß verließ er die Freundin. Erst nach drei Tagen wich die Atembeklemmung. Der Rat eines erfahrenen Kollegen läßt ihn Luft und Liebe wieder genießen — freilich, im Bett seiner neuen Gefährtin liegen keine Federkissen.

Mit dem Tode büßte ein zwölfjähriger Schüler aus Seattle (US-Staat Washington) den Übermut seiner Freunde. Sie warfen ihn in ein ungeheiztes Schwimmbecken. Der Schüler starb innerhalb weniger Sekunden. Er war gegen Kälte überempfindlich gewesen.

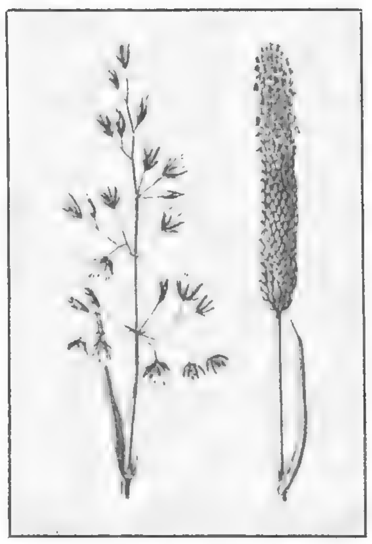
Die Rätselkrankheit „Allergie" hatte ein weiteres Opfer gefordert.

Erdbeeren, Bettfedern, Kälte — die auslösenden Ursachen sind so mannigfaltig wie die Folgen: Atemnot und „convulsivische Engbrüstigkeit" beim Liebhaber, eine juckende Hautentzündung beim König und gar der Tod durch Kreislaufversagen beim spielenden Knaben.

Gemeinsam ist dem Leid der drei nur die „veränderte Reaktionsfähigkeit" ihrer Körper. „Für diesen allgemeinen Begriff", so hatte der Wiener Kinderarzt Clemens von Pirquet 1906 geschrieben, „schlage ich den Ausdruck Allergie vor."

Seither hat das Kunstwort die Welt umrundet, ist in alle Kultursprachen aufgenommen worden und noch immer auf dem langen Marsch durch die Institutionen*:

* Allergie: von griech. allos = anders, ergon = Wirkung.



Waschmittel (o.), blühendes Gras



Metall-Strumpfhalter

Mögliche Auslöser für eine Allergie: Überforderung der Gren

▷ Den medizinischen Schulen gilt die Allergie mittlerweile als „ubiquitäres (allgegenwärtiges) Phänomen“ und die Lehre von der Überempfindlichkeit als „Querschnittsfach“ der Medizin, das alle Fachrichtungen angeht (Allergie-Professor Max Werner).

▷ Weltgesundheitsorganisation und Bundesregierung finanzieren zahlreiche einschlägige Forschungsvorhaben, denn die Allergie ist unbestritten eine der „großen Krankheiten unserer Zeit“, denen die sozialliberale Koalition schon in der ersten Regierungserklärung von 1969 den Kampf angesagt hat.

▷ Schließlich vereint das Wort die Patienten aller Länder. Allergie jeder Art wird von den Spezialisten immer häufiger diagnostiziert und von den Kranken meist ohne Widerstand angenommen.

„Niemand schämt sich, wenn er eine Allergie hat“, weiß Deutschlands „Allergie-Papst“, der Wiesbadener Professor Dr. Wilhelm Gronemeyer von seinen Patienten zu berichten. Das gute Image des Leidens hat Tradition. Als „aristokratische Krankheit“ galt englischen Medizinmännern der (allergische) Heuschnupfen schon vor 100 Jahren. Damals fanden sie, daß er, wie die Syphilis, „vorzugsweise die begüterten und sensibleren Schichten“ befällt.

Krankheiten mit herrschaftlichem Hintergrund werden jedoch — weitgehend unabhängig von ihrer wirklichen Verbreitung — von Patienten und Ärzten überdurchschnittlich häufig diagnostiziert. „Fast eine Modekrankheit“ ist deshalb nach Ansicht der Experten mittlerweile das geheimnisvolle Leiden Allergie: „Jeder Pubertätspickel gilt schon als allergisch“, formulierte es Professor Gronemeyer.


Katzenhaar


Erdbeeren


Blumen

lächen des menschlichen Organismus?

Der Boom hat noch einen anderen Grund: Während vor einem Jahrzehnt Medizinstudenten über die diagnostische Ratlosigkeit ihrer Lehrer spotteten: „Was er nicht erklären kann, das sieht er gern als Rheuma an“, gilt nunmehr bei Insidern die Allergie als Verlegenheitsdiagnose der ersten Wahl.

Dennoch: Allergie ist mehr als eine Modekrankheit. Stetig und unaufhaltsam wächst die Zahl der allergisch Kranken. Schon reagiert jeder fünfte Deutsche auf irgendeine Substanz seiner Umgebung mit krankhafter Empfindlichkeit: mit tränenden Augen und triefender Nase, geschwollenen Schleimhäuten oder abgeschlafftem Blutdruck.

In bestimmten Berufsgruppen — so bei Friseuren, Lackierern oder Pharmaforschern — leidet schon jeder dritte an einer Allergie. Denn Jahr für Jahr werden rund 120 000 neue chemische Substanzen synthetisiert — mindestens einige Hundert von ihnen sind allergische Schadstoffe. Kein Mensch ist vor ihnen sicher.

Dem Geheimnis solch vertrackter Reaktion sind die Wissenschaftler erst seit Beginn dieses Jahrhunderts auf der Spur — ganz gelüftet haben sie es bis heute nicht. Allergie, so lehren die Mediziner, ist der Versuch des differenzierten menschlichen Organismus, mit unerwünschten winzigen Eindringlingen fertig zu werden. Genaugenommen, sagt der schwedische Allergologe Paul Kallós, ist die Reaktion jedoch die „Fehlleistung eines an sich nützlichen Abwehrmechanismus“: der Mensch als Opfer eigener Anstrengungen.

Was sich da gegen den Organismus wendet, sind winzige, selbst produzierte Abwehrstoffe, die „Antikörper“. Sie sind das Reaktionsprodukt auf den Kontakt mit „Antigenen“, jenen Allergie auslösenden Substanzen, deren Zahl Legion ist. Die „Antigen-Antikörper-Reaktion“ („AAR“) setzt ein Gewebshormon, das Histamin, frei. Nahezu jede allergische Reaktion, vom Juckreiz bis zum tödlichen Kreislaufversagen, geht auf das Konto dieser Eiweißverbindung.

Dieser vielseitige Wirkstoff wird mit Blut und Lymphe in alle Regionen des Körpers gespült und wirkt dort bereits in Mikromengen oft fatal: Histamin erweitert die kleinsten Blutgefäße, steigert ihre Durchlässigkeit (Bildung von Ödemen), löst Juckreiz aus, verkrampft die glatte Muskulatur und vermehrt die Sekretion der Drüsen auf ein Vielfaches. Je nach Dosis und Wirkungsort kommt es deshalb während der allergischen Reaktion zu raschem Blutdruckabfall, Haut- und Schleimhautschwellungen, krampfartigen Kontraktionen der Bronchialmuskulatur, Verschleimung oder gar allem zugleich — dem „allergischen Schock“.

Histamin, 1907 von dem Göttinger Chemiker und späteren Nobelpreisträger Adolf Windaus entdeckt, kann durch so zahlreiche Substanzen (und selbst durch Wärme oder Kälte) freigesetzt werden, daß es bislang keine

komplette Liste dieser Antigene gibt — mehr noch: geben kann. Nach 70 Jahren Allergieforschung zieht Gronemeyer Bilanz: „Die Anzahl möglicher Substanzen mit Antigenpotenz ist praktisch unbegrenzt und unübersehbar."

Wie Marcel Proust, der — vom Hausstaub-Asthma ans Bett gefesselt — sich auf die Suche nach der verlorenen Zeit machte, stöbern die Allergie-Forscher deshalb inmitten der Daten und Dunkelfelder wenigstens „nach einem brauchbaren Ordnungsprinzip".

Denn verwirrend ist das bunte Kaleidoskop der durch Allergie ausgelösten Krankheitsbilder nicht nur für den Laien. Es reicht von A bis Z, von Asthma bis Zystitis, einer Entzündung der Blasenschleimhaut. Zu den allergischen Krankheiten können so unterschiedliche Leiden zählen wie der Milchschorf des Säuglings, das Nesselfieber des Touristen, der tödliche Penicillinschock des tripperkranken Seemanns und die Migräne grüner Witwen.

Veranlagung zum Asthma über vier Generationen vererbt.

Klinisch tätige Ärzte ordnen diese geheimnisvolle Vielfalt gegenwärtig bevorzugt nach den unterschiedlichen Kontakt- und Aufnahmemöglichkeiten der Allergie erzeugenden Schadstoffe:

▷ Die Inhalations-Allergie trifft Lunge und Bronchien. Sie wird — unter anderem — ausgelöst durch Pilzsporen und Pollen, den Staub von Tierhaaren, Hautschuppen oder Wolle.

▷ Die Nahrungs- und Arzneimittel-Allergie vermittelt der Verdauungstrakt. Als Allergene kommen, neben fast allen Medikamenten, hauptsächlich Milch, Eier, Fisch, Obst und Hülsenfrüchte in Betracht.



Allergie-gefährdeter Beruf Friseur
27 Allergene am Arbeitsplatz

▷ Haut-Allergien werden vor allem durch Pelze, Puder und Primeln, Chrysanthemen und Kakerlaken, Kälte, Metalle, Waschpulver und Weihnachtsbäume ausgelöst und unterhalten.

▷ Die Depot-Allergie entsteht durch Antigene, die im Organismus parat sein können: Bakterien, Trichinen, Darmwürmer, aber auch verlorenes Operationsmaterial wie Nadel und Faden.

Weshalb der eine Mensch auf Antigen-Kontakt mit lebhafter Antikörperbildung reagiert, der andere ein Leben lang vor solcher Fehlleistung seiner Zellen bewahrt bleibt, ist noch immer ungeklärt. Nachgewiesen wurde bisher nur, daß in bestimmten Familien Allergien gehäuft auftreten. So verfolgte der Erbforscher Ernst Hanhart die Luftnot einer Asthmatiker-Sippe durch vier Generationen: Nur eine Urgroßmutter war von dem Übel frei gewesen.

Die besondere Reaktion einzelner, im übrigen gesund erscheinender Menschen auf bestimmte Stoffe, die anderen Mitbürgern durchaus verträglich sind, galt dem Königsberger Denker Kant als ausschließlich seelisches Phänomen. Er hielt die damals noch „Idiosynkrasie" genannte Besonderheit für eine Marotte, wie sie manche Sonderlinge auszeichnet, „gleichsam wie eine Hausgrille im Kopf zirpt, und die doch kein anderer hören kann".

An Einfühlung in die Not der Allergiker fehlt es heute nicht mehr. Nur mangelt es den Forschern noch am Wissen um die zugrunde liegenden „molekularen Grundstörungen". Sie sind, klagt Heinrich Schade, der Direktor des Düsseldorfer Universitätsinstituts für Humangenetik, „nicht sicher erfaßbar". Doch selbst wenn das gelingen sollte, bleibt ein weiteres Rätsel. Sippenforscher Hanhart: „Wir wissen noch gar nicht, was sich bei der Allergiebereitschaft eigentlich vererbt."

Antipathie ist es nicht. Mit diesem seit dem Mittelalter üblichen Erklärungsversuch hatten die Mediziner noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts das Rätsel Allergie eher zugedeckt als gelüftet. So galt Antipathie gegen Rosenduft als Ursache des sommerlichen Heuschnupfens („Rosenfieber"). Ein Widerwille gegen Wald und Wiesen wurde für das Asthma verantwortlich gemacht. Wer reich genug war, seiner Antipathie zu leben, hatte freilich gute Chancen, beschwerdefrei zu werden — bessere jedenfalls als heute. Denn die gegenwärtige Zunahme der allergischen Erkrankungen hat zahlreiche Ursachen, denen sich nur wenige Menschen völlig entziehen können:

▷ Die Luftverunreinigung führt zur dauernden Inhalation von Industriestaub und Reizstoffen.



Allergie-gefährdeter Beruf Anstreicher
Oft nur die Wahl des Wechselns

▷ Die Konservierung und Schönung der Nahrungsmittel mit chemischen Zusatzstoffen vermehrt die Zahl der möglichen Allergene.

▷ Neue Verbrauchsgüter — Kosmetika, Aerosole, Arzneimittel — sind potentielle Antigene für jedermann.

Dr. Erich Fuchs, der gemeinsam mit Gronemeyer in der Wiesbadener „Mayo-Klinik" den Fachbereich Allergologie betreibt, deutet die Zunahme der allergischen Krankheiten in der ganzen zivilisierten Welt als „Überforderung der Grenzflächen des Organismus". Haut und Schleimhäute, so dünn wie in vorindustrieller Zeit, erliegen dem Dauerbombardement der Allergene. Fuchs: „Industrie und Propaganda sorgen dafür, daß ständig immer neue Substanzen in Gebrauch kommen und durch wiederholte, massive Exposition zum Antigen werden."

Wer den in der Wiesbadener Mayo-Klinik installierten Computer danach befragt, wie viele der bislang rund 45 000 durchgeschleusten Patienten allein gegen ein einziges Arzneimittel — das Penicillin — allergisch sind, dem wartet der elektronische Doktor Allwissend prompt mit 40 Fällen auf: Keiner dieser Patienten darf je wieder Penicillin erhalten — es könnte das Ende sein.

Das Risiko, an den tödlichen Nebenwirkungen einer Arznei zu sterben,

ist bei Antibiotika wie dem Penicillin besonders groß: Fünf bis zwölf Prozent aller Patienten, die penicillinhaltige Salben, Puder oder Lutschtabletten verordnet bekommen, reagieren allergisch — im günstigsten Fall nur mit einem juckenden Kontakt-Ekzem, manchmal (wie unlängst eine 20jährige Bonner Sekretärin) mit einem Verschluß großer Blutgefäße, im schlimmsten Fall mit einem tödlichen „anaphylaktischen Schock".

Der Spätschnüpfler hat im Frühjahr nichts zu fürchten.

„Anaphylaxie" — Schutzlosigkeit — so hatten 1902 die französischen Naturforscher Charles Richet und Paul Portier als erste den beklagenswerten Zustand ihres Versuchshundes „Neptun" genannt. Dem Tier war dreimal innerhalb eines Monats Gift injiziert worden, das die beiden Biologen aus Quallen und Seeanemonen extrahiert hatten. Zur Hand ging ihnen dabei Albert I. von Monaco, der auch die fürstliche Jacht „Princesse Alice II" hergab — war man doch, so schien es jedenfalls, einem alten Menschheitstraum dicht auf den Fersen: der „Giftfestigkeit".

Albert und seine Bordgäste hofften, ihre Versuchstiere durch die wiederholten unterdosierten Gaben des Tentakelgifts schließlich immunisieren zu können. Vorbild der Crew war der sagenumwobene König Mithridates VI. (132 bis 63 vor Christus). Er soll durch fleißiges Training so immun gegen Schlangengifte gewesen sein, „daß, als er, um der Gefangenschaft zu entgehen, den Gifttod wählte, die Wirkung ausblieb und er sich schließlich in sein Schwert stürzen mußte" (so der Medizinhistoriker Hans Schadewaldt).

Richet und Companie fahndeten vergebens nach den Anzeichen einer erhöhten Giftfestigkeit bei ihrem Versuchshund. „Neptuns" Tod nach der dritten Spritze bewies, daß sie genau dem gegenteiligen Effekt auf der Spur waren. Richet freute sich trotzdem: „Wir haben ein neues Phänomen entdeckt, das muß getauft werden."

Mit Gift freilich hatte das Anaphylaxie benannte Phänomen nichts zu tun. Denn bald zeigte sich, daß „jegliche körperfremde, lösliche Substanz zur Sensibilisierung und Anaphylaxie führen kann" (Allergieforscher Hansen).

Die gegen eine Fremdsubstanz erworbene Empfindlichkeit ist streng spezifisch: Wer etwa als „Spätschnüpfler" gegen die Pollen der zweiten Jahreshälfte überempfindlich ist, hat im Frühjahr nichts zu fürchten; geschweige, daß ihm normalerweise Pelze, Puder oder Pasten allergisch zusetzen.

Besonders unglückliche Naturen indes bilden gegen zahlreiche Antigene jeweils spezifische Antikörper — sie reagieren auf eine Vielzahl von Fremdstoffen. So ist der hessische Tierarzt Dr. Ottokar-Rochus Ritter von Schlumperger, 52 — den vor 18 Jahren ein Rindvieh so unglücklich trat, daß sich der Veterinär versehentlich eine Überdosis Tuberkulose-Impfstoff für Rinder injizierte — mittlerweile gegen so viele Substanzen allergisch, daß „eine Aufzählung Seiten in Anspruch nähme". Berichtete die „Frankfurter Rundschau": „Nicht einmal ein Pfefferminz kann er lutschen."

Dabei ist Menthol nach Experten-Urteil gemeinhin ein seltenes und relativ harmloses Antigen. Viel gefürchteter sind beispielsweise Rizinussamen, Insektenstaub, Tierhaare und die Stiche von Honigbienen oder Hornissen. 30 Todesopfer fordert die Bienengift-Allergie jährlich in den USA (mehr als durch Schlangenbisse umkommen).

Der Boom in Meerschweinchen und Hamstern, diesen „Pferden des kleinen Mannes" (Allergie-Tester Fuchs), erregt unter Spezialisten ebensoviel Sorge wie die oft eher gesundheitsschädlichen Verkaufs- und Werbepraktiken der Pharmaindustrie.

So enthalten zahlreiche Salben bekannte Allergene, von denen kein Hautarzt annimmt, daß sie zum Heilerfolg irgend etwas beitragen könnten. Vielfach sind diese potentiellen Schadstoffe nicht „deklariert": Statt der verständlichen pharmakologischen Kurzbezeichnung („generic name") wird die chemische Langformel ausgedruckt. Rund 75 Prozent aller Unterschenkelgeschwüre werden, so schätzen Münchner Hautkliniker, auf diese Weise offengehalten: Die Wunde kann nicht heilen, weil die Arznei täglich aufs neue einen allergischen Prozeß auslöst.

Drei von zehn Medikamenten-Allergien, so ermittelten jüngst zwei Mediziner der Universität Rom, werden durch den Wirkstoff Aminophenazon ausgelöst — eine Substanz, die in vielen rezeptfreien Schmerzmitteln enthalten ist.

Gefahr des Schocks schon bei einem Millionstel Gramm.

Der permanente Kontakt mit — oft sattsam bekannten — Allergenen ist auch der Grund für die stetige Zunahme berufsbedingter Hautkrankheiten. Solche Leiden werden, nur wenn sie „schwer oder wiederholt rückfällig" sind, als entschädigungspflichtig anerkannt. Trotz dieser Barriere registrierten westdeutsche Arbeitsmediziner im Jahre 1971 etwa 7000 Fälle. Den mei-





Allergie-Forscher Fuchs, Gronemeyer, Testsubstanzen im allergologischen Labor: Warnung vor Meerschweinchen

sten Allergikern bleibt keine Wahl. Sie müssen den Beruf wechseln.

20 „häufige" Antigene zählte der Hamburger Hautarzt Professor Josef Kimmig allein bei Anstreichern, Malern und Lackierern, 27 Stoffe sind es bei Friseuren; 34 Substanzen gefährden die „im Heilberuf tätigen Personen".

Der Nachweis eines dieser Antigene gelingt meist nur durch eine langwierige ärztliche Detektivarbeit. Bisher sind alle Versuche gescheitert, eine simple Blutprobe — vergleichbar der „Wassermann-Reaktion" bei Syphilis — zu entwickeln: Ob die vermutete Allergie überhaupt besteht, erweist sich erst im „Test".

Dabei werden dem Patienten stark verdünnte Allergenextrakte auf mancherlei Weise nahegebracht. Ziel der Testung ist ein begrenzter Konflikt. miteinander verwandter Fremdstoffe, zum Beispiel Hamster- und Meerschweinchenhaare. Bei lebhafter („positiver") Hautreaktion wird in einer zweiten Sitzung der Gruppenextrakt „aufgesplittert". Nun zeigt sich, welches Kleintier an der Misere schuld hat.

Von dieser Methode sind einige Variationen im Schwange. So wird beim „Pricktest" der Allergen-Extrakt meist auf die Innenseite des Vorderarmes aufgetropft und dann in die darunterliegende Haut geritzt. Mit industriell hergestellten Testpflastern, auf die das verdächtige Material aufgebracht wird, gehen manche Hautärzte das Problem an („Epikutantest").

Schließlich wagen Spezialisten auch die „Provokation": Vorsätzlich träufeln sie Pollenlösung in Augen und Nase,



Allergie-Entdecker Portier (l.)*: Traum von der Giftfestigkeit

Die Antigen-Antikörper-Reaktion soll sich unter den Augen und der Kontrolle des Testers in einem eng umschriebenen Areal abspielen.

So werden bei der „großen Allergenprobe", einem „bewährten, routinemäßigen Suchtest" (Gronemeyer) insgesamt dreißigmal „0,1 bis 0,2 Milliliter des Allergenextraktes in entsprechender Verdünnung (Testkonzentration) mit einer Tuberkulinspritze mittels kurzgeschliffener Kanüle (Nummer 18) streng gezielt in die Rückenhaut injiziert". Als erfolgreich gilt die Suche nach dem Allergen, wenn am Injektionsort eine blaßgelbe Hautquaddel, umgeben von einem roten Hof, aufschießt.

Bei der ersten Testung werden gewöhnlich Mischextrakte gespritzt. Sie enthalten die antigene Potenz mehrerer, um Heuschnupfen hervorzurufen; lassen sie Mehl und Hausstaub inhalieren, um ein Asthma auszulösen; reiben sie verdächtige Arbeitsstoffe unverdünnt in die Haut.

Dieses Geschäft ist nicht ohne Risiko. Wie stark die Antigen-Antikörper-Reaktion ausfallen wird, läßt sich keineswegs immer voraussehen. Gelegentlich jedenfalls reicht ein Millionstel Gramm des Antikörpers für einen lebensbedrohlichen „anaphylaktischen Schock". Die meisten Hausärzte gehen der Mühsal und den Gefahren der Allergietestung jedenfalls lieber aus dem Weg. Sie bevorzugen die „Anhiebsdiagnose" („Das kommt von den Erdbeeren"), die freilich nichts wert ist.

Seriöse Allergiediagnostik ist nur möglich, wenn einige Hundert der häufigsten Allergene im Fläschchen vorrätig gehalten werden. Die Spezialisten

* An Bord der monegassischen Jacht „Princesse Alice II" im Jahre 1902.



Allergiker Munthe
Schnupfen von Blütenpollen

der elitären Zunft hoffen jedoch, daß die wagemutige Stichelei für die Kranken demnächst wenigstens teilweise entbehrlich wird. So erproben in England seit anderthalb Jahren drei Allergologen ein Diagnoseverfahren mit fremder Haut. Dabei wird dieses bei Operationen anfallende Gewebe in dünne Scheiben geschnitten, mit dem Blutserum des Testpatienten ernährt und schließlich mit den fraglichen Allergenen zusammengebracht. Die Menge des bei dieser Gelegenheit freigesetzten Histamins soll den Verdacht beweisen oder widerlegen.

Auch auf Helgoland kein Schutz vor Pollen.

Für „Sonderfälle" empfehlen Tüftler neuerdings eine weitere Testvariante. Unter dem Mikroskop beachten sie die Veränderungen der aus dem Blut von Allergikern kultivierten weißen Blutkörperchen. Aber noch divergieren, berichtet das Ärztemagazin „Selecta", „die mitgeteilten Resultate der einzelnen Arbeitsgruppen erheblich".

Eintracht herrscht dagegen über das Hauptprinzip der Therapie. Es heißt „Karenz". Denn die „Ausschaltung des auslösenden Antigens" ist „der einfachste Weg", die Entstehung der gewebefeindlichen Immunkörper zu verhindern. Gronemeyer: „Das ist kausale Behandlung."

Sie hat indes vielfältige Schwierigkeiten. „Gleichgültigkeit des Patienten" zählt ebenso dazu wie die „Ungenauigkeit der ärztlichen Anordnung". Hinweise wie „Sie vertragen keine Eier", „Sie müssen Ihr Federbett entfernen", „Sie dürfen keine Milch trinken" sind so gut wie niemals ausreichend.

Wenn der Patient sein Federbett wegwirft, die Ehefrau ihr Haupt aber weiterhin auf ein Kopfkissen bettet, bleibt das Allergen nah und die Erlösung von dem Leiden fern. Schwieriger noch wird die Abstinenz von versteckten Antigenen: Milcheiweiß findet sich auch in manchen Brotarten, Soßen und Süßigkeiten.

Bestimmten Schadstoffen kommen die Kranken erst auf die Spur, wenn es zu spät ist. Gronemeyers Wiesbadener Kollege Friedrich Schröpl: „Manche Allergene, zum Beispiel die Parabene, müssen aufgrund der gültigen Gesetze in Arzneimitteln nicht deklariert werden." Und das tut dann auch keiner.

So leicht hier Abhilfe zu schaffen wäre, so schwierig wird die Karenz bei den „Inhalationsallergenen". Einige Heuschnüpfler machen sich zwar zu Beginn der Pollensaison ins Hochgebirge oder nach Helgoland auf den Weg, doch sogar dort kann „infolge der Flugweite der Pollen, 100 Kilometer und mehr, bei ungünstigen Windbewegungen die Pollenexposition erheblich sein".

Für die Mehrheit der schniefenden Blütenfeinde — in der Bundesrepublik gibt es mindestens eine Million Pollenallergiker — ist der Exodus aus sozialen Gründen sowieso nicht möglich. Für sie hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft unlängst ein Luft-Meßstellennetz errichtet. Neun „Pollenfallen" kontrollieren den Gehalt der Luft an biologischen Partikeln.

Wer gar konsequent gegen Industrieabgase und Luftverschmutzung Karenz üben will, gerät nicht selten in „soziale und berufliche Zwangslagen: zum Beispiel Berufswechsel, Wohnungswechsel, Ortswechsel, so daß andere Maßnahmen gesucht werden müssen" (Gronemeyer). Methode der Wahl ist die „spezifische Desensibilisierung".

Den Kranken werden winzige Dosen des schädlichen Allergens zugeführt, meist in Form von Injektionen. Manchmal genügen drei oder vier Spritzen, aber meist dauert die Behandlung Wochen, Monate oder gar Jahre. Viele Patienten müssen sie zudem in bestimmten Abständen wiederholen, wenn sie nicht erneut von Heuschnupfen oder Ausschlag geplagt sein wollen.

Auf diese Weise gelingt es, etwa jeden zweiten Allergiker gegen seinen Schadstoff zu „desensibilisieren", ihn unter- oder gar unempfindlich zu machen — niemand weiß genau, weshalb.



Allergiker Richard III. von England
Quaddeln von Erdbeeren

Die anderen Allergiker müssen bislang mit ihrem mehr oder minder lästigen Leiden leben. Auch die Seelenforscher, die Psychologen und Analytiker, haben noch keine brauchbare These gefunden, die etwa die Ursachen einer Überempfindlichkeit eindeutig im seelischen Bereich orten ließe oder die gar helfen könnte, Allergien zu heilen.



Allergiker Proust
Asthma vom Hausstaub

Daß die Psyche beteiligt ist, wird zumindest bei jenen Patienten deutlich, deren Allergie-Reflex so gut funktionieren kann wie der Speichelfluß bei einem Pawlowschen Hund: Schon der Anblick eines gemalten Getreidefeldes oder einer Rose auf Papier kann bei ihnen den Heuschnupfen auslösen, und allein die Einladung zu einem Fischessen kann Anlaß dafür sein, daß ihr Körper sich mit roten Bläschen überzieht — genauso als habe der Fischallergiker eine Hamburger Ewerscholle verzehrt.

Der Griff nach den Wunderdrogen birgt oft ein hohes Risiko.

„Extrovertierte Libido" oder — andererseits — auch das Unvermögen, feindliche Gefühle zu zeigen, so glauben manche Psychoanalytiker, könnten der Rätselkrankheit zugrunde liegen. Aber die meist eher naturwissenschaftlich orientierten Allergologen sind mit ihnen fast nur in der Beurteilung einer allergischen Erkrankung einig, beim frühkindlichen Asthma: Sie sprechen dann vom „Asthma-



Allergie-Quelle Luftverschmutzung: Suche nach dem unsichtbaren Schutzschild ...

Band", das die „dominierende Mutter" und ihr hilfloses Kind umschlingt und dem Nachwuchs den Atem nimmt.

Angesichts der Misere für das Allergie-Volk greifen die Mediziner im Notfall noch tief in die große Tablettenkiste und behandeln, wo es kausal oder spezifisch nicht geht, „symptomatisch": Gegen den Juckreiz gibt es Beruhigungsmittel und essigsaure Tonerde, gegen die asthmatische Luftnot vielerlei von Jod bis zu feuchten Wickeln und warmen Flaschen.

Besonders geschätzt sind die in den dreißiger und vierziger Jahren entdeckten und lange als Wunderdrogen gefeierten „Antihistaminica" und „Cortisone". Mittlerweile sind die Urteile über diese sicher oft überaus wirksamen Arzneien weit weniger enthusiastisch — denn bei leichten Allergien lohnt es nicht, das erhebliche Nebenwirkungsrisiko in Kauf zu nehmen.

Antihistaminica etwa setzen bei vielen Patienten die Reaktionsfähigkeit herab, machen schläfrig oder belasten den Kreislauf. Und die Liste der unerwünschten Nebeneffekte bei Cortison reicht vom Magengeschwür über Entgleisungen des Wasserhaushalts im Körper bis zu den — seltenen — tödlichen Störungen im Hormonsystem.

Aber vielleicht, so zumindest hoffen einige prominente Allergologen, sind die Tage solch nicht immer wirksamer und oft riskanter Tabletten-Kuren gezählt: seit der Schweizer Hautarzt Alain De Weck fand, was vor ihm Dutzende von Biochemikern vergebens gesucht hatten — eine Substanz, die in das Schlüsselloch der Antikörper paßt. Sie verleiht dem Allergiker eine Art unsichtbaren Schutzschild: Selbst wenn der Schadstoff reichlich injiziert wird, findet er alle Haftstellen besetzt. Nichts geht mehr — die Immunkörperbildung ist blockiert.



... gegen alle Schadstoffe: **Allergie-Quelle Penicillin (Herstellung)**

Bisher freilich gibt es die Wunderwaffe nur für Penicillin-Allergien. Doch einigen Betroffenen schwant schon Schlimmes. Als der bedächtige Berner Gelehrte auf einem Ärztekongreß in Wiesbaden die Neuigkeiten kundtat, wurde die Vertreterin eines bekannten Pharmabetriebes unruhig: „Das ist das Ende unserer Firma. Der macht später sowas auch für andere Allergien."

De Weck mag das keinesfalls ausschließen. Wenn die weiteren Versuche positiv ausfallen, erläuterte er, wären die Anwendungsmöglichkeiten des Prinzips lediglich durch technische Schwierigkeiten begrenzt. Im Vorgriff und wegen der großen sozialen Bedeutung dieser Forschungsarbeiten erhielt der Schweizer im letzten Jahr den — halben — Robert-Koch-Preis verliehen, der mit 20 000 Mark dotiert ist.

„Die Allergie wird hoffähig", freut sich Gronemeyer, ein von Allergien verschont gebliebener optimistischer Pykniker, über diese und andere Nachrichten. Sein leptosomer Kollege Fuchs, der mit ihm Wand an Wand sitzt (und gegen Penicillin allergisch ist), fordert vor allem ein anti-allergisches Vorbeugungsprogramm: „Prophylaxe der Allergie, das heißt: gesunde, trockene Wohnungen; reine, unverfälschte Nahrungsmittel; Gewerbehygiene in den Betrieben; Verhütung der Luftverunreinigung in den Industriegebieten, dazu Aufklärung der Bevölkerung in geeigneter Form." Das alles sei schon „wiederholt" und „von vielen Seiten" vorgeschlagen worden. Bisher ohne Erfolg, wie die steigenden Erkrankungsziffern beweisen.

Zu „tiefer Resignation" sieht Allergie-Papst Gronemeyer dennoch keinen Anlaß. Er vertraut auf die Fortschritte der Therapie und faßt Mut durch einen Blick zurück in das vergangene Jahrhundert. Damals wußte ein prominenter englischer Kollege nur ein „einziges" wirklich wirksames Mittel gegen jedwede Allergie: „Mehrere Lagen Friedhofskies."

Schaurige Moral

Keine Hochkultur der Erde hat so wie die aztekische Prunk und Tod vereint. Ein britischer Autor berichtet in einem neuen Buch über die Geschichte der Azteken und deren blutige Riten.

Die Gefangenen, angeblich über 80 000 an der Zahl, standen in endlosen Schlangen auf den drei Hauptdämmen der Lagunenstadt. Sie warteten darauf, dem Gott Huitzilopochtli nach altem Ritus geopfert zu werden: durch Aufschneiden des Brustkorbes mittels eines steinernen Messers und Herausreißen des Herzens. Ort und Zeit der Handlung: Tenochtitlan, das heutige Mexiko-City, im Jahre 1487.

Tenochtitlan war damals die Metropole des sich vom Atlantik bis zum Stillen Ozean erstreckenden Azteken-Reiches. Die Stadt zählte über 200 000 (nach anderen Schätzungen sogar 700 000) Einwohner. Sie war auf natürlichen und künstlichen Inseln angelegt und ausgestattet mit mächtigen Bauten und Kunstwerken von unvergeßlicher Schönheit. Oswald Spengler nannte sie eine „Weltstadt", und Hernando Cortez, der sie am 8. November 1519 zum ersten Male eroberte, gestand: „Spanien hat nichts Ähnliches aufzuweisen."

Zugleich aber war Tenochtitlan die Hauptstadt eines schrecklichen Kults. Während überall sonst in der Welt die heranwachsende Menschheit nach und nach das Menschenopfer durch das Darbringen von Tieren oder Feldfrüchten ersetzte, steigerten die Azteken, je höher ihre Zivilisation wuchs, den frühgeschichtlichen Kult zu religiösen Massenveranstaltungen, bei denen Ströme von Blut die Stufen ihrer Tempel herabflossen.

„Der aztekische Fall ist einzigartig in der Weltgeschichte", schrieb vor einigen Jahren der mexikanische Essayist und Diplomat Octavio Paz, und tatsächlich ist es das beispiellose Nebeneinander von Schauerlichem und Schönem, von Atavismus und zivilisatorischer Reife, das die Geschichte der Azteken zu einem Faszinosum der Schriftsteller, Historiker, Ethnologen und für das lesende Publikum gemacht hat.

Der jüngste Beschreiber des aztekischen Mirakels ist ein Brite. Nigel Davies, ehemals konservativer Unterhausabgeordneter, ist seit 1962 in Mexiko-City ansässig. Als er das Land zum ersten Male besuchte, erstaunten ihn „der Reichtum, die Schönheit und die Vielfalt der Monumente".

Davies' Buch* ist ein solider, kenntnisreicher und gut lesbarer Bericht über die Azteken: über ihre Einwanderung nach Mexiko im 12. Jahrhundert, ihre Niederlassung auf den Inseln von Tenochtitlan (1325 oder 1345) und den Aufstieg ihres Stadtstaates innerhalb eines Jahrhunderts zur Kernmacht einer Föderation, die Nord-Mittelamerika bis zu seiner Zerstörung durch die Spanier um 1520 beherrschte.

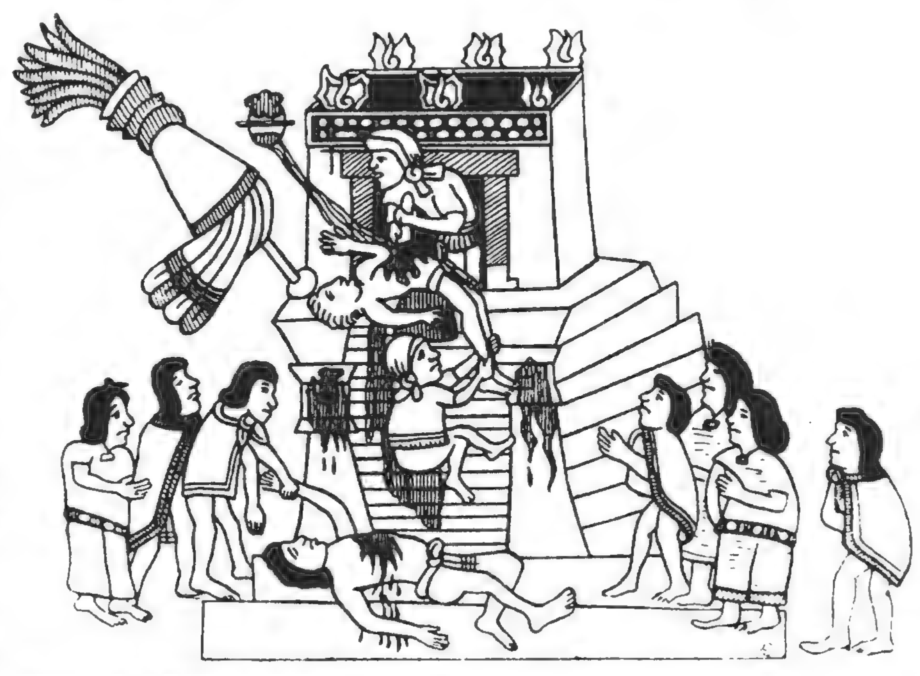
Der Aufstieg der Azteken in einer Weltregion, die von bereits hochzivilisierten Stadtstaaten beherrscht wurde, erklärt sich nicht zuletzt aus ihren düsteren religiösen Vorstellungen. Die Welt sei, so glaubten sie, alltäglich von einer kosmischen Katastrophe bedroht: dem endgültigen Untergang der Sonne.

Dieses Unglück abzuwenden, war — meinten die Azteken — nur den Göttern gegeben. Der aztekische Mensch „lebte somit", schreibt Davies, „auf geliehene Zeit, vom Zwang besessen, die Götter zu beschwichtigen". Gottesdienst — vor allem in Gestalt des Menschenopfers — war für die Azteken „einfach die Voraussetzung, um überhaupt am Leben zu bleiben!" Ihre zahllosen Kriege waren nicht zuletzt Feldzüge zur Beschaffung von Menschenopfern für ihre „blutgierigen Götter".

Die mythische Legitimation ihrer Kriege erklärt auch, daß die Azteken bei all ihrem blutig-sakralem Tun ein gutes Gewissen behielten. Grausamkeit lag ihnen fern. Das Herausreißen des Herzens ihrer Opfer verrichteten sie, wie die Spanier beobachteten, schneller, als man ein Kreuzzeichen schlagen kann. Ketzer und Verbrecher zu verbrennen, wie die Spanier es taten, „entsetzte sie" (Davies).

Ihre Kriege gegen zwei konkurrierende Stadtstaaten ritualisierten sie zu regelmäßig veranstalteten „Blumenkriegen": Auf sorgfältig abgesteckten Schlachtfeldern kämpften sie mit deren Heeren — nur um Gefangene zu machen. Danach herrschte wieder Frieden. Die Gefangenen wurden bis zu ihrer Opferung freundlich behandelt. Sie wurden als Inkarnation des Gottes angesehen, und man redete sie mit „Mein geliebter Sohn" an.

Bemerkenswert ist auch Davies' Schilderung von jener Feier des Jahres 1487, bei der — angeblich — 80 000 Menschen geopfert wurden. Den Morgen, berichtet Davies, hätten Ahuitzotl, damals Herrscher der Azteken, und dessen Mitregenten mit „einem sehr guten Lunch" gefeiert, und anschließend hätten sie sich zum Tempel begeben. Die Opferung habe vier Tage gedauert, und erst nachdem Ahuitzotl und seine „fürstlichen Kollegen vom Aufschneiden der Brustkörbe der Opfer müde wurden", hätten Priester das Amt übernommen.



Aztekisches Menschenopfer: Heiteres Töten

Davies hält das aztekische Menschenopfer für ein Zeichen von „Besessenheit". Indes, seine eigenen Berichte über die heitere Gelassenheit der Opferfeiern sprechen wenig für eine solche Interpretation. Vielleicht enthält die geographische und kulturelle Abgeschlossenheit der Azteken eine Erklärung dafür, daß bei ihnen das frühgeschichtliche Ritual zu einer schrecklichen Institution erstarrte, von der sie sich selbst nicht befreien konnten.

Die düsteren mythischen Vorstellungen der Azteken — wahrscheinlich eine Motivation ihrer zahllosen Kriege — spielten auch bei ihrem Untergang eine Rolle. Sie führten Kriege, um Menschen lebend zu fangen, nicht um sie im Kampf zu töten. So waren sie den Spaniern nicht nur technisch, sondern auch strategisch unterlegen. Ihre Moral gebot ihnen nicht das Töten, sondern das Opfern — und sie waren sehr moralisch.

* Nigel Davies: „Die Azteken". Econ Verlag, Düsseldorf; 440 Seiten; 28 Mark.

Kunst auf der Kippe

SPIEGEL-Redakteur Jürgen Hohmeyer über „Projekt '74"

In Köln ist die internationale Avantgarde-Ausstelllung „Projekt '74" eröffnet worden, ein Gemeinschaftsunternehmen mehrerer Institute und auch auf mehrere Schauplätze verteilt: auf Kunsthalle, Kunstverein, Römisch-Germanisches Museum und Wallraf-Richartz-Museum, zu dessen 150jährigem Jubiläum „Projekt '74" inszeniert worden ist. Die trotz Mängeln bedeutende Schau gibt zwei Monate lang Einblick in Gelingen und Scheitern einer „introvertierten" Kunst.

Offiziell wird „Projekt '74" mit dem Zungenschlag der Persil- und Wien-Werbung angepriesen: „Kunst bleibt Kunst." Drinnen aber plakatiert der „Projekt"-Teilnehmer Daniel Buren auf eigene Kappe: „Kunst bleibt Politik." Was denn nun?

Der eine Spruch ist, im Ernst, so viertelswahr oder jedenfalls grob mißverständlich wie der andere. Erstens: Eine Kunst, die bliebe, was sie einmal war, wäre schon keine mehr. Und gerade „Projekt '74", das gewiß ehrgeizigste Unternehmen seiner Art bis zur — helf Gott — Documenta 6, ist zum Beweis angetreten, daß die „Kunst am Anfang der 70er Jahre" nicht mehr die der goldenen Sechziger ist.

Also, zweitens, auch nicht mehr eine Sache der unbeschwerten Expansion und politischen Agitation. Pop-Art ist Geschichte, die Mai-Stürme von Anno 68 sind abgeflaut, und Klaus Staeck mit seinem Plakate- und Postkartenstand („Nostalgie ist noch lange kein Grund, CDU zu wählen"), den eine unerforschliche Einladungsstrategie zur „Projekt"-Ausstellung verschlagen hat, nimmt sich da ungefähr aus wie der letzte Urberliner in einer Kreuzberger Türkensiedlung.

Weit und breit umgibt ihn eine „Imtroversion der Kunst" (Katalogtext). Die herrschende Avantgarde, von der in Köln ein mit Einschränkungen diskutabler Querschnitt vertreten ist, beschäftigt sich mit Wahrnehmungstheorie und elementaren Formuntersuchungen oder stellt auch beispielhaft das eigene Künstler-Ich in den Mittelpunkt. Ein Hang zu geradezu magischem Narzißmus ist im Umkreis der weiterhin aktuellen Konzept-Kunst ebenso anzutreffen wie in jener noch jüngeren Sammel-Richtung, die als „Spurensicherung" oder, weiter gefaßt, als „Story-Art" herumgekommen ist.

Dies jedenfalls ist das Feld, auf dem es derzeit am lebhaftesten zugeht, auf dem am meisten, wie man sagt, „Innovation" stattfindet, ohne die es Kunst eben nicht gibt. Und daß offenbar gerade der Drang zur Neuerung die Künstler in sich kehrt, spricht für die Ergiebigkeit dieser Nabelschau.

Welche Gefahren allerdings die mühselige Suche nach immer neuen Grenzen, die noch zu überschreiten wären, mit sich bringt, das läßt auch „Projekt '74" sehr deutlich sehen. Die Künstler sind bei ihrem ständigen Fortschritt in ziemlich dünne Luft gelangt, die Grate, auf denen sie wandeln, werden immer schmaler: Wer nach Vätersitte ein nuancenreiches Ölbild malte, konnte an vielen Punkten zwischen Meisterwerk und Katastrophe landen; wer etwa danach strebt, einen auf die Kunst und ihre Mittel bezogenen einfachen Gedanken sichtbar zu machen, spielt um alles oder nichts.

Beispielshalber: Zu den schlichtesten Ausstellungsstücken gehören die eisernen „Ergänzungen" von Ulrich Rückriem. Unregelmäßig zugeschnittene angerostete Platten sind mit etwas blankeren zu geometrischen Figuren (Rechteck, Quadrat, Kreisscheibe) zusammengelegt. Und dabei wird nun in der Tat das beinahe biedere Werk-Prinzip — einen Zufallsfund planvoll zur Hirn und Augen wohlgefälligen Gestalt zu vervollständigen — überzeugend in Kunst umgesetzt. Gewicht erhält es offenbar von dem augenscheinlich schweren Material, von den unterschiedlichen Oberflächen und den Zäsuren zwischen den Teilstücken.



„Projekt"-Beitrag von Penone
Zur Form die Farbe addiert



„Projekt"-Beitrag von Daly: Als Parodie knapp ausreichend

Denn wenn Rückriem dieselbe Methode bloß auf dem Papier, in Strichzeichnungen, exerziert und Raumgrundrisse des Ausstellungsgebäudes stufenweise in Quadrate überführt, erscheint die kunstinterne Idee nur noch als blasses Gedankenspiel.

Entsprechend hängt die Bewertung der chiffrierten Daten-Tabellen von Hanne Darboven ganz daran, ob man ihnen auch graphischen Reiz abgewinnt (ich kann es nicht); sonst bleibt diese Notation von Zeit so gleichgültig wie ein Taschenkalender.

Oder andersherum: Es scheint keine umwerfende Erkenntnis zu sein, daß reale Gegenstände durch Form und Farbe gekennzeichnet sind. Um sich von ihr überrumpeln zu lassen, muß man die „Projekt"-Installation von Giuseppe Penone gesehen haben. Sie besteht aus zwei gipsweißen Abgüssen, Vorder- und Rückseite eines männlichen Oberkörpers, dazu zwei Diaprojektoren. Schaltet man ein, so addiert sich zum bleichen Torso die Farbe und bewirkt eine wahre Super-Illusion. Der Abguß, nebenbei, stammt vom Körper des Künstlers selbst, und auch ein paar echte Brusthaare stecken noch darin.

Von introvertierten Ideen geprägt wie der Umkreis der Concept-Art ist, wenngleich weniger philosophisch als romanhaft, auch der Trend der Spurensicherung und Story-Art. Und so

steht auch diese Kunst, bei aller formalen Auffächerung, immer wieder auf der heiklen Kippe zwischen privaten Künstler-Gedanken und sinnlicher Evidenz.

„Projekt"-Exempel: Die subjektive Archäologie der Franzosen Anne und Patrick Poirier ist mit dem Stadtmodell „Ostia antica" ästhetisch standfest. Der Zuschauer, der sich an dieses Bravourstück erinnert, wird auch noch die an anderer Stelle von den Poiriers ausgehängten Schautafeln eines veritablen Anthropologen in eine Art Gesamtkunst- und -wissenschaftswerk integrieren können. Was hingegen der Amerikaner Norman Daly einer von ihm erfundenen „Ilhuronischen" Kultur an neckischen Objekten gebastelt und per Spezialkatalog zugeschrieben hat (eine patinierte Zitronenpresse als „rituelles Behältnis" vom „phallischen Typ") — das wäre als nette kleine Wissenschaftsparodie knapp ausreichend. Bei „Projekt" hat Daly einen ganzen Saal für sich.

Das ist nicht die einzige Ungereimtheit. „Projekt '74" ist ein seltsamer Kompromiß zwischen Gegenwarts-Panorama und thematischer Ausstellung, überwölbt von einer vagen Theorie, nach der Hanne Darbovens kalendarische Tabellen und Dalys Pseudo-Archäologie demselben Schlagwort „Zeit" zugeordnet werden. Dem Medium Video wiederum ist eine eigene (für sich verdienstvolle) Abteilung ohne thematische Beschränkung vorbehalten. Die Ausstellung ist schwer überschaubar und wenig publikumsfreundlich.

Alles dies hebt die Bedeutung von „Projekt '74" nicht auf. Eine vergleichbare Beleg-Sammlung für die introvertierte Kunst der Gegenwart ist derzeit nirgend zu finden. Sie gibt, wohlwollend gedeutet, sogar dem platten Werbeslogan einen Sinn: Die Kunst bleibt bei sich, sie wird nicht Wissenschaft und auch nicht Politik.

In solchen dezenten Rahmen hätte auch die dafür geplante Arbeit des Konzeptkünstlers Hans Haacke ganz gut gepaßt: eine piekfein aufgemachte und keineswegs demagogische Dokumentation über die Vorbesitzer des jetzt im Kölner Wallraf-Richartz-Museum aufbewahrten „Spargelstillebens" von Manet. Die Direktoren des Museums aber wiesen den Stammbaum zurück, weil darin auch ihr Gönner Hermann Josef Abs, als Vorsitzender eines Stifter-Kuratoriums Vermittler des Bildes, mit seinen Aufsichtsratsposten vorkam.

Daß die Direktion am Ende sogar der alten Anarchisten-„Ästhetik der Sachbeschädigung" gehorchte und Wiedergaben des Corpus delicti, die Haacke-Kollege Buren unter der Behauptung „Kunst bleibt Politik" ins eigene Werk aufgenommen hatte, überkleben ließ, war nicht nur ein Skandal. Es war auch ein täppischer Rückfall in die Kunst der sechziger Jahre.

WM-BÜCHER

Echter Doppelpaß

Von der Weltmeisterschaft erwarten die Verlage einen Verkaufsrekord mit Sportbüchern. 2,5 Millionen WM-Bände überschwemmen den Markt.

Zwei deutsche Nationalspieler, Paul Breitner und Uli Hoeneß, betrieben Weltmeisterschaft in Handarbeit und verdienen sich zumindest 100 000 Mark dazu: Mit 210 000 Unterschriften für ihr WM-Buch im Sigloch-Verlag stellten sie einen Autogramm-Weltrekord auf.

Aneinandergereiht würden ihre Schriftzüge je zehn Kilometer weit reichen, weiter als sie in einem Fußballspiel rennen. Die beiden Weltmeister treffen auf dem Buchmarkt freilich auf hartnäckige Konkurrenz: 13 Verlagsmannschaften blieben mit WM-Jubelbüchern am Ball. Nach dem deutschen Sieg rechnen die Verlage mit wenigstens 40 Millionen Mark Umsatz.

Das lästige Formulieren wurde den Starkickern von Schreibprofis abgenommen. Der Münchner „tz"-Redakteur Bernd Hildebrandt setzte Breitner- und Hoeneß-Äußerungen in Schrifttext um und ließ sie gegenlesen. „Das ging glatt", bekundete er, „weil ich ihr Innenleben ungefähr kenne." Daß die Bucharbeit die Form von Hoeneß, der ein Spiel aussetzen mußte, untergraben habe, bestritt Hildebrandt: „Wir telephonierten höchstens fünfmal."

Jeweils am Tag nach den Spielen und gelegentlich per Telephon hielt der Münchner Sportjournalist Jo Viellvoye für ein anderes WM-Werk mit Beckenbauer Kontakt. „Das war ein echter Doppelpaß", lobte er die Zusammenarbeit mit Kaiser Franz.

Nennenswerte Gewinne mit Sportbüchern stellen sich fast nur bei Fußball-Weltmeisterschaften und Olympischen Spielen ein. Niemals waren die Chancen besser als 1972 nach dem Olympia in München und jetzt nach der WM in der Bundesrepublik. „Die Fußball-WM geht besser als Olympia", urteilte Karl-Heinz Huba, Chefredakteur eines WM-Buches im Copress-Verlag.

Als Sturmspitzen im großen Verlagspreis preschten C. Bertelsmann, Heyne und Burda vor. Sie erzielten am vergangenen Mittwoch die ersten Verkaufstreffer.

Am wenigsten, 3,80 Mark, kostet Sven Simons 150-Bilder-Buch bei Heyne, 189 Mark soll die teuerste Ausgabe des offiziellen Standardwerkes (Pro Sport Verlag) kosten. Hoffmann und Campe druckt zunächst nur 60 000 Exemplare, Bertelsmann legt, einschließlich der Lesering-Ausgaben, 420 000 Bände auf und hält für weitere 100 000 Papier parat.

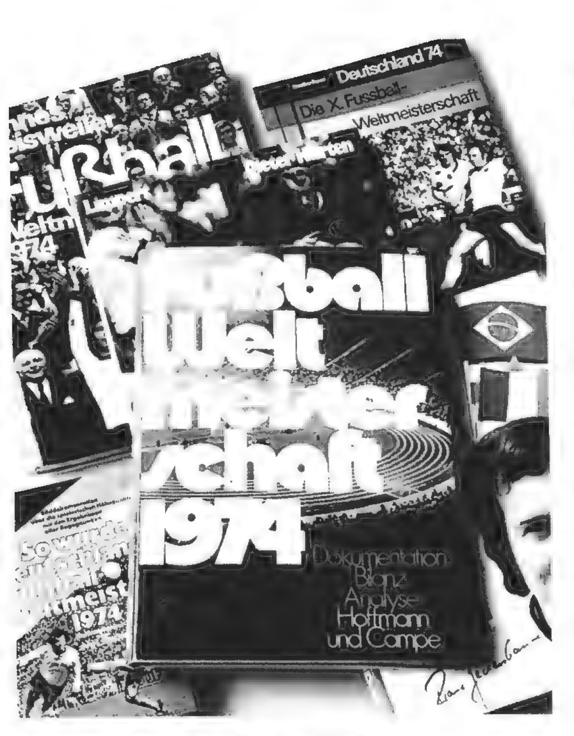


Eduscho-Werbung mit Beckenbauer, WM-Buch: Zum Kaffee Lustgewinn

Einen Frühstart hatte die Schweizer Sport-Verlags AG vorgelegt: Sie lieferte ihren ersten WM-Band voller Fußball-Historie schon im Frühjahr aus. Den zweiten, aktuellen, erhalten die Käufer demnächst. Schon im Mai hatte sich der Heyne-Verlag den Titel schützen lassen: „So gewann Deutschland die Fußball-Weltmeisterschaft 1974".

„Man braucht einen Namen", ging eine Sprecherin des Frankfurter Limpert-Verlages auf die WM-Planung ein. Was in der Branche Namen hat, spielte denn auch mit. Die Frankfurter gewannen ZDF-Sportstudio-Moderator Dieter Kürten als Herausgeber.

Bundesdeutschlands beliebtester TV-Sportsprecher, Ernst Huberty, ist



Bücher zur Fußball-WM 74
„Als die Nation erbebte"

dem Kölner Lingen-Verlag für 400 000 Exemplare gut. Allerdings brachte ihn sein Buch-Engagement vermutlich vor dem Endspiel ins Abseits. Statt Huberty, dessen Auftritt als Endspiel-Reporter Reklame für sein WM-Buch bedeutet hätte, durfte Rudi Michel das Finale im Fernsehen kommentieren. Michel steuerte nur kleinere Beiträge für Bertelsmann sowie Hoffmann und Campe bei.

ZDF-Sportstudio-Moderator Harry Valérien erscheint als Herausgeber im Südwest-Verlag, der für 250 000 WM-Bücher Papier orderte. Altnationalspieler Fritz Walter, als Weltmeister von 1954 schon Auflagen-Millionär („3:2"), gibt den Herausgeber im Münchner Congress-Verlag, Bundestrainer Helmut Schön schreibt für das DFB-Standardwerk.

Eine ganze Kompanie weiterer Autoren verdiente sich an WM-Büchern ein Zubrot, bei C. Bertelsmann etwa zwischen 200 und 4000 Mark. „FAZ"- und „Rundschau"-Journalisten lieferten dem Limpert-Verlag am Endspielsonntag vier Stunden nach Abpfiff die letzten Manuskripte.

Die erste Moderatorin des ZDF-Sportstudios, Carmen Thomas, mußte sich von der Redaktion des Südwest-Verlages eine Korrektur gefallen lassen: Ihr Beitrag „Der Fußball und die Frauen" heißt nun „Eros im Abseits". ZDF-Sportchef Hanns-Joachim Friedrichs beobachtete die Prominenten um US-Außenminister Henry Kissinger („Henry und der Fußball"). Einige Autoren spielten für zwei Mannschaften zugleich auf den Tasten. Hans Blikkendörfer („Die Baskenmütze") etwa teilte Bertelsmann und dem Südwest-Verlag Beiträge zu.

Der Hamburger Hoffmann-und-Campe-Verlag umdribbelte als Außenseiter das meistbespielte Feld der Schlachtbeschreibung. Er nahm eine bundesweit bekannte Kritiker-Equipe unter Vertrag: Horst Seifart, NDR-Sportchef und verantwortlich für das TV-Weltprogramm bei Olympischen Spielen, dachte über „Manipulation und Information" nach, Sportautor Horst Vetten mokierte sich über die WM-Niederlage gegen die DDR („Als die Nation erbebte").

Sogar die Bundesminister Vogel und Genscher („Sport und Staat") lieferten zu. In der Gegenposition eiferten Sportkritiker wie Ulrike Prokop und Bero Rigauer („Eigene und enteignete Tore") systemkritisch wider das kapitalistische Fußball-Vergnügen.

Gerhard Richter und Frank Grube, Politologen und Herausgeber bei Hoffmann und Campe, wollten Brücken vom Elfenbeinturm ins Stadion schlagen. Als Mittler gewannen sie vier bildende Künstler: WM-bezogene Graphiken (Auflage: 200 Stück) von Johannes Vennekamp, Hans Jürgen Diehl, Werner Nöfer und Peter Sorge kosten samt WM-Band 195 Mark.

Ausschließlich im Koppelgeschäft sind 400 000 Beckenbauer-Bücher zu haben: Sie liegen bei 500 Filialen und 5000 Eduscho-Verkaufsstellen aus, kosten 10,95 Mark und werden nur zusammen mit einem Pfund Kaffee verkauft. Chefredakteur Viellvoye versprach neben „Lustgewinn aus guten Photos" Beckenbauers Tagebuch-Eintragungen vom Tag, an dem die Mannschaft ihre WM-Prämie auf 60 000 Mark hochtrieb. Der Südwest-Verlag drohte schon mit einer Klage gegen das Lockvogel-Angebot.

Das offizielle Standardwerk erscheint zwar zuletzt. Aber Hermann Neuberger, Präsident des Organisations-Komitees, arbeitete vor. Er überzog Unternehmer und Unternehmen lange vor der WM mit Aufforderungen zur Subskription. „Da ich nun einmal an der Saar und in der nächsten Umgebung recht bekannt bin", begründete der Saarbrücker den Bettelbrief und fuhr fort: „Meine Frau hat sich bereit gefunden, für den Herausgeber die entsprechenden Abschlüsse zu tätigen." Der DFB erwartet 600 000 Mark aus dem Bucherlös.

Nur einmal befiel die Büchergilde Schrecken — nach der Niederlage des Favoriten BRD gegen die DDR. „Da haben wir die Auflage etwas zurückgenommen", gestand ein Sprecher des Südwest-Verlages. „Nach dem Sieg gegen Polen gingen wir dann wieder hoch." Beim Sigloch-Verlag erhöhte eine Lebensmittel-Kette in der Nacht nach dem WM-Sieg ihre Bestellung von 10 000 auf 25 000 Exemplare.

„Wahrscheinlich müssen Hoeneß und Breitner deshalb noch einmal 10 000 Unterschriften leisten", kündigte der Verleger an.

Bestseller

	BELLETRISTIK		SACHBÜCHER	
1	**Palmer: Dicke Lilli — gutes Kind** Droemer; 29,50 Mark	(1)	**Solschenizyn: Archipel GULAG** Scherz; 19,80 Mark	(1)
2	**West: Der Salamander** Droemer; 28 Mark	(2)	**Heyerdahl: Fatu Hiva** C. Bertelsmann; 28,50 Mark	(2)
3	**Crichton: Die Camerons** Rowohlt; 29,80 Mark	(3)	**Zebroff: Yoga für jeden** Econ/Falken; 16 Mark	(3)
4	**Coppel: 34 Grad Ost** Molden; 28 Mark	(4)	**Richter: Lernziel Solidarität** Rowohlt: 18,50 Mark	(4)
5	**Noack: Der Bastian** Langen-Müller; 19,80 Mark	(5)	**Davies: Die Azteken** Econ; 28 Mark	(5)
6	**Fruttero/Lucentini: Die Sonntagsfrau** Piper; 29,80 Mark	(6)	**Köhnlechner: Die machbaren Wunder** Kindler; 29,80 Mark	(6)
7	**Howatch: Die Herren auf Cashemara** Molden; 29,80 Mark	(7)	**Engelmann: Wir Untertanen** C. Bertelsmann; 32 Mark	(7)
8	**Rey: Der Grieche** Molden; 19,80 Mark	(9)	**Blüchel: Die weißen Magier** C. Bertelsmann; 32 Mark	(10)
9	**Simmel: Die Antwort . . .** Droemer; 29,50 Mark	(8)	**Fest: Hitler** Propyläen; 38 Mark	(8)
10	**Bonnecarrère/Hemingway: Unternehmen Rosebud** S. Fischer; 29,50 Mark	(10)	**Brown: Pulverdampf war ihr Parfüm** Hoffmann und Campe; 28 Mark	(9)

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Informationsdienst „Buchreport".

Lolly im Dienst

Mit „Los Angeles 1937" kommt eine neue US-Krimiserie ins deutsche Fernsehen. Trotz Redakteurs-Bedenken und Zuschauer-Müdigkeit sind die Import-Thriller unentbehrlich.

Zehn Jahre lang machte sich das Verbrechen bezahlt. Wenn das deutsche Fernsehen Detektive, Gangster und Agenten aus New York, San Francisco und London ins Bild brachte, ging die Einschalt-Quote mächtig hoch.

Amerikanische und britische Serienhelden waren einst die großen Fernseh-Attraktionen: der stimmbrüchige Kookie von „77 Sunset Strip", „Amos Burke", der Beau im Rolls-Royce, Richard Kimble, der Melancholiker „Auf der Flucht", der rabiate Charmeur „Simon Templar" und all die bulligen Smarties vom „FBI" und vom „Polizeirevier 87". Sie zogen oft genug bis zu 75 Prozent der TV-Abonnenten an die Bildschirme.

45 solcher Thriller-Serien haben ARD und ZDF bislang in ihrem Abendprogramm angeboten. Doch allmählich ist der Krimi-Reiz verschlissen, die Spannung gewichen. „Das Publikum", sagt der Südwestfunk-Fernsehchef Dieter Stolte, „ist dieser Serien, die immer nach dem gleichen Muster gestrickt sind, überdrüssig."

Zwar machen die ARD-Krimis (donnerstags, 21 Uhr), der lahme Super-„Chef" und der fette „Cannon", noch knapp 60 Prozent der Zuschauer mobil, doch nur, wenn im Zweiten Kanal „Kontrovers" diskutiert wird. Wenn die Mainzer — im 14-Tage-Rhythmus — gegen zugkräftige ARD-Unterhaltung ihre „Straßen von San Francisco" aufblenden, bleiben die US-Gendarmen (mit einmal sogar nur 19 Prozent Sehbeteiligung) klar auf der Strecke.

Auf die Importe können die Anstalten dennoch nicht verzichten. Es fehlt an Geld, und die Einfuhrware ist zum Stückpreis von nur 20 000 Mark zu haben, während ein selbstproduzierter 45-Minuten-Krimi rund 300 000 Mark kosten würde. Und so hat nun die ARD-Filmredaktion abermals ein Detektiv-Melodram in elf Folgen erworben.

Diesen Donnerstag kommt, als Ablösung für „Chef" Ironside, ein Zeitgenosse des Chandler-Helden Philip Marlowe zum Einsatz: Miles Banyon — ein stämmiger, wortkarger Spürhund, der den ARD-Filmredakteur Franz Everschor „ein bißchen an Humphrey Bogart und James Cagney erinnert". Die Serie (Titel: „Los Angeles 1937") folgt einem modischen Trend zum historischen Kriminalfilm, wie ihn „Der Clou" in den Kinos vertritt.

Ob Banyon, der in der ersten Folge „Gefahr ist sein Beruf" den Mord an einem Bau-Manager aufklärt, dem abgeschlafften Serien-Publikum neue Nervenkitzel verschafft, ist fraglich. Was die Fans in den sechziger Jahren faszinierte — Action, Prügel, Ballermänner —, verabreicht das Fernsehen jetzt nur noch in kleinen Dosen.

Denn die „Verherrlichung oder Verharmlosung" von „Gewalttätigkeiten", auch Anstiftung zum „Rassenhaß" in „Schriften, Ton- oder Bildträgern" kann nach dem 1973 verabschiedeten Strafrechts-Paragraphen 131 „mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr" geahndet werden. Bei Import-Serien sind die TV-Häuser deshalb jetzt „päpstlicher als der Papst" (ZDF-Serienredakteur Reiner Schmalisch).

Penibel prüfen Krimiserien-Kommissionen von ARD und ZDF jedes Angebot auf „spekulativ eingesetzte Brutalität und Horroreffekte" (ARD-



US-Krimi „Cannon"
„Päpstlicher als der Papst"

Gutachter Volker Canaris). Die „doofen, ja faschistoiden" Sendungen, die gerade Hollywood reichlich fabriziert, werden geschnitten oder komplett zurückgewiesen.

So ließ die ARD den Volk-ans-Gewehr-Vorspann zur Serie „Sheriff Cade" entschärfen, in dem — in Großaufnahme — Männerarme nach Winchesterbüchsen greifen. Im gleichen Opus fanden die Zensoren die Folterung eines Hilfspolizisten mit heftigen Kopfschlägen unerträglich. Das ZDF entfernte aus den „Straßen von San Francisco" immerhin die „peinlichsten Geschmacksverirrungen" (ZDF-Schmalisch) — etwa das Bild eines Mörders, der betend vor einem Skelett kniet. Die ARD hatte — so Gutachter Hans Bachmüller — diese „Krimi-Schnulze mit dem ‚Ich hatt' einen Kameraden'-Ethos" nicht zum Kauf angenommen.

Solche Tilgungen deuten Kritiker indes nur als Versuche, die „stupide Militanz" der Serien-„Ideologie zu kaschieren" (Branchendienst „epd"). Und oft genug zweifeln die TV-Redakteure selbst an ihrer Auswahl, wie im Fall des autoritären „Chef", der dem ARD-Mann Canaris wie „ein treu blickender Dackel mit Weltverbesserer-Attitüde" vorkommt und den er darum „besonders penetrant" findet.

Besorgt beobachten die Krimi-Experten darüber hinaus, daß Hollywood



US-Krimi „Los Angeles 1937"
„Ein bißchen Humphrey Bogart"

— nach zwei Jahren Enthaltsamkeit in Sachen Gewalt — seine Krimikonfektion erneut mit Blut und Greuel aufgagt und, schlimmer noch, „durch die Hintertür für die Wiedereinführung der Todesstrafe" eintritt. „Es werden", sagt Canaris, „bewußt Situationen konstruiert, in denen Polizisten aus Notwehr Verbrecher erschießen."

Daß solche Bilder von legalisiertem Mord demnächst ins deutsche Fernsehen rücken, ist nicht auszuschließen. Denn die Deutschen sind auf den amerikanischen Massen-Markt angewiesen: Die kommerziellen US-Fernsehgesellschaften offerieren jährlich 10 bis 15 Serien-Neuheiten. In Europa bietet allenfalls England Einschlägiges an — wie einst die witzige Agenten-Parodie „Mit Schirm, Charme und Melone". Im Ostblock und in Japan haben sich die Serien-Einkäufer bislang erfolglos umgesehen.

Fürs erste jedoch haben ARD und ZDF noch genügend Programmstoff auf Lager. Die Mainzer sind, mit 26 „San Francisco"-Episoden, bis zum nächsten Frühling versorgt. Die ARD hat neben dem kalifornischen Privatdetektiv Banyon bereits drei weitere Kommissare angeheuert, keine „Chef"-Typen:

„Colombo" ist ein kleiner Schnüffler mit Glasauge. Der Jung-Schupo

„Toma" schleicht sich, als Penner verkleidet, in die Unterwelt. Der glatzköpfige Lieutenant Cojack schließlich aus „Einsatz in Manhattan" bekämpft auch ein eigenes Laster: Er lutscht, um sich das Rauchen abzugewöhnen, im Dienst recht würdelos am Lolly.

POPMUSIK

Vom Schöpfer verlassen

The Mahavishnu Orchestra. Konzerte in der Frankfurter Kongreßhalle und in der Messehalle 2, Saarbrücken.

Es muß wohl göttliche Gnade sein, die den Gitarristen John McLaughlin, 32, zu Virtuosität, Ruhm und Reichtum gelangen ließ. „Gott", sagt der aus England stammende New Yorker, „ist der höchste Musiker; ich bin nur das Instrument, auf dem er spielt."

Der Herr selbst zupfte demnach die Saiten, als der US-Hindu mit dem indischen Namen Mahavishnu die bislang gelungenste Synthese von Jazz und Rock auf seiner zweihälsigen Klampfe schlug. Er führte die Federn der Kritiker und Fans, die McLaughlin seit drei Jahren zum Weltmeister hochjubelten; er hat sicher auch den Sterntaler-Segen verfügt: mehr als 20 Millionen Dollar globalen Bruttoumsatz für vier LPs.



Gitarrist McLaughlin: Geniekult im Spotlight

Nun freilich muß McLaughlin von seinem Schöpfer und allen guten Geistern verlassen sein. Was er letzte Woche mit seinem neuen, elfköpfigen Mahavishnu Orchestra in Frankfurt und Saarbrücken darbot, war kaum mehr als ein prätentiöser Ego-Trip.

Bis das (1971 gegründete) Mahavishnu-Ensemble Anfang dieses Jahres auseinanderging, überzeugte das Quintett vor allem durch den totalen Rapport zwischen den Musikern. Winzige Klangpartikel wurden derart souverän zu einem Gruppenklang verschmolzen, daß schwerlich erkennbar war, welches der sämtlich elektrisch verstärkten Instrumente spielte: Gitarre, Violine, Klavier/Orgel, Baßgitarre oder Schlagzeug. Jeder Mitwirkende gab ein Höchstmaß an Können, Feeling und Energie in die Gruppe ein.

Das alles ist geschwunden. Die neue, unter anderem mit Flöte, Trompete und einem Streichquartett besetzte Truppe erfüllt für McLaughlin und den einzigen noch geduldeten Solisten Jean-Luc Ponty (Violine) lediglich Rahmenfunktion: bombastisch und mit einem wagnerischen Wagalaweia-Sound. Da dröhnen Gongs und Effekt-Perkussion, da wabern hymnische Vokalisen. Die Streichinstrumente zirpen scheinbar atonal und sind in Wahrheit doch nur verstimmt. Von den einstigen Elektronik-Gewittern ist bloß der Donner geblieben, musikalisch zündet auch nicht der blasseste Blitz.

Statt den Zuhörer wie früher in ein intelligentes Kollektivspiel einzubeziehen und ihm Raum für die eigene Phantasie zu geben, erschlägt McLaughlin sein Publikum heute mit Überlautstärke und dynamischen Schocks. In ein weißes Seidengewand gehüllt, stellt er sich im Punkt-Spotlight aus und betreibt einen Geniekult, der durch öffentliche Gebete und Ansage-Geschwafel über „tiefste Harmonie und Freude in uns" nur um so peinlicher wirkt.

Jeden Ansatz von Emanzipationsbemühung in der Rockmusik nimmt dieser Superstar mit seiner gewiß gewinnträchtigen Religionsschau wieder zurück. Er zementiert autoritäre Verhaltensmuster mit der Elektrogitarre auf ähnliche Weise wie Heino mit seinem nationalen Wanderlieder-Kitsch. In jedem Stück hat er — vom Wiegenlied-Abklatsch bis zur Requiem-Imitation — aus seiner ideologischen Warte das volle Menschenleben im Blick.

McLaughlin ist offenbar, von seinem cleveren bengalischen Guru Sri Chinmoy angestachelt, in eine Messiasrolle hineingerutscht, die ihm keinerlei Freiheit mehr läßt. „Ich glaube, er praktiziert eine Lebenslüge", sagt der Schlagzeuger Billy Cobham, der ihn unlängst verlassen hat: „Er kann den Konflikt nicht bewältigen zwischen dem, was er predigt, und dem, was er lebt."

Denn für den Kassenklang hatte McLaughlin stets ein offenes und keineswegs nur jenseitsgewandtes Ohr. Seine Musiker warfen ihm vor, ihre eigenen Kompositionen hätten im Mahavishnu Orchestra nie eine Aufführungschance gehabt. Fast ausschließlich wurden McLaughlin-Titel gespielt — zugunsten der Tantiemen-Abrechnung des Chefs.

Derlei Bigotterie führte denn auch zum Exitus der vorigen Gruppe. Auf die neue Band braucht er keine Rücksicht mehr zu nehmen; er hat sie ohnehin nur zum Abspulen seiner verlogen-weihevollen Arrangements eingekauft. Das Ambitiöseste ist ihm gerade noch gut genug — etwa das London Symphony Orchestra, mit dem er seine jüngste Platte „Apocalypse" aufgenommen hat.

Im Gefühl himmlischer Huld scheint McLaughlin ein zeitgenössischer Bach oder Beethoven werden zu wollen, aber dazu fehlt ihm, bei aller Fingerfertigkeit, die kompositorische Substanz.

Siegfried Schmidt-Joos

TOURISMUS

Hans und Fritz am Broadway

Das verblüffendste Rollback im Ferntourismus hat begonnen: Die einst so reiselustigen US-Bürger bleiben zu Hause, die Europäer, Deutsche voran, entdecken Amerika.

Die Leuchtschrift am Allied Chemical Tower blinkt die Inflationsrate des Frühjahrs über den Times Square: elf Prozent. In der „Forum"-Bar im Rockefeller Center trauert Louis Cavallaro, Marketing-Vize der New Yorker Gray Line Tours, beim Feierabend-Cocktail den Zeiten nach, als Amerika es besser hatte. So vergeht der Ruhm der Welt.

Doch bei allem bitteren Lamento über den Niedergang der Nation weiß Lou natürlich auch, daß selbst eine 38prozentige Dollar-Abwertung dem Geschäft noch zum Wohl gereichen kann — die gewaltigen Rudel von Übersee-Urlaubern, die zur Stadtrundfahrt in seine Gray-Line-Busse steigen, demonstrieren es ihm nur zu deutlich.

Denn eine „Riesenflut ausländischer Touristen" (so die „Business Week") wogt mit zunehmender Wucht über die Küsten der Neuen Welt, das verblüffendste Rollback im globalen Fernfahrer-Strom hat begonnen:

Während viele Amerikaner neuerdings auf ihren zunehmend kostspieligen Europa-Trip verzichten müssen und ihr Ferienverkehr beispielsweise nach Deutschland im Sommer 1973 jäh um 32 Prozent abebbte, sind die USA, einst unerreichbar teures Traumziel, für Europäer auch mit mittlerem Einkommen ein unverhofft preiswertes Reise-



Westdeutsche Touristen in New York: Einst teures Traumziel, jetzt preiswertes Reiseland

land geworden — und für die globetrottenden Massen Nippons dazu.

638 000 kamerabehängte Japaner haben 1973 Guam, Hawaii und die Westküste der Staaten heimgesucht, 53 Prozent mehr als im Vorjahr. In den Osten drangen derweil 479 000 Briten und 189 000 Franzosen ein, dazu, bei einer Zuwachsrate von 40 Prozent, 332 000 Deutsche — und weit über ein Drittel davon waren weder Geschäftsreisende noch Verwandtenbesucher, sondern „reine Touristen", die ihr Geld in Hotels und Restaurants ausgaben.

Angelockt vom wohlfeilen Yankee-Dollar, der sie längst nicht mehr vier, sondern allenfalls 2,50 harte Mark kostet, herübergeliftet in preisgünstigen Charter-Boeings, schwärmten die deutschen Paare und Pärchen, die Gruppen und Grüppchen — bayrische Bauern und schwäbische Bäcker, Berliner Rentner und hessische IG Metaller, Bertelsmann-Leser und Raiffeisen-Kunden — durch dieses fabelhafte, überwältigende, gewalttätige New York, dem UN-Hauptquartier und dem Empire State Building entgegen oder zur Bootsfahrt rund um Manhattan.

„Auf dem Broadway und der Fifth Avenue", sagt Cavallaro, „hätte man letztes Jahr meinen können, man wäre in Deutschland." Es sei, so bestätigt Dr. Gus Besserer von der New Yorker Hapag-Lloyd-Tochter Trade & Industry Tours, „eine regelrechte deutsche Invasion" gewesen. Und wem das auf den Straßen dennoch nicht auffiel, der erfuhr's schließlich aus der „New York Times", die in Schlagzeilen meldete: „Eins, Zwei, Drei, Vier, Hans und Fritz Are Coming Here."

Es war das Jahr des großen Booms. Auf 175 sogenannten Affinitäts-Charters hievte allein das amerikanisch-schweizerisch-britische Reiseunternehmen Travellers International 32 000 europäische, davon 20 000 deutsche Vereinsbrüder, Clubmitglieder, Berufsgenossen und Kontoinhaber ohne lästige Anmeldefristen über den Ozean.

Und obwohl in Deutschland, England und Frankreich die schönen Zeiten vorbei sind, in denen man auf dem Flughafen schnell noch einem Club beitreten und direkt vorm Abflug sein Affinitäts-Ticket kaufen konnte, obwohl das Bonner Verkehrsministerium, nicht zuletzt zum Schutz der Lufthansa-Linien, in strengen ABC (Advance Booking Charter)-Bestimmungen Vorausbuchungsfristen von 60 bis 95 Tagen für die billigen Nordatlantik-Flüge festgesetzt hat, obwohl die Inflation auch in der Bundesrepublik voranschreitet, sollen in diesem Jahr die Deutschen mit noch größeren Kontingenten in Amerika einfallen.

So jedenfalls prophezeit es Hans Regh vom Frankfurter Büro des staatlichen United States Travel Service (USTS): Er erwartet für 1974 eine weitere Zuwachsrate von 15 Prozent und somit 380 000 deutsche USA-Touristen.

Dabei sind mittlerweile, dank erhöhter Kerosin-Kosten, auch die Flugpreise ganz hübsch angestiegen. Vorbei mit dem New-York-Charter für ganze 500 Mark: Zwischen 652 und 737 Mark verlangt, je nach Saison, DER gegenwärtig für den wöchentlichen Samstag-Lift im Condor-Jumbo von Frankfurt nach New York.

Das ist im Durchschnitt nur halb so teuer wie ein Linienflug, möglicherweise aber nicht mehr billig genug, um eine Stippvisite von fünf Tagen auf die Dauer rentabler erscheinen zu lassen — und gerade solch ein verlängertes Wochenende in New York und Umgebung ist besonders beliebt.

Ganz im Geist der legendären US-Touristen, die zur Erheiterung der Eingeborenen durch Europa hechelten, von Schloß zu Burg, durch Dome, Museen und mittelalterliche Gassen, jagen nun die beherzten Deutschen, der englischen Sprache nur zu oft unkundig, zwei Tage lang durch Up- und Downtown Manhattan; als allererstes —„Es ist", sagt die Fremdenführerin Inga de Fiori, „fast schon krankhaft" — wollen sie auf Rundfahrt das schwarze Harlem sehen, das ihnen dann doch nicht verrucht genug vorkommt.

Am dritten Tag hetzen sie im Bus 370 Kilometer weit nach Washington (Weißes Haus, Capitol, Kennedy-Grab, Watergate-Gebäude) und wieder zurück, am vierten Tag im Flugzeug zu den Niagara-Fällen (und zurück), am fünften, wenn's noch reicht, zur Militärakademie von Westpoint, wo Görings Marschallstab zu besichtigen ist.

Nur schnell muß es immer gehen. Denn abends, wieder in Manhattan, wollen sie, allen Warnungen vor Raub und Diebstahl zum Trotz, erneut ins Gewimmel des Brodway, zum „Stiehk" in die Cafeteria, zum Schnitzel in den „Wienerwald" oder zum Hummer mit jeder Menge Wein (Fixpreis: 11,95 Dollar) ins „Riverboat", zum viel zu teuren Bier in die Bars, zur Revue in die Radio City Hall oder vielleicht auch zur „Relaxation Plus"-Massage ins Commodore — und dann total erschöpft ins durchaus erschwingliche Bett.

Ab 25 Mark kostet im Touristen-Arrangement die Übernachtung mit Bad, Fernsehapparat und Klimaanlage etwa im Royal Manhattan oder im Edison. Das Hilton berechnet bei Grup-

Produkte: Dusche zum Massieren

Angeblich wieder einmal ein „Nebenprodukt der Raumforschung" ist der Mechanismus, der in der „Fluidic-Massage"-Brause steckt und ihre beiden Funktionen steuert. Eine Drehung des Duschkopfes genügt, um das Gerät vom normalen Brausebetrieb umzustellen auf seine Spezialfunktion: Dann gibt es zwei rhythmisch pulsierende Wasserstrahle von sich, die in der Tat eine Art Klopfmassage bewirken. (Hersteller: Knorr-Bremse-Bowles Fluidics, München; Preis: etwa 55 Mark.)

Spielzeug für Begüterte

Quader, Walzen, Scheiben und Kugeln aus Holz, die groß genug sind, daß Kinder mit ihnen lebensgroße Spielmodelle bauen können, und die — in massiver, geölter Fichte — so ästhetisch



Witthoeft-Spielelemente

wirken, daß sie auch Erwachsenen gefallen, hat der Stuttgarter Architekt Heinz Witthoeft entwickelt. Nachteil des Programms „Tail 1": Jedes Element kostet zehn Mark plus vier Mark pro Kubikdezimeter; ein Würfel mit 40 Zentimeter Kantenlänge mithin 266 Mark. (Hersteller: Witthoeft Station A, Stuttgart.)

Tourismus: Geheimtip Bretagne

Mit einem bauernschlauen PR-Coup suchten bretonische Artischockenzüchter ihre neu erworbene Fähr-



Etappensieger in St. Pol

verbindung zwischen St. Pol-de-Léon und Plymouth (und dazu gleich noch ihr Landesprodukt) europaweit bekannt zu machen. Die TV-trächtige „Tour de France" rollte dieses Jahr erstmals — über die neue Fähre — auf englischen Boden. Gute Beziehungen zwischen der Bauernkooperative („Sica") in St. Pol, die die Fähre betreibt, und einem der „Tour"-Manager hatten das ermöglicht. Der Etappensieger in St. Pol wurde statt mit einem Blumen- mit einem Artischokkenstrauß begrüßt. Bei deutschen Snob-Urlaubern gilt unterdes die Bretagne, ob als Zwischenstation auf dem Fährweg nach England oder für längeren Aufenthalt, als Geheimtip: Der nordwestliche Frankreichzipfel, bislang ohne Rummel, reich an Baukunst und Meeresfrüchten, muß den Nachbarn nunmehr — wie auch sonst Frankreich — als Billigreiseland erscheinen. Preis für ein nach deutschen Begriffen erstklassiges Menü: 12,50 Mark.

Erziehung: Mehr Männer in die Kindergärten

Bei der Präsentation eines „Kindertagesstätten-Entwicklungsplans" hat die West-Berliner Jugendsenatorin Hilde Reichel angekündigt, daß in Berlin die zwei- bis achtjährigen Kinder in den städtischen Krippen, Kindergärten und Horten künftig in stärkerem Maße auch von Männern betreut werden sollen. Grund: Die Erziehung „nur durch Frauen" sei „einseitig" und daher „nicht zu befürworten". Um Männer zu interessieren, die ja von dem Verdienst häufig „eine Familie ernähren müssen", soll „die Tarifsituation attraktiver gestaltet" und die Werbung „gezielt" auf Kindergärtner ausgerichtet werden.

Mode: Tangas setzen sich nicht durch

Der letzte Tanga ist noch nicht verkauft: Die brasilianische Bikini-Neuheit, von den Illustrierten zur Welle hochgejubelt, wurde in den großen Kaufhäusern „kein Renner" (Hamburger Alsterhaus), „geht nicht sehr gut" (Karstadt München) und taucht an den Ferienstränden der Deutschen nur ganz vereinzelt auf. Tanga-Hersteller Triumph: „Die Europäer reagierten prüder." Indes beobachtete



Tanga-Modelle

„Coco-Moden" in Hamburg: „Männer sind die besten Tanga-Kunden, sie wollen, daß ihre Frau ihn trägt, und sei's nur zu Hause."

Freizeit: Pistenzauber im Sommer

„Sloping" heißt ein neues Freizeitvergnügen, das passionierten Wintersportlern über den Sommer und finanzschwachen Liftbesitzern über die Flaute helfen soll. Der „Sloper" ist eine Mischung zwischen einem bergtüchtigen Go-cart und



einem Ski-Bob auf Rädern. Er wird vom Schlepplift zur Bergstation gezogen und dann mehr oder weniger rasant talwärts gesteuert. Der Fahrer sitzt in einem Schalensitz, hält sich an einem Bügel fest, lenkt mit den Beinen und bremst sozusagen mit dem Hintern (er braucht nur mit dem Sitz nach vorn zu rutschen, dann tritt eine unter dem



Fahrzeug befestigte Bremsplatte in Aktion). Eine Hinterachsfederung sorgt dafür, daß die Steißbeine der „Sloping"-Fans nicht über Gebühr beansprucht werden, ein Überrollbügel verhindert Schlimmes, wenn das Freizeit-Vehikel mal kippt. Noch in diesem Monat sollen in einem Freizeitzentrum im Hochsauerland und im bayrischen Gebirgsort Ruhpolding die ersten 100 „Sloper" als Leihgeräte eingesetzt werden. (Preis je nach Liftlänge, zwischen 2,50 und 4 Mark). Die Sportgeräte-Leasing Gesellschaft (SGL) in München meldet „außerordentliche Nachfrage", die Hersteller denken bereits an „Sloping"-Wettbewerbe, die Schleppliftbesitzer an „ganzjährigen Gewinn".

pen-Rabatt rund 75 Mark fürs komfortable Doppelzimmer.

Im März dieses Jahres machten sich auf einer Tagung im Ballsaal des New Yorker Roosevelt die Vertreter der Hotel- und Motelverbände, Fremdenverkehrsvereine, Reisebüros und Fluggesellschaften erstmals darüber Gedanken, wie den Wünschen und Erwartungen der Übersee-Besucher zu begegnen sei. Es war, Albert Formicola von der Hotel Association of New York City weiß es wohl, höchste Zeit. Denn der Service in den Hotels ist zumeist miserabel. Die Angestellten beim Empfang sind oft unfähig bis grob und fast durchweg sprachenunkundig.

Das soll nun, zum Teil wenigstens, anders werden. Im Royal Manhattan bietet bereits ein polyglotter Wiener den Europäern Rat und Hilfe an, auch andere Hotels sind schon mit fremdsprachigem Personal versorgt. Im Hilton werden demnächst international verständliche Hinweisschilder dem sprachlosen Fremdling klarmachen, wo's lang geht zur Bar.

Aufgeschlossener noch fürs neue Tourismus-Zeitalter gibt sich Washington: Dort steht inzwischen eine private Non-Profit-Organisation namens IVIS (International Visitors Service Council) mit 600 freiwilligen Helfern dem Übersee-Urlauber Tag und Nacht zur Verfügung.

Trotzdem, C. Langhorne Washburn, Unterstaatssekretär im Washingtoner Handelsministerium, hat schon recht. „In Sachen Tourismus", klagt er, „sind die Vereinigten Staaten ein unterentwickeltes Land." Und das karge USTS-Budget von 27,5 Millionen Mark (Etat des irischen Tourist Board 1973: 48,5 Millionen) beweist dies ebenso deutlich wie eine dilettantische Fremdenverkehrs-Werbung, die beispielsweise den deutschen Amerika-Fahrer mit teutonischen Wurst- und Oktoberfesten in Texas und Iowa zu locken versucht.

Doch bis diese Sehnsucht en gros gestillt werden kann, bis die riesige Touristen-Welle auch den Grand Canyon und Tombstone, Arizona, erreicht hat, wird noch einige Zeit vergehen. Zwar sind die Reisen im Flugzeug, Zug, Greyhound-Bus oder Mietwagen unwahrscheinlich billig, und das Zimmer in einem der 1000 übers Land verstreuten Holiday Inns ist mit DER-Hotelgutschein schon für 55 Mark zu haben.

Aber Amerika ist groß und der ferne Westen fürs erste noch unerschwinglich: Ein 14tägiges „Oklahoma Rodeo", zu dem Inter-Air lädt, kostet mit Flug, Transfers, Rundreise, Unterkunft und Verpflegung 3000 Mark.

Daß jedoch das Reiseland USA einer großen Zukunft entgegensieht, darüber gibt es für Hans Regh vom United States Travel Service keinen Zweifel. „Wir haben", so schwärmt er, „allein in Deutschland ein Potential von neun Millionen Menschen, die sich einen Amerika-Urlaub leisten können."

PERSONALIEN

Hans Apel, 42, Bonner Finanzminister (Spitzname: „Brechstange"), knausert auch beim Familientisch. Während seine Frau Ingrid sowie die Töchter Ingrid, 14, und Hanne, 10, in der vorletzten Woche bei einem Besuch in Bonn noch die Speisekarte des Selbstbedienungsrestaurants im Bundeshaus studierten (Gerichte zwischen 4,50 und acht Mark), entschied Apel: „Alle essen Eintopf." Frau Apel nickte und erwiderte: „Und du kannst schon mal die Tischdecke ausschütteln, da sind soviel Krümel drauf."

Konrad Graf, 54, schweizerischer Parlamentsabgeordneter, hat Oberstdivisionär Richard Ochsner von der Schweizer Panzertruppe ein Duell mit Panzerkanonen angetragen. Mit dem Zweikampf will Graf nachweisen, daß es der von ihm favorisierte Schweizer „Panzer 68" mit dem von Ochsner bevorzugten deutschen „Leopard" aufnehmen kann. Hintergrund der Auseinandersetzung: Im September muß der Nationalrat in Bern darüber entscheiden, bei welchem Fabrikanten die schweizerische Armee 50 weitere Kettenfahrzeuge ordern soll. Dem Argument des Militärs, der deutsche Panzer schieße nicht nur schneller, sondern sei auch wendiger, hielt der Weinbauer Graf entgegen: „Es kommt vor allem auf den Mann im Panzer an." Vom Verdacht, das helvetische Kampffahrzeug um des nationalen Prestiges willen zu propagieren, fühlt Graf sich nicht betroffen: Der Motor des Schweiz-Panzers wird in der Bundesrepublik gebaut.

Friedrich Vogel, 45, CDU-Vertreter im Guillaume-Untersuchungsausschuß, mußte in einer der letzten Geheimsitzungen den CSU-Kollegen Carl-Dieter Spranger bremsen. Landgerichtsrat Vogel, in Geheimdienst-Angelegenheiten versiert, bat Landgerichtsrat Spranger dringend, auf die Vorlage der Akten über Observierung und Verhaftung des ehemaligen Kanzler-Referenten zu verzichten, weil man nicht die Arbeitsmethoden des Verfassungsschutzes offenlegen könne. Vogels Argument: „Guillaume war doch weder der erste noch ist er der letzte."

Reinhold Zundel, 44, SPD-Oberbürgermeister von Heidelberg, will sein Gemeinwesen von „miesem Journalismus" (Zundel) säubern. Barsch („Ich werde Sie aus der Gemarkung hetzen — und zwar barfuß.") wies der OB den Lokalredakteur Christian Ast („Heidelberger Tageblatt") für kommunalpolitische „Greuelgeschichten" zurecht; dessen Chefredakteur klärte er darüber auf, daß der „Volontär Bernd Hake ein Anarchist ist". Schließlich sorgte er noch dafür, daß der Kolumnist des „Heidelberger Wochenblatts", Wolfgang Stiens, wegen „beleidigender, falscher Kommentare" nicht mehr als freier Mitarbeiter beschäftigt wird. Die Journalisten konterten mit gerichtlichen Klagen auf Widerruf und wegen übler Nachrede. Medienpolitiker Zundel hält seinen „heiligen Zorn" für naheliegend: „Ich habe zum Beispiel in einer früheren Gemeinderatssitzung, die der jetzige Volontär Hake mit seinen Freunden sprengen wollte, zum erstenmal eine Tomate ins Gesicht bekommen."

Julius Nyerere, 52, Staatschef der ostafrikanischen Republik Tansania, hat dem Alkohol den „totalen Krieg" erklärt. Die regierende Tanu-Partei hat im ganzen Land Anti-Säufer-Brigaden aufgestellt, die Schnapsleichen von den Straßen auflesen und die Einhaltung der Schanklizenz-Ordnung überwachen sollen. Antialkoholiker Nyerere kündigte an, er werde alle Trinker aus Partei und Regierung entfernen. Nyerere: „Trinkende Führer sind die schlimmsten Ausbeuter."

Walter Scheel, 55, Bundespräsident, der nach eigenen Worten nicht (wie seine Vorgänger) auf Briefmarken abgebildet werden will, sieht sich als „Zielscheibe sicherlich wohlgemeinter künstlerischer Aktivitäten" (Scheel). So verehrte die Schauspielerin und Freundin der Präsidenten-Gattin, **Margot Hielscher,** 53 (oben r.), dem Staatsoberhaupt am Montag vergangener Woche eine Ikone, die Walter Scheel darstellt (Inschrift: Heiliger Walter Patron der Winzer 1060). Die Industriellen-Gattin Gabriele Henkel würdigte Ehrengast





Scheel wenige Tage vor dessen Vereidigung zum Bundespräsidenten bei einem Abschiedsdinner ebenfalls von Künstlerhand verfremdet: Die Speisekarte zierte das Abbild einer reich dekorierten Scheel-Büste (unten r.). In Feinsilber und Dukatengold prägte die „Staatliche Münze Karlsruhe" den Lockenkopf des Staatsoberhauptes (M.) und hält die Medaillen in verschiedenen Größen zu Preisen zwischen 30 und 4244 Mark feil. Ein Sprecher des Bundespräsidialamtes sieht seinen Chef bereits in größerer Auflage: „Früher oder später erscheint der Herr Präsident doch noch auf den Briefmarken der Bundespost."



REGISTER

GESTORBEN

Earl Warren, 83. Der republikanische Politiker aus Kalifornien, den Präsident Dwight D. Eisenhower im September 1953 als Chef-Richter an den Supreme Court nach Washington holte, war ein Jahr zuvor noch dessen Konkurrent um die Kandidatur für das Weiße Haus gewesen. Der Gouverneur von Kalifornien und Ex-Staatsanwalt Warren hatte sich einen soliden Ruf als sachlicher und integrer Mann der Mitte verschafft — so sehr in der Mitte, daß ihn bei den Gouverneurswahlen 1946 und 1950 beide großen Parteien des Staates wiedergewählt hatten. Ein Jahr auf der Richterbank in Washington genügte, um Warren zum Buhmann für die Rechten abzustempeln: Einstimmig hatte der „Warren-Court" 1954 beschlossen, die Rassentrennung in den Schulen sei verfassungswidrig. Konsequent benutzte Warren auch in der Folgezeit das Gericht als Motor für soziale Reformen, und er packte Probleme an, die den Politikern zu brisant waren. Warrens sozialpolitischer Aktivismus via Rechtsspruch für die Schlechtweggekommenen — Farbige, Kriminelle, Geistesgestörte, Arme und Unausgebildete — war nicht ungefährlich, zumal Kongreß und Präsidenten in den 16 Jahren seiner Amtszeit bis 1969 zumeist hinterherhinkten. Kontroversen blieben nicht aus und wirken — vor allem im Süden der USA — noch nach. Doch des Chef-Richters persönliches Prestige bewahrte das Gericht vor romantischer Isolierung. Earl Warren war so, wie Amerika sich am liebsten sieht. Er starb vorigen Dienstag in Washington an Herzschwäche.

Pär Lagerkvist, 83. Bei der Feier zur Nobelpreisverleihung 1951 hatte der Geehrte die Tischordnung selbst festgelegt („Mein Sohn möchte gern neben einem hübschen Mädchen sitzen"). Sonst vermied der schwedische Romancier („Barabbas"), Dramatiker und Lyriker Publicity. In den Büchern, die er „vor allem für mich selbst" geschrieben hatte, grübelte der „Gläubige ohne Glauben" über die „ewigen Mächte des Lebens", über Lebensangst und Lebensekel, in schlichter Prosa und mit starkem Aufwand an Symbolen. Er entstammte einer frommen, kleinbürgerlichen Familie („Beterhände an verbrauchtem Tische", so ein Gedicht), verschrieb sich anfangs dem Expressionismus und Sozialismus und kehrte schließlich in biblische Bereiche zurück. Lagerkvist, in Deutschland mehr geehrt als gelesen, starb Donnerstag vergangener Woche in Stockholm an den Folgen einer Gehirnblutung.

AUTOR

Gerhard Eisenkolb, 29, Ex-Chefreporter der „Bunten Illustrierten", dem zu Beginn dieses Monats die fristlose Kündigung zuging, bringt sich mit seinem Roman „München Shalom" wieder ins Gerede. In dem Werk, das im Herbst beim Molden-Verlag erscheint, vertritt der Autor die Version, Israels Regierung und Abwehr hätten vorher gewußt, daß palästinensische Terroristen ein Attentat auf die israelische Olympia-Mannschaft in München verüben wollten. Laut Eisenkolb hatte die Sicherungsgruppe Bonn nicht rechtzeitig eingreifen können, da der israelischen Regierung der Anschlag aus politischen Gründen gelegen kam. In dem als Schlüsselroman bezeichneten Buch heißt es, daß der Plan von dem bevorstehenden Attentat durch einen Oberst des israelischen Geheimdienstes an die israelische Botschaft in Bonn-Bad Godesberg weitergegeben worden sei, die daraufhin Tel Aviv informiert habe. Ein israelischer Diplomat zu der Eisenkolb-Version über das Münchner Attentat: „Das ist totaler Unsinn. Solche Informationen hat es nie gegeben."

BERUFLICHES

Karl-Rainer Fabig, 30, seit März 1973 Stationsarzt am Krankenhaus Hamburg-Eilbek, wurde als erster Mediziner in der Bundesrepublik nicht in ein Beamtenverhältnis übernommen, weil er Mitglied der DKP ist. Fabig hatte sich im Dezember vergangenen Jahres auf eine öffentliche Ausschreibung des schleswig-holsteinischen Kreises Segeberg um die Stelle eines Schularztes für das am Hamburger Stadtrand liegende Norderstedt beworben und hatte wenig später — „vorbehaltlich der endgültigen Zustimmung des Kreisausschusses" — einen Arbeitsvertrag zugeschickt bekommen. „Rein zufällig" erfuhr der Segeberger Landrat Anton Graf Schwerin von Krosigk bei Fabigs Dienststelle von der DKP-Mitgliedschaft des Bewerbers. CDU- und FDP-Vertreter im Kreisausschuß stimmten daraufhin der Empfehlung des Landrats zu, Fabigs Bewerbung ohne Angabe von Gründen abzulehnen. In dem schulärztlich mangelhaft betreuten Norderstedt kämpft seitdem eine Bürger-Initiative für die Rücknahme des Ablehnungsbeschlusses. Der Lehrbeauftragte an der Hamburger Universität, Wolfgang Beutin, sammelte mehr als 500 Unterschriften empörter Norderstedter, „darunter viele Ärzte und sogar Polizeibeamte". Nach den Schulferien im August will er mit seinem Anhang in Bad Segeberg demonstrieren. Bis dahin überlegt DKP-Doktor Fabig, „ob ich mich nicht noch einmal bewerbe".

Fahren oder Fliegen? Warum das „teuerste" Verkehrsmittel oft billiger kommt.

Die Zeitschrift „Industrie Magazin" veröffentlichte in der Mai-Ausgabe 1974 folgendes Beispiel*:
Geschäftsreise Frankfurt–Hamburg–Frankfurt.
Eisenbahn (Intercity)
dauert 9 Stunden 58 Minuten und kostet 220,– DM.
Auto (Mittelklasse)
dauert 10 Stunden 30 Minuten und kostet 356,40 DM.
Flugzeug
kostet 354,– DM, geht aber mindestens fünfeinhalb Stunden schneller.
Frage an Selbständige:
Was leisten Sie in fünfeinhalb Stunden?
Frage an Chefs:
Was kostet ein guter Mann in fünfeinhalb Stunden?
Was kostet die – möglicherweise notwendige – Übernachtung? Frage an alle: Was sind Ihnen fünfeinhalb Stunden Freizeit wert?
Für viele ist Zeit heute teurer noch als Geld.
Einer der Gründe, warum gerade sparsame Geschäftsleute nach gründlicher Analyse aller Kosten das „teuerste" Verkehrsmittel benutzen.
Die anderen Gründe? Auswahl: Dichtes, innerdeutsches Netz.
Verstärktes Europa-Direktangebot.
Flexibilität: Buchen und Umbuchen per Computer, Alternativflüge sind da.
Service: Hotel- und Mietwagenreservierung, Besprechungszimmer und genügend Parkplätze am Flughafen.
Viele sehen Lufthansa immer nur als weltumspannendes Unternehmen mit weitgesteckten Zielen.
Es würde uns freuen, wenn wir in Zukunft auch noch anders gesehen würden:
Als preiswertes Nahverkehrsmittel.

* Die Kosten- und Zeitangaben wurden unter Berücksichtigung einer Ergänzung (Reisezeit hin und zurück) auszugsweise aus der Vergleichsübersicht des „Industrie Magazin" übernommen. Weitere Informationen senden wir Ihnen gern.

Kosten- u. Zeitaufwand-Vergleich LH, DB, PKW

Lufthansa[1] Strecke (von City zu City u. zurück)	H/R[2] in Mark	Reisezeit[3] (hin u. zurück)
Frankfurt–Köln–Frankfurt	214,–	3'40 Stunden
Frankfurt–Hamburg–Frankfurt	354,–	4'20 Stunden
Hamburg–München–Hamburg	490,–	4'40 Stunden

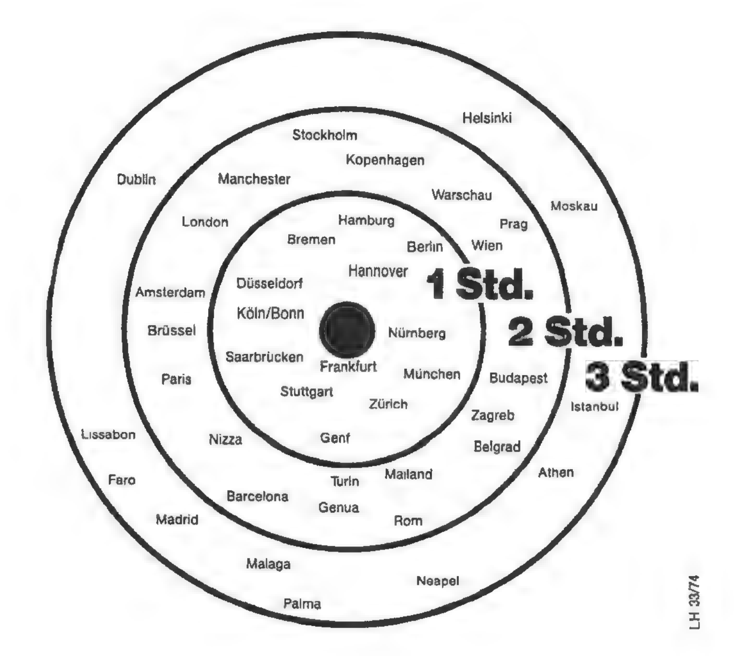
[1] Inlandflug Touristenklasse; [2] einschl. 4 Taxifahrten (City-Airport/Airport-City) zu je 15 Mark; [3] einschl. 2'20 Std. Systemzeit (2 mal 20 Minuten Taxi-Anfahrten, 2 mal 25 Minuten Einstieg und Sicherheitskontrollen, 2 mal 5 Minuten Ausstieg, 2 mal 20 Minuten Taxiabfahrten).

Bundesbahn[1] Strecke (von City zu City u. zurück)	H/R[2] in Mark	Reisezeit[3] (hin u. zurück)
Frankfurt–Köln–Frankfurt	108,–	4'44 Stunden
Frankfurt–Hamburg–Frankfurt	220,–	9'58 Stunden
Hamburg–München–Hamburg	338,–	14'50 Stunden

[1] IC/TEE 1. Klasse; [2] einschl. 2 mal 10 Mark IC/TEE-Zuschlag; [3] einschl. 2 mal 10 Minuten Systemzeit (je 5 Minuten Einstieg und Ausstieg).

Dienst-Fahrzeug[1] Strecke (von City zu City u. zurück)	BAB km	H/R[2] in Mark	Reisezeit[3] (hin u. zurück)
Frankfurt–Köln–Frankfurt	378	136,08	3'40 Stunden
Frankfurt–Hamburg–Frankfurt	990	356,40	10'30 Stunden[4]
Hamburg–München–Hamburg	1564	563,04	16'30 Stunden[5]

[1] Reiselimousine Mittelklasse; [2] 36 Pfennig pro Kilometer bei einer Jahresfahrleistung von 50.000 km (gem. ADAC-Tabelle von April 73); [3] berechnet auf Basis des BAB-Richtmaximums von 130 km/h, abzügl. 20% (= 104 km/h Durchschnittsgeschwindigkeit) für City-Fahrten, Stauungen, Baustellen, Parkplatzsuche usw.; [4] einschl. Tank- und Kaffeepausen von 2 x 30 Minuten; [5] einschl. 2 Tank- und Essenspausen von jeweils 45 Minuten.



Lufthansa
Ihr Nahverkehrsmittel

LH 33/74

GGK

Was Sie mit Panteen für Ihr Haar tun, tun Sie nicht nur für Ihr Haar.

PANTEEN ist das einzige Haarwasser mit dem Vitamin-B-Wirkstoff Pantyl. Und der wirkt so:

Pantyl dringt in die Kopfhaut ein und bewirkt, dass sich keine lästigen Schuppen mehr bilden.

Das wirkt gepflegter.

Pantyl dringt aber auch in das Innere jedes einzelnen Haares ein und bewirkt, dass Ihr Haar von innen stark und von aussen glänzend wird.

Das wirkt besser.

Pantyl dringt aber auch in die Haarwurzel ein und bewirkt, dass Ihr Haar länger gesund und länger Ihr Haar bleibt.

Das wirkt jugendlicher.

Und das alles zusammen wirkt. Zum Beispiel auf Frauen.



Das ist PANTEEN mit Fett. Sie sollten es benützen, wenn Sie trockenes oder sprödes Haar haben. Oder Haar, das sich schlecht frisieren lässt.

Das ist PANTEEN ohne Fett. Sie sollten es benützen, wenn Sie ganz normales Haar haben. Oder ein bisschen längeres Haar. Oder Haar, das von Natur aus schnell nachfettet.



PANTEEN GMBH, Grenzach.

DIESE WOCHE IM FERNSEHEN

Montag, 15. 7.

19.30 Uhr. ZDF. Die Neun

In der fünften Folge des EG-Magazins werden die unterschiedlichen Besoldungs- und Dienstvorschriften für Wehrpflichtige in den Mitgliedstaaten kritisiert.

20.15 Uhr. ARD. Panorama

Moderator: Peter Merseburger. Geplant sind Berichte über die CDU/CSU-nahe „Schüler-Union" und über die Hintergründe des Mordes an dem Berliner Anarchisten Ulrich Schmücker. Außerdem soll Bundesfinanzminister Hans Apel über die Steuerreform und die Finanzsituation des Bundes interviewt werden.

21.00 Uhr. ARD. Ein Herz und eine Seele

Siebte Folge: „Urlaubsvorbereitung."

21.45 Uhr. ARD. Zehn Stunden sind ein Tag

Über Erfahrungen mit der Viertage-Arbeitswoche berichten Claus-Ferdinand Siegfried aus der Bundesrepublik und Dieter Gütt aus den USA.

22.50 Uhr. ARD. Die Sommerfrische (sw)

Den „Faschismus im weißen Hemd, jenen höflichen, gemäßigten und wohlerzogenen Faschismus, der den Schwarzhemd-Faschismus mit dem Fortbestehen des Staates nach 1945 überlebt hat", beschreibt der renommierte italienische TV-Regisseur Marco Leto, 42, in seinem Kino-Erstling, der sich von



den spekulativen Polit-Thrillern à la Costa-Gavras wohltuend unterscheidet: Ein liberaler Geschichts-Professor (Adalberto Maria Merli, Photo, r.) weigert sich, den Treue-Eid auf Mussolini zu leisten und wird auf eine Insel verbannt. Durch das idyllische Leben und die Privilegien, die ihm ein kultivierter Polit-Funktionär dort verschafft, gerät er in Gefahr, sich doch noch mit dem Regime zu arrangieren. Deutsche Erstaufführung.

Dienstag, 16. 7.

19.30 Uhr. ZDF. Vierzehn Jahre Sing Sing (sw)

Um „das deutsche Publikum nicht zu überfordern", wurden bei der Synchro-



nisation auch die Namen dieses US-Gangsterfilms von 1947 mit übersetzt: Burt Lancaster (Photo) und Kirk Douglas als verfeindete Alkohol-Schmuggler Heinz und Emil. Regie: Byron Haskin.

21.00 Uhr. ARD. Unser Werk

In seinem Fabrik-Film, der „Radikale von beiden Seiten verärgern wird", will Dokumentarist Hans Rolf Strobel („Eine Ehe") am Beispiel von Angestellten eines Chemie-Betriebs das „Konsumieren und Dahinleben" von Arbeitnehmern kritisieren. In einer Nebenrolle: Hanna Schygulla.

21.15 Uhr. ZDF. Kennzeichen D

Moderator: Hanns Werner Schwarze. Das Magazin befaßt sich ausschließlich mit dem Beate-Klarsfeld-Prozeß in Köln und mit dem „Dilemma deutscher Politiker und Gerichte, deutsche Vergangenheit zu bewältigen". Dazu Korrespondenten-Berichte aus Paris und Tel Aviv sowie ein Beitrag über die Bewertung des Klarsfeld-Urteils in der DDR.

22.00 Uhr. ZDF. Mit der Kamera ins pralle Leben

Zwei Kurzfilme des amerikanischen Filmemachers Les Blanks, dem Kameramann von „Easy Rider".

Mittwoch, 17. 7.

20.15 Uhr. ARD. Dollar, D-Mark und Moneten

Report der Münchner Wirtschaftsjournalistin Isabel Schneider-Mühlfenzl über „die riskanten Geschäfte auf dem Euro-Dollar-Markt".

20.15 Uhr. ZDF. Bilanz

Moderator: Wolfgang Schröder. Ein Beitrag zur aktuellen Konjunkturlage; ein Gespräch mit Staatssekretär Otto Schlecht vom Bundeswirtschaftsministerium über die sozialliberale Konjunktur-Politik sowie Analysen und Interviews zu den „Konsequenzen, die aus der Pleite des Kölner Bankhauses Herstatt zu ziehen sind".

20.15 Uhr. West III. Der Leichendieb (sw)

Die Grusel-Novelle von Robert Louis Stevenson hat US-Regisseur Robert Wise 1945 mit den beiden Stars des anglo-amerikanischen Horror-Kinos ver-



filmt. Photo: „Frankenstein"-Monster Boris Karloff, „Dracula" Bela Lugosi (liegend).

21.00 Uhr. ARD. Wer dreimal lügt

Vorletzte Folge des intelligenten Quiz mit dem Pforzheimer Wirtschaftsprofessor Harald Scheerer.

21.15 Uhr. ZDF. Aspekte

Giorgio Strehler wird in einem Interview gegen den Salzburger Festspiel-Betrieb polemisieren. Geplant ist außerdem ein Porträt des Rixdorfer Graphikers und Malers Johannes Vennekamp.

21.45 Uhr. ARD. Kompaß

Moderator: Dagobert Lindlau. Das ARD-Auslandsmagazin bringt ein Kissinger-Porträt von Dieter Gütt, eine Untersuchung über die Macht der ita-

lienischen Gewerkschaften und einen Bericht über den „Libanon zwischen den Fronten".

22.00 Uhr. ZDF. Sechs Arbeiter schreiben einen Film

Protokoll eines Experiments, bei dem sich sechs Arbeiter einer niederbayrischen Maschinenfabrik ein TV-Programm eigener Wahl schreiben sollten. Aus den verschiedenen Drehbuch-Entwürfen (ZDF: „Voll von Klischee-Vorstellungen kleinbürgerlicher Idyllen") entstand nach tagelangen Diskussionen ein 25-Minuten-Spielfilm (Thema: die Liaison zwischen einem Unternehmersohn und einer Arbeitertochter), den sich die Arbeiter-Autoren freilich, „wenn wir daran nicht mitgemacht hätten, nicht anschauen würden".

Donnerstag, 18. 7.

16.20 Uhr. ARD. Das Podium: Hausfrauenrente

Über die verschiedenen Modell-Entwürfe, die bis spätestens 1976 dem Bundestag vorgelegt werden sollen, diskutieren Bonner Politikerinnen der drei Parteien.

20.15 Uhr. ARD. Bilder aus der Wissenschaft

Zum fünften Jahrestag der ersten Mondlandung wird eine Bilanz der beim Apollo-Programm entwickelten Techniken gezogen, die heute in der Medizin genutzt werden. Außerdem zeigt das Magazin, wie Lufthansa und Luftwaffe Piloten in Simulations-Zentren auf Streß-Situationen vorbereiten, und stellt ein neues Elektronen-Mikroskop vor, mit dem man plastisch sehen kann.

21.00 Uhr. ARD. Los Angeles 1937

Die elfteilige US-Krimireihe aus dem Bonnie-und-Clyde-Amerika löst den autoritären „Chef" ab (siehe Seite 93).

21.15 Uhr. ZDF. Kontrovers: Geht es den Beamten zu gut?

Streitgespräch zwischen dem Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, Alfred Krause, dem Präsidenten des Bundes der Steuerzahler, Willi Haubrichs, und ZDF-Redakteur Hans Heiner Boelte.

21.45 Uhr. ARD. 15 Jahre Fernseh-Diskussion

In der 225. (Jubiläums-) Sendung wird CDU-Generalsekretär Biedenkopf („als Repräsentant einer neuen Politiker-Generation") von „einer Runde der Diskussions-Moderatoren" interviewt: Reinhard Appel, Heinz Burghart, Johannes Gross und Kurt Wessel.

22.00 Uhr. ZDF. Die Zeit der schönen Bilder

Am Beispiel einer Präraffaeliten-Ausstellung, der „Nora"-Inszenierung von Hans Neuenfels sowie der Renaissance trivialer Frauenromane von Marlitt und Courths-Mahler will „Aspekte"-Redakteurin Wiltrud Mannfeld „die derzeitige Faszination durch die bürgerliche Kultur des 19. Jahrhunderts" interpretieren.

22.05 Uhr. West III. Ludwig Marcuse liest (sw)

1969, anderthalb Jahre vor seinem Tod aufgezeichnete Lesung aus „Mein 20. Jahrhundert", „Nachruf auf Ludwig Marcuse" und den „Papieren eines bejahrten Philosophie-Studenten".

Freitag, 19. 7.

20.15 Uhr. ARD. Charade

In dieser Gauner-Komödie (1963) um eine reiche Witwe und einen zwielichti-



gen Charmeur (Cary Grant und Audrey Hepburn, Photo) ironisiert Musical-Regisseur Stanley Donen („Singin' in the Rain") bisweilen Hitchcocks Rätsel-Thriller.

22.00 Uhr. ARD. Bericht aus Bonn

Leitung: Friedrich Nowottny.

Samstag, 20. 7.

18.00 Uhr. ZDF. Direkt

In Gruppenfilmen berichten Jugendliche von ihren Aktionen zur Errichtung eines Jugendzentrums und zur Durchsetzung der Schüler-Mitverwaltung. Lehrlinge wollen auf Mängel im derzeitigen Gesetz über den Bildungsurlaub hinweisen.

20.15 Uhr. ZDF. Die tollen Abenteuer des Monsieur L.

Französischer Unterhaltungsfilm (1965) mit Jean Paul Belmondo und Ursula Andress. Regie: Philippe de Broca.

20.20 ARD. Die großen Detektive: Monsieur Lecoq

Dritte der faden, mit der ORTF produzierten Krimi-Klassiker-Verfilmungen, die der Stuttgarter Südfunk als „beste Familien-Unterhaltung" empfiehlt.

21.00 Uhr. West III. Das Ende von Petersburg (sw)

Den 1927 zum zehnten Jahrestag der Oktober-Revolution gedrehten Film von Wsewolod Pudowkin rühmten Ostblock-Kritiker wegen „der gelungenen Denunziation von Chauvinismus" als „Sternstunde des sowjetischen Films".

21.20 Uhr. ARD. Feurio

Martin Morlocks 1968 in dritten Programmen aufgeführte „py-romantische Oper", eine hölzerne Satire auf Uniformträger, die der Autor heute selbst nicht mehr sehenswert findet.

22.15 Uhr. ARD. Schüsse aus dem Geigenkasten (sw)

Jerry-Cotton-Krimi (1965, mit George Nader) nach dem gleichnamigen Groschenroman des Bastei-Verlags. Regie: Fritz Umgelter.

Sonntag, 21. 7.

20.15 Uhr. ARD. Tatort: Gift

Kriminalfilm von Friedhelm Werremeier und Peter Schulze-Rohr, von denen einige der besten „Tatort"-Folgen stammen.

20.15 Uhr. ZDF. Oklahoma

Das schmalzige Wildwest-Spektakel, erfolgreichstes Musical in der Broadway-Geschichte, wird in einer aufwendigen Super-Cinemascope-Verfilmung



des „High-Noon"-Regisseurs Fred Zinnemann gezeigt.

21.45 Uhr. ARD. New York, New York

Werner Baecker berichtet über den Boom des USA-Tourismus, die Feiern zum 100. Geburtstag von Max Reinhardt und über die „erstaunliche Popularität Nixons in den großen Städten von Arizona und Oklahoma".

Den Sinclair Cambridge für 139 Mark:

Der Sinclair Cambridge ist einer der kleinsten und leistungsstärksten elektronischen Westentaschen-Rechner der Welt. Sie können mit ihm: Zinsen, Skonti, Prozente berechnen, Devisen umrechnen, addieren, subtrahieren, schnelle Serien-Multiplikationen und Divisionen mit einer Konstanten ausführen, quadrieren , höhere Potenzen errechnen, Reziprokwerte ermitteln etc. Hersteller: Sinclair Radionics Ltd., England.

Abb. in Originalgröße



Angebot für Spiegel-Leser :
Sie erhalten den Sinclair Cambridge zum Preis von 139,-DM (incl. Batterien, Etui, ausführlicher Rechenanleitung). 1 Jahr Garantie.
Rückgaberecht: Innerhalb von 7 Tagen. Sie bekommen dann Ihr Geld zurück.

Bestell-Coupon Sp 29

Hiermit bestelle ich

______ Stück Sinclair Cambridge Westentaschen-Rechner. Zum Preis von 139,– DM (incl. MWST., Batterien, ausführlicher Rechenanleitung, Etui), zuzüglich Porto.

Name: ______________________

Ort: ______________________

Straße: ______________________

Telefon: ____________ Unterschrift: ____________

Ich zahle per

○ Diners Club/Meine Mitglieds-Nr.

UG

○ American Express/Meine Mitglieds-Nr.

AX

○ Bankscheck (liegt dieser Bestellung bei)

○ Nachnahme (Zutreffendes bitte ankreuzen)

Coupon bitte einfach auf eine Postkarte kleben und senden an:

Elektronik Versand, 854 Schwabach, Heinrich-Krauß-Str. 17

HOHLSPIEGEL

Aus der auf den Stand vom 1. Juli 1974 berichtigten Bonner Postordnung: „Bei Sendungen in der Form eines langgestreckten Rechtecks ... wird nicht beanstandet, wenn sie die Form eines Kreises, eines Ovals oder eines annähernd gleichseitigen Dreiecks haben."

▽

Die Kölner „Deutsche China-Gesellschaft" teilte jetzt ihren Mitgliedern mit, „daß Peking eine China-Reise, um die wir uns bekanntlich lange bemüht haben, nunmehr genehmigt hat". Der Teilnehmerkreis müsse beschränkt bleiben, da die chinesische Botschaft darum gebeten habe, „nicht in unsere Vorschläge aufzunehmen: von Chinesen abstammende Damen und Herren, Journalisten, Sinologen".

▽

Alle Polizeibeamten in Rheinland-Pfalz müssen ab 1. Juli täglich einen „Erhebungsbogen" führen, aus denen das Innenministerium unter anderem ersehen will, welcher „zeitliche Umfang für Dienstverrichtungen" erforderlich ist. Ziffer 4 der Ausfüll-Anleitung lautet: „Erfassungseinheit ist die Stunde. Kleinster zu erfassender Zeitfaktor ist die halbe Stunde (0,5), wobei die Zeiten bis 14 Minuten unberücksichtigt bleiben (3 Std. und 14 Min. = 3 Std.; 3 Std. und 15 Min. = 3,5 Std.)."

▽

Die „Frankfurter Allgemeine" meldete auf Seite 1: „Wie 1972 ging der Präsident (Nixon bei seinem UdSSR-Besuch) auf die sowjetischen Kriegsverluste ein und nannte das Denkmal zur Erinnerung an das weißrussische Dorf Katyn bei Minsk ein Symbol dessen, was Menschen einander antun können." Das Blatt kommentierte auf Seite 10 derselben Ausgabe: „Wenn jetzt Chatyn (bei Minsk) und Katyn (ein Dorf bei Smolensk, wo 1940 von den Sowjets Tausende von polnischen Offizieren ermordet worden waren) wegen Namensähnlichkeit verwechselt würden, wie schon geschehen, wäre der Bewältigung der Vergangenheit ... ein schlechter Dienst erwiesen."

▽

Die Berliner Zeitung „BZ" über die WM-Niederlage Polens gegen die Bundesrepublik: „Wie schön, daß deutsche Siege meist Männer mit echten deutschen Namen als Urheber haben! Zum Maier gesellte sich brüderlich der Müller. Wie oft schon erlöste er Deutschlands Fans aus allen Nöten!"

RÜCKSPIEGEL

Zitate

Die jugoslawische Zeitschrift „Vjesnik u srijedu" (Zagreb) über den SPIEGEL und dessen Mitarbeiter Hans Peter Rullmann:

Hans Pieter Ruhlmann, der „berühmte" europäische Reporter und Spion, dessen wahrer Ruhm und wahre Bedeutung sowohl als Journalist als auch als Spion erst von späteren Generationen eingeschätzt werden kann, meldete sich dieser Tage im hoch aufgelegten Hamburger SPIEGEL mit einer Exklusivreportage, in der er die Weltöffentlichkeit über viele Dinge in Jugoslawien aufklärt, die bisher von den hiesigen Lokalbehörden sorgsam verborgen gehalten wurden. Viele der Ruhlmannschen Enthüllungen werden in die Anthologie der journalistischen Durchdringungsfähigkeit und des analytischen Geistes eingehen, vor allem diese: „Was", fragt Ruhlmann seine Leser im SPIEGEL, „was muß ein jugoslawischer Bauer tun, wenn ihn ein fremder Tourist fragt, ob sein Schornstein gut zieht?" Und er antwortet darauf: „Er muß sofort zur Polizei gehen und den neugierigen Ausländer melden ..."*

Das Belgrader Armeeorgan „Front":

Stellt euch einen Ausländer vor, der im Gespräch so ganz nebenbei einen Bauern fragt, wie sein Herdfeuer brennt. Vermutlich werdet ihr sagen, daß diese Frage mehr als harmlos sei. Aber wenn das Gebiet, auf dem sich das Haus des Bauern befindet, von militärischer Bedeutung ist, dann sind Mitteilungen über die Richtungen und die Stärke des Windes wegen des eventuellen Einsatzes von Fallschirmjägern, Giftgasen oder biologischer Mittel sogar sehr wichtig. Bürger und alle Organisationen sind verpflichtet, dem Dienst des Innern, den Militäreinheiten oder den Behörden Mitteilung von Erscheinungen oder Aktivitäten zu machen, die geeignet sein können, der nationalen Verteidigung und Sicherheit des Landes Schaden zuzufügen.

▽

Der SPIEGEL berichtete ...

... in Nr. 45/1973 AFFÄREN — STEUERFAHNDUNG BEI STEUERHELFERN über die „Interessengemeinschaft der Lohnsteuerzahler" (IDL), die durch unkontrollierte Privatentnahmen der Vereinschefs und schlampige Buchführung in Not geraten war. In der Dortmunder IDL-Zentrale war die Steuerfahndung Unterschlagungen und Steuersünden in Millionenhöhe auf die Spur gekommen.

Ende vergangenen Monats mußten die Steuerhelfer Konkurs anmelden. In der Vereinskasse fehlen — Steuerschulden nicht gerechnet — 980 000 Mark.

* Im SPIEGEL stand darüber nichts. — Red.



0674 Heye & Partner
Jambosala heißt »Guten Tag«
...auf suaheli. Denn Jambosala ist der exotische Fruchtsaftlikör aus der sonnenreifen Maracuja-Frucht. Er trägt ein bißchen bei zum guten Tag, zum fröhlichen Abend, zur angenehmen Nacht – wenn Sie ihn im Glas und auf der Zunge haben. Genießen Sie ihn pur und als Krönung belebender Longdrinks.
G.VETTER Wunsiedel
Jambosala
Maracuja-Tropic-Frucht
KÜHL SERVIEREN
25 Vol.%
Jambosala
Maracuja-Tropic-Frucht
Coupon
Gegen Voreinsendung von 6,– DM in Briefmarken oder als Scheck, erhalten Sie 1 Jambosala-Riesenposter, eine original afrikanische Holzfigur (handgeschnitzt) und zwei Jambosala-Probierfläschchen. Viel Spaß!
Schneiden Sie diesen Coupon aus und stecken Sie ihn in einen Briefumschlag. Absender nicht vergessen!
Name:
Ort:
Straße:
Firma SECHSÄMTERTROPFEN, G. Vetter,
8592 Wunsiedel/Fichtelgebirge, Sechsämtergäßchen 2
S



Sonnige leichte Ernte 23
Aus edlen Tabaken leicht gemischt
Unsere Tabak-Experten wählen in den besten Anbaugebieten der Welt Sorten aus, deren Charakter die Geschmacksnote „leicht" verdient. Nach der Ernte prüfen sie Blattstruktur, Reifegrad, Farbe und Aroma. Auf den großen Tabakauktionen treffen sie ihre letzte Entscheidung: Ausgewählt für Ernte 23. Das ist das Prädikat für Leichttabake von höchster Qualität.
H.F. & PH.F. REEMTSMA, HAMBURG
aromatisch und leicht
Auslesetabake
REEMTSMA
ERNTE 23
CIGARETTEN
FILTER
20 FILTERCIGARETTEN